BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Mai 1961

DM 2,–

Postverlagsort Köln - G 1800 E

INHALT

- Manfred Pahl-Rugenstein: Deutschland inmitten Strategie und Weltpolitik
- Dr. Rudolf Hilf: Gibt es eine Alternative für Deutschland?
- Rechtsanwalt Prof. Dr. Harold Rasch: Bundesrepublik und DDR
- Heinz Abosch: Sieg und Niederlage de Gaulles
- Horst Heiden: Die Abschreckungs-Ideologie
- Earl Bertrand Russell: Sollte Großbritannien einseitig abrüsten?
- Bürgermeister Rudolf Pikola: Ostermärsche — und was weiter?
- Propst D. Dr. Heinrich Grüber: Zum Fall Eichmann
- Dipl.-Volkswirt Alfons Vogel: Am Kongo tanzen die Marionetten
- General a. D. Dr. Franz Beyer: Friedensdienst und Friedenskorps
- Dr. Achim v. Borries: Die Kuba-Lektion
- Dokumente zum Zeitgeschehen

HERAUSGEBER:

Hilde Bentele
Franz Beyer
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Manfred Pahl-Rugenstein
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Barbarossaplatz 2

VI. Jahrgang Heft 5

INHALT

Manfred Pahl-Rugenstein
Deutschland inmitten Strategie und Weltpolitik . . . . . S. 391

Dr. Rudolf Hilf
Gibt es eine Alternative für Deutschland? . . . . . S. 405

Rechtsanwalt Prof. Dr. Harold Rasch
Bundesrepublik und DDR . . . . . S. 413

Heinz Abosch
Sieg und Niederlage de Gaulles . . . . . S. 421

Horst Heiden
Die Abschreckungs-Ideologie . . . . . S. 429

Earl Bertrand Russell
Sollte Großbritannien einseitig abrüsten? . . . . . S. 439

Bürgermeister Rudolf Pikola
Ostermärsche — und was weiter? . . . . . S. 445

Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Zum Fall Eichmann . . . . . S. 450

Dipl.-Volkswirt Alfons Vogel
Am Kongo tanzen die Marionetten . . . . . S. 452

General a. D. Dr. Franz Beyer
Friedensdienst und Friedenskorps . . . . . S. 461

Dr. Achim v. Borries
Die Kuba-Lektion . . . . . S. 465

Dokumente zum Zeitgeschehen . . . . . S. 488

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf von Westphalen.
Redaktion: Johannes Weidenheim. Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.
Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, Barbarossaplatz 2, Telefon 21 53 36; Postscheckkonto Köln 65 14; Bankverbindung: Deutsche Bank, Köln.
Erscheinungsweise Anfang jeden Monats zum Preise von DM 2,—, zuzüglich DM —,15 Porto oder DM —,03 Postzustellgebühr.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe.
Sprechstunde der Redaktion: Montags von 15 bis 17 Uhr.
Druck: Franz W. Wesel, Druckhaus, Baden-Baden. Printed in Germany.

Zu unserem Erstaunen

finden wir fast täglich in unserer Post Bestellungen, deren Absender zum Ausdruck bringen, daß sie die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erst durch einen Zufall zu Gesicht bekommen haben.

Dieses, sehr verehrter Leser, veranlaßt uns, Sie um Ihre Hilfe zu bitten. Übermitteln Sie uns freundlicherweise Anschriften aus Ihrem Bekanntenkreis, damit wir auf unsere Zeitschrift hinweisen können.

Wir danken gern im voraus!

Pahl-Rugenstein Verlag, Köln,
Barbarossaplatz 2

BLÄTTER

FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

HERAUSGEBER: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf v. Westphalen

VI. Jahrgang | Mai 1961 | Heft 5

Manfred Pahl-Rugenstein

Deutschland inmitten Strategie und Weltpolitik

Die alarmierenden Ereignisse der jüngsten Zeit, die Vorgänge um Kuba, in Laos und in Algier, sind nicht aus heiterem Himmel gekommen; vielmehr wurzeln sie in der Gesamtstruktur des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens unserer Welt. Sie haben aber wieder einmal gezeigt, wie labil der fehlende Mut zu einer neuen, unserer Zeit technisch und sozial angepaßten Ordnung die Dinge macht; sie haben gezeigt, an welch' dünnem Faden Sicherheit und Frieden heute noch hängen. Sie haben insbesondere uns Deutschen abermals sichtbar gemacht, wie sehr das Fehlen einer eigenen aktiven deutschen Politik für Frieden in Europa und für reale Schritte zur Wiedervereinigung unseres Volkes unsere Lage in einer konfliktgeladenen Welt erschwert. Besonders jene Bundesbürger, die blindlings den immer wiederholten Verheißungen von Minister Strauß Glauben schenken, daß unsere Sicherheit allein bei Waffen und Soldaten liege, mußten dieses augenscheinlich erkennen, als nach dem Handstreich der Ultras in Algerien die in der Bundesrepublik stationierten französischen Nato-Truppen eilends über den Rhein in Marsch gesetzt wurden, und in den Zeitungen zu lesen war, daß mehrere höhere französische Kommandeure in der Bundesrepublik in strengen Arrest gestellt wurden, Offiziere, die sich schon früher gegenüber de Gaulle nicht als zuverlässig erwiesen hatten und deshalb in die Bundesrepublik strafversetzt (!) worden waren.

Eine Lehre für de Gaulle

Am 1. April 1961 wurde der Bürgermeister von Evian ermordet, mutmaßlich von politischen Kräften, die Verhandlungen zwischen der französischen Regierung und der algerischen Exil-Regierung sabotieren wollten. Jene anderthalb Millionen „weiße Algerier", Nachfahren der ersten nach Nordafrika gekommenen Franzosen, schrecken heute emotionell vor dem Gedanken zurück, zusammen mit den Mohammedanern des Landes gleichberechtigt in einem Staat zu leben. Diese Stimmung haben in den letzten Jahren immer wieder die rechtsextremistischen nationalistischen Kräfte Frankreichs aufgeputscht und benutzt. Mit Blut und Angst büßt in Algerien die heutige weiße Generation für die Sün-

den der Väter und Vorväter, ohne selbst den Mut aufzubringen, ihnen abzuschwören. Von Algier-Verschwörern wurde am 13. Mai 1958 de Gaulle an die Macht getragen. Er hat die Hoffnungen, die gewisse Kreise des Kapitals und des Offizierstandes damit verbanden, nicht erfüllt. So kam es zum zweiten und zum jetzigen dritten Algier-Putsch. Die Meuternden waren militärische Fachleute. Paris nahm die Stunde ernst. Offenbar hatten die Salan, Zeller, Challe, Lagaillarde usw. jedoch ein initiatives Übergreifen auf das französische Mutterland mit oder ohne dortige Eingeweihte erwartet. In Algier stehen 400 000 bis 500 000 ausgebildete und für mehrere Monate mit Vorräten versorgte Truppen. Zeitungsberichten war zu entnehmen, daß das Kommando der zum Hauptteil aus Deutschen rekrutierten Fremdenlegion sich sofort mit den Aufrührern solidarisch erklärte. Auf dem Kontinent unterhält Frankreich höchstens 200 000 Mann, so konnte man lesen, die zudem zum großen Teil noch in der Ausbildung stehen oder in der Verwaltung beschäftigt sind. So ist der plötzliche nächtliche Abbruch des Aufstandes am 25. April in seinen eigentlichen Gründen noch nicht durchschaubar. Viele gewichtige Chancen lagen auf seiten der Ultra-Generale. De Gaulle seinerseits, in seiner dramatischen Fernsehansprache ausrufend: „Franzosen und Französinnen helft mir!", fand die Unterstützung der demokratischen Kräfte des französischen Volkes. In einem Lever en masse demonstrierten zehn Millionen am darauffolgenden Montag in Frankreich gegen die rechts-extremistischen, das Land in den Bürgerkrieg ziehenden Aktionen. Der französische Staatschef de Gaulle wird hoffentlich hieraus die Lehre ziehen, die demokratische Zusammenarbeit mit den Kräften der Mitte und der Linken in Zukunft auf eine breitere Basis zu stellen. Er säße sicherlich heute nicht mehr auf seinem Platze in der von ihm organisierten Präsidial-Demokratie der fünften Republik, wenn nicht seine der Verständigung zugewandte Algerien-Politik ihm dieses Votum der Massen spontan zugeführt hätte. Das betrübliche Erbe dieser Tage bleibt es, daß eine Verständigung unter den am Algier-Problem beteiligten Gruppen jetzt erschwert ist. Dem französischen Volke, das jährlich umgerechnet mindestens fünf Milliarden DM für die militärischen Kosten des Algier-Krieges aufzubringen hat, sind zudem weitere erhebliche Lasten aufgebürdet worden.

Seit den letzten Apriltagen hat „die große Säuberung" in Armee und Verwaltung begonnen. Mehr als zweitausend Verhaftungen erfolgten in Algier und dem Mutterland und ein Sondergericht aus fünf hohen Offizieren und vier Juristen wurde konstituiert. „Sondergerichte sind immer ein Irrtum. Gerade in Zeiten der politischen Leidenschaften", schrieb der bekannte Rechtsanwalt Cardon in Le Monde, „muß die Justiz kühl und unbeeinflußt bleiben, damit Recht statt Rache gesprochen wird". Inzwischen sind die Offiziere mehrerer Parachutiste-Einheiten unter Anklage gestellt; einzelne Fallschirmjäger-Regimenter verfallen der Auflösung, darunter das Elite-Regiment der Fremdenlegion, das überwiegend aus Deutschen bestand. Bei seinem Abzug aus seinem Quartier in Sidi-Bel-Abbes sprengte es seine Unterkünfte mitsamt Waffen und Munitionsvorräten in die Luft. Ging es dabei nur um die Quartiere, oder sollten Dokumente vernichtet werden? An die Öffentlichkeit gedrungene Nachrichten, nach denen die Rebellen weitverzweigte Verbindungen und Rückendeckung bei hohen Natostellen und zum CIA gehabt haben, erregten mit Recht beträchtliches Aufsehen. Die amerikanische Botschaft in Paris gab eine öffentliche Erklärung ab, in der sie „die Behauptungen zurückweist, wonach amerikanische Agenten den Rebellen-General Challe zu seinem Unternehmen ermutigt hätten". „Obgleich zuständige Kreise irgendwelchen Stellungnahmen ausweichen", berichtet am 2. Mai die Welt, „gilt es als wahrscheinlich, daß sich General Challe, eine der Schlüsselfiguren des Put-

sches, auf Sympathieerklärungen und Hilfeversprechen amerikanischer Geheimdienststellen stützte, die den „anti-kommunistischen Charakter" der Aktion begrüßten". Es wird immer ein vergebliches Unterfangen sein, geheime Hintergründe und Triebkräfte der Ereignisse in Algier voll auszuleuchten. Aber vielleicht stellen Historiker einmal fest — das wäre durchaus denkbar —, daß Kennedys Hilfsangebot an de Gaulle in einem Augenblick erfolgte, als bereits feststand, daß die Synchronisierung des Algier-Aufstandes mit einer militärischen und zivilen Revolte im Mutterland fehlgeschlagen war. Nunmehr bedeutete dieses Hilfsangebot eine politische Stärkung der amerikanischen Verhandlungsposition in den kommenden Besprechungen mit de Gaulle über die Umbildung der Nato-Struktur und die französische Atombewaffnung; denn was konnte Frankreich nunmehr einer Formulierung entgegensetzen, daß die BSA zögere, Atomwaffen und hohe Kommandostellen in die Hände einer Armee und eines Staates zu legen, der bis in die Spitzen hinein soeben seine Labilität offenbart und zur Wiederherstellung der Ordnung auf fremde Hilfe angewiesen war. Offizielle französische Kreise betonen, daß ein amerikanisches Hilfsversprechen formell garnicht abgegeben wurde, und sie es nicht angenommen hätten, wenn es gemacht worden wäre. Aber auch ohnedem ist die Position Frankreichs bei den kommenden Verhandlungen des Nato-Rates im Mai d. J. geschwächt. Andererseits gibt man zu, daß das Bekanntwerden der amerikanischen Solidaritätsbereitschaft zum schnellen Ende des Algier-Putsches beigetragen habe. Mit dem Hinweis, daß die amerikanische Mittelmeerflotte Luftaktionen zwischen Algier und Paris wirksam hätte unterbinden können, kommentierte Walter Lippman in der New York Herald Tribune diese Auswirkungen.
Zugleich wurde bekannt, daß im Falle eines Übergreifens von Kriegshandlungen auf den Boden Tunesiens die USA auf Grund eines Geheimabkommens Hilfsverpflichtungen auf der Seite dieses Staates zu übernehmen hätten.

Im Elysée befürchtet man indes nach dem verhinderten Attentatsversuch auf de Gaulle, der am 21. April in der Comédie Française erfolgen sollte, einen neuen Mordanschlag; und aus Algier verlautet, daß die Ultras und die weißen Siedler, die von den Putsch-Generalen ausgegebenen Waffen und Munitionsbestände nur zum geringen Teil wieder zurückgegeben haben. „Wie geht es weiter in Algerien?", gibt Dr. Joachim Rassat als Sonderberichterstatter der „Welt" am 29. April die dortige Stimmung wieder, das ist die Frage, die vier Tage nach dem Zusammenbruch der Rebellion der Generale und Fallschirmjäger hier alle bewegt. Der Schock, der die Algerien-Franzosen beim plötzlichen Ende des Putsches aus ihrem anfänglichen Freudentaumel gerissen hat, ist fast schon überwunden. Der Niedergeschlagenheit vom Mittwoch folgte die Verbitterung vom Donnerstag, der Zorn vom Freitag und heute die Entschlossenheit nicht zu kapitulieren — erst recht und gerade nicht ... Ist es nur die Ruhe vor einem neuen Sturm?" Unter solchen Umständen bedeutet die Bereitschaft der Algerier, die Verhandlungen von Evian nun aufzunehmen, vor allem, daß de Gaulle als Voraussetzung für weitere Abmachungen zur Befriedung entschiedene Sicherungen politischer und militärischer Art gegen die Wiederholung von Ultra-Aktionen realisiert. Der neue Befehl von de Gaulle, nunmehr in Algerien den Kampf gegen die Befreiungsfront mit aller Härte wieder aufzunehmen, ist ebenfalls ein Sperriegel für den Erfolg neuer Verhandlungen. Mag dieser Befehl auch aus der Überlegung des Soldaten gekommen sein, der Armee sofort eine neue Aufgabe zu geben; es gibt Stimmen in Paris, die aussprechen, daß die Sperreigenschaft dieser Anordnung wohlbewußt eingerechnet ist. Die Tendenz von de Gaulle, weiterhin mit dem Ausnahmeartikel 16 zu regieren und eine einschneidende Umbildung der öffentlichen Apparate — Regierung, Justiz, Verwaltung, Militär — ohne Beteiligung der demokratischen

Kräfte und Organisationen durchzuführen, legt jedenfalls den Schluß nahe, daß Frankreich hier die Gelegenheit versäumt, die Kluft zwischen Volk und Staatsführung ernsthaft zu überbrücken. So bleibt die Basis labil, die Gefahr neuer innerer Konflikte latent und das außenpolitische Prestige der Grande Nation erheblich gemindert.

Die französische Fremdenlegion, deren Auflösung Informationsminister Terrenoire soeben dementierte, durfte in diesem Jahr den 30. April nicht feiern, ihr großes Fest der Erinnerung an den heldenhaften Kampf von 62 Legionären in der Schlacht von Camerone 1863 im Mexiko-Abenteuer von Napoleon III. Wie wird die französische Nation dieses Jahr ihren 14. Juli feiern können?

Das Suez der USA

In der Kuba-Affäre hat Präsident Kennedy sich offen dazu bekannt, daß nach seiner Ansicht die Sicherheit der USA ein Eingreifen erfordere, und er hat dies insbesondere nach dem Mißerfolg der Exil-Kubaner beim Landungsversuch am 18. April 1961 aufrecht erhalten. Mit einer Intervention, wobei offen gelassen ist, ob es sich um eine direkte amerikanische Aktion, oder um eine Unterstützung exilkubanischer Gruppen handelt, würden die USA sich eindeutig in Widerspruch zu den Statuten der OAS setzen, der am 30. April 1948 gegründeten Organisation Amerikanischer Staaten. Die Partnerstaaten dieser Organisation haben sich verpflichtet, alle Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln beizulegen, die Rechte eines jeden Staates auf freie Entfaltung seines politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens anzuerkennen und das Prinzip der Nichteinmischung in alle Angelegenheiten eines anderen Staates im Verkehr miteinander zu achten. Für die Arbeit am Weltfrieden und an einer Lösung der Probleme des Ost-West-Konfliktes kann es sich nur negativ auswirken, wenn die USA tatsächlich willens sein sollten, diesen gefährlichen Weg zu beschreiten, den Präsident Kennedy mit den Worten ankündigte: „Sollte es sich jemals zeigen, daß die interamerikanische Doktrin der Nichteinmischung lediglich eine Politik der Tatenlosigkeit verbirgt oder entschuldigt — wenn die Staaten dieser Hemispäre es versäumen sollten, ihre Verpflichtungen gegenüber einer kommunistischen Durchdringung von außen zu erfüllen — dann, und ich möchte dabei klar verstanden werden, wird die amerikanische Regierung nicht zögern, ihren vorrangigen Verpflichtungen im Hinblick auf die Sicherheit unseres eigenen Staates nachzukommen." Der gleichzeitige Hinweis auf die Monroe-Doktrin von 1823 ist zudem geeignet, alle jene lateinamerikanischen Tendenzen gegen die wirtschaftliche und politisch-dirigistische Vorherrschaft der USA in Süd- und Mittelamerika zum Schaden der Verständigung und einer allen Beteiligten gerecht werdenden Zusammenarbeit erneut ins Feld zu führen.

Die mißlungene Kuba-Invasion hat dem neuen amerikanischen Präsidenten außenpolitische Prestige-Verluste eingebracht und im Innern der USA die politische Stabilität vermindert. „Die Gefahr eines endgültigen Niederganges des internationalen Prestiges der USA", schrieb die New York Times, „ist bereits heute so groß, daß unsere Regierung und unser Volk dieser Entwicklung schwerlich zusehen können".

Der Mann auf der Straße in den Staaten hat heute, mehr noch als nach der U 2-Affäre und Eisenhowers Rückkehr aus Paris, das „Gefühl der Erniedrigung". Kennedy tat einen in der amerikanischen Geschichte sehr ungewöhnlichen Schritt, als er am 23. April den früheren Präsidenten Eisenhower zu sich nach Camp David holte und mit Truman konferierte. Ging es nur um den Anruf an die Nation, sich um den Präsidenten zu scharen, wie Eisenhower und Nixon ihn sodann öffentlich formulierten? Die Einberufung des Nationalen Sicherheitsrates

in das Weiße Haus und die Kuba-Erklärung des Präsidenten lassen vermuten, daß sich hier unter Umständen eine „Politik am Rande des Abgrundes" wiederholen kann. „Aus den letzten Erklärungen des Präsidenten zog man allgemein den Schluß", schreiben die Nürnberger Nachrichten am 24. April auf Grund der Eindrücke diplomatischer Beobachter in Washington, „daß die Absicht des Präsidenten zunächst dahin geht, in der Organisation amerikanischer Staaten unter Berufung auf die Gefahren des kommunistischen Eindringens in die westliche Hemisphäre einen letzten, entschiedenen Versuch zu machen, kollektive Sanktionen gegen Kuba zu verhängen und Castro politisch, wirtschaftlich und militärisch zu isolieren. Um so stärker überraschten in Washington eingetroffene Meldungen aus dem amerikanischen Militärstützpunkt Guantanamo auf Kuba, daß dort in der letzten Aprilwoche lebhafte Schiffsbewegungen zu beobachten sind. Der 38 000 Tonnen große Flugzeugträger „Randolph", dazu das Flaggschiff des achten amphibischen Geschwaders der amerikanischen Atlantikflotte, die „Comdria", sind dort eingetroffen, außerdem die mit Lenkgeschossen bestückte „Farragut" und verschiedene Zerstörer."

Inzwischen haben große Demonstrationen und Kundgebungen in Buenos Aires, Bogota, Caracas, Montevideo und Rio de Janeiro den USA deutlich gezeigt, daß man in ihrer Intervention einen unerwünschten und unrechtmäßigen Akt sieht. Brasiliens neuer Präsident Quadros hat keinen Zweifel daran gelassen, daß er nicht nur mit Worten an der Seite von Castro stehen würde. In New Yorker UN-Kreisen macht die Bemerkung von Sorin gegenüber einem indischen Korrespondenten die Runde, daß die Sowjetunion ihre Beistandsverpflichtungen gegenüber Kuba „viel ernster nehmen, als Großbritannien seinerzeit seine Verpflichtung gegenüber Polen". Präsident Kennedy hat eine großangelegte Untersuchung der Ursachen und Gründe, die zum Scheitern des Kuba-Unternehmens geführt haben, angeordnet. Von einer Überprüfung der politischen Zweckmäßigkeit und der Rechtlichkeit der gegen Castro angewandten Methode und noch weiter geplanten Maßnahmen verlautet nichts. Der verantwortliche Lenker der Führungsmacht des Westens aber kann seinem eigenen Volk und der gesamten „freien Welt" keinen größeren Dienst für Sicherheit und Frieden erweisen, als durch die klar bekundete Absicht, von dem Bekenntnis zu den Grundsätzen des internationalen Rechts, dem Prinzip der Nichteinmischung und der Achtung der Souveränität, sowie der Bereitschaft zur friedlichen Regelung von Streitigkeiten nicht einen Finger breit abzuweichen. Wenn jetzt der Chef der Central Intelligence Agency (CIA), Allan Dulles, vor dem Untersuchungsausschuß erscheinen muß — der von dem ebenfalls für den Geheimdienst tätig gewesenen General Taylor geleitet wird — so wird er keine Rechnung darüber abzulegen haben, wieviele von den zwei Milliarden Dollar, die den jährlichen Etat des Geheimdienstes nach Schätzung amerikanischer Quellen bilden, für das Kuba-Unternehmen verbraucht wurden. Vielmehr soll er erklären, wie die falschen „rosigen" Berichte über den Aufstandswillen der kubanischen Bevölkerung und die Abwehrkräfte Castros zustande gekommen sind. Die einfache Antwort, daß skrupellose Agenten ohne Rücksicht auf Blutvergießen und Geldgefährdung für harte Dollars die nach ihrer Vermutung gewünschten „Berichte" lieferten, wäre sicher eine zutreffende. Sie ist jedoch keine moralische Entlastung für die amerikanische Politik, die dieses Spiel unter Eisenhower begann und in Kennedys ersten Hundert Tagen, in denen er als eine seiner einleitenden Amtshandlungen Allan Dulles auf seinem Posten bestätigte, fortsetzte. Die Stimmungsbilder, die Dulles lieferte, führten nur dazu, zum ungeeigneten Zeitpunkt auf den Invasionsknopf zu drücken, wobei dahingestellt ist, wie viel mehr als eine „begrenzte Aktion" ein solcher Knopfdruck auslösen kann. Wäre Präsident Kennedy jetzt mutig genug, Strukturfehler in seiner Politik zu

korrigieren und sich gegenüber bestimmten mächtigen Interessentengruppen im eigenen Lande durchzusetzen, so würde er damit für sich alle Möglichkeiten der Verständigung und der Weltbefriedung zurückgewinnen, die ihm zu Beginn seiner Amtszeit zugefallen waren, und er würde darüber hinaus seine Position in Verhandlungen mit dem Osten über die internationalen Probleme und die Abrüstung, ganz abgesehen von der Zusammenarbeit mit den süd- und mittelamerikanischen Staaten, wesentlich festigen. Die Flucht nach vorn ist heute oft weniger verbaut als der Weg zu sachlichen und gewaltlosen Verhandlungen. Aber mehr denn je ist jeder örtliche Konflicht Sprengstoff für die Existenz der Menschheit in dieser „einen" Welt. Und welcher gefährlichen Häufung von Krisenherden sehen wir uns zu Beginn dieses Sommers gegenüber. Von der schwelenden Deutschland-Frage ganz abgesehen, brennt es in Laos, rumort es gefährlich im Kongo, in dem Mobutu seinen Gegenspieler Tschombé in seine Hand bekommen hat, in Südafrika, zeigen schließlich die Kämpfe in Angola, daß es mit Hauptmann Galvao doch eine andere Bewandtnis hatte, als mit dem Anführer einer Piratenbande.

In dem scharfen Briefwechsel zwischen Chrustschow und Kennedy erklärt der sowjetische Ministerpräsident, daß seine Regierung keine Stützpunkte auf Kuba unterhalte und auch in Zukunft nicht die Absicht habe, dort Stützpunkte zu errichten. Nachdem Chrustschow auf den Umstand hinweist, daß die Vereinigten Staaten in einigen an die Sowjetunion angrenzenden Ländern Stützpunkte unterhalten, die nur gegen die Sowjetunion gerichtet sein könnten, erklärt er: wenn sich die amerikanische Regierung für berechtigt halte, gegen Kuba Maßnahmen zu ergreifen, müßten sie auch anerkennen, daß andere Staaten nicht weniger Anlaß hätten, in ähnlicher Weise gegenüber jenen Staaten zu verfahren, auf deren Territorium Vorbereitungen getroffen würden, welche die Sicherheit der Sowjetunion bedrohten. Trotz dieser tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten in der Kuba-Frage hebt Chrustschow sodann nachdrücklich hervor, daß sich die Haltung der sowjetischen Regierung zu internationalen Fragen nicht geändert habe, und daß die Sowjetunion ihre Beziehungen zu den Vereinigten Staaten so zu gestalten wünsche, daß die beiden mächtigsten Staaten der Erde es nicht nötig hätten, mit dem Säbel zu rasseln. Während das Schreiben von Chrustschow bei Kennedy und in der amerikanischen Öffentlichkeit nicht freundlich aufgenommen wurde, haben Presse und öffentliche Meinung sich doch nicht dem Eindruck sachlicher Bereitschaft des Kreml-Chefs zur Verständigung entziehen können, als bekannt wurde, daß er gerade in diesen Tagen mit MacMillan zusammen für die Beendigung des Laos-Krieges eintrat.

Der Laos-Konflikt scheint in diesen Tagen ein entscheidendes Stadium erreicht zu haben. Die beiden Führungsmächte der Genfer Indochina-Konferenz von 1954, England und die Sowjetunion, haben einen Appell zur Waffenruhe unterbreitet, der trotz der schwierigen Lage begründete Aussicht auf Erfolg hat und die Grundlage für das Zusammentreten der für den 12. Mai in Genf geplanten neuen „Friedenskonferenz der Vierzehn Mächte" bilden kann. Allerdings sind vor dem Eintreten der bald beginnenden großen Regenzeit die Kämpfe nochmals heftig entbrannt. Die Pathet-Lao-Streitkräfte haben sich bis auf wenige Kilometer an die Verbindungsstraße zwischen der Königsstadt Luang Prabang und der Verwaltungshauptstadt Vientiane herangekämpft. Australien hält nunmehr ein Eingreifen der SEATO für unvermeidlich und setzte seine Truppen in Alarmbereitschaft. Die USA sagten ein großangelegtes Übungsmanöver ab, das 6000 „Ledernacken" der strategischen Eingreifreserve in kürzester Zeit aus den USA in die Bundesrepublik schaffen sollte. Diese Soldaten sind nun ebenso alarmbereit, wie die zum Manöver Pony-Express im südchinesischen Meer versammelten 60 amerikani-

schen Schiffseinheiten verschiedener Klassen, darunter ein Atom-U-Boot, und dort operierende Düsen-Geschwader.

Treffend schildert die Schweizer Zeitung „Die Tat" am 28. April die Lage: „Angesichts der massiven Angriffe der Pathet Lao-Rebellen an allen Fronten des laotischen Bürgerkrieges hat die amerikanische Luftwaffe am Mittwoch zur Versorgung der Regierungstruppen mit sechs riesigen Turboprop-Transportmaschinen vom Typ „C-130" eine Waffenluftbrücke eingerichtet. Bisher waren die Regierungstruppen nur durch einige gecharterte amerikanische Privatflugzeuge vom Typ „C-46-S" versorgt worden. Nach Mitteilung des amerikanischen Außenministeriums werden die Waffenlieferungen solange fortgesetzt, bis der angestrebte Waffenstillstand tatsächlich eingetreten ist.

Ein Sprecher des State Departement wies darauf hin, daß auch die Sowjetunion ihre Waffenluftbrücke für die Pathet Lao-Rebellen aufrechterhalte. Berichte, daß der britische Außenminister Lord H o m e von einer Einstellung der sowjetischen Luftbrücke gesprochen habe, konnte White nicht bestätigen. Er fügte hinzu, daß auch die amerikanischen Militärberater ihre Tätigkeit bis zu einen Waffenstillstand fortsetzen würden. Die Vereinigten Staaten behielten sich das Recht der Unterstützung der laotischen Regierung vor, solange die andere Seite das entsprechende tue.

Angesichts dieses Umstandes scheint ein neues Hindernis auf dem Weg zu einem Waffenstillstand zu entstehen.

Die Pathet Lao-Streitkräfte haben gefordert, daß die Vereinigten Staaten die Versorgung der laotischen Armee einstellen und ihre Militärberater abziehen, ehe eine Feuereinstellung in Kraft treten könne.

Marschall T s c h e n - J i , der stellvertretende chinesische Ministerpräsident und Außenminister, wird die chinesische Delegation bei der 14-Mächte-Friedenskonferenz über Laos führen, die am 12. Mai in Genf beginnen soll. In einer Regierungserklärung, die von der Agentur „Neues China" verbreitet wurde, hieß es, die chinesische Delegation sei bereit, mit allen anderen teilnehmenden Nationen zusammenzuarbeiten, damit ein Übereinkommen erzielt werde, das die Souveränität, die Unabhängigkeit, die Einheit und die territoriale Unabhängigkeit von Laos sowie die Nichteinmischung in die internen Angelegenheiten des Staates von außerhalb sicherstelle. Dieses Ziel, fügte Peking warnend hinzu, sei jedoch keineswegs leicht zu erreichen und erfordere ernsthafte und komplizierte Verhandlungen. Die chinesischen Kommunisten erklärten weiter, daß sie die Vorschläge Großbritanniens und der Sowjetunion für eine Befriedung des hinterindischen Königreichs voll unterstützten. Die Vorschläge — Waffenruhe, Wiederbelebung der Überwachungskommission und Einberufung einer 14-Mächte-Konferenz — seien sehr präzis und eine Verzerrung sei nicht möglich. Um einen Waffenstillstand herbeizuführen und sicherzustellen, sei es erforderlich, daß die Vereinigten Staaten, Thailand und Südvietnam sofort ihre Unterstützung der „Rebellenclique" in Laos einstellten und unverzüglich ihr Militärpersonal und ihre militärische Ausrüstung aus Laos abzögen ...

Wie Lordsiegelbewahrer Edward Heath am Mittwoch vor dem Unterhaus mitteilte, werden zurzeit Maßnahmen getroffen, um in Laos vorbereitende Treffen zwischen den Vertretern beider kämpfenden Parteien zu vereinbaren, an welchen der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Waffenstillstandes festgelegt werden soll.

Heath betonte, alle beteiligten Parteien hätten nunmehr Erklärungen abgegeben, wonach sie den britsch-sowjetischen Appell zur Einstellung der Kampfhandlungen begrüßten. Von beiden Seiten seien jetzt Bestrebungen im Gange, mit den militärischen Einheiten an den Fronten auf dem Funkweg in Verbindung zu treten, um ihnen die Anweisung zur Feuereinstellung zu übermitteln."

The great discussion

So einschneidend diese Vorgänge die amerikanische Öffentlichkeit berühren, so sind sie doch nicht das Thema Nr. 1 der USA in Presse, Fernsehen, Bar- und Familiengesprächen: dieses lautet E i c h m a n n. Warum haben, so fragt ein Kommentator, die Deutschen ihn nicht gefunden; wollten sie ihn nicht aburteilen? Ein anderer verweist darauf, wieviele frühere Nazis in Deutschland heute in hohen Positionen sind, „wo sie nicht sein sollten". In ausführlichen Berichten werden seit Wochen die Greuel der braunen Horden und ihrer Helfer geschildert, wird gesagt, daß vieles nicht hätte geschehen können, wenn nicht die Wehrmacht ihnen in den europäischen Ländern die Möglichkeiten dazu erkämpft hätte. Oftmals wird dabei in Veröffentlichungen und Gesprächen nicht von den „Nazis", sondern von den „Germans" gesprochen.

In ähnlicher Weise beschäftigen andere Länder in West und Ost sich in diesen Tagen mit der gleichen Materie. Insbesondere in Polen sind Angst, Verdacht und Mißtrauen wieder hellwach geworden. Die deutsche Publizistik tut von sich aus vieles, ein ehrliches und zur Selbstbesinnung mahnendes Bild in die Öffentlichkeit zu tragen. So beschäftigte sich in einer Sendung des Stuttgarter Fernsehens der dortige Kommentator Heinz Medlitzki mit der Arbeit der Ludwigsburger Zentralstelle zur Verfolgung der nazistischen Verbrechen. Ein Schlaglicht auf die absolute Gesinnungslosigkeit der faschistischen Mörder warf insbesondere seine Mitteilung, daß ein von einem KZ-Bewacher aufbewahrtes Foto-Album, das bei seiner kürzlichen Verhaftung gefunden wurde, die Aufschrift trug: „Die schönsten Jahre meines Lebens".

Der Eichmann-Prozeß kann seinen Sinn nur darin haben, uns selbst, unsere Demokratie und ihre Funktion, erneut kritisch zu betrachten. Die Überprüfung der 80 000 in der Ludwigsburger Kartei zusammengetragenen Namen mag dazu führen, daß dieses und jenes noch ungesühnte Naziverbrechen die noch mögliche gerechte Sühne findet; entscheidend aber für unser Volk, unsere Demokratie, unser Ansehen und unsere Glaubwürdigkeit ist es, daß unser öffentliches Leben in persönlicher und sachlicher Hinsicht von einer Sauberkeit durchdrungen wird, die keinerlei faschistische und militaristische Schatten aufweist. „Entlastete" in hohen und entscheidenden öffentlichen Ämtern, und seien sie noch so blütenweiß gewaschen, erwecken — das zeigt sich in diesen Wochen des Eichmann-Prozesses wieder sehr deutlich — Verdacht und Mißtrauen; sie schaden damit a priori unserem Volke in einer für uns geschichtlich und weltpolitisch so schwierigen Stunde. Der diplomatisch ungewöhnliche offizielle Protest des Kremls gegen die Ernennung von General F o e r t s c h zum Nachfolger von General H e u s i n g e r kann nur aus der Mentalität Rußlands nach dem schrecklichen Leid des Hitler-Überfalls verstanden werden.

Noch heute leiden wir darunter, daß die braune Diktatur alles tat, um das eigene Denken in unserem Volke zu löschen. Geist und Demokratie sind unbequem; aber sie gängeln oder unterdrücken ist ein Selbstschuß auf die Freiheit. Gerade in der großen Auseinandersetzung unserer Tage aber können nur die geistigen Kräfte eine neue Ordnung des Zusammenlebens der Völker erringen. Unverständlich bleibt es, wie der zum Rücktritt gezwungene Bundesminister Oberländer wieder zum Vorsitzenden der Vertriebenen-Verbände gewählt werden konnte. Die politischen Aspekte einer solchen Wahl in bezug auf die Verständigung mit unserem östlichen Nachbarn kann jeder von uns sich an den Fingern ablesen. Unverständlich bleibt es, daß der gegenwärtige Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Globke, nicht einsieht, welchen Schaden er — ganz abgesehen von Schuld oder Nichtschuld — durch sein Verbleiben im Amte der deutschen Sache zufügt. Von ihm bezeugte auf einer Pressekonferenz in Berlin am

16. April Bundestags-Vizepräsident Dr. Dehler, daß er bereits 1923 auf einem Kongreß Katholischer Studenten (CV) beantragt und durchgesetzt habe, daß jüdische Studenten nicht in den CV aufgenommen werden. Solange solche Personen in öffentlichen Ämtern in entscheidenden Positionen stehen, leisten wir der Sache des Friedens und der Entspannung keinen guten Dienst.

Der Bundeskanzler in den USA

Auf die öffentliche Meinung beim neunten Kanzlerbesuch in der Vereinigten Staaten hat dieses Klima sich deutlich ausgewirkt. Es zeigte sich, daß neben der Aufwertung der DM eine Abwertung der politischen Schlüsselposition der Bundesrepublik in der amerikanischen Außen- und Militärpolitik Tatsache geworden ist. Darüber können auch alle Versicherungen der CDU-Führer auf dem Kölner Parteitag der CDU nicht hinwegtäuschen. Der Deutsche Bundestag nahm am 21. April 1961 eine Erklärung der Bundesregierung zum Besuch bei Präsident Kennedy entgegen. Dr. Adenauer sagte: „Unseren Besprechungen mit Präsident Kennedy lag keine feste Tagesordnung zugrunde. Der Kreis der Gesprächsteilnehmer war je nach dem zu behandelnden Gegenstand kleiner oder größer. Es fanden zwischen Präsident Kennedy und mir auch Gespräche unter vier Augen statt. In den Gesprächen wurden ungefähr alle wichtigen Fragen besprochen. Das über die Unterredung herausgegebene Kommuniqué enthält eine gute Wiedergabe der Gesprächsthemen. Ich empfehle, dieses sehr sorgfältig verfaßte Kommuniqué genau durchzulesen." Er betonte, daß er in Washington das Vertrauen zu enger Zusammenarbeit mit den USA gewonnen habe. Der Bundeskanzler erklärte dann, daß die vereinbarten konventionellen Planungsziele der NATO erfüllt werden sollen.

Die ganze Sitzung dauerte zweieinhalb Stunden, eingeschlossen die Fragestunde und der Bericht des Petitionsausschusses ; 104 Abgeordnete hielten anderweitige Tätigkeiten für wichtiger und hatten sich beurlauben lassen. Als erster Sprecher der Plenumdebatte erklärte der SPD-Fraktionsführer Ollenhauer, daß seine Freunde es nicht für möglich und für ratsam hielten, in eine außenpolitische Aussprache einzutreten und daß dies vor allem eine Aufgabe der Parlamentsausschüsse sei. Darüber ist mancher in der Öffentlichkeit allerdings anderer Meinung. Jede Partei schickte einen Sprecher aufs Podium. Der einzige Antagonist des Tages aber war der von der SPD zur neuen Deutschen Friedens Union übergetretene Abgeordnete Arno B e h r i s c h. Er trat für Blockfreiheit und Neutralität ein und bemerkte dabei u. a.: „Ich weiß, viele von Ihnen, besonders der Herr Bundesverteidigungsminister, werden sagen: Blockfreiheit oder auch Neutralität nutzen nichts im Krieg. Das stimmt. Aber Blockfreiheit und Neutralität haben nicht die Funktion, im Kriege zu nutzen, sondern die Funktion, den Krieg zu verhindern." Als deutschen Beitrag zur Abrüstung forderte Behrisch eine entschärfte Zone unter internationaler Kontrolle, den Verzicht auf Atomwaffen und eine verbindliche Erklärung auf Gewaltverzicht. Aus den Reihen seiner früheren Fraktionskollegen, von denen etwa 30 seinen Ausführungen zuhörten, sprachen ihm einige nach Beendigung seiner Rede ihre Zustimmung zu seinen politischen Ansichten aus. Mehr als manches andere offenbart diese Einzelheit etwas von dem tiefen Gewissens- und Sachkonflikt, in dem manche Abgeordnete angesichts der gefährdeten deutschen Lage sich befinden.

Der entscheidende Satz in dem Kommuniqué über die Washingtoner Gespräche, dessen Studium Dr. Adenauer so sehr empfiehlt, lautet: „Der Präsident und der Bundeskanzler unterstrichen die Überzeugung ihrer Regierungen, daß die NATO alle militärischen Mittel behalten und weiter entwickeln muß, die es ihr ermöglichen, einen potentiellen Angreifer wirksam davor abzuschrecken, die terri-

toriale Unversehrtheit oder die Unabhängigkeit eines jeden Alliierten zu bedrohen." Der Kanzler erläuterte hierzu, daß über die nukleare Rüstung in der NATO weiterhin beraten werden soll. Er sagte wörtlich: „Die Amerikaner haben keinen Zweifel daran gelassen, daß sie alle Fragen, die die gemeinsame Verteidigung betreffen, in der NATO zur Konsultation stellen und mit ihren Verbündeten gemeinsam erörtern wollen." Aus diesen Formulierungen geht klar hervor, daß der amerikanische Präsident jene Linie der amerikanischen Verteidigungspolitik konsequent verfolgt, die er in seiner Antrittsbotschaft verkündete, in dem Gespräch mit MacMillan von neuem formulierte, und die sein Berater Acheson in der Bundesrepublik vortrug, als er Dr. Adenauer am 9. April, unmittelbar vor dessen Abflug in die Vereinigten Staaten, einen offiziellen Besuch machte.

Die Ansichten darüber, welche militärischen Mittel die NATO behalten und weiter entwickeln muß, um ihr erklärtes strategisches Ziel zu erreichen, haben sich seit den Tagen von Dulles und Eisenhower entscheidend geändert. Während die Vorschläge, die Eisenhower noch in den letzten Wochen seiner Amtsperiode dem NATO-Rat in Paris vorlegen ließ, darauf hinausliefen, atomare Waffen einschließlich von fünf Polaris-U-Booten in die Befehlsgewalt des NATO-Oberkommandos zu geben, erkannte Kennedy, daß ein mit atomaren Waffen in Europa geführter Krieg kein „begrenzter" bleiben könne, die Atomspirale unweigerlich zu den großen Super-Vernichtungswaffen emporklettere und damit das Ende der Menschen herbeigeführt wäre. Kennedys Absichten gehen deshalb dahin, daß er sein Land keinesfalls einer wie immer gearteten strategischen Automatik aussetzen will. Der amerikanische Vizepräsident Lyndon Johnson bezeichnete Anfang April den Ausbau der nichtatomaren Verteidigungskraft als eine „Sache von großer Priorität" und erklärte gleichzeitig die Bereitschaft seiner Regierung, mit den Verbündeten über nukleare Pläne zu verhandeln. Dieses kann erst auf der kommenden NATO-Konferenz im Mai geschehen. Aus wohlinformierten Veröffentlichungen in Paris und Washington ist in den letzten Monaten hervorgegangen, daß die USA die Kontrolle der atomaren Sprengköpfe nicht auf die NATO übertragen wollen, daß weiter keine Anhaltspunkte dafür bestehen, daß die amerikanische Regierung beabsichtigt, den Kongreß um eine Änderung des Atomgesetzes zu ersuchen, und daß die NATO-Überlegungen in den USA in erster Linie die langfristige Sicherung der atomaren Rückendeckung der europäischen Verteidigung betreffen. Eigentlich sind alle Fragen der Organisation des Einsatzes atomarer Kampfmittel noch nicht entschieden. Die Deutsche Zeitung schrieb am 16. Februar unter der Überschrift „Kennedy blockiert die Atompläne der NATO": Nach einer bereits vorliegenden grundsätzlichen Entscheidung der NATO soll der Beschluß über den Einsatz von Atomwaffen nicht bilateral zwischen den Vereinigten Staaten und der jeweiligen nationalen Regierung getroffen werden, sondern multilateral innerhalb des Bündnisses. Das Verfahren hierfür liegt aber noch nicht fest. Man weiß, daß man nicht allen NATO-Mitgliedern unter allen Umständen ein Vetorecht zubilligen kann, weil ein 15faches Vetorecht die gesamte atlantische Verteidigung lähmen könnte. Seit Jahren wagt man nicht, dieses heiße Eisen anzupacken. Solange diese Frage nicht geregelt ist, dürften alle weiteren Versuche, die NATO zur Atommacht zu machen, stecken bleiben." Hatten nach dem Besuch von Sonderbotschafter Harriman Anfang März bei Bundesminister Strauß Presseadjutant Oberst Schmückle und Generalinspekteur Heusinger davor gewarnt, die taktischen Atomwaffen aus den Frontdivisionen herauszuziehen und nach rückwärts zu verlegen, so konnte man kürzlich aus dem Munde Thilo Kochs aus Washington vernehmen, daß dort auch der General Heusinger, nunmehriger Chef des Planungstabes der NATO, für die neue Strategie eintrete und für die Verstärkung der konventionellen

Waffen plädiere. Von dem dem britischen General Sir Richard Gale zugeschriebenem Plan, taktische Atomwaffen der NATO in Sondereinheiten zusammenzufassen und nach dem Prinzip der atomaren Verantwortung der Atommächte amerikanische, britische und französische Soldaten hierfür abzustellen, das Kommando aber einem französischen General zu überlassen, wird nach den jüngsten Putschvorgängen in Frankreich wohl nicht mehr die Rede sein können. Von Mai 1959 bis zum Januar 1960 war General Challe, einer der Algerien-Aufrührer, NATO-Chef für Mitteleuropa. Über ihn schreibt Günther Sawatzki am 25. April im Kölner Stadtanzeiger: „Wer kommandieren will, muß die Lage beurteilen können. Wenn General Challe sich im Ernstfall bei der Beurteilung der Lage in Mitteleuropa ebenso gründlich getäuscht hätte wie jetzt über die Aussichten des dritten Algerien-Putsches — wirft das nicht grelles Licht auf die Frage, wem wir eigentlich anvertraut sind? Wir sind nochmal davongekommen. Gewiß, Challe hätte nicht allein zu entscheiden gehabt; aber immerhin hätte er mehr zu entscheiden gehabt, als die ihm unterstellten anderen militärischen Führer seines Befehlsbereichs."

Strategie und Politik

Der Bundeskanzler konnte jene Zusicherung über die Aufrüstung wie Minister Strauß sie sich vorstellt, in den USA nicht erwirken. Kennedy allerdings ist Diplomat und Staatsmann genug, um ein nicht notwendiges und aus seiner Sicht für die Sicherheit des Westens sogar abträgliches Nein nicht auszusprechen, die Fragen der Umorganisation der NATO „offen" zu lassen und dem deutschen Bundeskanzler das wohl selbstverständliche Versprechen mit auf den Weg zu geben, diese Fragen mit allen Verbündeten eng zu konsultieren.

Was bedeutet nun die jetzige militärische Lage in Europa für unser Land, für unser Volk, für die friedliche Zukunft Deutschlands? Die Unruhe und Nervosität der Generalität in Bonn und die Äußerungen der Bundesregierung beschäftigen sich in diesen Wochen vorrangig mit der militärischen Aufrüstung, die sie, das ist doch wohl der übereinstimmende Tenor, in der augenblicklichen Form für unzureichend oder gar unzulänglich halten. Fest steht, daß die Forcierung neuer konventioneller Rüstungen rein militärisch eine weitere Aufrüstung im östlichen Teil Deutschlands und wohl auch in den osteuropäischen Staaten nach sich ziehen wird. Fest steht, daß die Möglichkeit einer Annäherung und Verständigung dadurch weiter erschwert, wenn nicht gar verhindert wird. Herr Strauß ist nach seinen Worten davon überzeugt, daß die Rüstung nur betrieben werden darf, um einen Krieg zu verhindern, und daß jede kriegerische Verwicklung die Katastrophe für unser Volk bedeutet. Sieht er nicht, daß das Aufhäufen von Waffen in Verbindung mit vielen unbedachten Äußerungen und Bemerkungen von Politikern Mißtrauen, Nervosität und die Krisensituation in Europa zwangsläufig steigert? Der Engländer kennt das Sprichwort: „Two and two make four, gun and gun make war!" Nirgends in der Welt findet sich ein hervorragender geeignetes Territorium für die militärische Entspannung und den endlichen praktischen Beginn der Abrüstung als Einleitung zu dauerhaften politischen Lösungen der europäischen und insbesondere deutschen Probleme, als hier an diesem Krisenpunkt Europa. Die richtige Verteidigung, der richtige Luftschutz ist für Deutschland die richtige Politik, die Politik einer militärischen Neutralität, gesichert durch die Garantie der Atomgroßmächte in Ost und West. Aus dem Munde der Minister Strauß und Schröder hört man nichts über eigene Pläne und Vorschläge der CDU-Bundesregierung zur Abrüstung. Es ist tragisch und ein Kennzeichen des gering entwickelten demokratischen Mutes in unserem Volke, daß die SPD den Weg der Annäherung an die Rüstungsvorstellungen der

CDU beschreitet. „Gemeinsamkeit" ist für sich selbst noch kein Programm. Entscheidend ist, was geschieht. Annäherung an eine verderbliche Politik ist keine Lösung. Dies erkennen mehr und mehr Kräfte in den eigenen Reihen der SPD, insbesondere in den Gewerkschaften. Man lese nur was der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Hans N ä t s c h e r , in seinem Mitteilungsblatt „Einigkeit" zum 1. Mai 1961 schreibt. „Man sollte", heißt es da u. a., „endlich nicht nur vom Frieden reden — man sollte ihn endlich schaffen. Ist es nicht trostlos zu wissen, daß wir zwar ein geteiltes Deutschland aber immer noch — 17 Jahre nach Kriegsende — ohne Friedensvertrag sind? Ist es nicht Wahnsinn, daß unser Vaterland zerrissen, durch Stacheldraht getrennt und sich im eigenen Land die Menschen als Gegner gegenüberstehen? Und was hat man bislang getan, um diesen Zustand zu beseitigen? Was haben die anderen Völker, was haben vor allem die, die für diese Teilung verantwortlich sind, was hat die Regierung bislang getan, um die Wiedervereinigung mit unseren Brüdern und Schwestern herbeizuführen? Um so rühriger war man auf anderen Gebieten. Die Kriegsindustrie hat man demontiert, um sie vollkommener, leistungsfähiger wieder aufzubauen. Die Wissenschaft der ganzen Welt vermag dem kranken Menschen gar nicht oder nur unvollkommen zu helfen, aber gigantisch ist ihre Leistung im Erfinden von immer noch schrecklicheren Mordwaffen . . . Wir lehnen die Wiederaufrüstung unseres Landes, wir lehnen erst recht die Aufrüstung mit atomaren Waffen ab. Wir fordern ein generelles Verbot aller Vernichtungswaffen in der ganzen Welt."

Die große politische Demonstration des Kölner CDU-Parteitages hat im Hinblick auf all diese entscheidenden Probleme weder für die Eingeweihten noch für die Öffentlichkeit etwas Neues gebracht, es sei denn die Deutlichkeit, mit der der Wille zur Alleinherrschaft der CDU nach Erringung der absoluten Mehrheit bei den kommenden Bundestagswahlen hervortrat. Immer wieder vertraten in den Wahlreden die Bundesminister und führenden Politiker den Gedanken, daß durch Fortsetzung der bisherigen Politik des Status quo und der verstärkten Rüstung in Verbindung mit dem Vorantreiben der europäischen West-Integration die Wiedervereinigung zu erreichen sei. Der Kanzler versicherte: „Wir werden die Mehrheit gewinnen", und zeigte im übrigen eine gewisse Bereitschaft zur Verständigung mit dem Osten. Im Unterschied dazu gebärdete sich Bundesminister S t r a u ß , und Außenminister von B r e n t a n o assistierte dabei, scharf antiöstlich und rief nach der „Sicherheit der Waffen". Als der Presse-Attaché der sowjetischen Botschaft, Sergejew, sich beim Kanzler gesprächsweise erkundigte, ob die lauteste und längste Rede auch für die Bonner Politik maßgeblich sei, anwortete Adenauer: „Das wäre ein falscher Eindruck".

Die Presse attestierte auch Minister E r h a r d eine „große Stunde". Indes zeigt sich auf der diesjährigen Industriemesse in Hannover, daß die trotz ständiger Dementis erfolgte Aufwertung der D-Mark dazu geführt hat, daß diese als internationale Vertragswährung nicht mehr anerkannt wird. Die Gerüchte um eine zweite Aufwertung flauen nicht ab. Doch ernster als diese Gerüchte ist die Währungssituation des britischen Pfundes zu nehmen. Die englische Währung steht unter einem starken Druck, durch Importe veranlaßt, der nur durch eine fühlbare Entlastung der englischen Zahlungsbilanz beseitigt werden kann. Wirtschaftsfachleute glauben, daß eine Export-Offensive allein hierzu nicht ausreicht; eine Pfundabwertung aber würde bei der heutigen Wirtschaftssituation der USA und der für den Herbst erwarteten Steigerung der dortigen Recession wahrscheinlich nicht aufzuhaltende Rückwirkungen auf den Dollar haben: Washington wäre unter Umständen gezwungen, zum Ausgleich die Goldparität des Dollars zu ändern. Während der deutsche Exportboom anhält,

stößt die Deutsche Krankenhaus-Gesellschaft, der 3300 Krankenanstalten in der Bundesrepublik angehören, einen öffentlichen Notruf aus. Hunderttausend Betten fehlen; zweitausend Asssistententenstellen sind unbesetzt. Dreieinhalb Milliarden DM sind dringend nötig um unhygienischen und unsozialen Zuständen auf gesundheitlichem Gebiet abzuhelfen. Sprunghaft ansteigende Preise auf dem Baumarkt sind ein weiteres Begleitlied dieses Parteitages, ganz zu schweigen von der das Grundgesetz torpedierenden kürzlichen Äußerung des amtierenden Bundestags-Vizepräsident Dr. J a e g e r , daß es das Recht einer Bundesregierung sein könne, „in Notlagen außerhalb der Verfassung oder sogar gegen sie" tätig zu werden. Hinzu kommt die Äußerung des amtierenden Innenministers Dr. Schröder auf dem Parteitag, wonach ein „übergesetzlicher Notstand übergesetzliche Notstandsmaßnahmen" verlange. Der Wahlaufruf der CDU, das „Kölner Manifest" verspricht — und dies im schönen Gleichklang mit dem von der SPD verkündeten Wahl-Programm — allen Bundesbürgern goldene Zeiten, einschließlich der Unterstützung des goldenen Sportplans, und man verschweigt dabei, daß die christ-demokratische Politik die proklamierten nationalen Ziele bisher nicht erreichen konnte, und die Beibehaltung dieser Politik sie auch künftig nicht erreichen wird. Der Parteitag wäre auch ein beweiskräftiges Forum dafür gewesen, exakte Pläne zur Entwicklungspolitik, die immerhin Jahr für Jahr dem Bundesbürger erhebliche Milliardenbeträge abfordert, vorzulegen. Welche Probleme sich hier auftun, zeigt allein schon die eine Tatsache, daß — und dies selbst zur Überraschung der indischen Ministerien — allein in diesem einen Lande täglich 21 000 neue Staatsbürger mehr nach Nahrung, Kleidung und Lebensbedürfnissen verlangen.

Nur einige wenige Gedanken, die sich mit den Tatsachen des politischen Lebens in der Bundesrepublik auseinandersetzen, müssen jeden Deutschen heute zu der Erkenntnis bringen, daß o h n e p o l i t i s c h e L ö s u n g e n die Konfliktsituation in Europa für unser Volk zu einer militärischen Katastrophe führen muß. Weder die USA noch die Sowjetunion werden bereit sein, unseretwegen Selbstmord zu begehen, und die militärische Explosion eines „begrenzten Konfliktes" rückt, selbst gegen den Willen vieler Einsichtiger und Verantwortlicher, mit tödlicher Automatik umsomehr an uns heran, je mehr die USA es verstehen, durch den zweiten Befehlsstrang in der NATO und andere militärische Umdispositionen sich selbst aus dem tödlichen atomaren Automatismus zu befreien.

In diesem Zusammenhang kann auch die großartige Leistung der sowjetischen Wissenschaftler und Techniker, die es dem Major Gagarin ermöglichte, als erster Mensch in den Weltraum zu fliegen, kann auch das Vorhaben der USA, in aller Kürze eine Sieben-Stufen-Rakete mit einer Mercury-Kapsel zu starten, in der sich ein raffinierter Roboter befindet und der menschliche Funktionen ausüben soll, nur zu der Frage führen: zum Guten oder zum Bösen? Die Antwort liegt bei den Menschen, ihrer Vernunft, ihrer Einsicht. „Das Atomzeitalter erfordert eine neue Politik", erklärte 1957 der Atomphysiker Carl Friedrich von W e i z s ä c k e r. Er sprach von der Logik des Wahnsinns, die zum Untergang führt, weil die Prämissen falsch sind. „Ich halte die Bedrohung unserer eigenen Sicherheit durch das, was hier zum Schutze und zur Sicherheit unternommen werden soll, für größer und im Grunde politisch und moralisch unverantwortlicher als das, was man tun kann, um diese Sicherheit anders zu schützen. Damit aber erhebt sich die Frage, wie man sie denn sonst schützen soll. Bloß dasitzen und nichts tun, ist zweifellos kein Schutz. Es müßte dann eine aktive Politik in Gang gebracht werden, die diesen Schutz herbeiführt. Ich leugne nicht, daß das schwierig ist, aber es ist nötig."

Mit Weizsäcker meinen wir, daß wir heute endlich zu einer „Politik ohne Waffen" fähig sein müssen. Zu unserem eigenen Schutze, zu unserer Wiedervereini-

gung und zur Gewährleistung einer freien Handhabung unserer Demokratie, nicht zuletzt zur Herstellung eines angemessenen friedlichen und gesunden Verhältnisses zu unseren Nachbarn und zu den anderen Völkern in Europa und in der Welt, müssen wir von einer Bundesregierung fordern, daß sie reale und ausführbare deutsche Vorschläge zur Abrüstung und zu einer neuen Ordnung in Europa ausarbeitet und unterbreitet. Aus dem Munde hervorragender militärischer Fachleute, unter ihnen der NATO-Oberbefehlshaber General Norstad, konnten wir in den letzten Jahren des öfteren bestätigt hören, daß eine militärische Verdünnung in Mitteleuropa in beiderseitiger Balance möglich ist. Sind es die Politiker, die es bisher nicht erreichten, daß der Auftrag hierzu erteilt wird? In seiner Rede vor dem Atlantik-Rat in Washington führte Präsident Kennedy kürzlich aus, daß alle strategischen Probleme heute auch politische seien, und alle politischen zugleich strategische. Er wies darauf hin, daß er in seiner Person das höchste politische mit dem höchsten militärischen Amt vereine. Die Welt darf ruhiger sein, wenn sie mit Sicherheit erfährt, daß Kennedy für den Primat der Politik eintritt. Die Waffen von heute bringen uns mehr Unsicherheit als Sicherheit. Deswegen müssen wir alles tun, die riesigen Waffenansammlungen in unsere politische Befehlsgewalt zu bekommen und abzuschaffen, ehe diese aller Politik ein Ende setzen, weil der Mensch sich mittels dieser Waffen selbst zerstört hat.

Wir begrüßen jede Stimme der politischen Vernunft in der öffentlichen Meinung und in den demokratischen Organisationen und Parteien, wo immer sie sich auch findet. Wir nehmen nicht Partei für eine Gruppe, eine Organisation oder eine Partei; wir nehmen Partei für die Politik der Vernunft und der Entspannung, die allein uns vor einer Katastrophe bewahrt.

Sicherlich ist es nicht einfach, in unserem geteilten Lande die Dinge objektiv zu sehen und eine demokratische Lösung unserer Probleme zu finden. Unsere größte Gefährdung aber besteht heute im Schemadenken, im Funktionarismus, wie der Heidelberger Soziologe Alfred Weber es nannte. Wollen wir überleben, so brauchen wir eine Renaissance unseres eigenen Denkens und den Mut, konsequent zu den Ergebnissen unseres neuen politischen Denkens zu stehen und für unser Volk danach zu handeln.

Dr. Rudolf Hilf

Gibt es eine Alternative für Deutschland?

Zunächst: Deutschland existiert gar nicht mehr in dem Sinne, in dem es in diesem Zusammenhang verstanden werden kann: als politischer Ausdruck und staatliche Form des deutschen Volkes. Was immer Staats- und Völkerrechtler dagegen vorbringen mögen, Tatsache bleibt, daß der deutsche Staat im Jahre 1945 untergegangen ist. Mit der Entzweiung der Siegermächte entstanden auf den Territorien der westlichen und östlichen Besatzungsmächte zwei Staatsgebilde, die sich beide deutsch nannten, beide den Anspruch erhoben, das einzige und rechtmäßige Deutschland zu sein, beide die Zustimmung der deutschen Bevölkerung für ihren jeweiligen politischen Stil manipulierten, trotz allem aber beide nichts anderes waren und sind als die staatliche Kristallisierung des Willens und der Intentionen der westlichen und der östlichen Besatzungsmacht auf deutschem Boden.

Sowohl die Bundesrepublik Deutschland als die DDR haben von ihrer Geburtsstunde an eine Sinngebung ihrer Existenz mitbekommen, die nicht einem originären Willen der deutschen Nation entsprang. Auftrag der Bundesrepublik war und ist, das machtpolitische Vakuum im westlichen Zentraleuropa zu füllen, einen politischen, wirtschaftlichen und schließlich militärischen Damm an dieser Stelle gegen den Osten zu errichten. Aufgabe der DDR war und ist es, Barriere zu sein gegen die Restaurierung eines mit dem Westen verbündeten Gesamtdeutschland und außerdem im Sinne der Ideologie des Ostens zum Piemont eines revolutionären sozialistischen Gesamtdeutschlands zu werden.

Beide deutsche Staaten haben damit aus ihrem Ursprung heraus teilgenommen an der machtpolitischen Polarisierung der Welt und es ist ganz logisch, daß sie nach diesem Gesetz, das sie ausschließlich in sich trugen, jeweils zum Musterschüler ihrer Klasse aufrücken mußten.

Die Polarisierung der Welt und die Spannung zwischen den beiden Polen verliehen diesen beiden deutschen Staaten ihren Wert. Wir haben es in den letzten Jahren mehrmals erlebt, mit welchen Zeichen innerlichen Erschreckens die Regierung in Bonn Entspannungsbemühungen auf der Ebene der Weltmächte verfolgt hat und mit welchem Aufatmen man dann registrierte, daß der Versuch gescheitert sei und daß doch alles beim Alten bliebe. Es wird in der DDR nicht viel anders sein, wenngleich auch dort die Parteidisziplin und der auf Moskau ausgerichtete ‚demokratische Zentralismus' vieles zudeckt. Ich erinnere mich noch, wie mir vor ein paar Jahren ein Bundesminister von den Sorgen erzählte, mit der man in Bonn einer Entwicklung entgegensah, die von Ostberlin ihren Ausgang nehmen sollte. Man befürchtete damals eine Umbildung des Regimes der DDR, einen neuen innenpolitischen Kurs und eine elastische Wiedervereinigungspolitik, der eine gleichgerichtete Aktion der Gewerkschaften in Westdeutschland antworten sollte. Was immer daran Substanz gewesen sein mag, der Initiator dieser Gedanken sitzt heute noch im Zuchthaus und der Kelch ging an beiden Regimes vorüber.

Ich schreibe dies keineswegs, weil ich mit dieser oder jener Initiative sympathisiere, ich habe in keinem Fall daran Anteil, wohl aber weil daraus ersichtlich wird, daß es den beiden deutschen Staaten angeboten ist, gegen jede Veränderung des status quo in Zentraleuropa schärfstens zu opponieren, weil sie in dieser oder jener Form zu ihrem Tod führen könnte, zumindest aber weil über eine gewaltige Wertminderung dieser Staaten irgendeine Umbildung unausweichlich würde — und dies auf beiden Seiten.

Es gibt eine einzige Veränderung, die beide unisono befürworten und zwar ist das diejenige, die in der Realität der Teilung des zentraleuropäischen Entschei-

dungsraumes durch die beiden Weltmächte absolut unmöglich ist: die Liquidierung des einen deutschen Staates durch den anderen.

Das ist das Spiel mit der Wiedervereinigungsphrase. Sie verschleiert dem Volk die Wirklichkeit. Die einen halten ‚Gesamtdeutsche Konferenzen' ab und die anderen haben ihr ‚Kuratorium Unteilbares Deutschland'. Aber die praktische Politik von beiden dient der Teilung und der Polarisierung. Die Schuld der Bundesregierung in Bonn ergibt sich dabei aus dem größeren Spielraum, der ihr zur Verfügung steht. Sie hätte Möglichkeiten, sich aus dieser eingeleisigen Politik zu lösen, die der DDR einfach nicht gegeben sind; und würde sie das tun, so würde das auch Schritte auf der östlichen Seite nach sich ziehen. Aber sie tut das Gegenteil. Sie ist, was immer sie nach außen sagen mag, daran interessiert, daß der Zustand der Spannung und Polarisierung in diesem Teil des Kontinents und in der Welt überhaupt aufrechterhalten bleibt.

In dem vergangenen Jahrzehnt befand sich die deutsche Bundespolitik dabei im Gleichklang mit der machtpolitischen Großwetterlage der West-Ost-Beziehungen. Es ging darum, das Vakuum aufzufüllen, einen starren Bündniswall zu errichten und ganz allgemein die Scheidung in ‚Gute' und ‚Böse', das heißt die Teilung der Welt, bis in den letzten Winkel hineinzutragen. Die Zwischentöne waren nicht gefragt, sie waren fast verdächtiger als der Gegenpol selbst, bei dem man doch wenigstens wußte, woran man war.

Man ist aber mit dieser Politik ganz allgemein in einer Sackgasse gelandet, und dies nicht nur in unserem speziellen deutschen Fall.

Zu dieser Erkenntnis haben verholfen: einmal die Ausweglosigkeit des atomaren Wettrüstens, zum anderen die unaufhaltsame Emanzipation und Revolutionierung der kolonialen und halbkolonialen Völker.

Im ersten Falle wurde wachsend klar, daß eine militärische Machtpolitik im alten Stil nicht mehr imstande sein wird, auch nur eine der wesentlichen Streitfragen zwischen West und Ost zu lösen, ja daß durch sie nicht einmal mehr die Sicherheit des Bestehenden garantiert werden kann, daß aber die Wahrscheinlichkeit eines aus Irrtum, Fehlkalkulation oder Panik entstehenden Konfliktes sich mit der weiteren Waffenentwicklung und dem Neuentstehen anderer atomarer Mächte von Jahr zu Jahr potenziert.

Im zweiten Fall hat man die Hoffnung, die nun in die Weltpolitik eintretenden Völker des asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Kontinents als Bündnispartner zu verpflichten, bald aufgeben müssen. Wie unterschiedlich die Entwicklung in einigen Weltgegenden auch gewesen sein mag und noch ist, der Generaltrend aller dieser Nationen und Kontinente geht dahin, sich der Polarisierung der Welt zu entziehen. West und Ost müssen nun als neue Variante ihres Ringens sich zum Schützer der Neutralität und Unabhängigkeit dieser Völker aufwerfen. Der Abstand zum vergangenen Jahrzehnt ist beträchtlich.

Diese neue ‚Mitte', die hier zwischen West und Ost entsteht, kann ihre Unabhängigkeit nur dann behaupten, wenn a) der Frieden erhalten bleibt, b) das Gleichgewicht zwischen den beiden Weltmächten nicht ernsthaft gestört wird, c) im Verlauf der weiteren Entwicklung der Scheinfrieden, der auf dem atomaren Schrecken beruht, verwandelt wird in den echten Frieden einer alle Menschen umfassenden und die ideologischen und gesellschaftlichen Gegensätze auflösenden größeren Einheit bei Bewahrung der gewachsenen Vielfalt.

Unter welchen revolutionären Schmerzen diese neue „Mitte" immer geboren werden mag, ihre Existenz und ihr in diese Richtung unaufhaltsam zielendes Eigeninteresse gehören zu den wenigen Dingen der heutigen Zeit, die zur Hoffnung berechtigen. Vor allem wir Deutsche, die wir wie kein anderes Volk an dieser Polarisierung der Welt leiden, sollten dies erkennen.

Folge dieser Entwicklungen auf den Sektoren der Waffentechnik und der bündnisfreien Nationen ist es, daß West wie Ost darangehen, ihre bisherige Politik in ihrer Gesamtheit zu überprüfen, und versuchen, in ein neues Verhältnis zueinander zu kommen, das diesen Tatsachen Rechnung trägt.

Wie wirkt sich das auf unsere Lage in Zentraleuropa aus? Es steht gewiß weder für Washington noch für Moskau zur Debatte, ihre jeweilige deutsche Position aus ihren Bindungen zu entlassen. Experimente in diesem entscheidenden Teil des europäischen Kontinents wird man nicht ohne Not eingehen, in keinem Fall, solange in Deutschland selbst der Ruf nach einer Veränderung nicht so stark wird, daß man ihn, um ansonsten nicht noch mehr Terrain zu verlieren, berücksichtigen muß. Aber etwas anderes wird geschehen: Man wird die Phrasen vom Tisch wischen, die bisher die Konsequenzen der einseitigen deutschen Politik verhüllt haben. Das Ergebnis der Teilnahme an der Polarisierung in West und Ost wird in seiner ganzen Nacktheit und Armseligkeit allen sichtbar werden. Wir müssen damit rechnen, daß, um der Stabilisierung des Verhältnisses der beiden Weltmächte in Zentraleuropa willen, der heutige status quo festzementiert und formell anerkannt werden wird. Berlin ist für die Sowjets nur der Hebel, um dies zu erreichen. Als erstes wird man die Ostgrenzen akzeptieren und Berlin wird vielleicht eine Zwischenlösung bekommen. Sicher aber ist, daß so lange keine Ruhe sein wird, bis die DDR international die gleiche Ebene wie die Bundesrepublik erklommen hat.

Da man gleichzeitig auf dem Sektor der Abrüstung ernsthaft verhandeln wird und an Zugeständnissen der Sowjets echt interessiert ist, ist anzunehmen, daß sich der Wert der Bundesrepublik, soweit er militärpolitisch zu Buche steht, unter Umständen entsprechend verringert. Die Briten sprechen wieder von einer von Welt und Ost kontrollierten Zone verminderter Rüstung in Zentraleuropa; in den USA ist Prof. K i s s i n g e r Berater des Präsidenten geworden, der in seinem neuen Buch, im Gegensatz zu seinen Äußerungen vor zwei Jahren, eine stärker gestufte Abschreckung unter Betonung der konventionellen Waffen vorschlägt, was praktisch bedeutet, daß man Deutschland keine Atomwaffen geben sollte und daß es sich auf die Möglichkeit eines konventionellen Krieges à la Korea vorbereiten soll.

Auch wenn man dies alles nicht mit den politischen Disengagement-Plänen vergangener Jahre verwechseln darf, es i s t der Anfang, ein schrittweises militärisches Disengagement (ohne politische Veränderungen) in den Entscheidungszonen der direkten Berührung für praktischer zu finden als das bisherige Aug-in-Aug Gegenüberstehen mit der Hand am atomaren Druckknopf.

Es ist auch, oder könnte werden, der Anfang einer schrittweisen Depolarisierung in Zentraleuropa. In Bonn hat man das an einigen Stellen sogleich begriffen. Der bundesdeutsche Verteidigungsminister hat als Antwort auf alle diese Tendenzen eine „Atlantische Föderation" vorgeschlagen, sozusagen den Schlußstrich der Polarisierung, die dann nicht mehr abgeändert werden könnte. Herr S t r a u ß hält nichts von Verhandlungen mit dem Osten. Er setzt auf den Sieg durch Stärke, was nach Lage der Dinge ja nur den Ausbruch einer militärischen Katastrophe heraufbeschwören kann, eine Katastrophe, die das schafft, was der zweite Weltkrieg nicht fertigbrachte: die Vernichtung unseres Volkes.

Denn das unbedingte Ja zur Polarisierung kann im deutschen Fall auf Grund der in der Welt vorhandenen waffentechnischen Lage nur bedeuten, daß man entweder auf alles Gebiet östlich der Grenzen der Bundesrepublik verzichtet, also dem westlich-rheinischen Staat die Einheit des Volkes, das Recht auch der Ostvertriebenen opfert, oder aber daß man auf die Gewaltlösung setzt und damit verantwortungslos, nicht nur unserem Volk gegenüber, sondern gegenüber der Ge-

meinschaft aller Menschen, wo immer sie stehen mögen, mit dem Feuer der Vernichtung spielt.

Die dritte Möglichkeit dürfen wir dem Verstand des Herrn Strauß eigentlich nicht zubilligen: daß man nämlich diese Fragen nicht zu Ende denkt. Aber es könnte ja sein, daß ein nur militär-technisches Denken zusammen mit der sogenannten geistigen Grundlage der bundesdeutschen Politik, dem Kommunistenschreck, gemischt mit einer starken Dosis ‚Rettung des christlichen Abendlandes', der Logik ihre Grenzen setzt.

Jedoch, der Verteidigungsminister steht hier nicht allein. Die bundesdeutsche Opposition der SPD hat es für richtig gehalten, zu einem Zeitpunkt, an dem erstmalig eine schwache Chance besteht, die sterile und gefährliche Politik der Polarisierung in Zentraleuropa zu verlassen und eigene deutsche Vorstellungen nach beiden Seiten ins Gespräch zu bringen, dem deutschen Volk nicht eine große Alternative vorzulegen, sondern an ihrer Stelle einen schönen und zugegebenermaßen persönlich sympathischen Mann zu präsentieren, sich aber im übrigen in die Front der Ja-Sager einzureihen und sich nur mit einigen winzigen Nuancen kokett herauszuputzen.

Aber — welche Alternative ist in unserer Lage real denn überhaupt möglich?

Nun, es geht um eine grundsätzliche Entscheidung und auf ihr fußend um einige konkrete Schritte, die zwar die Probleme unseres Volkes gewiß nicht mit einem Schlag lösen, die aber den Weg einschlagen, der allein zu Lösungen führen kann. Anstelle der großen Worte von der ‚Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit', der ‚Forderungen auf die Grenzen von 1937' und dem lauten Ruf nach dem ‚Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der Vertriebenen', die alle zu gar nichts führen, sind genau umrissene und begrenzte Taten zu setzen, die einen Friedenszustand mit unseren Nachbarn im Osten herbeiführen, in dessen Klima allein Lösungen unserer Ostfragen möglich werden.

Bei der grundsätzlichen Entscheidung handelt es sich darum, jeden echten Prozeß der Depolarisierung überall in der Welt, und natürlich erst recht hier in Zentraleuropa, zu fördern und mit gutem Willen zu prüfen, wie weit er mit den eigenen Interessen vereinbar ist. In der heutigen Lage beginnt die Depolarisierung auf dem Sektor der Waffentechnik, speziell im atomaren Bereich. Bonn hat diesen guten Willen bislang nie besessen. Wir haben jede britische oder auch amerikanische Anregung, die in diese Richtung zielte, von vornherein höchst verdächtig gefunden und verdammt, vom Plan des polnischen Außenministers gar nicht zu reden. Darin sah man nichts anderes als eine tückische Falle.

Hier also setzt eine Alternativpolitik in erster Linie ein. Das Ziel ist, zwischen die beiden atomaren Weltmächte in Zentraleuropa eine deutsch-slawische ‚Friedenszone' zu legen, in der allein ein Ausgleich mit unseren westslawischen Nachbarn sich anbahnen läßt und durch die unser Verhältnis zum Osten insgesamt in genau den ruhigen Friedenszustand gebracht wird, den wir in dieser Hinsicht gegenüber dem Westen besitzen. Eine solche Friedenszone kann mit einem Verzicht auf die Stationierung atomarer Waffen in einem bestimmten umgrenzten Raum beginnen, oder auch nur mit einem Ost-West-Experiment einer besonderen Waffenkontrolle in diesem Bereich. Wie man beginnt, der Prozeß würde in Richtung auf die Bildung einer ‚Mitte' vorschreiten, einer ‚Mitte' analog der Entwicklung im afro-asiatischen und latein-amerikanischen Raum. Eine Reihe gemeinsamer Interessen würde in dieser ‚Mitte' auf beiden Seiten der ideologischen Trennungslinie im Inneren entstehen und die Voraussetzungen eines schrittweisen Ausgleichs würden sich ergeben. Mehr noch als bei den bisherigen bündnisfreien Nationen würde diese zentraleuropäische deutsch-westslawische Mitte peinlichst darauf achten müssen, das Gleichgewicht

zwischen West und Ost im Inneren nicht zu zerstören. Der Abbau der Frontstellung muß paritätisch und parallel erfolgen. Es wäre das Eigeninteresse der ‚Mitte', hier keinen falschen Schritt zu tun, weil ein solcher mit Gewißheit die Entwicklung in die alte Sackgasse oder gar in eine Katastrophe zurückwerfen würde. Das Risiko, das für alle in einer solchen Poiltik liegt, soll nicht geleugnet werden, aber es ist vermutlich kleiner als das, welches man eingeht, wenn man die Dinge weiterhin treiben läßt und auf die Spannung setzt. Die Spannung muß schließlich entweder in die Entspannung auf dem hier vorgeschlagenen Weg führen oder in die Entladung durch den Blitz zwischen beiden Polen. Das Risiko des einen Weges ist mit der Hoffnung, die selbst eine ungeheure menschliche Kraft ist, verbunden. Dem Menschengeist, dem, was uns überhaupt zum Menschen macht, dem Wägen und Wagen, dem Suchen nach der Wahrheit und Gerechtigkeit, dem Mut zur Verantwortung und dem Opfer, all dem ist eine Chance gegeben. Und wir sollten nicht von vornherein daran verzweifeln, diesen Kampf bestehen zu können. Im zweiten Falle, der militärisch-technischen Entladung der Spannung, haben wir diese Chance nicht. Nichts wird mehr von uns selbst abhängen. Wir haben dann auf den Geist verzichtet und uns allein der Sicherheit durch die Materie anvertraut. Sie wird uns verschlingen, weil wir als ‚Menschen' überflüssig geworden sind.

Kehren wir zurück zur konkreten Situation des Vordergrundes. Vielfach wird hier bei uns in Deutschland auf jede Alternativpolitik verzichtet, weil man sagt: „Es ist ja sowieso aussichtslos mit dem Osten verhandeln zu wollen. Was redet Ihr von Ausgleich! Der Osten will nur seinen Besitz bestätigt haben, uns nach Möglichkeit schwächen und sich sodann zum nächsten Schritt nach vorn aus seiner von uns bestätigten Ausgangsbasis vorbereiten."

Der bisherige sowjetische Friedensvorschlag entkräftet eine solche Ansicht nicht. Am 17. Februar hat Botschafter Smirnow in Bonn eine Denkschrift der Sowjetregierung überreicht, die ein paar neue Töne zu diesem Thema, aber in der Substanz wenig neue Gedanken enthält. Die Sowjetregierung spricht ganz klar aus, worum es ihr geht, wenn sie sagt: „Die Sowjetunion verlangt von der Bundesrepublik keinerlei Opfer. Wir schlagen einzig und allein vor, die nach dem Kriege entstandene Lage in Europa zu fixieren, die Unantastbarkeit der nach dem Krieg festgelegten Grenzen rechtlich zu verankern und die Lage in Westberlin auf Grund einer vernünftigen Berücksichtigung der Interessen aller Seiten zu normalisieren. Was kann die Bundesrepublik von dem, was sie heute besitzt, im Ergebnis einer solchen Regelung verlieren? Absolut nichts."

Vorweggenommen: die Bundesrepublik kann schon etwas verlieren, was für die Regierung in Bonn und für den Westen ziemlich ins Gewicht fällt, wenn sie einen solchen Friedensvertrag unterschreibt, und zwar verliert sie den Anspruch, ‚Deutschland' zu sein. Diese Fiktion aber will sie unter allen Umständen aufrechterhalten, weil sich unübersehbare innenpolitische Entwicklungen ergeben könnten, falls den Menschen in der Bundesrepublik einmal klar werden würde, daß die Politik Bonns nicht mehr zu einem Ziel in allen wesentlichen Fragen unseres Volkes führen kann. Weil diese Gefahr besteht, wird weder Bonn noch der Westen den von den Sowjets vorgeschlagenen Friedensvertrag unterschreiben und diesbezüglich geht die sowjetische Rechnung zweifellos nicht auf.

So sehr man begrüßen muß, wenn die sowjetische Politik den Wust von gesamtdeutschen Phrasen beiseitefegt und auf die reale Situation, die wir ja selbst mit herbeigeführt haben, verweist, so sehr muß man auf einen zweiten grundlegenden Irrtum in dem sowjetischen Vorschlag hinweisen. In der erwähnten Denkschrift steht: „Die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß die Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland zur Zeit das Wichtigste in den so-

wjetisch-deutschen Beziehungen bildet und mißt ihrer unverzüglichen Lösung die größte Bedeutung bei." Glaubt man im Ernst, daß dann plötzlich zwischen den Deutschen und dem Osten der Frieden ausbrechen wird, wenn zwei deutsche Staaten nichts anderes tun als einen Vertrag zu unterschreiben, der alles ohne Ausnahme so läßt wie es ist? Der ‚Friede' wird dann nur in der Vertragsüberschrift auffindbar sein, denn die Polarisierung und damit die Feindschaft bleiben.

Die Sowjetunion kann gewiß verlangen, daß die realen Gegebenheiten in Zentraleuropa anerkannt werden, d. h. die Existenz der DDR, der deutschen Ostgrenzen wie sie heute sind, eine Sonderregelung für Berlin solange es keine Wiedervereinigung gibt; und man würde es der Sowjetunion auch abnehmen, wenn sie erklärt: ‚Daß diese Lage so ist, ist letztlich Eure Schuld. Ihr könnt von uns nicht erwarten, daß wir nun plötzlich alle so tun, als ob nichts gewesen wäre. Ihr könnt von uns auch nicht erwarten, daß wir unsere Positionen aufgeben, nur damit Ihr dann die Türen für das Vorrücken des Westens aufmacht; weiter: daß Polen und Tschechen nicht einfach auf Euer Recht schwören, wo Ihr doch vorher das ihrige nachweisbar negiert habt, dürfte auch klar sein. Kurz: ein Frieden zwischen uns und Euch ist ein Ding auf lange Sicht und hängt schließlich von der ganzen Entwicklung der Weltlage und Eurer Politik in dieser Hinsicht selbst ab. Wenn Ihr in Westdeutschland bereit seid, die heutigen Realitäten östlich Eurer Grenzen in Zentraleuropa anzuerkennen, so schlagen wir Euch die Schaffung einer zentraleuropäischen Friedenszone vor, die zunächst einmal die ärgste Spannung in diesem Raum beseitigen und zu einem Auseinanderrücken von West und Ost führen soll und wir erklären weiter, daß wir dabei jede Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten und jeden Ausgleich zwischen Euch und den Polen und Tschechen dann unterstützen werden, wenn er dem echten Frieden dient und keine Bedrohung des Gleichgewichts bedeutet."

Es sind in den Sowjetmemorandum einige neue Töne enthalten, so wenn man sagt: „Gewisse Leute in der Bundesrepublik Deutschland behaupten, wir seien bestrebt, den Westdeutschen ein Diktat aufzuzwingen. Nein, wir strecken dem ganzen deutschen Volk freundschaftlich die Hand entgegen. Der sowjetische Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland ist kein Ultimatum. Wenn die Bundesregierung mit diesem oder jenem Punkt unseres Entwurfes nicht einverstanden ist, so kann sie ihre entsprechenden Vorschläge machen oder einen eigenen Entwurf für einen Friedensvorschlag unterbreiten. Die Sowjetregierung ist bereit, beliebige konstruktive Vorschläge der Bundesregierung zu erörtern, welche die bestehende Lage berücksichtigen und den Abschluß eines Friedensvertrages begünstigen. Wir wollen nicht Friedensverhandlungen hinter dem Rücken des deutschen Volkes führen und nicht auf Kosten seiner legitimen Rechte, sondern unter unmittelbarer Teilnahme der Deutschen selbst und mit der gebührenden Achtung und Berücksichtigung ihrer nationalen Interessen."

Aber was sollen die Worte bedeuten, wenn man ein paar Zeilen vorher liest: „Der Krieg hat vor fast 16 Jahren geendet, und jeder vernünftige Mensch versteht offenbar, daß die im Ergebnis des Krieges eingetretenen Wandlungen natürlich nicht durch Verhandlungen abgeändert werden können."

Worüber also soll dann verhandelt werden? Trotz dieser Unergiebigkeit und trotz dieser Widersprüche aber ist es grundfalsch, von bundesdeutscher Seite einfach zu erklären, das Memorandum enthielte nichts von Belang und ein Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten wäre unannehmbar. Verfährt man so, so bleibt eben auch drüben alles beim Alten, ob wir es nun anerkennen oder nicht.

Die Sowjetunion hat zweifelsohne, aus welchen Gründen immer, den Wunsch, die Spannungen auch in Zentraleuropa zu mindern, und dieser Wunsch berührt

sich mit unseren eigenen Interessen, wenn sie im Sinne der oben aufgezeigten Alternativpolitik verstanden werden, ja dieser Wunsch berührt sich, wenn nicht heute, so morgen, auch mit den Interessen der westlichen Politik in Mitteleuropa. Legen wir uns doch die Frage vor:

a) Können wir die Realität der DDR hinwegdeklamieren oder gar mit Gewalt beseitigen? Wir können es nicht.

b) Können wir die Polen zwingen, ihre Westgrenze zu revidieren? Wir können es nicht. Mit der Tschechoslowakei verhält es sich ebenso.

c) Sind wir in Berlin auf eine Mitwirkung der Sowjetunion angewiesen? Wir sind es.

Warum erklären wir dann nicht: Wir sind bereit, die DDR anzuerkennen, wenn zwischen beiden deutschen Staaten die Öffnung der Grenzen und die Freizügigkeit der Bevölkerung international garantiert wird. Wir sind bereit, aus Berlin eine Freie Stadt zu machen, wenn die DDR einen internationalen Straßen- und Bahnkorridor zur Verfügung stellt. Und wir sind bereit, die Grenzen gegenüber Polen und der CSR anzuerkennen, wenn im Rahmen einer zentraleuropäischen Friedenszone, zu einem Zeitpunkt an dem das Vertrauen zwischen unseren Völkern wiederhergestellt sein wird, über die Rechte derjenigen Vertriebenen verhandelt werden kann, die willens sind, in ihre alte Heimat zurückzukehren.

Im erwähnten sowjetischen Memorandum steht: „Einige Politiker der Bundesrepublik lassen durchblicken, die Christlich-Demokratische Union würde vielleicht der Unterzeichnung des Friedensvertrages und den heutigen Grenzen zustimmen, aber es gebe in der Bundesrepublik Millionen umgesiedelter Personen, und wenn die Regierung die Grenzen anerkenne, würden diese Personen die zur Zeit am Ruder stehende Partei nicht unterstützen. Diese Politiker wissen, daß das den umgesiedelten Personen gegebene Versprechen, eine Grenzrevision herbeizuführen, Phantasterei, daß es unerfüllbar ist. Doch sie beuten die Hoffnungen jener trotzdem aus, sie beuten jene aber nicht nur aus, sondern sie fachen auch die Revanchestimmungen, die Hoffnungen auf eine Änderung der Grenzen an."

Das ist die Situation! Es gibt 10 Millionen Vertriebene in der Bundesrepublik, mit ihren Verästelungen in die einheimische Bevölkerung bilden sie stimmungsmäßig eine Gruppe, die ein Viertel bis ein Drittel der westdeutschen Bevölkerung ausmacht. Sie sind in allen Ostfragen äußerst empfindlich, vielleicht ist es überhaupt die einzige Breitenschicht in Westdeutschland, die über das Konsumdenken hinaus für die Frage des Friedens mit dem Osten einigermaßen Interesse aufbringt. Leider zumeist ein negatives. Warum? Weil diesen Menschen nicht klargemacht wird, daß sie durch Unterstützung der Politik der Polarisierung und des antiöstlichen Feldgeschreies sich selbst jede Türe zu einer möglichen Lösung zunageln. Gerade für die Vertriebenen kann es nur Hoffnung in einer zentraleuropäischen Friedenszone geben, nur Hoffnung, wenn Entspannung, Zusammenarbeit und Vertrauen zwischen uns und unseren östlichen Nachbarn wieder einkehrt. Solange aber eine Frontpolitik in Zentraleuropa getrieben wird, solange sich West und Ost mit Atomkanonen an der Teilungslinie gegenüberstehen, kann es keine Lösungen geben. Die Sowjetunion hat durchaus Recht, wenn sie von der ‚Ausbeutung' dieser Menschen spricht. Aber die Sowjetunion sollte auch erkennen, daß hier ein Potential vorhanden ist, das eine neue Friedenspolitik in Westdeutschland erzwingen kann, denn wenn diese ‚Ausgebeuteten' einmal die Verlogenheit der Versprechungen durchschauen und wenn ihnen gleichzeitig vom Osten nicht die Restauration vergangener Zustände, wohl aber die Hoffnung auf Versöhnung, auf Rückkehr und Gerechtigkeit im Rahmen des Möglichen und ohne neue Härten zu schaffen geboten wird. Es gäbe mehr darüber zu sagen.

Soweit nur eines: man kann sich bedeutend leichter über die Anerkennung gegebener Grenzen verständigen, als Verletzungen des einfachsten Menschenrechtes hinnehmen.

Was die Grenzen anbetrifft, so haben wir wohl kaum das Recht große Forderungen zu stellen, nachdem der Mann, dem wir gefolgt sind, verkündete: „Kein Volk besitzt auf dieser Erde auch nur einen Quadratmeter Grund und Boden auf höheren Wunsch und laut höherem Recht ... Staatsgrenzen werden durch Menschen geschaffen und durch Menschen geändert ..." Wir haben die Quittung für diese Ansicht und diese Politik bekommen. Aber die Menschen, die in den deutschen Ostgebieten dafür bezahlen mußten, sind nicht mehr schuld als irgendwelche andere Glieder des Volkes. Sie hat eine Kollektivstrafe getroffen, die Chrustschow selbst in seiner Rede vor dem XX. Parteitag in Hinblick auf die von Stalin angeordneten Deportationen innerhalb der Sowjetunion folgendermaßen charakterisiert: „Kein Marxist, Leninist und überhaupt kein vernünftiger Mensch kann verstehen, wie es möglich ist, ganze Völker, samt Frauen, Kindern und alten Leuten, wegen Verbrechen einzelner und kleinerer Gruppen verantwortlich zu machen, Massenrepressalien gegen sie anzuwenden und so der Not und dem Elend auszusetzen."

Nichts ist für unser Volk verloren, wenn es seine Seele wiederfindet, wenn es Vertrauen hat und Vertrauen gewinnt, wenn es nicht Wunder erwartet, wohl aber guten Willens dem Nachbar die Hand zum gemeinsamen Aufbau hinstreckt. Vor allem aber, wenn es aus seiner jüngsten Vergangenheit die eine Lehre zieht: das Freund-Feind-Denken zu überwinden. Wir sind alle Menschen und leben aus der gleichen Quelle. Die Teilung des deutschen Volkes zwischen West und Ost ist ein Auftrag. Der Auftrag: unter Einsatz seiner gesamten Existenz an dem Frieden zu arbeiten, den unsere Welt braucht.

Das ist die Alternative und das ist allein auch die sogenannte ‚Bewältigung der Vergangenheit', die weder eine demokratische Gebärde verlangt noch das Herauskehren der „weißen Weste", sondern eine Frage an die Gegenwart und an die Zukunft ist. Wo stehst Du jetzt, Deutschland und wohin willst Du gehen?

Ein indischer Staatsmann, der lange Jahre Botschafter in Bonn war, Staatssekretär Tyabji, hat uns in seinem Abschiedsartikel zugerufen:

„Nach allem, was ich vom deutschen Volk und vom deutschen Charakter weiß, kann ich nicht glauben, daß das, was Deutschland gegenwärtig zur Erfüllung der großen Aufgabe unserer Zeit tut, der wahre Ausdruck seines Volkscharakters ist. Und diese Hauptaufgabe ist es doch, die Kluft zu überbrücken, die die eine Hälfte der Welt von der anderen scheidet ... Wie ich schon einmal geäußert habe, hat das deutsche Volk immer den Wunsch gehabt, eine Mission zu erfüllen. Manchmal hat es sich eine falsche Mission erwählt; die Deutschen haben jedoch stets eine Aufgabe gesucht, auf die sie ungehemmt ihre unvergleichlichen Energien und Talente richten konnten. Welche Aufgaben sollten sie jetzt auf sich nehmen? Ich möchte vorschlagen, daß die Deutschen jetzt, nachdem sie ihren eigenen Garten nach eigenem Wunsch bestellt haben, auf die Winde achten, die draußen in der Welt blasen. Dadurch können sie mithelfen, das deutsche Problem zu lösen. Den Kommunismus aufzuhalten, oder, wie ich lieber sagen möchte, zu verwandeln. Dadurch können sie Freunde gewinnen und Völker beeinflussen — etwas, was die Deutschen ebenso gerne tun wie die meisten anderen Menschen... Die Deutschen würden eine Brücke zwischen Ost und West bilden und die große Zufriedenheit erfahren, ein Blatt dort wachsen zu lassen, wo bisher keines wuchs."

Rechtsanwalt Prof. Dr. Harold Rasch

Bundesrepublik und DDR

Zu den nicht wenigen Themen, über die anders als in der amtlichen Sprache zu reden nahezu verpönt ist, gehören die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Kaum ein Politiker oder Redakteur, der es wagte, der Deutschen Demokratischen Republik ohne Vorbehalt den Namen zuzuerkennen, den sie sich gegeben hat, der es versäumte, nur von der „sogenannten DDR" zu reden, wenn er es nicht vorzieht, bei der Bezeichnung „Sowjetisch besetzte Zone" oder „Ostdeutscher Satellitenstaat" zu bleiben. Die offene und geheime Sprachregelung in diesem Punkt funktioniert hervorragend.

Nun wäre dagegen nicht allzu viel einzuwenden, wenn es die sachliche Erörterung förderte oder zum mindesten nicht verhinderte. Aber eben das ist leider nicht der Fall. Auch wer — wie der Verfasser dieser Zeilen — mit der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes der Überzeugung ist, daß die kommunistische Gesellschaftsordnung keine für uns geeignete und wünschenswerte Ordnung darstellt, ja gerade er muß mit tiefer Besorgnis feststellen, wie bequem wir es uns machen. Natürlich ist die DDR kein „demokratisches" Gebilde in dem Sinn, wie es die alten Demokratien des Westens sind. Aber wer wollte sich, wenn er die Struktur und das Wirken etwa der CDU verstehen will, mit der — sicher ebenso zutreffenden — Feststellung begnügen, daß sie herzlich wenig mit echtem Christentum zu tun habe? Mit dergleichen Erkenntnissen kommt man nicht ernsthaft weiter.

Eine der schwersten und, wie mir scheint, in einer sich rasch ändernden Welt immer drückender werdenden Hypotheken der deutschen Politik ist die Neigung, politische Probleme der Zukunft als juristische Fragen des geltenden Rechts anzusehen. Wir haben diese Neigung in den vergangenen zehn Jahren in zahlreichen Fällen erlebt. Angesichts der schamlosen Mißachtung jeder Art von Rechtsordnung unter der Herrschaft der Nazis ist sie gewiß verständlich. Aber sie droht, uns den Blick für die Wirklichkeit zu vernebeln, namentlich dann, wenn es um die Anwendung von Rechtsgrundsätzen des Völkerrechts geht, die in besonderem Maße dem Wandel der Verhältnisse unterworfen sind. Schon heute spielt die Flucht in abstrakte Rechtsbegriffe wie „Selbstbestimmungsrecht", „Gesamtdeutscher Friedensvertrag" und dergleichen fast dieselbe unheilvolle Rolle wie zwischen den beiden Weltkriegen die Flucht in die Dolchstoßlegende, die dem deutschen Spießbürger die wahren Ursachen unserer Niederlage von 1918 verschleierte.

Die öffentliche Meinung der Bundesrepublik begnügt sich heute mit dem ihr amtlich vorgesetzten und als richtig bescheinigten Dogma, daß „die sogenannte DDR" gar keinen „Staat" im Sinne der allgemein anerkannten Grundsätze des Staats- und Völkerrechts darstelle. Der Regierung Walter Ulbrichts fehle, so heißt es in diesem Dogma, die unerläßliche demokratische Legitimation für die Ausübung ihrer Herrschaft. Unsere Landsleute in Mitteldeutschland seien ihrer Gewalt unterworfen, ohne jemals Gelegenheit gehabt zu haben, sich auf Grund freier Wahlen eine Verfassung zu geben und eine Volksvertretung mit der Gesetzgebung zu betrauen. Solange die Sowjetunion der Bevölkerung der „Zone" das Selbstbestimmungsrecht vorenthalte, das sie für jeden Negerstamm verlange, solange sei dieses Gebilde kein staats- und völkerrechtlich selbständiges Rechtssubjekt, die kleine Schicht seiner Beherrscher keine wirkliche Regierung. Nur die Bundesrepublik sei legitime Rechtsnachfolgerin des ehemaligen

Deutschen Reichs, Mitteldeutschland dagegen ein Territorium unter fremder Herrschaft mit nur vorgeschobenen Figuren an der Spitze, kein deutscher Staat, sondern lediglich eine Kolonie der Sowjetunion.

Ich habe nicht die Absicht, mich mit diesen Thesen, in deren Verteidigung sich Regierungsparteien und SPD schon zu einer Zeit einig waren, als es noch eine außenpolitische Opposition gab, auseinanderzusetzen, weil sie meiner Überzeugung nach neben der Sache liegen — der Sache jedenfalls, die mir wichtig erscheint. Sie mögen unerschöpflichen Stoff für Staatsrechtler und Rechtshistoriker bieten, zahlreichen Studenten Themen für Doktor-Dissertationen liefern. Den politisch, d. h. um die Gestaltung unserer Zukunft Bemühten führen sie keinen Schritt vorwärts. Ihn interessiert nicht der Rechtscharakter, die juristische Natur des Gebildes der DDR, sondern allein die Frage, wie wir uns ihm gegenüber einstellen wollen. Um es noch schärfer zu präzisieren: Sollen wir uns auch weiterhin widerwillig auf ein Minimum menschlicher, geschäftlicher, technischer Kontakte mit den Deutschen jenseits des „Eisernen Vorhangs" beschränken — auf gelegentliche Besuchsreisen von Verwandten und Freunden, Interzonenabkommen, Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Verkehrswesens und der Energiewirtschaft also —, im übrigen aber das Regime in Pankow als juristisch nicht existent betrachten? Oder sollen wir im Gegenteil die Initiative zur Herstellung eines besseren Verhältnisses zwischen Bonn und Ost-Berlin ergreifen und wenigstens den Versuch machen, die Mauer des gegenseitigen Mißtrauens, der Angst voreinander, des Hasses und der Verachtung zu durchbrechen?

Ich weiß, daß die Mehrzahl der Bürger der Bundesrepublik schon ob einer solchen Fragestellung erschrickt. Nur hoffnungslose Naivität eines Intellektuellen oder aber eine geheime Neigung zum Kommunimus, so wird man erwidern, könne mit derartigen Gedanken spielen. Was anderes werde die Folge eines offiziellen Verkehrs der Bundesrepublik mit der Regierung der „Zone" sein als eine zunehmende Überschwemmung Westdeutschlands mit kommunistischen Funktionären, eine Untergrabung unserer politischen Ordnung und Preisgabe der Errungenschaften der sozialen Marktwirtschaft? Was anderes als der Verlust des Vertrauens unserer westlichen Verbündeten und die Zerstörung der letzten Hoffnungen von 17 Millionen Deutschen in Mitteldeutschland auf eine Beseitigung des ihnen aufgezwungenen Regimes? Nein, wer nicht selbst dem Kommunismus zum Siege verhelfen, der von seinen Führern niemals aufgegebenen Revolutionierung der Welt Vorschub leisten wolle, der dürfe sich mit den Beauftragten Moskaus nicht an einen Tisch setzen. Und am allerwenigsten dürfe es die Bundesrepublik.

Ich bin weit entfernt davon, diese Einwendungen mit einer Handbewegung beiseite zu schieben. Aber ich habe ebenso wenig die Absicht, sie nur deshalb zu akzeptieren, weil sie heute bei uns communis opinio sind.

Das Prinzip der politischen Abkapselung der Bundesrepublik gegenüber der DDR wäre vertretbar, ja vielleicht sogar angebracht, wenn es konsequent durchgeführt werden könnte. Wären wir in der Lage, uns gegen den Kommunismus abzuschirmen wie ein Kapitän, der ein leck gewordenes Schiff retten kann, indem er die Schotten schließen läßt, dann könnten wir uns mit Erfolg entsprechend verhalten. Aber in dieser Lage sind wir nicht. Bundesrepublik und DDR existieren nicht allein auf diesem Planeten, sie sind kleine Gebilde innerhalb einer weltweiten Völkergemeinschaft, die sich in „gute" kapitalistische und „böse" kommunistische Staaten weder einteilen noch gar aufspalten läßt. Die „soziale Marktwirtschaft" der Bundesrepublik trägt einen anderen Charakter als der

Kapitalismus der Vereinigten Staaten von Nordamerika oder Brasiliens, die Wirtschaftsverfassung der Sowjetunion einen anderen als die Polens oder Jugoslawiens, der Sozialismus der skandinavischen Länder wieder sehr eigene Züge. Allenthalben finden sich Abweichungen vom Grundprinzip, Abstufungen, Übergänge. Von der Vielfalt der sozialen Ordnungen, Wirtschaftsstile, politischen Konzeptionen in den Entwicklungsländern ist dabei noch gar nicht einmal die Rede. Und was noch viel wichtiger erscheint: überall ist Bewegung, überall ringen die führenden Schichten um neue Ordnungsprinzipien, dringen neue Vorstellungen und Wünsche in das Bewußtsein der breiten Massen. Rundfunk und Fernsehen tragen Nachrichten und Ideen über die Grenzen hinweg, Düsenflugzeuge bringen die Menschen in wenigen Stunden um den Erdball. Dürfen wir unter diesen Umständen ernstlich glauben, daß es möglich sei, mit diplomatischen Mitteln aus der Zeit des Wiener Kongresses zwei Nachbargebiete derselben Zunge politisch gegeneinander abzuschirmen?

Wir können es schon heute nicht mehr und werden es morgen noch weniger können. Keine Reisebeschränkung, keine Nachrichtensperre, keine Kündigung von Interzonenabkommen, kein Notstandsgesetz wird daran wesentliches ändern. Sie werden nur bewirken, daß wir auf eine aktive Auseinandersetzung mit dem Kommunismus noch mehr als bisher verzichten. Damit haben wir den Kampf bereits zur Hälfte verloren.

Denn daß wir werden kämpfen müssen, wenn wir nicht kapitulieren wollen, kann nicht zweifelhaft sein. Ob mit militärischen Mitteln, darüber wage ich keine Voraussage. Ich glaube es nicht und hoffe es noch weniger. Aber wie dem auch sei: die Auseinandersetzung wird niemals nur militärischer Natur, sie wird unter allen Umständen auch eine geistige und moralische sein. Niemand hat ein größerers Interesse daran, daß sie sich ausschließlich auf dieser Ebene abspielen möge, als wir.

Was haben wir bisher getan, um unsere Interessen zur Geltung zu bringen? Ich fürchte, daß wir uns eingestehen müssen: nichts, so gut wie nichts. Gewiß fehlt es auch in deutscher Sprache nicht an hervorragenden kritischen Analysen des dialektischen Materialismus, ich nenne nur das wohl bedeutendste Werk, die umfangreiche Arbeit von Gustav Wetter[1]). Es fehlt auch nicht an eindringlichen Untersuchungen des sowjetischen Wirtschaftssystems, jeder ernstlich hieran Interessierte hat viele Möglichkeiten ausgiebiger Unterrichtung. Über das laufende politische und soziale Geschehen in der Sowjetunion und dem übrigen Ost- und Südosteuropa berichtet mehr oder minder ausführlich die Tages- und Fachpresse. Und die Verhältnisse der DDR gar sind uns aus zahlreichen Quellen nur allzu gut bekannt, sofern wir sie nur zur Kenntnis nehmen wollen.

Aber selbst die emsigste Arbeit von Gelehrten, Beamten, Journalisten, selbst die besten Marktkenntnisse der Interzonenhändler, die vielgseitigsten Eindrücke aufmerksamer Reisender sind kein Ersatz für eine politische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Sie sind unentbehrliche Grundlage für eine solche Auseinandersetzung, aber nicht diese selbst. Werden politischen Gegner überwinden will, ohne zu schießen, muß sich mit ihm an einen Tisch setzen. Es gibt keine andere Möglichkeit. Auch die Regierung der Bundesrepublik wird das eines Tages einsehen und aus dieser Einsicht die Folgerungen ziehen müssen. Ihre politische Stellung wird um so stärker sein, je früher sie es tut, um so stärker, je mehr sie aus eigenem freien Entschluß handelt.

[1]) Gustav A. Wetter, Der dialektische Materialismus. Seine Geschichte und sein System in der Sowjetunion, 5. Auflage, 1960.

Doch prüfen wir zunächst die Einwendungen, die heute gegen einen politischen „Kontakt mit dem Satellitenregime der Zone" vorgebracht werden. Da ist zunächst das Schreckgespenst der Überflutung mit Funktionären der SED, die die politische, wirtschaftliche und soziale Ordnung der Bundesrepublik zu untergraben versuchen würden, um dabei am Ende im trüben zu fischen. Ich vermag ein ernsthaftes Argument in diesem Einwand nicht zu erblicken. Daß es auch heute schon in unseren Betrieben, insbesondere den Großunternehmen, Tausende von Leuten gibt, die mehr oder weniger enge Verbindungen zu politischen Stellen der DDR haben, ist von verantwortlicher Seite wiederholt mitgeteilt worden und gewiß richtig. Es ist nicht einzusehen, inwiefern die Gefahren, die von derartigen „Agenten" — oder wie immer man sie bezeichnen möge — ausgehen, durch eine offizielle Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik größer werden sollten, als sie es zur Zeit sind. Sicher werden sie nicht geringer werden, aber für die Annahme, daß sie wachsen müssen, wenn wir uns entschließen, der Wirklichkeit ins Auge zu sehen und nicht länger zu leugnen, daß es zwei deutsche „Staaten" gibt, besteht kein vernünftiger Grund. Nicht auf die Zahl der Beauftragten der SED in der Bundesrepublik kommt es an, sondern auf unsere intellektuelle und moralische Fähigkeit, mit ihnen fertig zu werden. Es stünde wahrlich hoffnungslos um das politische Leben der Bundesrepublik, wenn sie sich ernstlich vor kommunistischen Agitatoren fürchten müßte!

Freilich will ich nicht bestreiten, daß die Mehrzahl der westdeutschen Bevölkerung und auch noch ein großer Teil ihrer führenden Schichten für eine geistige Auseinandersetzung mit den kommunistischen Lehren heute nur sehr unzureichend gerüstet ist. Hier rächen sich entscheidende Fehler unserer politischen Führung, aber auch der Opposition in den letzten Jahren, die übermäßige Züchtung von rein wirtschaftlichen, insbesondere Konsumenteninteressen, einerseits, die ganz einseitige Betonung der militärischen Sicherheit andererseits. Wir beklagen mit Recht die „Politisierung" des gesamten Lebens in der DDR, aber im Bewußtsein der westdeutschen Bürger kommen politische Probleme, d. h. Gemeinschaftsaufgaben, viel zu kurz. Insofern ist eine gewisse Sorge der Bundesregierung vor einer Untergrabung unserer politischen Ordnung durch die geschulten Funktionäre des Ostens gewiß verständlich, wenngleich sie nur die Sorge vor den Folgen eigener Fehler ist. Aber daraus kann man vernünftigerweise nur die Konsequenz ziehen, daß es höchste Zeit wird, die begangenen Versäumnisse wieder gut zu machen, nicht aber die, an der politischen Abkapselung der Bundesrepublik gegen die DDR und die übrigen „Satellitenstaaten" festzuhalten.

Gehen wir zu dem zweiten Hinweis über, den man in diesem Zusammenhang gewöhnlich hört, dem Argument, daß wir uns unseren westlichen Verbündeten gegenüber nicht als unsichere Kantonisten zeigen dürften. Gewiß, das sollen wir nicht, und es gibt wohl niemand, der eine deutsche Ostpolitik ohne vorherige Abstimmung mit den Westmächten, womöglich gar ohne Rücksicht auf ihre Interessen, befürwortete. Aber haben wir jemals versucht zu ergründen, wie sich die Westmächte, vor allem die USA, zu einer deutschen Initiative im Osten, konkreter noch: zur Frage einer Anerkennung der DDR stellen würden? Der deutschen Öffentlichkeit jedenfalls ist hierüber nichts bekannt geworden, und es ist auch kaum anzunehmen, daß dergleichen geschehen ist. Deshalb ist es müßig darüber zu reden, welche Haltung die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich in dieser Frage einnehmen würden. Manches spricht für die Annahme, daß sie sich dem Gedanken einer Anerkennung der DDR gar nicht abgeneigt zeigen würden. Zum mindesten aber läßt sich ohne vorherige diplomatische Erkundigungen nicht ernsthaft be-

haupten, daß deutsche Bemühungen um ein besseres Verhältnis zwischen Bundesrepublik und DDR ein Mißtrauen des Westens in unsere politische Zuverlässigkeit nach sich ziehen müßten.

Es bleibt die These, daß jeder offizielle Kontakt zwischen der Bundesrepublik und der DDR den 17 Millionen Deutschen jenseits des „Eisernen Vorhangs „die letzte Hoffnung auf eine Befreiung von einem ihnen verhaßten Regime" nehmen würde. Mir scheint, daß auch diese Behauptung mehr von Stimmungen, Zu- und Abneigungen als von nüchternen politischen Überlegungen diktiert ist. Ob die Mehrheit der Bevölkerung Mitteldeutschlands wirklich noch heute erwartet, die Sowjetunion werde das Regime der Zone eines Tages fallen lassen oder dieses werde womöglich von selbst zusammenbrechen, wenn nur die Bundesregierung ihm keinen Auftrieb verleihe, das hat bisher niemand festgestellt und das wird auch nicht festgestellt werden können. Aber selbst wenn eine solche Erwartung sich erweisen ließe, so bliebe immer noch die Frage, ob sie denn irgend welche realen Grundlagen hätte. Ich sehe nicht nur keine, sondern habe auch noch niemand gefunden, der die Berechtigung einer solchen Erwartung darzutun versucht hätte. Die Regierung Walter Ulbrichts mag uns noch so fremd sein: ihre Existenz, Wirksamkeit und Dauer hängt weder von den — wirklichen oder angeblichen — Hoffnungen unserer Landsleute in Mitteldeutschland noch von unseren eigenen Ansichten über solche Hoffnungen ab. Der Appell, das Vertrauen von 17 Millionen Deutschen in der Zone nicht zu enttäuschen, ist in diesem Zusammenhang rührselige Gefühlsduselei, weiter nichts.

Auch durch einen steigenden Strom von Flüchtlingen aus der DDR dürfen wir uns den Blick für die Wirklichkeit nicht trüben lassen. Die jüngeren unter ihnen lockt in erster Linie der weitaus höhere Lebensstandard der Bundesrepublik. Niemand wird ihnen das verargen, aber es ist gewiß kein ausreichender Beweis für die Richtigkeit der Entscheidung der Bundesregierung, von der DDR politisch keine Notiz zu nehmen. Die mittlere und ältere Generation mag von den verschiedensten Motiven geleitet sein, sicher auch, vielleicht sogar vornehmlich von der Erwartung, einem als unerträglich empfundenen politischen Klima, selbst um den Preis größter persönlicher Opfer, zu entgehen. Das ist schrecklich genug, aber es ist wirklich nicht zu erkennen, wie der physischen und seelischen Ausblutung Mitteldeutschlands dadurch sollte begegnet werden können, daß wir seine Regierung als juristisch nicht existent betrachten.

Aber wenn auch die landläufigen Argumente, die sich gegen die Anerkennung der Existenz zweier politischer Willenszentren in Deutschland richten, wenig überzeugend sind, so ist damit allein noch nichts für eine solche Anerkennung, für die Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung, gesagt. Wir hierfür plädiert, muß mehr dartun als daß gewisse populäre Vorstellungen unhaltbar sind. Er muß positiv sagen, was er sich von einer Änderung unserer gegenwärtigen Politik verspricht.

Sicher kann es nicht der Sinn der Aufnahme politischer Beziehungen zur DDR sein, Walter Ulbricht oder irgend jemand sonst durch Verhandlungen zum Zugeständnis freier Wahlen in Mitteldeutschland zu bringen oder ihn von der Überlegenheit der marktwirtschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik zu überzeugen. Kein vernünftiger Mensch wird erwarten, daß sein Gegner freiwillig sein eigenes Todesurteil unterschreibt, und einen überzeugten Kommunisten eines besseren belehren zu wollen, muß von vornherein ein hoffnungsloses Unterfangen sein. Mit derart utopischen Zielen also wollen wir uns nicht lange aufhalten. Was zu erreichen versucht werden sollte, ist wesentlich bescheidener,

aber, wie mir scheint, auch näherliegender und zugleich so wichtig und dringlich, daß es alle Anstrengungen lohnt.

Jeder Primaner kennt die gefährdete Lage von West-Berlin. Aber wohl nicht jeder westdeutsche Bürger macht sich darüber Gedanken, daß die gegenwärtige Situation dieser Stadt, für uns das Optimum des zur Zeit Erreichbaren, der DDR ein Dorn im Auge ist, den zu beseitigen sie sich immer wieder bemühen muß. Bisher ist es mit Hilfe unserer westlichen Verbündeten gelungen, den Rechtsstatus West-Berlins auf der Grundlage der Nachkriegsvereinbarungen der Alliierten einigermaßen aufrechtzuerhalten. Wir haben auch keinen Anlaß, an der Aufrichtigkeit ihrer Zusicherungen zu zweifeln, die Freiheit der Stadt auch in Zukunft zu verteidigen. Aber dürfen wir uns wirklich hierauf beschränken? Dürfen wir annehmen, daß die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, sich jeder auch nur denkbaren Änderung des gegenwärtigen Status von Berlin widersetzen, nötigenfalls mit Gewalt widersetzen werden? Sind wir auf diese Weise allen eigenen Nachdenkens enthoben? Das anzunehmen schiene mir überaus leichtfertig, ja gewissenlos zu sein.

Wir sitzen am kürzeren Hebel in Berlin, — es hat keinen Sinn, sich darüber einer Täuschung hinzugeben. Die DDR hat — mit Zustimmung der Sowjetunion — viele Möglichkeiten, West-Berlin zu schikanieren, und sie kann sich dabei Zeit lassen. Wollen wir nur darauf vertrauen, alles werde schließlich schon irgendwie weiter gut gehen, da die Sowjetunion um Berlins willen keinen Atomkrieg riskieren werde? Sie wird es gewiß nicht tun. Aber sind wir so sicher, daß die Vereinigten Staaten dieses Risiko auf sich nehmen werden? Dürfen wir es von ihnen erwarten, ja auch nur erhoffen?

Ich möchte die konkrete Problematik der Situation von West-Berlin hier nicht vertiefen, weil eines sicher ist: Welche militärischen Überlegungen hüben und drüben auch immer angestellt werden mögen, die großen Mächte werden sie unter allen Umständen im Rahmen bestimmter politischer Überlegungen halten. Bei diesen Überlegungen wird Berlin als solches nur eine verhältnismäßig geringe Rolle spielen. Der Rechtsstatus der früheren Reichshauptstadt ist wichtig für uns, für die Bevölkerung von West-Berlin, für die Bevölkerung und Regierung der „Zone", aber er ist von ziemlich geringer Bedeutung für England und Frankreich und vielleicht von noch geringerer für die Vereinigten Staaten. Die These, daß die Freiheit der westlichen Welt in Berlin verteidigt werde, ist gut für Leitartikel und Festreden; um mit der Wirklichkeit fertig zu werden, reicht sie nicht aus. Auch insoweit dürfen wir uns keines Selbstbetrugs schuldig machen.

Wenn es aber ernstlich keine andere als eine politische Lösung des Berlin-Problems gibt, — und das Problem existiert ja nun einmal, mögen wir es wahrhaben wollen oder nicht —, dann ist es wohlangebracht, daß wir auch selbst einiges zu seiner Lösung beitragen. Daß wir in dieser Hinsicht bisher nichts, aber auch gar nichts Konkretes getan haben, das ist das schwere Versäumnis der deutschen Politik der letzten Jahre, ein Versäumnis, dessen sich seit einiger Zeit nun auch die „Opposition" schuldig macht. Natürlich hat der Plan der Umwandlung West-Berlins in eine „Freie Stadt", wie er bisher von der Sowjetunion und der DDR vorgelegt worden ist, seine Pferdefüße. Aber wann jemals wären politische Vorschläge ohne Hintergründe gemacht, wann jemals wäre erwartet worden, daß sie unverändert angenommen werden? Gibt es denn gar keine Modifikationen, Verbesserungsvorschläge, Garantien für die Durchführung eines internationalen Abkommens über Berlin, gar keine anderen politischen Konzeptionen? Eine ganze Reihe solcher Vorschläge sind in der Öffentlichkeit bereits zur Diskussion gestellt worden. Aber die Bundesregierung weiß

offenbar nichts zu ihnen zu sagen. Für sie scheint das Problem mit der Überzeugung erledigt zu sein, daß man mit Moskau und seinen Satelliten keine Verträge abschließen könne, weil sie ja doch nicht gehalten würden.

Nun, so leicht werden wir es uns auf die Dauer nicht machen können. Jahrelang haben wir vergeblich auf eine „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit" gewartet —, ein gewiß wünschenswertes, aber leider schon mangels jeder eigenen Anstrengung unsererseits niemals erreichbar gewesenes Ziel. Heute hoffen wir nur noch auf eine Beibehaltung des status quo in Berlin —, soweit wir überhaupt noch hoffen und nicht längst im materiellen Wohlstand und in politischer Lethargie erschlafft sind. Auch diese Hoffnung wird enttäuscht werden, wenn wir weiterhin daran festhalten, daß es genüge, auf „unanfechtbare Rechtspositionen", das Ergebnis „freier Wahlen" und militärische Stärke zu vertrauen. Sowohl die Berlin-Frage wie die Frage der „Wiedervereinigung" sind und bleiben in erster Linie d e u t s c h e Probleme. Wenn wir selbst nichts zu ihrer Lösung beitragen, können wir auf die Dauer nicht erwarten, daß unsere Verbündeten es tun, vor allem nicht unter Einsatz des Risikos eines Atomkrieges. Wenn wir nicht selbst politisch aktiv werden —, der Osten wird es gewiß bleiben. Dann werden wir — wie schon bisher — nicht nur keinen Schritt vorwärts kommen, sondern auch das Vorhandene noch einbüßen. Auch hier gilt die uralte historische Erkenntnis, daß der Verzicht auf Politik nicht vor ihren Folgen — den Folgen der politischen Aktivität des Gegners — schützt.

Aber es ist notwendig, über das Problem Berlin hinaus zu denken und zu handeln. Eine wirkliche Lösung der Berlin-Frage nämlich ist bei nüchterner Überlegung nicht wohl möglich, ohne daß wir auch sonst e i n a n d e r e s V e r h ä l t n i s z u r D D R, deren Herrschaftsgewalt nun einmal Berlin umschließt, finden —, das Wort „Lösung" hier wie immer, da es Regelungen für alle Ewigkeiten nicht gibt, als Beseitigung eines auch nur von einer beteiligten Macht als unbefriedigend empfundenen Zustandes durch gegenseitigen Kompromiß „rebus sic stantibus" verstanden. Wie dieses Verhältnis einmal aussehen könnte, darüber wird kein Mensch heute viel zu sagen vermögen. Niemand wird sich übertriebenen Hoffnungen hingeben, niemand an einen raschen Erfolg irgendwelcher von der einen oder anderen Seite entworfenen „Pläne" glauben. Aber daß sich Deutsche aus Ost und West ü b e r h a u p t z u s a m m e n s e t z e n und gemeinsam überlegen, ob nicht auch sie zur B e f r i e d u n g M i t t e l e u r o p a s, zur a l l g e m e i n e n A b r ü s t u n g, zur Beseitigung der w e l t p o l i t i s c h e n S p a n n u n g e n und zur F ö r d e r u n g d e r E n t w i c k l u n g s l ä n d e r beiträgen können, schon das sollte als ein Gewinn angesehen werden. Oder fühlen wir uns etwa in all unserem „Wirtschaftswunder" unseren Landsleuten in Ost-Berlin gegenüber zu unterlegen, als daß wir einen solchen Versuch wagen könnten? Dann freilich wäre es, um es noch einmal zu sagen, sehr schlimm um uns bestellt.

In Wahrheit hat auch die Bundesrepublik durchaus Chancen, einen konstruktiven Beitrag zur Lösung der weltpolitischen Probleme unserer Zeit zu leisten, ja sogar recht gute. Zwischen einer Eingliederung in das militärische Bündnissystem der NATO mit fortlaufend gesteigerter Rüstung und ständig wachsender Kriegsgefahr, wie sie heute betrieben wird, einerseits, und einer Neutralität, die von niemand respektiert würde, andererseits gibt es zahleiche Z w i s c h e n s t u f e n. Die Lage Österreichs, die Situation Finnlands sind gewiß von der unseren verschieden, aber sie zeigen, daß es sehr wohl möglich ist, auch neben kommunistisch regierten Staaten in g u t e r N a c h b a r s c h a f t zu leben, ohne von ihnen „infiziert" zu werden. Selbst innerhalb des kommunistischen Lagers in Osteuropa gibt es bekanntlich Staaten mit sehr eigenwilli-

gem politischem Kurs. Materielle Ansatzpunkte für eine Politik der Entspannung sind also wahrlich genug vorhanden. Wir müssen sie nur zu nutzen versuchen, auch, ja gerade im Verhältnis zur DDR.

Auf wirtschaftlichem Gebiet könnten die bestehenden persönlichen Verbindungen im Interzonengeschäft erweitert und vertieft werden. Zwischen der kapitalistisch-marktwirtschaftlichen und der sozialistisch-planwirtschaftlichen Ordnung gibt es gedanklich keine Brücke, ihre Systeme sind theoretisch unvereinbar. Aber die Wirklichkeit sieht ganz anders aus, wie jedes tiefere Studium der tatsächlichen Wirtschaftsverfassungen nicht nur der westlichen, sondern auch der östlichen Welt zeigt. Die Bundesrepublik braucht in mancher Hinsicht sehr viel mehr Marktwirtschaft, sie braucht aber zugleich sehr viel mehr Planung. Nirgends zeigt sich das klarer als in den Beziehungen zu den Entwicklungsländern. Für die noch kleine Schicht der politischen und wirtschaftlichen Intelligenz in diesen Ländern existiert überdies der Gegensatz zwischen West und Ost innerhalb der Welt des weißen Mannes, wenn überhaupt, so nur in sehr schwachen Umrissen. Sollte es beispielsweise unter diesen Umständen unmöglich sein, daß einmal ein Projekt etwa im Großanlagengeschäft mit einem afrikanischen Land gemeinsam von west- und ostdeutschen Unternehmen bearbeitet wird?

Über derartige und viele andere Möglichkeiten einer Verbesserung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und der DDR kann und muß man sprechen und verhandeln. Aber das setzt freilich voraus, daß man seinen Verhandlungspartner als solchen anerkennt und nicht verlangt, daß er sich im voraus selbst aufgibt. Wenn ich mit dem Eigentümer des mir benachbarten Grundstücks Streit habe, der dabei Weisungen eines entfernt wohnenden Dritten befolgt, dieser Dritte sich aber von mir nicht sprechen läßt, so werde ich eben mit dem Eigentümer selbst sprechen müssen, um den Streit nach Möglichkeit aus der Welt zu schaffen. Ganz ähnlich geht es uns im Verhältnis zur DDR. Dabei habe ich als Grundstückseigentümer äußerstenfalls immer noch die Möglichkeit, das Gericht anzurufen. Eine Möglichkeit dagegen, die Regierung der DDR oder der Sowjetregierung vor ein Gericht zu zitieren, gibt es nicht. Um so mehr sind wir auf eine friedliche Verständigung angewiesen.

Ich habe mich in anderem Zusammenhang für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Polen eingesetzt[2]) und darzutun versucht, daß diese ohne Anerkennung des gegenwärtigen Besitzstandes Polens, d. h. ohne Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als einer historischen Tatsache, unmöglich ist. Auch im Hinblick auf unsere Beziehungen zur DDR gibt es einen historischen Tatbestand, nämlich den Umstand, daß es sich bei der DDR um ein sozialistisch-diktatorisch regiertes, in mehr oder minder großer Abhängigkeit von der Führung der Kommunistischen Partei in Moskau befindliches Gebilde handelt. Diesen Tatbestand durch das Verlangen nach „freien Wahlen" westlichen Vorbilds vor Beginn der Verhandlungen in Zweifel ziehen zu wollen, verkennt die realen Kräfteverhältnisse und macht jedes Gespräch von vornherein unmöglich. Eine solche Politik muß früher oder später entweder zum Kriege oder zu einer schweren politischen Niederlage führen. Beides wünschen wir unserem Lande nicht.

Natürlich wäre es verfehlt, wenn die Bundesregierung etwaige eigene Gedanken für einen deutschen Beitrag zur Überwindung des Kalten Krieges zwischen West und Ost zu früh preisgeben und damit entwerten würde. Aber nach allem, was wir erlebt haben, muß befürchtet werden, daß sie solche Gedanken

[2]) Deutsch-polnische Hefte, 1961, Heft 3, S. 131 ff.

auch heute nicht hat und in den Fragen um Berlin, die Annäherung der beiden Deutschland und die großen weltpolitischen Gegensätze weiterhin nur versuchen wird, den Schwarzen Peter den anderen, und zwar bald unseren Verbündeten im Westen, bald der Sowjetunion zuzuschieben. Die Aussichten für eine Änderung unserer Politik schon in naher Zukunft sind schlecht, darüber wollen wir uns keiner Illusion hingeben. Die Erstarrung unseres politischen Lebens, seit dem Verzicht der SPD auf jede selbständige Konzeption noch unheimlicher geworden, wird auch nach den Wahlen anhalten, wie immer diese ausfallen mögen. Um so mehr ist es Pflicht der wenigen, die noch nicht von der allgemein herrschenden Sattheit und Selbstzufriedenheit ergriffen sind, ihre warnende Stimme zu erheben. Mit einem Lippenbekenntnis zu einem „Unteilbaren Deutschland" ist gar nichts getan. Was nottut, ist eine klare Erkenntnis der gegebenen Verhältnisse und ein entschlossener Wille, die Zukunft zu gestalten. Um eine Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik und Verhandlungen über die Aufnahme politischer Beziehungen zu ihr werden wir dabei nicht herumkommen. Der Erfolg oder Mißerfolg solcher Verhandlungen wird gewiß nicht allein von uns, er wird aber auch von uns abhängen. Der schwierigste, aber auch wichtigste Posten, den die Bundesrepublik eines Tages zu vergeben haben wird, wird der eines westdeutschen Botschafters in Ost-Berlin sein.

Heinz Abosch

Sieg und Niederlage de Gaulles

Am 22. April brach in Algier der dritte Putsch im Laufe der letzten drei Jahre aus. Im Mai 1958 führte der kombinierte Aufstand kolonialistischer Siedler und Armeeführer zum Sturz der Vierten Republik und zur Machtübernahme de Gaulles. Im Januar 1960 versuchten die Ultras unter Lagaillarde und Ortiz den Staatspräsidenten unter Druck zu setzen, um jede Möglichkeit einer Verständigung mit den mohammedanischen Algeriern zu verhindern. Wohlwollend schützte die Armee die Operation, blieb jedoch Gewehr bei Fuß und blies rechtzeitig zum Rückzug. Es sah so aus, als wollte sie de Gaulle, der sich inzwischen zum Selbstbestimmungsrecht Algeriens bekannt hatte, eine ernste Warnung erteilen. Nun wurde das gleiche Unternehmen noch einmal durchgeführt, jedoch auf erweiterter Grundlage und mit ungleich stärkeren Mitteln. Nicht die politischen Führer der Extremisten traten in den Vordergrund, sondern angesehene Armeechefs, die bis vor kurzem höchste Funktionen bekleidet hatten: Salan war Oberkommandierender in Algerien, als der Mai-Putsch ausbrach; Challe hatte den gleichen Posten inne während der Barrikadenwoche im Januar letzten Jahres; bis Ende 1959 war Zeller Generalstabschef des Heeres und Jouhaud bekleidete bis Anfang 1960 das Amt eines Generalstabschefs der Luftwaffe. Der Einfluß dieser Männer ist also weit bedeutender als der des Studenten-Schreihalses Lagaillarde oder des Kneipwirts Ortiz. Sie stützten sich auf wichtige militärische Kader, insbesondere von solchen Elitetruppen wie der Paras (Fallschirmjäger) und der Fremdenlegion. Von Algier dehnte sich die Erhebung schnell auf das ganze Land aus, ohne daß sie es

allerdings völlig zu kontrollieren vermochte. Die Kommandos von Oran und Constantine, der große Flottenstützpunkt Mers-el-Kebir, einzelne Truppenteile entzogen sich ihr und blieben der Regierung treu.

Der Sinn der neuen Revolte

Trotz der unbestreitbaren Trümpfe, die die Aufständischen diesmal in ihr Spiel mischten, brach die Affäre überstürzt, nach knapp vier Tagen, zusammen, ohne daß eigentlich ein folgerichtiger Versuch unternommen worden war, die Trümpfe stechen zu lassen. Noch läßt sich nicht hinter die Kulissen blicken, um das feingesponnene Netz von Verbindungen, Versprechungen und Vermutungen zu entdecken. Welches Ziel sollte erreicht werden und mit welchen Mitteln? Es liegt auf der Hand, und die Proklamation der Aufständischen weist darauf hin: „Keine Friedenslösung ist möglich ohne das französische Algerien." Seit drei Jahren hat sich daran nichts geändert. Wie im Mai 1958 ging es darum — den Forderungen der Befreiungsfront zuwider —, Algerien in französischem Besitz zu halten. Daß dieses Ziel trotz gewaltigen Einsatzes und großer Opfer bisher nicht erreicht werden konnte, hat für die kolonialistischen Heißsporne nicht die geringste Bedeutung. Selbst wenn der Krieg ein hundertjähriger sein sollte, sehen sie sich nicht gezwungen, davon abzulassen. Sie haben in ihre Kalkulation einen langen Krieg schon längst als einen festen Posten einbezogen und interpretieren ihn gern, zur ideologischen Rechtfertigung, als einen Teil des „Weltkampfes gegen den Kommunismus". Niedrige Besitzvorrechte werden mit der Aureole eines Ringens zwischen Christentum und Teufelei geschmückt.

Von dem Sprungbrett Algerien aus sollten die Metropole und de Gaulle auf die Knie gezwungen werden. In der Nacht vom 23. auf den 24. April erhielt die Regierung Informationen von einer bevorstehenden Landung der Paras. Ministerpräsident Debré versicherte am Radio, „daß in Kürze eine Überraschungsaktion gegen die Metropole und insbesondere gegen das Pariser Gebiet" bevorstehe. Daraus wurde nichts: Sei es, daß die Nachricht zur „psychologischen Kriegführung" der Colonels von Algier gehörte und nur Unruhe stiften sollte; sei es, daß die entschlossenen Abwehrmaßnahmen die Putschisten einschüchterten. Um 8 Uhr abends hatte de Gaulle scharf gegen sie Stellung bezogen und von „ehrgeizigen und fanatischen Offizieren" gesprochen, die „die Welt nur durch die Entstellung ihrer Frenesie" sähen. Er verkündete den Widerstand „mit allen Mitteln" und drohte den Aufständischen die ganze Strenge des Gesetzes an. Der Putsch gefährde die Erfolge seines Regimes, wozu er auch die „notwendige Entkolonisierung" zählte. Gleichzeitig übernahm er nach § 16 der Verfassung die de-facto-Diktatur, um allen Aufgaben gewachsen zu sein. Es ist durchaus möglich, daß diese Entschlossenheit, das Ergreifen sofortiger militärischer Maßnahmen, der Appell an das Volk zur direkten Mitwirkung, das Aufstellen von Bürgerwehren, das Besetzen der Großbetriebe durch die Arbeiterschaft, die Pläne der Putschisten störten. Der Versuch einer Machtübernahme war auf jeden Fall ein Hasardspiel und beruhte auf einem vollständigen Verkennen der Lage. Schließlich hat erst die Volksabstimmung am 8. Januar gezeigt, daß die übergroße Mehrheit der Bevölkerung eine Friedenspolitik billigt und den Kolonialkrieg ablehnt. Eine Reihe von Untersuchungen haben damals ergeben, daß die Siedler mit bestenfalls fünf Prozent der französischen Stimmen rechnen können. Das ist allzu wenig, um einem Putsch eine halbwegs sichere Basis zu verschaffen.

Die Reaktionen der Ultra-Vertreter waren dementsprechend pessimistisch. Soustelle sprach von der „Demission eines müden Landes": „Erkennen wir die brutale Tatsache an: Das Mutterland will sich jeder Solidaritätsverpflichtung

gegenüber Algerien entziehen." Nichts deutete seit Januar darauf hin, daß sich daran etwas geändert hätte. Im Gegenteil, die Kriegsmüdigkeit ist noch drückender und unerträglicher geworden. Unter diesen Umständen beruhte der Putsch auf nichts anderem als auf Verblendung und mußte in dieser oder jener Form mit einem Fiasko enden. Es war ein Vabanquespiel, von Krähwinkeldemagogen ausgeheckt und von Militärs durchgeführt, denen jedes politische Denken fremd ist, obwohl sie immer stürmischer nach der Rolle von Führern der Nation drängen. Das „französische Algerien" sollte erhalten bleiben, obwohl in der ganzen Welt die Kolonien hinweggespült werden. Um dieses widersinnige Ziel zu erreichen, war jedes Mittel recht: Die Errichtung einer militär-faschistischen Diktatur in Frankreich und die Verwandlung Algeriens in einen Kriegsherd der beiden Blöcke. Das Vabanquespiel schloß diese beiden Perspektiven ein.

Wir müssen aber noch eine andere Absicht in Rechnung stellen: Vielleicht war an kein sofortiges Zerschmettern der Fünften Republik gedacht, vielleicht sollte sie aufgeweicht werden. Eine solche Taktik konnte sich gerade aus der eben zitierten Meinung Soustelles von der „Desertion eines müden Landes" ergeben. Vielleicht würden die Müden den Drängenden nachgeben? Es ist nicht ausgeschlossen, daß man von solchen Gedanken eher bestimmt wurde, als von dem Plan eines heißen Bürgerkriegs. Sie ergeben sich nicht zuletzt aus der bisherigen Haltung de Gaulles und aus dem Charakter seines Regimes. Sehr klug bemerkte „Le Monde" am 23./24. April: „Die Idee der aufständischen Militärs ist, wie es scheint, immer die gleiche: Auf die Weigerung des Heeres, gegen das Heer zu marschieren, zählen und die Regierung unter Druck setzen, damit sie ihre Politik ändere oder abtrete." Solche Ambitionen waren der Armee seit langem nahegelegt worden. Offiziell hatte sie das neue Regime aus der Taufe gehoben und sie war bis jetzt die entscheidende Kraft, die die Algerienpolitik de Gaulles lähmte. Bei jedem Schritt vorwärts hatte sie ihn zu einem Dementi und einer Umkehr gezwungen. Sie verhinderte die Anwendung liberaler Prinzipien und ließ von ihnen nichts als Worte übrig. Die Barrikadenwoche der Lagaillarde—Ortiz war von ihr beendet worden. Danach mußte jedoch der Staatschef versichern, daß er an einen Sieg über die Befreiungsfront glaube. Der Versuch einer Verhandlung in Melun im Sommer letzten Jahres wurde im Keim erstickt, und die neuerlichen Versuche, die zur Konferenz in Evian führen sollten, endeten nicht besser. Während de Gaulle das Selbstbestimmungsrecht der Algerier verkündete, schloß der Prozeß gegen Lagaillarde und Komplizen mit einer großen „patriotischen" Versöhnung. Die Putschisten wurden, in Anerkennung ihrer hehren vaterländischen Verdienste, auf freien Fuß gesetzt; worauf sie sich nach Spanien verzogen, um dort in aller Ruhe das nächste Komplott vorbereiten zu können. Die am 13. Mai 1958 zwischen de Gaulle und den extremistischen Militärs geknüpfte Verbindung riß bis zum Schluß nie völlig ab. Das war der Fluch der bösen Tat. Während den Rechtsextremisten großes Verständnis entgegengebracht wurde, wurden die linken Gegner des Kriegs mit äußerster Schärfe verfolgt und mit Gefängnisstrafen bis zu zehn Jahren bedacht. In diesem Klima konnte die neue Revolte günstig vorbereitet werden. Im November-Heft der „Blätter" schrieben wir: „Jeder Schritt, der die kolonialistische Position gefährdet, beschwört die Gefahr eines Putsches herauf, die um so größer ist, als die entscheidende Schlacht erst bevorsteht. Die Kolonialisten haben nach wie vor wichtige Schlüsselstellungen in Algerien und teilweise in der Armee in Händen. Bis jetzt wurden sie zwar da und dort geschwächt, aber nicht reduziert." Die politische Analyse berechtigt zu keiner Prophezeiung; unsere These beruhte jedoch auf der Beobachtung von Tatsachen, die allzu viele Betrachter, von den komplizierten Manövern de Gaulles geblendet, übersahen.

Nicht nur die linke Opposition erhebt solche Beschuldigungen. Auch die der Regierung nahestehende Radikale Partei verlangte, alles zu tun, „um der Unzulänglichkeit und dem Zögern, die zweifellos den Aufstand erleichtert haben, ein Ende zu setzen".

Akrobatik zwischen den Lagern

Kann man hoffen, daß der „Unzulänglichkeit und dem Zögern" wirklich Einhalt geboten wird? Das ist nicht zu erwarten: Es würde dem Wesen des Regimes wie auch dem Charakter de Gaulles widersprechen. Seine „Größe" ergibt sich aus der Uneinigkeit der ihm gegenüberstehenden politischen und gesellschaftlichen Kräfte. Je mehr sie sich zersplittern und gegenseitig aufreiben, um so höher erhebt sich de Gaulle als Schiedsrichter, um so notwendiger wird seine Funktion, um so rückhaltloser kann er sich persönlichen Impulsen hingeben. Das entspricht seiner tiefen Überzeugung von der überragenden Rolle der Persönlichkeit, des Cäsaren, in der Geschichte. Neigt sich die Waage auf eine Seite, tritt eine starke politische Organisation auf, die er nicht beherrscht, dann ist seine Schiedsrichterfunktion gefährdet, seine „Größe" bedroht. Er ist dem Risiko ausgesetzt, seine Entschlüsse nicht mehr einsam fassen, seine Wege nicht mehr allein bestimmen zu können. Das heißt, er müßte ein demokratisches Zwiegespräch beginnen, Gleicher unter Gleichen sein. Daher kann man sagen, daß ihm der Druck der Armee — soweit er einen gewissen Grad nicht überschreitet — durchaus angenehm ist. Mittels seiner vermochte er die Linke einzuschüchtern. Das galt auch umgekehrt. Den einen wie den anderen bot er sich als der nicht zu umgehende Mittler und Schlichter an. Schließlich erhärtete das seine geschichtliche Sicht: Nur unter dem Druck großer Gefahren würde sich Frankreich an ihn wenden. Und tatsächlich war das 1940 und 1958 der Fall. Ohne diese Katastrophen großen Ausmaßes hätte er das eine wie das andere Mal die Zügel nicht ergreifen können. De Gaulles Regierungskonzept beruht auf solchem unheilvollen Hintergrund. Kaum war der letzte Krieg zu Ende, da demissionierte er und zog sich schmollend auf seinen Landsitz zum Memoirenschreiben zurück.

Wird es diesmal, nach einer Beendigung des Algerienkriegs, anders sein? Das ist recht fraglich. Dieser Krieg hat ihn an die Macht gebracht und bis heute seine Notwendigkeit unterstrichen. Er erleichterte seine Politik, die die Linke in Schach hielt, sich der Rechten als unersetzlich empfahl und sich dem ganzen Volk als ein Mittel zur Vermeidung des Bürgerkriegs aufdrängte. Die Beendigung des Krieges müßte dieses Gleichgewicht entscheidend stören. Aber bereits das Überhandnehmen des Drucks vonseiten des einen oder anderen Lagers gefährdet de Gaulles Regierungskonzeption. Aus diesem Grund mußte er den Putsch abwehren; nicht nur weil er eine Verletzung der Legalität war, sondern weil er seine Bewegungsfreiheit unerträglich eingeschränkt hätte. Das Nachgeben gegenüber der Rechten muß sowohl den Druck der Rechten als der Linken verstärken. Nur ihr Gleichgewicht hebt den beiderseitigen Druck auf und neutralisiert sie. Wäre es zum Bürgerkrieg gekommen, dem General wäre die rechte Waagschale verloren gegangen, die linke hätte sich beträchtlich gesenkt und ihr Gewicht sinnfällig ausgedrückt. Die ersten Andeutungen waren bereits sichtbar, als die Landung der Paras erwartet wurde. Der Direktor der Renault-Werke forderte die Arbeiter auf, den Betrieb zu besetzen und Selbstschutzformationen, die bewaffnet werden sollten, zu bilden. Überall erhoben die Gewerkschaften die Forderung nach Bewaffnung, nachdem Debré die Bevölkerung aufgerufen hatte, den Paras unbewaffnet entgegenzugehen. Dieser Perspektive hätte man nicht entgehen können. Volksausschüsse entstanden im ganzen Land,

und trotz Verbots kam es zu zahlreichen Massenkundgebungen. Desgleichen wurde bereits von einer Regierungsumbildung und vom Eintritt der Sozialisten in die Regierung gesprochen. Das schöne Gleichgewicht de Gaulles wäre endgültig dahingegangen! Aber nicht nur ihm graute davor; wahrscheinlich hatten die Führer der Putschisten, soweit sie sich noch einen Funken klaren Denkens bewahrten, die gleiche Furcht. Die Ansicht des Christlich-Sozialen Maurice Schumann ist nicht nur in Paris, sondern auch in Algier geteilt worden: „Die Gewalt ruft letzten Endes nach Gewalt. Eine erste totalitäre Diktatur würde unweigerlich zu einer zweiten totalitären Diktatur führen ..."

Der dritte Armeeputsch hat das Gleichgewicht des de-Gaulle-Staates gestört und seine heiligsten Prinzipien angetastet. Zu ihnen gehören in erster Linie die Ohnmacht der Parteien und die Entpolitisierung der Massen. Je weniger sie sich für öffentliche Angelegenheiten einsetzen, um so besser ist es für den großen Mann, der Frankreichs Schicksal in seinen Händen trägt. Alle Mittel der modernen Meinungsapparatur dienen dazu, die Massen von der Politik auszuschließen und sie dem General und den Stäben des Staats und der Wirtschaft unterzuordnen. Der Kult der „überragenden Persönlichkeit" gibt dazu den geistigen Kitt und die höhere Rechtfertigung. Nur zwei Tage vor dem Pronunciamento der Generale und Obersten gab Jean-Jacques Servan-Schreiber (im „Express") einen Schlüssel zu seinem Verständnis: „Was kein Korruptionsträger, keine Geldmacht bisher gegen die Meinungsfreiheit zu erreichen vermochte, das ist de Gaulle gelungen. Dieser ungeheure Respekt hat das politische Gespräch zerschlagen. Es gibt Dinge, die man nicht sagen darf, Dinge, die man nicht tun darf — wenn es sich um einen großen Mann handelt." Sicher klingt das den Bundesdeutschen nicht ganz fremd, die reichlich Gelegenheit haben, zu erfahren, was ein „ungeheurer Respekt" zuwege bringt und wie man das „politische Gespräch" zerstört. Dem ist auch der gaullistische Überschwang eines großen Teils der westdeutschen Presse zu danken und der Neid des einen oder anderen, daß es Frankreich schon zu einem Diktatur-Paragraphen gebracht habe!

Die Massen, die de Gaulle zum Zuschauen brauchte, sind plötzlich als aktiv Handelnde in die Arena getreten. Gewiß, der Kampf wurde — zum Glück für das Regime — vorzeitig abgeblasen. Die Lehre wird jedoch nicht so schnell vergessen werden. Die Bevölkerung ist sich von neuem einer Kraft bewußt, die sie schon seit langem nicht mehr kannte. Der „schicksalshafte" de Gaulle hat seine Ohnmacht unterstrichen. Sein Sonntagsappell endete tragisch-pathetisch mit den Worten „Helft mir!" Dieser Erfolg, den er jetzt über die Aufständischen errang, kommt gleichzeitig einer Niederlage gleich. Drei Jahre seiner Politik brachen vor aller Augen zusammen. Die unaufhörlichen Bemühungen, sich der Gunst der Armee zu versichern, ihre Einheit zu bewahren, keinen Schritt ohne sie zu gehen, endete mit einem Fiasko. Letzten Endes erhoben sich die kampffähigsten Truppen gegen den Staatschef, und er verdankt seine Existenz nur den Volksmassen, die er aufforderte, gegen die Paras auf die Straße zu gehen. Sein vornehmliches Ziel wird die Herstellung des status quo ante sein, die Wiedererlangung des Gleichgewichts, wozu eine kräftige Rechte gehört. Von den radikalsten Rädelsführern wird sie gereinigt werden, aber auf sie verzichten kann de Gaulle nicht. Allerdings wird er mit dem Volk rechnen müssen, das über die Zuschauerrolle hinausgewachsen ist. Es hat Angst gehabt und wird eine strenge Bestrafung der Schuldigen fordern. Diesmal wird es nicht so einfach sein wie nach der Barrikadenwoche, wo man Großmut vor Gerechtigkeit ergehen ließ. Die Mehrheit des französischen Volkes, die den Frieden wünscht, wird beträchtlich stärker als bisher ihre Stimme erheben. Es ist möglich, daß de Gaulles Ellbogenfreiheit von dieser Seite her merklich geschmälert wird. Natürlich gehört

es zur Legendenbildung des Regimes (zu der sich auch die Mehrheit der westdeutschen Presse hergibt), den Präsidenten als die einzige Kraft hinzustellen, die den Putsch abgewehrt habe. Die Bedeutung dieses Mythus darf man gewiß nicht unterschätzen; aber es heißt der Wirklichkeit den Rücken kehren, wenn man sie solchermaßen vernebelt und von den massiven agierenden politischen Faktoren absieht. Mehr noch als seine Macht zeigte der Mythus jetzt seine Schwäche: Ohne die Linke, die er gewöhnlich ignoriert, ohne die Volksmassen, die er als passives Objekt betrachtet, wäre es um ihn geschehen!

Und die Algerier?

Der rechtsextremistische Putsch ist abgewehrt worden, der Krieg gegen die Algerier bleibt. Die gleiche Akrobatik zwischen den Lagern, die de Gaulle in der Innenpolitik geschickt betreibt, wendet er gegenüber der Befreiungsfront an. Er spielt nicht mit zwei, sondern mit drei und mehr Bällen. Auch der algerischen Exilregierung preist er sich als unentbehrlicher Mittler an, dem man nicht entgehen kann und dessen Wünsche zu berücksichtigen sind. Einen gewissen Erfolg hat er davongetragen: Er gilt als der Mann, der bestrebt ist, die französische Rechte von extrem-kolonialistischen Positionen wegzuführen. Noch mehr: Er will den Eindruck erwecken, daß nur er das Vorhaben erreichen kann. Freilich bleibt noch immer ein gutes Stück Wegs zurückzulegen. Um mit der Befreiungsfront eine gemeinsame Basis zu finden, ist noch immer der Widerstand der Rechten zu brechen. Gerade der dritte Algier-Putsch stellt de Gaulle gebieterisch vor diese Aufgabe. Allerdings erhebt sich die Frage, inwieweit er dazu entschlossen ist. Wir sagten bereits, daß er bisher noch nicht an eine vollständige Entwaffnung der politischen Rechten dachte: Er will sie gefügsam, aber existent. Würde er ihre Stellungen ausräumen, begäbe er sich eines wichtigen Druckmittels, nicht nur in der Innenpolitik, sondern auch in der Auseinandersetzung mit der algerischen Exilregierung Ferhat Abbas. Nur die Behauptung der kolonialistischen Positionen bietet Aussicht, sie zu Konzessionen zu bewegen. Vor drei Jahren stand de Gaulle selbst diesen Positionen nahe. Erst allmählich und in einem Zickzack-Kurs entfernte er sich von ihnen. Die Langsamkeit und Widersprüchlichkeit dieser Entwicklung drückte das Malaise sehr vieler Franzosen, nicht nur auf der Rechten, sondern auch auf der Linken, aus. Erinnert sei nur daran, daß die kommunistische Partei 1945 die Verteidigung des Empire auf ihre Fahnen geschrieben hatte und daß Mendès-France 1954 Ministerpräsident war, als der algerische Feldzug eröffnet wurde. Alle Halbheiten de Gaulles finden darin ihre Erklärung. So ungenügend seine Algerienpolitik ist, vergleicht man sie mit den Erfordernissen der Epoche, so „fortschrittlich" ist sie im Vergleich mit den politischen Traditionen, denen die Nation bis vor kurzem noch mit großer Einheitlichkeit huldigte!

Das wissen die Algerier; daher sind sie zu gewissen Zugeständnissen bereit. Man könnte sich auf einer mittleren Linie treffen. Aber wo liegt sie? Im Grunde genommen dienen die gesamten bisherigen Geheimverhandlungen ihrer Absteckung. Das ist durchaus nicht leicht. Die Algerier wissen, daß sie die französische Armee militärisch nicht besiegen können. Anderseits reicht diese nicht aus, die Algerier politisch zu schlagen. Auf beiden Seiten ist man sich diesbezüglich einig. Die Bedingungen für einen endlos langen Krieg wären also gegeben — oder solche für das Aushandeln eines Kompromisses. Der Staatspräsident hat sich nicht nur für das Selbstbestimmungsrecht ausgesprochen, sondern auch, seit November 1960, für eine algerische Republik, „die eines Tages existieren wird". Wollte er anfänglich mit den Aufständischen keine politischen Verhandlungen führen, hat er sich nun dazu entschlossen. So nahm das Konfe-

renzprojekt Evian greifbare Gestalt an. Bevor es jedoch dazu kam, wurden Störversuche unternommen. Verschiedene, mehr oder weniger im Dienste Frankreichs stehende Organisationen sollten als gleichberechtigte Verhandlungspartner eingeschaltet werden. Ferhat Abbas reagierte scharf und die Begegnung wurde abgeblasen. Daraufhin ein neues Manöver: Man hätte falsch verstanden, als Gesprächspartner käme nur die Regierung Abbas in Frage. Worum geht es dabei? Denkt de Gaulle heute an einen algerischen Staat, so will er ihn doch so festlegen, daß er im Fahrwasser Frankreichs steuert. Algerien soll dem französischen Wirtschaftsgebiet angehören, Mers-el-Kebir soll als Basis erhalten bleiben, und das Sahara-Gebiet mit seinen Erdölquellen soll der algerischen Souveränität entzogen werden. Das sind einige der wichtigsten Punkte, zu denen man noch die Notwendigkeit einer pro-westlichen Außenpolitik zu zählen hätte.

Nun, solche Bestrebungen entsprechen durchaus nicht algerischen Vorstellungen und passen nicht in den Rahmen eines Kompromisses, dem man an und für sich nicht abgeneigt ist. Die Befreiungsfront möchte keine pro-westliche Bindung eingehen, sondern einen n e u t r a l e n Kurs steuern. Sie ist den sogenannten neo-kolonialistischen Bestrebungen gegenüber mit großem Mißtrauen erfüllt und möchte insbesondere den Kampf Afrikas um eine wirkliche Unabhängigkeit und Befreiung wirksam unterstützen. Was die Sahara anbelangt, so wird das Gebiet, wie die französischen Gesetze bis 1958 noch bestimmten, als zu Algerien gehörig angesehen. Im Rahmen dieses Souveränitätsrechts sind Verträge mit Paris für die Erdölausbeute möglich. Das sind die Kernfragen, die beide Parteien heute trennen. Um den Graben zu überbrücken, denkt de Gaulle noch immer an eine Aufweichung der Gegner: Indem er sich als der günstigste Partner empfiehlt und versucht, Keile in die Reihen der Algerier zu treiben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieses Spiel durch den dritten Militärputsch wesentlich beschränkt wird, in dem Maße, als er die Macht der Rechten erschüttert hat. Noch wird de Gaulle versuchen, ein ihm gefügiges Algerien in die Hände zu bekommen; aber auch der verstärkte Druck der Linken wird Verschleppungsmanöver immer schwieriger machen und ernsthafte Verhandlungen auf die Tagesordnung setzen. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß der letzte, von Verzweiflung gezeichnete Versuch des Kolonialismus, sich am Leben zu erhalten, seinen Untergang nurmehr beschleunigt. Während die Militärs putschten, explodierte in Reggane die vierte französische Atombombe, gleichermaßen als Trostpreis für das untergehende Empire. Es ist fraglich, ob auf diese Weise unseren Zeitproblemen eine richtige Antwort erteilt wurde. Viel eher mag man darin ein mythisches Element sehen, dazu bestimmt, die große Legende zu nähren und der Wirklichkeit aus dem Weg zu gehen.

Die Hintergründe des Putsches

Es scheint festzustehen, daß einige amerikanische Agenten General Challe mehr oder weniger ermutigten. Seine Erfahrungen in der NATO sollten ihn allerdings in die Lage versetzt haben, gegen die Geschäfte dieser Unverantwortlichen und ihrer spanischen und deutschen Genossen auf der Hut zu sein. Kennedy hatte offenbar mit dieser Affäre nichts zu tun. Um das klarzustellen, hielt er es für notwendig, General de Gaulle Hilfe anzubieten — mit der besten Absicht, gewiß, aber inopportun.

Le Monde v. 27. 4. 61

Gestern brach der erledigte und erniedrigte Führer der Fallschirmjäger-Revolte, Maurice C h a l l e , in seiner gelben Gefängniszelle in Paris zusammen und erzählte französischen Abwehroffizieren die vollen, fantastischen Geheimnisse des Algerien-Coups.

Nach einem fünfstündigen Verhör erzählte der Ex-General den Beauftragten des Deuxieme Bureau, daß ihm von hohen amerikanischen NATO-Offizieren militärische und finanzielle Unterstützung angeboten worden sei.

Er erzählte, daß die amerikanische Ermutigung entscheidend für die Auslösung der Rebellion gegen Präsident de Gaulle gewesen sei.

In kurzen, abgehackten Sätzen erzählte Challe den Beamten, daß seine U.S.-Berater Leute mit wilden rechtsextremistischen Überzeugungen gewesen seien ... Berufssoldaten, die überzeugt wären, daß Algerien kommunistisch werden würde, wenn Frankreich sich zurückzöge.

Ihre Treffen fanden, so wurde berichtet, in Büroräumen von SHAPE, außerhalb der Hauptstadt, oder in ruhigen Pariser Restaurants statt.

Auch hochrangige belgische Offiziere seien in Challe gedrungen, damit er unmittelbar Schritte unternehme, „um ein anderes Kongo zu verhindern".

Er erzählte seinen Befragern: „Die Leute sagen, ich beabsichtige, Selbstmord zu begehen. Dies ist offensichtlich unsinnig. Ich bin nach Frankreich zurückgekehrt, um mich der Justiz zu stellen. Ich kam zurück, um meine Handlungen selbst zu erklären, nicht um mich selbst zu töten."

Ein Bericht, der die behaupteten Verhandlungen zwischen den Amerikanern und den Rebellen-Generälen detailliert enthält, ist an General de Gaulle geschickt worden.

Man sagt, daß Gespräche zwischen amerikanischen Agenten und einem anderen Rebellen-Führer, General Raul Salan, dem ehemaligen Stabschef in Algerien und Indo-China, zwischen Ende November und Anfang April in einem Madrider Hotel stattgefunden hätten.

General des Gaulles persönlicher Beauftragter in Algerien, der Minister für algerische Angelegenheiten Louis Joxe, wird seine Inspektionsreise durch Algerien abbrechen, um dem Präsidenten persönlich über die Wahrheit der Behauptungen zu berichten.

Loyale Kommandeure in Algerien glauben, daß den aufständischen Generälen volle amerikanische Unterstützung für den Fall zugesagt worden sei, daß sie nach einem Luftlande-Unternehmen gegen Paris mit einer Zangenbewegung von Fallschirmjägern aus Algerien und der französischen Zone Deutschlands eine Militärregierung bilden würden.

Es wird behauptet, daß sie (die Rebellen) ein stillschweigendes Versprechen erhalten hätten, daß ihre Noratlas-Transporte nicht von den amerikanisch kontrollierten Luft-Überwachungs-Einrichtungen der NATO entdeckt würden.

Man sagt, daß weitere versteckte Unterstützung von einigen Ölfirmen angeboten wurde, amerikanische und französische Gesellschaften eingeschlossen.

Diese Gesellschaften haben starkes Interesse an der Sahara, an der Entwicklung der dortigen Erdöl-Vorkommen.

Einige französische Politiker meinen sogar, daß der Aufstand über Monate hinweg im Hauptquartier von NATO entwickelt wurde.

Challe, ehemaliger kommandierender General der NATO-Truppen in Zentral-Europa, trat vor zwei Monaten von seinem Posten nach Auseinandersetzungen mit General de Gaulle wegen seiner Algerien-Politik zurück.

Die drei vermißten Teilnehmer an dem Komplott, die Exgeneräle Salan, Zeller und Jouhaud, haben alle in jüngster Zeit hohe Posten entweder in SHAPE oder als Kommandeure von NATO-Truppen bekleidet.

In SHAPE erklärten Offiziere gestern übereinstimmend, daß Challes Behauptungen Bestürzung hervorrufen könnten, wenn sie im Rahmen des gegen ihn geführten Hochverrats-Prozesses öffentlich erhoben würden.

„Offensichtlich hat Präsident Kennedy mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun", sagte ein Stabsoffizier, „und selbst in SHAPE kann es nur eine kleine Minderheit gewesen sein. Aber es ist eine einflußreiche Minderheit. Challe vertraute ihren Ansichten und glaubte ihren Ermutigungen. Diese Versprechungen der Offiziere waren mehr als nur Worte, nicht nur moralische Unterstützung, sondern Waffen und auch Geld. Ihre Idee, die von einer fehlerhaften Psychologie gestützt wird, war, daß es in Algerien einen endgültigen K.O.-Schlag gegen die FLN-Rebellen gegeben haben könnte, die sie für Kommunisten halten."

Challes behauptetes Geständnis wird wohl schwerwiegende Nachwirkungen haben, sagen Diplomaten. Es könnte einen Keil zwischen Frankreich und die USA treiben, ausgerechnet einen Monat, bevor der amerikanische Präsident zu einem Besuch de Gaulles fliegt.

Sunday Dispatch v. 30. 4. 61

Horst Heiden

Die Abschreckungs-Ideologie

Selbst dem nur mäßig interessierten Beobachter der weltweiten politischen Auseinandersetzungen kann nicht entgangen sein, in welch starkem Maße militärpolitische und strategische Erwägungen seit einiger Zeit in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion drängen. Die Analyse internationaler Konferenzen, die Beurteilung der sich häufenden Treffen von Regierungschefs konzentrieren sich auf deren militärpolitische Konsequenzen. Außenpolitische Fachleute von einst bemühen sich um ein Renommee als Wehrexperten, und die Bestseller auf dem politischen Büchermarkt stammen zumeist aus der Feder von Militärtheoretikern. Diese Erscheinungen in dem der Öffentlichkeit zugänglichen Sektor des politischen Lebens sind wiederum Reflexe tiefgreifender Veränderungen im Bereich der aktiven Politik. Im Jahre 1959 formulierte der amerikanische Soziologe C. Wright Mills den Satz: „So gut wie alle politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen werden heute danach beurteilt, wie das Militär die Wirklichkeit einschätzt." [1]) Diese Feststellung ist seither vielfach bestätigt worden und trifft keineswegs nur auf die USA zu, für die sie von Mills — im Rahmen einer Strukturanalyse der Herrschaftsschichten — getroffen wurde. Präsident Kennedy bestätigte unlängst diesen Bedeutungszuwachs des Militärischen, als er erklärte: „Diplomatie und Verteidigung sind nicht länger getrennte Alternativen, wobei man sich der einen bedient, wenn die andere versagt hat. Sie müssen vielmehr zusammenwirken." [2]) Und bei einer anderen Gelegenheit: „Die Anerkennung der engen Verbindung untereinander zwischen Politik und militärischer Macht ist heute eine zwingende Notwendigkeit... Die politische Planung muß sich der militärischen Realitäten bewußt sein." [3])

Sowenig manch einem — aus gutem Grund — diese Aufwertung des militärischen Sektors gefallen mag, so sinnlos wäre es, die objektive Gesetzmäßigkeit dieses Vorganges leugnen zu wollen. Widerspiegelt sich in ihm doch die durch eine rasend schnelle waffentechnische Entwicklung herbeigeführte Verschmelzung der militärischen Bedrohung — die es schon immer gab — mit der Existenzbedrohung der gesamten Menschheit, die ein Produkt des Atomzeitalters ist. C. Wright Mills spricht in diesem Zusammenhang von der „entscheidenden historischen Tatsache, nämlich, daß die Aufmerksamkeit sich von den um die Krise kreisenden innerpolitischen Problemen auf die um den Krieg kreisenden internationalen Probleme verlagert hat." [4]) Darum wäre es sinnlos, Polemik und Widerstand gegen die wachsende Bedeutung des Militärischen bei der Gestaltung der Politik schlechthin zu richten. Die kritischste Aufmerksamkeit dagegen rechtfertigt und fordert die Frage, ob aus der Kenntnis der militärischen Realitäten die richtigen politischen Folgerungen gezogen werden. Denn es wäre keineswegs

der Ausdruck objektiver Entwicklungsgesetze, wenn sich aus der Aufwertung des militärischen Sektors seine Überbewertung ergeben, wenn das klassische Instrumentarium der Politik — die Verhandlungen — durch die militärischen Machtmittel verdrängt würde. Genau dieser Gefahr aber sieht sich die Welt heute gegenüber. Zwar hat sich, wenn man den offiziellen Erklärungen Glauben schenkt, überall die theoretische Erkenntnis durchgesetzt, daß die Vernichtungskapazität der Waffen den Krieg als Mittel der Politik ausschließt. Weit weniger überzeugend sind jedoch die Bekundungen, jede Regierung habe daraus für sich und ihre praktische Politik die rechten Schlußfolgerungen gezogen. Setzt man selbst voraus, daß niemand den Krieg wolle — was bei der breiten Skala denkbarer militärischer Konflikte und dem kontrastreichen Spektrum der politischen Ziele keineswegs sicher ist — so bleibt immer noch die Frage, ob man nicht dennoch in Unkenntnis oder Fehleinschätzung der gewandelten militärischen Gefahren einer militärischen Auseinandersetzung ungewollt zusteuert.

Abschreckung — Motiv oder Alibi?

Der Westen nimmt für sich mit einer verblüffenden Selbstverständlichkeit das Recht in Anspruch, diese Frage verneinen zu können. Die Begründungen hierfür haben ein sehr unterschiedliches substantielles Niveau und eine demgemäß verschieden starke Überzeugungskraft. An der unteren Grenze bewegen sich jene Argumente, wie sie etwa — zudem noch von Herrn Strauß — in der Bundestagsdebatte vom 20. März 1958 offeriert wurden. Der Bundesverteidigungsminister erklärte, „daß die Struktur der Mitgliedstaaten der NATO, daß es die inneren Verhältnisse in den USA, in Großbritannien und in anderen Ländern ... unmöglich macht, einen Präventivkrieg, einen Offensivkrieg zu unternehmen." [5]) Dieser „Beweis" sticht nicht, er wurde in den letzten Jahren — man denke an den Suezkrieg, an die amerikanische Reaktion auf die Revolution im Irak und schließlich an Kennedys Drohungen gegen Kuba — mehr als einmal widerlegt. (Welche gefährliche Rolle gerade Präventivkrieg-Theorien im strategischen Konzept des Westens spielen, wird noch zu erwähnen sein.) Das weitaus wichtigste, dominierende Argument aber, mit dem der Westen seine militärische Aufrüstung zu begründen sucht, ist die Behauptung, daß sie zur Abschreckung kriegerischer Aktionen eines potentiellen Aggressors bestimmt sei. Am 28. März erklärte Präsident Kennedy in seiner Verteidigungsbotschaft an den Kongreß, von dem er zusätzlich 2 Milliarden Dollar für Militärausgaben gefordert hatte: „Das wichtigste Ziel unserer Rüstung ist die Abschreckung aller Kriege, totaler oder begrenzter, atomarer oder konventioneller, großer oder kleiner." [6])

Ohne Zweifel verdient eine solche Erklärung aus dem Munde des amerikaschen Präsidenten stärkere Beachtung, als wenn sie beispielsweise von einem Bonner Regierungsvertreter als Alibi für das eigene militärische Machtstreben vorgetragen worden wäre. Das bisherige — wenn zumeist auch sehr interne — politische Taktieren des amerikanischen Präsidenten läßt den Schluß zu, daß er die militärischen Gefahren mit größerem Verantwortungsbewußtsein als sein Vorgänger und zahlreiche seiner Partner einzuschätzen bemüht ist. Man möchte ihm glauben, daß er tatsächlich die Absicht hat, bei der Führung der USA und des Westens das Primat der Politik wieder herzustellen. Auch soll nicht unterschätzt werden, daß in den USA eine echte und verbreitete Furcht vor einem militärischen Angriff besteht. Ihre Ursachen sind vorwiegend psychologischer Art: den Schock über Pearl Harbour haben die Propagandisten des Wettrüstens aus durchsichtigen Gründen nicht verklingen lassen, und das Bewußtsein, die bislang genossene Unverwundbarkeit des nordamerikanischen Kontinents durch die Existenz der sowjetischen Interkontinentalraketen verloren zu haben, mag vielen als greif-

bare Gefahr erscheinen. Die Forderung nach einer umfassenden und schlagstarken Abschreckungsmacht ist in den USA populär. Sie wird leider viel zu unkritisch akzeptiert. Über der unbestreitbaren Tatsache, daß eigene militärische Stärke einen potentiellen Angreifer zur Zurückhaltung zwingen kann — keineswegs zwingen muß —, übersieht man in den USA, ja im Westen allgemein die enormen Gefahren, die sich daraus ergeben, daß man den Frieden durch das eigene Abschreckungspotential, das heißt in der Praxis durch die militärische Parität der beiden Seiten bereits garantiert glaubt. Der Begriff Abschreckung, der eine friedfertige Haltung desjenigen suggeriert, der ihn — allzu oft mißbräuchlich — verwendet, ist in der gegenwärtigen Situation nichts anderes als ein Synonym für Wettrüsten. Die Fähigkeit zur Abschreckung, wie sie der Westen versteht, und wie Kennedy sie mit Eifer anstrebt, ist nur durch eine ständige Erweiterung und qualitative Steigerung des konventionellen und nuklearen Rüstungspotentials denkbar; Maßnahmen also, die auch auf der Gegenseite verstärkte militärische Anstrengungen provozieren. Der Auftrag Kennedys an Industrie und Militär, die Polaris-Flotte sprunghaft zu vergrößern und die weitreichende Feststoff-Rakete „Minuteman" in Serie zu produzieren — wofür er Eisenhowers Militärbudget um 2 Milliarden Dollar erhöht wissen will — forciert unweigerlich als Wettrüsten. Der strategische Berater des amerikanischen Präsidenten, Henry A. Kissinger, sieht in Maßnahmen dieser Art gar den Inhalt der Rüstungskontrolle. Er empfiehlt: „Das Ziel einer verantwortungsvollen Rüstungskontrolle ist es, frei von aller Sentimentalität darüber zu entscheiden, wie ein Gleichgewicht zwischen den (nuklearen) Vergeltungswaffen beibehalten werden kann, und nicht etwa darüber, wie diese abzuschaffen sind. Es ist weitaus lohnender — jedenfalls für die nächste Zukunft — den Anreiz für einen Angriff zu vermindern als die materiellen Mittel, mit denen er geführt würde." [7]) Auffassungen dieser Art, die von Kissinger wirkungsvoll kreiert werden, ihre politischen Wurzeln aber überall in den ideologischen Reservoirs der Abrüstungsgegner haben, lassen den Begriff der militärisch fundierten Abschreckung höchst suspekt erscheinen. Er ist hier nicht mehr eine mögliche Vorstufe tragfähiger Abrüstungsvereinbarungen, sondern eine theoretische Konstruktion, die die Fortsetzung des Wettrüstens in der politischen Praxis begründen soll. Die Politik der Abschreckung läßt damit nicht nur die tieferen Ursachen militärischer Konflikte unangetastet, sie bedingt zudem die Anhäufung immer vernichtungsstärkerer Waffen auf beiden Seiten.

Anreiz zur Erpressung

Aus dieser Politik ergeben sich eine Reihe akuter Gefahren, die weitaus gravierender sind als ihre vermeintlichen Vorzüge. An erster Stelle muß hier auf folgende Bedrohung hingewiesen werden: Die Politik der Abschreckung birgt für einen kleineren, mit einer Atommacht verbündeten Staat die Chance, dessen nukleares Potential in erpresserischer Absicht zur Durchsetzung seiner eigenen politischen Ziele ins Treffen zu führen. Das gilt in dieser allgemeinen Form für alle Staaten, die — durch Beistandsgarantien gestützt — in der Allianz einer Atommacht stehen. Die Versuchung, diese Bündnisverpflichtungen — wie immer sie entstanden sein mögen — im eigenen Interesse zu nutzen, erstreckt sich sowohl auf die Ebene der politischen wie die der militärischen Erpressung. In besonderem Maße aber vermag jener Staat diese verhängnisvolle Taktik zu praktizieren, der der betreffenden Atommacht in hohem Maße politisch und militärisch integriert ist und zudem die Möglichkeit hat, den Einsatz von Nuklearwaffen durch eigene — wenn auch anfangs begrenzte — Verfügungsgewalt über kleinere Atomwaffen auszulösen. Es ist offenkundig, daß sich die Bundesregierung

in eine solche Schlüsselposition zu drängen versucht, ungeachtet der in aller Welt vermerkten Tatsache, daß ihr politisches Verantwortungsbewußtsein im umgekehrten Verhältnis zur Tragweite der Vollmachten steht, die ihr damit zufallen würden. Dabei wendet sie den Fragen der politischen Integration in der NATO ebenso großes Augenmerk zu wie der Delegierung der Verfügungsgewalt über Atomwaffen. So erklärte der für das Wehrwesen zuständige Ressortminister — um nur eine der zahlreichen Stellungnahmen zu zitieren — in einem zur Vorbereitung der letzten NATO-Ratstagung bestimmten Artikel: „Auf dem militärischen Sektor wäre heute eine bloße Addition der nationalen Streitkräfte der einzelnen Bündnispartner, also die Form einer Parallelschaltung von nationalen Armeen im Sinne der historischen Koalitionen, von so geringem militärischen Wert, daß die NATO nicht in der Lage wäre, ihre Abwehrfunktion zu erfüllen . . ." Und es klingt fast wie eine Empfehlung, wenn Strauß schreibt: „Wir haben doch selbst erlebt, daß 1940 die militärische Kraft einer numerisch kleineren, aber technisch modern gerüsteten und unter zentraler Führung stehenden Militärmaschine, hinter der die brutale Härte eines diktatorischen Willens stand, viel stärker war . . ." Er geht noch einen Schritt weiter: „Wir stehen vor der historischen Frage der Zukunft, ob nicht Staatsgebiet und Sicherheitszone durch eine institutionelle Lösung progressiver Art in Übereinstimmung gebracht werden müssen." [8]) Auf diesen Vorstellungen basierend, schlug Strauß dann im Januar-Heft der Zeitschrift „Außenpolitik" die Bildung einer atlantischen Konföderation vor — Gedanken, die sich bei Kissinger wiederfinden.

Engagement wider Willen

Im Westen bestehen über die militärischen, machtpolitischen Motive dieses scheinbar redlichen Strebens nach politischer Integration weithin Unklarheiten. Oft wird der Einwand erhoben, daß Bonns Bemühungen um eine Integration innerhalb der NATO ja gerade den Verdacht widerlegen, die Bundesregierung wolle ihre wachsende militärische Stärke zur Durchsetzung ihrer eigenen Ziele oder gar zu kriegerischen Alleingängen ins Treffen führen. Insbesondere jene westlichen Staaten, die das Machtstreben Bonns leichtfertig unterstützen, bringen — nicht zuletzt zu ihrer eigenen Beruhigung — diese These vor. Leider ist ihr Schluß keineswegs zwingend. Belehren die wehrpolitischen Vorgänge der letzten Zeit doch sehr eindringlich darüber, wie zugleich mit der militärischen Potenz auch das Bedürfnis nach eigener Verfügungsgewalt über sogenannte taktische Atomwaffen und das Verlangen nach Mitspracherecht bei dem Einsatz der strategischen Kernwaffen wachsen. Das zentrale Beispiel ist dafür die Auseinandersetzung in NATO und WEU über jene Pläne, die den Aufbau einer atomar bewaffneten Einsatztruppe in Westeuropa und daneben die Umbildung der NATO zur vierten Atommacht mit einem eigenen Potential an schwersten Atomwaffen vorsehen. Als NATO-Oberbefehlshaber Norstad am 6. Dezember 1959 in der kalifornischen Universitätsstadt Pasadena den Plan einer vierten Atommacht zu propagieren begann, war ihm der Beifall der Bundesregierung — die am Zustandekommen des Projekts beteiligt war — sicher. Bonn ließ sich dabei von der Hoffnung leiten, auf diesem Wege am leichtesten alle Rüstungsbeschränkungen vertraglicher und politisch-psychologischer Art überwinden zu können. Die strategische Basis dieser Vorstellungen und damit auch der Grund für die — wie sich bald herausstellen sollte — übertriebenen Hoffnungen bildete die Doktrin von der massiven Vergeltung, die bis zum Ende der Amtszeit Eisenhowers Geltung hatte. Diese Variante der Abschreckung berechtigte Bonn in der Tat zu dem größten Optimismus. Schloß sie doch die erklärte Bereitschaft der USA ein, sich mit ihrem gesamten Atomwaffenpotential beim Ausbruch militärischer Konflikte in Europa zu enga-

gieren. Das bedeutete eine globale Sanktionierung aller militärpolitischen Gratwanderungen europäischer Partner — beispielsweise der Bundesregierung —, die auf eine Bedrohung und Provozierung des Ostens hinausliefen. Die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, die von militanten Reden führenden Politiker und Militärs begleitet wurde und deren potentielle Gefahr, Kriegsherd in Europa zu werden, war nur dadurch denkbar, daß die amerikanische Regierung mit ihrer nuklearen Beistandsgarantie auch die Verantwortung für die politischen Folgen dieses Schrittes mit übernahm und mit ihrem Namen deckte. Diese Identifizierung Washingtons mit der Bonner Politik hat dieser bis heute eine gewisse politische Narrenfreiheit in ihren antiöstlichen Aktionen eingeräumt, immer darauf vertrauend, daß die Sowjetunion keine Verschärfung der Beziehungen zu den USA wünsche und darum auch die Bundesregierung, trotz zahlreicher Proteste, gewähren lasse. Sie, die den Osten immer als Aggressor verleumdet, verließ sich im Grunde auf die guten Nerven und die auf Entspannung zielende Politik der sowjetischen Staatsführung. Dabei soll man nicht übersehen, daß die amtliche amerikanische Politik unter Eisenhower die Frivolitäten Bonns nicht nur geduldet, sondern auch ermuntert hat. Man erinnere sich der Rede des NATO-Oberbefehlshabers Norstad am 1. Dezember 1960 vor dem Plenum der WEU, in der dieser die atombewaffnete „NATO-Feuerwehr" — ein Lieblingsprojekt auch der Bundesregierung — als ein „nicht nur äußerst bewegliches, sondern auch sehr elastisches und veränderliches Instrument" charakterisierte. Sie könne „dazu benutzt werden, den politischen Willen der NATO überall zur Geltung zu bringen und jeder Situation auf dem Gebiet, vor allem an den Flanken des NATO-Schutzbereiches, eine internationale Färbung zu geben." [9]) Hier wurde der Verdacht bestätigt, daß es die Absicht bestimmter NATO-Kreise ist, mit Hilfe einer integrierten, nuklear ausgerüsteten Truppe politische Konflikte etwa an den Grenzen der Bundesrepublik oder in Berlin („vor allem an den Flanken des NATO-Schutzbereiches") zielstrebig in das Stadium militärischer Auseinandersetzungen überzuleiten, wodurch nicht nur eine Beteiligung der gar nicht unmittelbar engagierten Staaten des Westens erzwungen, sondern auch eine Auslösung des allgemeinen Atomkrieges heraufbeschworen werden kann. Man erinnere sich, daß der deutsche NATO-General Speidel, Oberbefehlshaber aller integrierten Landstreitkräfte im Mittelabschnitt, am 8. August des Vorjahres vor der Association of the United States Army in Washington Gedanken über eine Kriegführung der NATO „so weit ostwärts wie nur möglich" vorgetragen hat, die wesentliche Elemente der Norstadschen Äußerungen bereits enthalten und in der politisch-strategischen Konzeption völlig mit ihr übereinstimmen. Sie alle fußen auf jenem Prinzip, das der amerikanische Militärtheoretiker Kissinger in seinem neuen Buch „The Necessity for Choice" folgendermaßen formulierte: „Wenn man weiß, daß der Gegner einen Atomkrieg für das Schlimmste aller Dinge hält, ist es das sicherste Mittel, ihn mit der Drohung des Atomkrieges zu erpressen." [10])

Vieles deutet daraufhin, daß unter Kennedy diese hochbrisante Auffassung von der Abschreckungsfunktion der westlichen Allianz um einige ihrer gefährlichsten Aspekte reduziert wird. Spätestens bei seinem Besuch in Washington dürfte dem Bundeskanzler klar geworden sein, daß die USA nicht länger ihre eigene politische Entscheidungsfreiheit dem militärischen Großmachtkomplex Bonns opfern wollen. Die amerikanische Regierung besteht heute in verstärktem Maße auf der Wiederherstellung ihrer uneingeschränkten Souveränität in allen außenpolitischen Entscheidungen, weil sie die Chance, mit der Sowjetunion zu bestimmten Sicherheitsgarantien im beiderseitigen Interesse zu kommen, sieht und wahrzunehmen wünscht. Über die Hoffnungen, die sich aus dieser Wandlung

der Politik Washingtons für den Gesamtkomplex der internationalen Beziehungen ergeben, ist in dieser Zeitschrift mehrfach und ausführlich geschrieben worden. Hier interessiert im Zusammenhang mit dem Problem der Abschreckung die Frage, in welcher Weise die in ihren Grundzügen bislang nicht veränderte Doktrin der Abschreckung den Frieden tatsächlich zu garantieren oder aber andererseits die Gefahr eines Krieges zu verschärfen vermag.

Bereitschaft zum „Präventivschlag"

Der amerikanische Verteidigungsminister Robert McNamara erstattete am 4. April in einer geschlossenen Sitzung der Militärkommission des Senats Bericht über das von Kennedy erhöhte Militärbudget. Dazu führte er unter anderem aus, daß das Problem der amerikanischen Abschreckungstaktik durch die Einführung der interkontinentalen ballistischen Raketen „beim Hauptgegner der Vereinigten Staaten" wesentlich kompliziert worden sei. Dadurch sei ein großer Teil des bisherige Abschreckungspotentials wertlos geworden, der durch in kürzester Zeit einsatzbereite und leichter zu verbergende Waffen ersetzt werden soll. McNamara erklärte, daß die Regierung der USA als Folgerung aus tiefschürfenden Analysen ihrer militärischen Situation beschlossen habe, ein größeres Gewicht auf solche Waffen zu legen, „mit denen eine umfassender Atomangriff geführt werden kann." [11]) Aus diesem Grunde beschleunige die Regierung die Herstellung von Polaris- und Minuteman-Raketen. Diese Darlegungen des Chefs im Pentagon verdienen größte Beachtung. Sie enthalten nicht nur die erste amtliche Bestätigung des Angriffscharakters und der Angriffsfunktion von Polaris und Minuteman, sie stellen gleichzeitig einen sehr instruktiven Kommentar zu der Erklärung Kennedys vor dem Kongreß dar, daß die US-Streitkräfte niemals den „ersten Schlag" führen werden. Diese Feststellung Kennedys ist vielfach gründlich mißverstanden worden, wurde sie doch zumeist dahingehend interpretiert, daß der amerikanische Präsident nun offiziell von unterschwelligen Plänen der NATO-Strategen abgerückt sei, „im Notfall" einen präventiven Atomschlag zu führen. Diese folgenschwere Bereitschaft zum pre-emptive strike ist zu Recht als eine der gravierendsten Gefahrenmomente in der Abschreckungstaktik des Westens begriffen worden; in der Öffentlichkeit war man nur allzu gern bereit, an ihre Abschaffung durch Kennedy zu glauben. Jedoch bereits am Tage nach der Verteidigungsbotschaft des Präsidenten stellte die Londoner „Times" nüchtern fest: „Das Generalthema (der Kennedyrede) war die Versicherung, daß die Vereinigten Staaten niemals den ersten Schlag führen werden. Das aber schließt keineswegs die Möglichkeit aus, daß sie als erste nukleare Waffen gegen einen Aggressor einsetzen werden." Dieser Unterschied ist von extremer Wichtigkeit. Ignoriert man ihn nicht, dann reduziert sich die Erklärung Kennedys auf die Versicherung, keinen Krieg zu beginnen. Ist er aber erst einmal — durch welche Umstände auch immer — vom Zaun gebrochen, dann wäre die amerikanische Regierung gegebenenfalls bereit, gegen den konventionell kämpfenden Kontrahenten als erste Atomwaffen einzusetzen. Diese Konzeption steht keineswegs im Gegensatz zu den von Kissinger neuerdings entwickelten Gedanken über die erhöhte Bedeutung konventioneller Abschreckung. Im Gegenteil: Sei der Westen in der Lage, konventionellen Auseinandersetzungen auch nur eine Zeitlang standzuhalten, so werde er — nach Kissinger — befähigt, einen genauen Überblick über die politischen und strategischen Ziele des Gegners zu gewinnen und zwinge diesen, seine Truppen in der für eine konventionelle Schlacht notwendigen Weise zu massieren, was eine sehr günstige Voraussetzung für den wirksamen Einsatz nuklearer Waffen sei. Kissinger stellt fest: „Selbst wenn diese Verbände nicht in der Lage wären, allen Angriffen standzuhalten, würden sie den Angreifer zu militärischen

Aktionen zwingen, die seine Ziele verraten. Dadurch würden sie einen Rückgriff auf Kernwaffen politisch und psychologisch vereinfachen." [12]) Wie sehr es Kissinger gerade um die Beseitigung der psychologischen Hemmnisse beim Einsatz von Kernwaffen geht — wobei es sich hier logischerweise nur um einen „präventiven" Schlag handeln kann, die Hemmungen existierten sonst nicht — unterstreicht er an einer anderen Stellen: „Obwohl ein Aufbau konventioneller Streitkräfte in ausreichendem Maße und eine Hinwendung zur konventionellen Strategie sehr wesentlich sind, ist es gleichermaßen wichtig, keine zu weitghenden Schlußfolgerungen zu ziehen. Viele Fürsprecher haben es zur Unterstützung ihrer Auffassungen für nötig befunden, jeden Rückgriff auf Kernwaffen abzulehnen oder ein so schwarzes Bild eines künftigen Atomkrieges zu malen, daß sie damit ihrer Sache einen schlechten Dienst erwiesen haben." [13]) Kissinger, dem es angeblich vor allem um die Aufrechterhaltung der militärischen Parität beider Seiten geht, wendet sich selbst gegen jeden „zweiseitigen Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen". Er schreibt: „Ohne Rücksicht darauf, was wir einem Aggressor oder uns selbst sagen, können wir nicht dafür garantieren, daß wir unter dem größten Druck nicht doch zu den Atomwaffen greifen." [14]) Und an anderer Stelle: „Sind wir bereit, Europa bei einem konventionellen Angrif zu verlieren? Wenn wir es nicht sind — und wir dürfen es nicht sein— ist ein formeller Verzicht bedeutungslos." [15]) Diese Zitate mögen genügen, um den Nachweis zu führen, daß sich die alte Abschreckungsstrategie zumindest in der Vorstellungswelt einiger der Berater Kennedys nicht grundlegend gewandelt hat. Das Neue an ihrer gegenwärtig aktuellen Version ist die Entschlossenheit, freie Hand gegenüber den Verbündeten hinsichtlich der konkreten politischen und militärischen Entscheidungen zu bekommen. Der Einsatz der Atomwaffen wird nicht ausgeschlossen, das nukleare Potential wird zur vermeintlichen Stärkung der amerikanischen Position erweitert und auf den neuesten Stand gebracht. Aber ob und wann es eingesetzt wird, das wollen die USA künftig allein entscheiden. Es liegt auf der Hand, daß dadurch — bei aller Vorsicht in der Einschätzung — eine nicht geringe Zahl störender Faktoren weggeräumt werden kann, die politischen Vereinbarungen zwischen den Großmächten bislang im Wege standen.

Die Dynamik des Wettrüstens

Jedoch sollte sich niemand darüber Illusionen hingeben, daß diese Konzeption der Abschreckung, die nach wie vor auf der Beibehaltung des Wettrüstens basiert, gewissermaßen selbsttätig Kriegsrisiken ausschließt, vor denen die Welt heute noch zittert. Solange die Abrüstung sabotiert wird, wirkt jene innere Dynamik des Wettrüstens, die eines Tages unkontrollierbar in die alles vernichtende Katastrophe führen kann. Es ist kein Zufall und entspringt gewiß ehrlicher Besorgnis, wenn Kissinger in bislang absichtlich vermiedener Eindringlichkeit vor der ständig wachsenden Wahrscheinlichkeit eines „Zufallskrieges" warnt. Der Stand der Waffentechnik hat eine Ebene erreicht, die das irrtümliche Auslösen eines Druckknopfkrieges in den Bereich der politischen Realitäten einordnet, so wenig zufällig seine eigentliche Ursache — nämlich das Wettrüsten— auch ist. Auch das ist eine Konsequenz der Abschreckungsstrategie: Ihre Schöpfer, die sie erdachten, um politisch flexibel und Herr ihrer eigenen Lage sein zu können, liefern sich den blind wirkenden „Zufällen" einer Superrüstung aus, die — fern aller rationellen Politik — die ganze Welt in die Vernichtung stürzen kann. Liddell Hart bemerkte dazu: „Der Wahnsinn einer Verteidigungsplanung, die den Selbstmord einkalkuliert, ist allen offenkundig geworden — mit Ausnahme ihrer Planer" [16]). Hier sei nur kurz darauf verwiesen, daß sich eine nicht minder große Gefahr aus der Delegierung von Einsatzbefugnissen über Atomwaffen an militärische Kom-

mandostellen ergibt. So sehr auch immer beteuert werden mag, daß die Kontrolle über Kernwaffen ausschließlich bei der politischen Führung zu liegen habe: kein Fachmann kann im Ernst bestreiten, daß es einfach unmöglich ist, dem amerikanischen Präsidenten im Falle eines militärischen Konflikts die unmittelbare Entscheidung über den Einsatz wenigstens jener kleinen Kernwaffen zu übertragen, die — in immer größerer Zahl produziert — im extremen Falle bereits der Kategorie der Infanteriewaffen zugeordnet werden. So vergleichsweise gering ihre Sprengwirkung aber auch sein mag, sie haben ihren Charakter als Atomwaffe und damit auch ihre Fähigkeit, einen konventionellen Konflikt in das allgemeine Atominferno überzuleiten, keineswegs verloren. Auch diese noch nicht zu Ende gedachten Risiken gehören zum System der Abschreckung, das als das Produkt unerhört scharfsinniger Strategen angepriesen wird. Ihre scheinbare intellektuelle Unfehlbarkeit erweist sich als lückenhaft, ihre Theorie über die angeblich notwendige Fortsetzung des Wettrüstens als verantwortungslos.

Eine sehr interessante und berufene Einschätzung moderner strategischer Konstruktionen stammt aus der Feder des Direktors des Britischen Instituts für Strategische Studien, Alastair B u c h a n. Mit einer unverhüllten Anspielung auf den Harvard-Professor Kissinger und auf Jerome W i e s n e r, auch einer der Berater Kennedys und Professor des Massachusetts Institute of Technology, schreibt Buchan: „Der überschwengliche Erguß origineller Gedanken über das Thema der Rüstungskontrolle, der von Harvard, Massachusetts Institute of Technology und anderen Zentren ausgeht, vermag den gewiß nicht ganz richtigen Eindruck zu vermitteln, daß die Amerikaner nur ein perfektes Gleichgewicht der nuklearen Waffen anstreben und dabei die Abrüstung ignorieren. Zweifellos ist es die wesentlichste vorgefaßte Meinung einiger strategischer Theoretiker, daß Maßnahmen gegen einen Überraschungsangriff oder einen Zufallskrieg, die Kontrolle des Weltraums und andere ähnliche Konstruktionen die Sicherheit in der Welt fördern würden, ohne daß es dazu der Abrüstung bedarf. Aber es gibt auch eine einflußreiche Strömung in Washington und an den Universitäten, die erkannt hat, daß vieles an diesen spitzfindigen Analysen nicht politisch anwendbar ist; die erkannt hat, daß die Stabilisierung des sowjetisch-amerikanischen Gleichgewichts nur ein Teil des Problems einer Welt ist, in der militärische Stärke auf immer mehr Staaten verteilt ist; und die erkannt hat, daß die Vereinigten Staaten — wenn auch vorsichtig — sich echten Abrüstungsmaßnahmen zuwenden müssen" [17]).

S i c h e r h e i t o h n e A b r ü s t u n g ?

Diese Kritik an den Theoretikern der „Abschreckung an sich" wendet zugleich die Aufmerksamkeit auf das in der gegenwärtigen Situation verläßlichste Kriterium bei der Einschätzung militärpolitischer Konzeptionen, auf die Frage nämlich, welche Rolle in ihnen die Abrüstung spielt. Mit aller gebotenen Zurückhaltung vor einer Identifizierung der Auffassungen des Weißen Hauses mit denen der von Buchan apostrophierten Militärtheoretiker muß hier darauf hingewiesen werden, daß der neue amerikanische Präsident bis zur Stunde noch keine verbindliche Erklärung zur Abrüstungsfrage abgegeben hat. In seinem Auftrage ist ein sachkundiges Beraterteam damit befaßt, eine Studie dieses Problems anzufertigen; welche Thesen hier aufgestellt werden und welche Schlußfolgerungen daraus Kennedy ziehen wird, ist ungewiß. Da es sich bei seiner Entscheidung ja keineswegs nur um eine theoretische Analyse, sondern auch einen von aktuellen Ereignissen — man denke an den Weltraumerfolg der Sowjets und seine Folgerungen für das Militärische — aufs Stärkste beeinflußten Entschluß handeln wird, sind alle Spekulationen fehl am Platze. Keineswegs zweifelhaft aber ist der Um-

stand, daß sich im Beraterkreis des amerikanischen Präsidenten Männer finden, die der These huldigen: erst verstärkt aufrüsten, um dann für Abrüstungsverhandlungen mit dem Osten bereit zu sein. Der bereits erwähnte Jerome Wiesner ist ein prominenter Verfechter dieser Auffassung. In einer unlängst in den Staaten veröffentlichten Studie „Umfassende Systeme der Rüstungsbegrenzung" [18]) fordert Wiesner eine forcierte Aufrüstung auf amerikanischer Seite, da nach seiner Meinung sowohl Zahl als auch militärische Qualität der Raketen — Einsatzbereitschaft, Reichweite, Unverwundbarkeit der Basen — ungenügend seien. Auch Kissinger verlangt von den Vereinigten Staaten, daß sie sich erst bis zur Schließung der Raketenlücke emporrüsten müssen, bevor an Abrüstungsverhandlungen zu denken sei: „Wenn wir ernstlich eine Abrüstung erstreben, dann müssen wir das militärische Gleichgewicht wiederherstellen" [19]). Wie aber kann man vom Osten erwarten, daß er dieses für ihn überaus gefährliche Paradoxon akzeptiert, seine eigene Rüstung stoppt — was ja eine unerläßliche Voraussetzung für das Schließen der Raketenlücke wäre — und so seine eigene Position in einer Weise schwächt, die angesichts der abrüstungsfeindlichen Tendenzen im Westen unzumutbar ist? Wer die Abrüstung tatsächlich will, wird sich nicht der Erkenntnis verschließen können, daß die Waffenarsenale beider Seiten längst jenen Stand erreicht haben, der eine sofortige Abrüstung nicht nur möglich (hinsichtlich der stufenweisen Beibehaltung einer weitgehenden Parität), sondern auch dringend notwendig macht. Und keine Propaganda widerlegt die Tatsache, daß es nun einmal der Osten ist, der mit seinen Abrüstungsvorschlägen dieser Situation Rechnung trägt. Es ist richtig, daß die Sowjetunion einen Höchststand der Rüstung erreicht hat, den sie ebenfalls mit der Notwendigkeit begründet, eine Aggression abwehren, bzw. abschrecken zu müssen. Niemand kann ihr aber den sachlich fundierten Vorwurf machen, daß sie den Frieden dieser Welt und damit ihre eigene Sicherheit allein auf ihre militärische Stärke gründet. Die Bereitschaft zu einer allgemeinen und — was von größter Bedeutung ist — kurzfristigen Abrüstung ist der Hauptbestandteil ihres Sicherheitsprogramms. Das ist weniger ein Zeichen moralischer Größe als vielmehr der Beweis dafür, daß sie ihre eigenen Interessen richtig einzuschätzen weiß. Man muß nicht Herrn Schlamm für den Nachweis bemühen, daß diese Friedenssehnsucht des Ostens im Westen durchaus bekannt ist. Daraus aber folgern zu wollen, daß man mit der Genehmigung Moskaus Abschreckungskapazitäten anhäufen darf, die eines Tages in erpresserischer Absicht gegen den Osten gewandt werden können, ist leichtfertig und verantwortungslos zugleich. Gar mit dem Gedanken zu spielen, daß die Sowjets selbst einen atomaren Schlag ohne entsprechende Gegenmaßnahmen hinnehmen würden, kommt einer selbstmörderischen Fehleinschätzung gleich. Und doch kann man in einer Analyse des amerikanischen Ostexperten Garthoff, auf die sich maßgebliche Stellen bei der Beurteilung der sowjetischen Politik stützen, den Satz lesen: „Sowjetische Kriegswissenschaftler sehen Atom- und Wasserstoffwaffen nicht als letztlich entscheidend an; daher kann, wenn auch gewiß nicht leichten Herzens, das Risiko erwogen werden, auf eine amerikanische Erstverwendung der Waffen nicht zu erwidern" [20]). Man kann nur hoffen, daß diese von Buchan sehr zurückhaltend als „spitzfindige Analyse" bezeichneten Auffassungen niemals zur Grundlage der amerikanischen Wehrpolitik werden.

Als Fazit dieser Betrachtung der maßgebenden westlichen Theorien über die Funktion der Abschreckung bleibt die Gewißheit, daß sie sich wegen ihres negativen Verhältnisses zur Abrüstung als untauglich erweisen, die politischen Probleme der Gegenwart zu lösen. Am allerwenigsten aber vermögen sie ihre Urheber aus jenem tiefen politischen Dilemma zu befreien, in das sie sich durch ihre eigene starrsinnige Rüstungspolitik manövriert haben. Es würde dem Ansehen

Amerikas in der Welt und seinem ohnehin angeschlagenen Prestige bei den jungen Nationen in Asien und Afrika nicht nützen, wenn es seine Rolle als Initiator des Wettrüstens weiterspielen würde. Vor dem Kongreß in Washington sprach der amerikanische Präsident Kennedy den klugen und verpflichtenden Satz: „Die fundamentalen Probleme, denen sich die Welt heute gegenüber sieht, lassen sich nicht auf militärischem Wege lösen." [21]) Die Position der USA in der westlichen Welt gibt Kennedy die Mittel in die Hand, diese Erkenntnisse in praktische Politik umzusetzen. Verfolgt er diesen Weg, dann wird er den Widerstand jener Allianzpartner überwinden müssen, die sich wider jede politische Vernunft der Forderung nach Entspannung verschließen. In ihrer vordersten Front steht die derzeitige Bundesregierung. Für uns Deutsche ist das gefährlich und beschämend zugleich. Wir haben allen Grund — im Interesse unserer Sicherheit und zum Beweis unserer politischen Erneuerung — den unbelehrbaren Anbetern der militärischen Gewalt in den Arm zu fallen. Wir dienen der Welt am meisten, wenn wir den Kampf gegen den Krieg im eigenen Haus beginnen und zu Ende führen.

Anmerkungen:

[1]) C. Wright Mills, „Die letzte Konsequenz", Kindler-Verlag, München, S. 38.

[2]) Kennedys Verteidigungsbotschaft an den Kongreß vom 28. März 1961, zit. nach „Times" vom 29. März 1961.

[3]) Rede vor dem Militärausschuß der NATO am 10. April 1961, zit. nach „Bulletin" Nr. 68.

[4]) C. Wright Mills a. a. O. S. 38.

[5]) Amtl. Protokoll des Bundestages, 18. Sitzung, S. 863.

[6]) Verteidigungsbotschaft a. a. O.

[7]) Henry A. Kissinger „The Necessity for Choice", Harper & Brothers, New York. S. 215.

[8]) „Die Welt" vom 26. November 1960.

[9]) „Die Welt" vom 2. Dezember 1960.

[10]) Henry A. Kissinger, a. a. O. S. 86.

[11]) „Neue Zürcher Zeitung" vom 7. April 1961.

[12]) Henry A. Kissinger, a. a. O. S. 85.

[13]) Henry A. Kissinger, a. a. O. S. 86.

[14]) Henry A. Kissinger, a. a. O. S. 90.

[15]) Henry A. Kissinger a. a. O. S. 89.

[16]) Liddell Hart „Basic Problems of European Defence", Marine Corps Gazette, Sept. 1958.

[17]) Alastair Buchan „Disarmament or Arms Control?", Observer vom 19. März.

[18]) Daedalus, Journal of the American Academy of Arts and Sciences, Herbstheft 1960.

[19]) Henry A. Kissinger, a. a. O. S. 94.

[20]) Raymond L. Garthoff, „Sowjetstrategie im Atomzeitalter", Droste-Verlag, Düsseldorf, S. 127.

[21]) Verteidigungsbotschaft an den Kongreß, zit. nach „Times" vom 29. März 1961.

Earl Bertrand Russell, O. M., F. R. S.

Sollte Großbritannien einseitig abrüsten?

Mit meinen Ausführungen in diesem Beitrag möchte ich die britische Bewegung gegen die Aufrüstung mit Kernwaffen in ihrer Beziehung zur weltpolitischen Lage schildern. Unsere Bewegung ist ein Teil — und nicht mehr als das — einer weltumspannenden Bewegung, welche die Menschheit dazu überreden will, keinen kollektiven Selbstmord zu begehen. Nur kollektive Aktionen können den kollektiven Selbstmord mit den augenblicklich bekannten Waffen massiver Zerstörung verhüten. Nichts, was irgendein Land isoliert tun kann, kann irgendeinem Teile der Welt Sicherheit bieten. Unsere Bewegung dagegen, daß sich Großbritannien auf Kernwaffen verläßt, kann die Gefahr, welche jetzt alle Nationen bedroht, nur mindern, wenn das, was unser Land tut, internationale Rückwirkungen hat. Unser wichtigstes Ziel muß es sein, Krieg mit Waffen der Massenzerstörung überhaupt zu verhüten — nicht nur für eine begrenzte Zeit mit Hilfe von Notmaßnahmen, sondern durch Schaffung von solchen Einrichtungen auf der Welt, die es hinreichend gewiß machen werden, daß ein Krieg der Ausmerzung in absehbarer Zukunft nicht vorkommen wird.

Für mich ist es erstaunlich und tief betrüblich, daß es überhaupt Menschen geben kann, die für einen Zustand eintreten, in dem ein Krieg mit Kernwaffen nicht unwahrscheinlich ist. Glücklicherweise ist nicht in jeder Einzelheit bekannt, was im Falle eines allgemeinen Kernwaffenkrieges geschehen würde. Es könnte sein, daß Menschen in den südlichsten Gebieten der bewohnten Zonen des Erdballs am Leben bleiben würden. Vielleicht würden auch einige Menschen in Europa und Nordamerika noch am Leben sein. Die amtlichen Sachverständigen der US-Regierung, die noch die optimistischsten überhaupt annehmbaren, Schätzungen aufstellen, haben entsetzliche Zahlen veröffentlicht. Der amerikanische Verteidigungsminister stellte auf Grund eines Generalstabsberichts im Jahre 1958 fest, daß im Falle eines solchen Krieges in den USA 160 Millionen Menschen, in der UdSSR 200 Millionen Menschen und die gesamte Bevölkerung in Großbritannien und Westeuropa ohne Ausnahme getötet werden würden. Seitdem hat sich nichts ereignet, das eine Änderung dieser Schätzung erlaubt; sie ist die zuverlässigste amtliche Schätzung, über die wir verfügen.

Wie kann ein solcher Krieg verhütet werden? Jede Seite hat auf diese Frage eine einfache Antwort: es ist nur notwendig, so erzählt man uns, daß unsere Seite stärker sein sollte als die andere Seite, da wir Freunde des Friedens sind und einen Krieg selbst dann nicht beginnen würden, wenn wir eines Sieges gewiß wären. Der Fehler dieser Formel ist, daß es jeder Seite unmöglich ist, stärker als die andere zu sein. Solange jede Seite glaubt, daß dies der Weg zur Sicherung des Friedens sei, ist das einzige Ergebnis ein Wettrüsten, das zunächst die Bevölkerungen in Ost und West bis auf das nackte Existenzminimum verarmen lassen muß und zum Schluß mit nahezu tödlicher Sicherheit den Krieg wirklich herbeiführt.

Aufrüstung führt den Krieg herbei

Von vielen Seiten wird uns erzählt, daß es — und häufe auch jede Seite noch so viele Waffen an — niemals wirklich zum Krieg kommen werde, weil ein Krieg Irrsinn wäre. Auch ich bin unbedingt der Meinung, daß ein Krieg Irrsinn wäre, aber ich bin nicht der Ansicht, daß er aus diesem Grunde ausgeschlossen ist. Über dieses Problem sind in den USA viele sorgfältige Forschungen durchgeführt worden, und sie kommen nahezu alle zu dem Schluß, daß eine Fortsetzung der

gegenwärtigen Politik mit größerer Wahrscheinlichkeit zu einem Kernwaffenkrieg führt, als nicht zu ihm führt. Zu diesem Schluß kommt z. B. Oskar Morgenstern, ein politisch ganz orthodoxer amerikanischer Militärsachverständiger. Zu genau dem gleichen Schluß kommt auch ein Ausschuß von Sachverständigen, den die Ohio-Staatsuniversität zur Untersuchung genau dieser Frage einberufen hatte. Vor ganz kurzer Zeit sprach sich Lord Hailsham, unser Minister für wissenschaftliche Probleme, eindeutig in dem gleichen Sinne aus. Was so befremdlich und sonderbar wirkt, ist, daß viele dieser Sachverständigen trotzdem nicht zu dem Schluß kommen, daß die gegenwärtige Politik geändert werden muß. Ich glaube, daß es wahrscheinlich zutrifft, daß weder Amerika noch Rußland einen allgemeinen Kernwaffenkrieg absichtlich beginnen würden. Aber es gibt eine Reihe von Möglichkeiten — und unter ihnen einige mit einem entsetzlich hohen Grad der Wahrscheinlichkeit — daß ein allgemeiner Krieg ohne die bewußte Absicht irgendeiner Regierung ausbrechen kann.

Eine dieser Möglichkeiten mit einem hohen Grade von Wahrscheinlichkeit besteht darin, daß Krieg durch Zufall oder durch Mißverständnis ausbricht. Unser Premierminister hat mit dogmatischer Gewißheit verkündet: „Krieg durch Zufall wird nicht entstehen." Aus Mitleid wollen wir annehmen, daß er das glaubte, als er es sagte; aber wenn er das glaubte, dann wußte er einfach Dinge nicht, die er zu wissen verpflichtet ist. Die Gefahr eines unbeabsichtigten Krieges liegt zur Zeit hauptsächlich in der amerikanischen Doktrin vom unverzüglichen Gegenschlag. Die amerikanischen militärischen Befehlsstellen glauben — oder geben vor, zu glauben — daß Rußland jeden Augenblick einen Überraschungsangriff auf NATO-Länder beginnen kann. Für eine solche Ansicht gibt es nicht den geringsten Beweis, und sehr starke Beweise gegen sie, aber sie besteht, wird verkündet und zur Basis der amerikanischen Strategie gemacht. In Kanada, Grönland, Yorkshire und an vielen anderen Orten suchen Radarstationen ununterbrochen den Himmel nach russischen Geschossen ab. Wiederholt haben sie Vögelzüge fälschlicherweise als herannahende Bomber gedeutet, und in mindestens einem Falle haben sie den Mond irrtümlich als einen russischen Angriff gemeldet! Sobald ein solcher Fehler vorkommt, steigen amerikanische Flieger mit Bomben auf. Sie haben ihre Startgeschwindigkeit so heraufgeschraubt, daß sie innerhalb von zwei Minuten nach Beginn des Warnsignals in der Luft sein können. Bisher sind die Fehler rechtzeitig entdeckt worden. Aber das ist ein Glücksspiel, auf das sich kein vernünftiger Mensch verlassen kann. Wenn ein Mann in einer Schlüsselstellung betrunken ist oder geistesgestört oder plötzlich krank wird, könnte der Fehler unentdeckt bleiben. Da die Russen, genau wie die Amerikaner, einen Überraschungsangriff erwarten und gleichfalls an unverzügliche Vergeltung glauben, so kann ein einziger solcher Fehler leicht einen allgemeinen Krieg auslösen.

Die Polaris-U-Boote

Die Polaris-Unterseeboote, die ihren Stützpunkt in Holy Loch (Schottland) haben, erhöhen die Kriegsgefahr. Es wird behauptet, daß sie überall fahren können, ohne daß die Russen sie entdecken. Ihre Bomben sind stets in unverzüglicher Bereitschaft. Ihre Kapitäne erhalten ihre Befehle direkt aus Washington. Im Falle eines Krieges könnte diese Verbindung nicht funktionieren, und dann würde jeder Kapitän nach eigenem Ermessen zu handeln haben. Es ist leicht möglich, daß der Kapitän auf Grund eines mechanischen Versagens die erwarteten Nachrichten nicht erhält und daraus schließt, daß der Krieg ausgebrochen ist. In diesem Falle würde dann der Krieg auch wirklich ausbrechen.

Dies sind nur einige Beispiele der Gefahr, die auch in anderen Formen besteht. Die Gefahr ist so groß, daß wir für jeden Tag, den wir noch erleben, dankbar sein müssen; obwohl wir die Wahrscheinlichkeit einer Katastrophe nicht für einen bestimmten Tag vorhersagen können, ist eine Katastrophe über eine längere Zeitspanne hin nahezu gewiß, es sei denn, daß wir zu neuen, radikalen Maßnahmen greifen.

Was können wir tun?

Aus dieser Notlage heraus haben viele von uns in Großbritannien eine Massenbewegung gewaltlosen „zivilen Ungehorsams" (non-violent civil disobedience) eingeleitet. Die einzelnen Bewegungen in verschiedenen europäischen Ländern und in den USA gegen Kernwaffen-Rüstungen haben Vorzügliches geleistet und leisten es weiterhin. Aber ihre Wirkung ist dadurch begrenzt, daß die Informationen, welche sie zu verbreiten wünschen, nicht schmackhaft sind, und das allgemeine Publikum sich nach Möglichkeit von ihr abwendet. Die Mittel zur Information der Öffentlichkeit — die wichtigen Zeitungen und Zeitschriften und der Rundfunk — sind der Bewegung zumeist nicht zugänglich. Zu den Versammlungen kommen überwiegend die bereits Überzeugten, und ebenso lesen zumeist nur diese die Flugblätter und Aufsätze der Bewegung. Diese Mittel wirken zu langsam bei der Ausweitung des Personenkreises der Denkenden. Selbst die Aufmärsche mit Tafeln und Fahnen verlieren ihren Wert als „Neuigkeiten" für die Presse. In Großbritannien und den USA sind hervorragende Kampagnen in den letzten Jahren durchgeführt worden, als gewaltlose direkte Aktion gegen Aufrüstung mit Kernwaffen. Aber diese Kampagnen sind nach der Zahl der Teilnehmer und ihrer Macht so begrenzt, daß das allgemeine Publikum sie wenig beachtet, und daß die Organe zur öffentlichen Information sie kaum zu erwähnen brauchen, die ohnehin bereit sind, diese Aktionen als die Haltung kleiner Gruppen hysterischer Sonderlinge abzuschreiben. Um die Barrieren von Apathie, Unwissenheit und bewußter Anwendung von den Tatsachen zu durchbrechen, ist es nunmehr notwendig geworden, eine Bewegung so massiven gewaltlosen zivilen Ungehorsams durchzuführen, daß ihr Aufmerksamkeit gewidmet werden muß — so massiv, daß sie die Stärke und das Gewicht des bereits bestehenden Willens demonstriert, die augenblickliche Politik unbedingt zu ändern.

Eichmann und das Kernwaffen-Verbrechen

Natürlich gibt es Leute, denen schon bei dem Gedanken zivilen Ungehorsams in einer Demokratie die Beine schlottern. Aber genau diese gleichen Leute waren nach dem zweiten Weltkrieg ganz dafür, die Deutschen zu ächten und sogar zu bestrafen, weil sie ihrer Regierung keinen Widerstand geleistet hätten, als diese ihnen den Befehl erteilte, unmenschliche Handlungen zu begehen. Logisch läßt es sich nicht zeigen, daß es den Demokratien verwehrt ist, Handlungen gegen die Menschlichkeit durchzuführen, die als Verbrechen gelten müssen. Die Regierungen gehen jetzt eindeutig einen Weg, der zu den unmenschlichsten aller Handlungen führt — nämlich zum qualvollen Tode und der Ausmerzung menschlicher Wesen auf dem gesamten Erdball. Wenn ihre Politik sich nicht ändert, so wird es kein Leben und keine Hoffnung auf Erden geben. Eine große Massenbewegung scheint das einzige Mittel zu sein, die Flut zu wenden — eine Massenbewegung von Menschen, die willens sind, die Härten auf sich zu nehmen, welche ein gewaltloser ziviler Ungehorsam mit sich bringt, um ihre Entschlossenheit zu demonstrieren, gegen die gegenwärtige Politik zu opponieren und sie durch eine Politik zu ersetzen, welche Hoffnung auf Überleben und auf die Möglichkeit gewährt, ein gutes Leben zu führen.

Jeder Mensch, der informiert und nicht geisteskrank ist, weiß genau, was die Welt braucht. Sie braucht die Ächtung aller Waffen der Massenvernichtung — Kernwaffen, chemischer Waffen und biologischer Waffen. Sie braucht eine gewaltige Entspannung zwischen Ost und West und damit des wechselseitigen Mißtrauens, das durch die Spannung zwischen Ost und West geschürt wird. Sie braucht eine weltweite Macht, die Reibungen an irgendeiner Stelle des Erdballs wirksam schlichten kann. Vor allem aber benötigen wir das Bewußtsein aller Menschen, daß der Krieg ein Wahnsinn geworden ist, der keinem Kriegführenden irgend etwas eintragen kann, das er sich wünscht. Ohne dieses allgemeine Bewußtsein wird das Mißtrauen weiterbestehen, und jeder Block wird fürchten, daß die andere Seite unter der Decke jeden Abrüstungsvertrag, der vielleicht unterzeichet werden könnte, umgeht.

Alles dies braucht die Welt, wenn die Menschheit überleben soll. Was kann Großbritannien tun, um diese internationalen Ziele erreichen zu helfen?

Großbritannien sollte einseitig abrüsten

Die Politik, zu der wir hier raten, bezeichnet man als „unilaterales" Vorgehen, als „Unilateralismus". Dieser Name für unsere Politik bedarf der näheren Erklärung, damit er nicht zu Mißverständnissen Anlaß gibt. Wir wollen selbstverständlich multilaterale Abrüstung, glauben jedoch, daß unilaterale Abrüstung auf der britischen Seite der wirksamste Schritt ist, den Großbritannien zu diesem Ziele unternehmen kann. Dieser Schluß wird uns durch den restlosen Mißerfolg aller Abrüstungskonferenzen seit Kriegsende aufgezwungen. Gegen unseren Willen sind wir zu dem Schluß gezwungen, daß mindestens der Westen die Abrüstung nicht aufrichtig wünscht und nur solche Angebote gemacht hat, von denen er annahm, daß der Osten sie zurückweisen würde.

Im Jahre 1955 kam es einmal zu einem dramatischen Zwischenfall, der diese Verlogenheit aufdeckte: der Westen machte einige ausgezeichnete Vorschläge für Abrüstung; die Sowjetregierung nahm sie zum Entsetzen der Westmächte an, woraufhin der Westen sie zurückzog. Gegenwärtig besteht Rußland mit aller Dringlichkeit auf vollständiger und rascher Abrüstung auf dem Gebiet der Kernwaffen. Sehen wir einmal von den wiederholten Erklärungen Chrustschows in dieser Richtun gab, so ist die russische Position völlig eindeutig in einem Aufsatz von Generalmajor Talenski festgelegt worden, den die englische Zeitschrift „Survival" in ihrer Ausgabe für Januar-Februar 1961 abgedruckt hat.

Generalmajor Talenski schreibt hier unter dem Titel: „Der Charakter des modernen Krieges": „Der Krieg im militärisch-technischen Sinne hat sich als eine Waffe der Politik selbst ausgeschlossen." Er schließt mit den Worten: „Wir müssen noch hartnäckiger und konsequenter für die Zerstörung sämtlicher Rüstungen kämpfen; für den Ausschluß des Krieges aus dem Leben der menschlichen Gesellschaft; für den Frieden in der gesamten Welt." Diese Haltung der Sowjetregierung hat die westlichen Regierungskreise in helle Wut versetzt, da sie nicht sehen, wie sie ihr Widerstand leisten können, ohne Rußland einen großen Vorteil in der Propaganda einzuräumen. Die amerikanischen militärischen Stellen wichen der Forderung aus, als sie neu war, indem sie den U-2-Zwischenfall herbeiführten, und man kann befürchten, daß etwas ähnliches die Hoffnungen geistig gesunder Menschen zerschlägt, wenn die „Gefahr" einer Einigung besteht. Es ist dieser fortgesetzte Mißerfolg der Versuche zu multilateraler Abrüstung, der in Großbritannien viele Freunde des Friedens dazu bewogen hat, eine einseitige britische Abrüstung anzuraten, ohne auf eine allgemeine Vereinbarung zu warten.

„Mir die Freiheit, allen meinen Nächsten den Tod"

Einige „Sachverständige" — ganz besonders in Amerika — versuchen ihre Leser davon zu überzeugen, daß nach einem Atomkriege noch irgend etwas Erträgliches übrigbleiben könnte. So z. B. glaubt Mr. Hermann Kahn — oder tut so, als ob er es selber glaubt —, daß die Wirtschaftssysteme Amerikas und Rußlands sich zehn Jahre nach einem Atomkriege wieder erholen könnten. Man kommt bei diesen Schilderungen zu dem Schluß — obwohl Mr. Kahn über diesen Punkt nichts klares sagt — daß sich die beiden Völker dann, wenn sie sich wieder erholt haben, zu einem vierten Weltkriege zu rüsten haben. Wenn Mr. Kahn also recht hat, müßten sie an einen zweiten Kernwaffenkrieg dann einen dritten und vielleicht einen vierten und so immer weiter anschließen, bis nicht mehr genug Leute mehr leben, um Wasserstoffbomben herzustellen. Wenn aber Mr. Kahn annimmt, daß ein Kernwaffenkrieg ohne klare Überlegenheit der einen oder anderen Seite endet, und beide Seiten an seinem Ende bereit sein werden, über einen sicheren Frieden zu verhandeln, so ist nicht einzusehen, warum sie nicht über einen Frieden verhandeln sollten, ohne zuerst einen Krieg zu führen.

Mit absoluter Gewißheit kann selbstverständlich niemand aussagen, wie riesig die Zerstörungen durch einen dritten Weltkrieg sein würden. Einige Sachverständige denken, die gesamte menschliche Rasse würde untergehen. Andere Fachleute behaupten, daß sämtliche großen Nationen auf der nördlichen Halbkugel der Erde allen sozialen Zusammenhalt verlieren würden und kleine, plündernde Haufen in ihren menschenleeren Gebieten umherziehen würden, während die südliche Halbkugel der Welt etwas besser daran sein würde, so daß dort eine neue Kultur entstehen könnte (vermutlich unter der Führung der Weißen in Südafrika!). So schreibt z. B. Fred Charles Ikle in seinem Buch „Die soziale Wirkung der Bombenzerstörung":

„Wer Zukunftsbilder macht, muß sich mithin die Welt nach einem Atomkriege mit extremer Vergiftung durch herabfallende Teilchen nicht als einen Planeten vorstellen, auf dem nur noch die niederen pflanzlichen Organismen leben, die gegen Radioaktivität immun sind, sondern als eine Welt mit wachsenden Bevölkerungen und vielleicht blühenden Wirtschaftssystemen in Südamerika, Südafrika, Indonesien, Australien und Neuseeland. Geht man von diesem Bilde aus und versucht sich die Zukunft dann noch weiter auszumalen, so könnte man zu dem Schluß kommen, daß die überlebenden Generationen von einem friedlichen Jahrtausend weiter entfernt sind denn je, weil die Völker der südlichen Halbkugel durch tiefe rassische, religiöse und ideologische Gegensätze getrennt sind. Ja — so könnte man weiter spekulieren — sowohl der Kapitalismus wie der Kommunismus würden überleben, da beide Systeme unter den überlebenden Nationen vertreten sind. Aber die mächtigen Staaten, die um diese Fragen den Kampf begonnen haben, wären aus der Geschichte ausgelöscht — so wie das Inkareich und das Karthagerreich für alle Zeiten aus der Geschichte verschwunden sind."

Was Nordamerika angeht, hat John M. Fowler in einem Buch mit dem Titel „Fallout", das Adlai Stevenson (also einer der vertrautesten Berater des gegenwärtigen Präsidenten der USA) eingeleitet hat, die erfreulichste Prophezeiung formuliert, die überhaupt irgendwie Hand und Fuß hat. Mr. Fowler sagt:

„Eine Familie oder ein einzelner, die geschickt sind und sich zu helfen wissen und außerhalb des Umkreises restloser Zerstörung und am äußeren Rande des Schirmes tödlichen Teilchenfalls leben, mögen den Alptraum und das Entsetzen der ersten Wochen überleben. Indem sie sich in die Wände des Kellers einbuddeln oder unter einem hastig improvisierten Schild in einer Kellerecke hocken

bleiben, mögen Menschen überleben, obwohl die Welt an der Oberfläche ein Ofen des schweigenden Todes ist."

Berechnungen dieser Art zeigen das Maximum an Hoffnung, das wissenschaftlich noch irgendwie vernünftig ist. Als der amerikanische Kongreß Vernehmungen über die möglichen Wirkungen eines Atomkrieges durchführte, waren trotzdem die Zeitungsberichte, so sagt man uns, von einem „Geist des Optimismus" (!!) erfüllt, weil ja einige menschliche Wesen den Krieg überleben würden. Ich kann mich in die Mentalität solcher Menschen einfach nicht hineindenken, die eine solche Aussicht als erfreulich betrachten, zumal der Krieg, auf den sie gefaßt sind, nichts dazu beitragen würde, die Art von Welt herbeizuführen, zu der sie sich bekennen.

Man wird nahezu zu dem Schluß gezwungen, daß viele Menschen die Aussicht auf eine Welt ohne Krieg hassen und jedes noch so dünne Argument vorbringen, das die Menschen davon überzeugen soll, daß der Krieg als solcher nicht aus unserem Weltbild zu verschwinden braucht. Einer der törichtesten Vorschläge in dieser Richtung besteht darin, daß Rußland und Amerika sich doch darüber einigen könnten, niemals Wasserstoffbomben einzusetzen, sondern ihre künftigen Kriege so führen könnten, als wären Kernwaffen niemals erfunden worden. Es ist bemerkenswert, daß diese Vorschläge vor allem von jenen kommen, die unablässig austrompeten, daß man der Sowjetregierung unter keinen Umständen vertrauen dürfe! Wer weiß, welche Leidenschaften ein Krieg auslöst, sieht natürlich, daß die Seite, die von einer Niederlage bedroht ist, Wasserstoffbomben einsetzen würde, wenn sie sie hat — gleich, welche vertraglichen Verpflichtungen sie übernommen hat.

Sieht man denn nicht, daß all dies ein verrückter, mörderischer und monströser Alptraum ist, den Banden fanatischer Wahnsinniger auf die Welt losgelassen haben? Weshalb sollten wir es für notwendig halten, zu kämpfen? Weshalb sollten wir die Russen hassen? Die Russen bieten universelle nukleare Abrüstung mit hinreichender Inspektion an. Sie sind willens, die Koexistenz anzunehmen. Der Westen zieht es vor, Pläne des wissenschaftlichen Schreckens bis ins Letzte auszuarbeiten.

Vor kurzer Zeit hat die Daily Mail das Schlagwort von Patrick Henry wieder aufgegriffen: „Gib mir Freiheit, oder gib mir den Tod." Patrick Henry sagte nicht: „Gib mir Freiheit, oder gib allen meinen Nächsten den Tod." Genau das liegt aber darin, wenn man dieses Schlagwort jetzt aufwärmt. Ich kann Menschen einfach nicht verstehen, die ruhig und arithmetisch den ungeheuren Weltbrand betrachten, den sie als heldenhaft ansehen.

Ich habe das Gefühl, daß dies das größte und vermutlich letzte der Verbrechen ist, deren lange Liste die Geschichte der Menschheit befleckt. Was würden Sie eigentlich von einem Individuum halten, das bereit ist, seine eigenen Kinder zur Agonie eines qualvollen Todes zu verurteilen, um den Sieg seiner eigenen politischen Partei zu erreichen? Was würden Sie von einem Mann denken, der bereit ist, diese Grausamkeit der gesamten Menschheit anzutun?

In ein neues Kriegsverbrechen verwickelt? Ohne uns!

Und dennoch: genau das tun die Regierungen des Westens. Und alle, die für diese Regierungen gestimmt haben, sind Komplizen in dieser ungeheuerlichen Sünde. Und sie ist restlos unnötig. Wir brauchen nur miteinander in Freundschaft zu leben, und die Welt könnte aus einer Mordfabrik in eine glücklichere Gemeinschaft verwandelt werden, als sie jemals bestanden hat. Es ist unsere Pflicht; die Pflicht aller derer, die das Entsetzliche wissen, mit aller Macht,

mit allen Fähigkeiten die Menschen von Haß und Zerstörung abzubringen. Wir müssen eine so überwältigende Entschlossenheit in Gang setzen, unser Land und die Welt von sinnloser Zerstörung zu befreien, daß unsere moralisch versumpften Regierungen ihren hartnäckigen Stolz überwinden und uns die Freiheit geben, eine Luft zu atmen, die nicht durch Menschenhand vergiftet wird. Das ist eine große Aufgabe. Aber Entschlossenheit und Energie kann uns zum Ziele führen. Noch sind wir verhältnismäßig wenige Menschen, aber auf unserer Seite stehen Vernunft und Liebe und die Hoffnung des Lebens für die Kommenden. Wir können den Kampf gewinnen, und wir müssen ihn gewinnen.

Copyright: „Blätter für deutsche und internationale Politik"

Bürgermeister Rudolf Pikola

Ostermärsche - und was weiter?

Erlebnis

Grauer Himmel. Wind. Die Landstraße läuft durch grünende Saatfelder und Wiesen, hügelauf, hügelab. Ein kleines Dorf, alte Zäune, Hühner im Hof, Kinder am Straßenrand. Dann wieder die Weite der Landschaft mit dem Frühlingswind darüber hin.

Am Rand dieses Bildes taucht ein langer Zug von Menschen auf, kommt langsam näher, verschwindet mit der Straße wieder hinter einem Hügel, taucht am Horizont nochmals auf, versinkt in der Ferne. Weiße Spruchbänder, gelbe Schilder mit Aufschriften, flatternde schwarze Fahnen darüber hin. Menschen bleiben am Weg stehen, schauen aus Fenstern, aus Gärten, aus vorüberfahrenden Autos neugierig, erstaunt, betroffen auf den stillen Zug.

Wenn die Aufschriften nicht wären, diese Aufschriften, die der bedrängenden Gegenwart, der drohenden Stunde, dem schlafenden Gewissen, der tödlichen Gleichgültigkeit ins Gesicht schreien, könnte man glauben, der Vision eines uralten Zuges aus vergangenen Tagen begegnet zu sein: Wallfahrern, Büßern, Geißlern, Gläubigen und Leidenden, wie sie stumm von Horizont zu Horizont ziehen und die schwarzen Fahnen wie Gebete in den Himmel heben.

Und es sind Gläubige und Leidende: sie glauben an das Leben, an die Vernunft, an die Menschlichkeit; sie leiden an einer Zeit, die, eben aus einem Meer von Blut emporgestiegen, auf ein neues zueilt, in dem alles Leben zu versinken droht, wenn die Techniker der ungeheuerlichsten Vernichtung, die die Erde je sah, ihr Werk vollenden dürfen.

Daß sie es nicht tun dürfen, daß ihnen Einhalt geboten wird — wenn sie schon nicht selbst sich Einhalt gebieten —, daß das Leben mit all seinen Schönheiten und Freuden, mit seinen Hoffnungen und Sorgen, mit seinem Glück und seiner Sehnsucht erhalten bleibe, daß die Kinder, die mit großen Augen hinter Gartenzäunen und Fenstern hervorsahen, weiterleben dürfen — dafür sind sie auf die Straße gegangen, dafür ziehen sie über die Straßen halb Europas: die Teilnehmer des Ostermarsches der Atomwaffengegner. Dafür opfern sie die paar freien Osterfeiertage, dafür nehmen sie körperliche Anstrengungen und Entbehrungen auf sich, dafür lassen sie sich verleumden und verdächtigen, beschimpfen und be-

lächeln — und sich n i c h t einschüchtern, wenn ihnen auch „nahegelegt" wird, zu Hause sitzen zu bleiben, weil Ruhe wieder einmal die „erste Bürgerpflicht" sein soll, eine Ruhe, die genau so tödlich ist, wie es die Ruhe der Küstenbewohner wäre, die die Hände in den Schoß legen, statt auf die Deiche zu gehen und der Flut zu wehren.

Ein Beispiel für viele: Der Protestzug nähert sich einem Raketenlagen bei Ingolstadt, will auf Rufweite herangehen, um das Europäische Manifest zu verlesen. Aus der Ebene braust ein Zug von Fahrzeugen an, Bereitschaftspolizei springt ab — ein Bild wie aus Kriegstagen —, sperrt den Weg ab. Junge Menschen schauen trotzig unter den Helmen hervor, wissen nicht, bedenken nicht, dürfen nicht bedenken, daß dieser friedliche Protest ihr Leben, das Leben ihrer Frauen, ihrer Kinder bewahren will. Mensch steht gegen Mensch, Deutscher gegen Deutschen — weil zum Frieden aufgerufen werden soll, weil vor der drohenden, apokalyptischen Vernichtung gewarnt werden soll. Stumme Tragik schreit aus dieser Begegnung des befohlenen Verkennens.

Der Zug formiert sich neu, wendet sich, erklimmt einen nahen Hügel. Männer und Frauen, Studenten und Lehrlinge, Kriegsinvaliden und Greise lagern sich auf der windüberwehten Kuppe, sammeln sich unter den schwarzen Fahnen, hören stumm, nachdenklich, ernst das Manifest: „Europa ist im Begriff, vor der Geschichte zu kapitulieren. Halb freiwillig, halb gezwungen verzichtet es darauf, die blinde Gewalt der Waffen einem ordnenden Gesetz zu unterwerfen und wird so zum Niemandsland hochmütiger Vernichtungspläne ... Die Teilnehmer (am Ostermarsch) stellen der schäbigen Metaphysik des Militärischen, die heute in aller Welt gepredigt wird, eine schlichte Tatsache gegenüber; die Tatsache nämlich, daß die Probleme unserer Welt zu ernst sind, um noch militärisch gelöst werden zu können, und daß die Anbetung der blinden Zerstörung höchstens zur Vernichtung der Menschheit, nicht zur Lösung ihrer Probleme führen kann. Dieser Ostermarsch drückt unsere Forderung nach politischen Lösungen aus, nach einer P o l i t i k o h n e B o m b e."

Der Wind trägt die Worte über die Erde hin, die den Frühling, das neue Leben erwartet. Drüben, im Raketenlager, hört man sie nicht ...

P r i m i t i v i t ä t .....

Die Ostermärsche der Atomwaffengegner — seit Jahren in England durchgeführt — wurden heuer erstmals auch in anderen europäischen Ländern und sogar den USA unternommen. Obwohl eine legitime Meinungsäußerung und Kundgebung freier Bürger, hat man sie in der Bundesrepublik von Anfang an verdächtigt und psychologisch wie tatsächlich erschwert. Die Mittel dafür waren von einer oft geradezu brutalen Primitivität. Abgesehen von dem bereits allzu gängigen Schlagwort, es handele sich um kommunistische oder kommunistenfreundliche Kundgebungen (Transparent der Katholischen Jugend: „Wer uns den inneren Frieden stört / Auf Pankow und auf Moskau hört" — siehe oben: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!), einem Schlagwort, das einem Reichspropagandaministerium alle Ehre machen würde und mit dem man heute jegliche Opposition, ja bereits jegliche nichtkonformistische Meinung überhaupt unterdrücken will, abgesehen von diesem Schlagwort wäre an die große Zurückhaltung der Presse in Bezug auf die Ankündigungen der Kundgebungen zu verweisen, auf die Sperrung von Staatsstraßen in Bayern, auf die stundenlage Umleitung der Züge durch menschenleere Vororte (die von den ermüdeten Marschteilnehmern trotzdem in größter Disziplin hingenommen wurde), nicht zuletzt aber — wieder nur beispielhaft, aber erschreckend symptomatisch — auf die „Beweise" von Gegendemonstranten, die gegen die stummen Mahnrufe der Marschteilnehmer nichts

anderes zu setzen hatten als Stinkbomben und faule Eier (Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 4. April 1961). Ist das unsere Manier, über Fragen, die sich um Leben oder Tod unseres Volkes, ja der ganzen Menschheit bemühen, zu diskutieren? Dann muß man allerdings befürchten, daß aus unserem vielgepriesenen Abendland ein Land der Nacht, ein Land des Todes wird!

Nichts aber könnte die Primitivität einer „Gegenargumentation" mit so trauriger Deutlichkeit beweisen, wie ein Vorgang in Nürnberg: Dort fand auf dem Melanchthon-Platz die Schlußkundgebung eines Zuges des bayerischen Ostermarsches statt. Während dieser ganzen eineinhalb Stunden kreiste über dem Platz ein Hubschrauber, dessen impertinenter Lärm die Ansprachen und Proklamationen zwar nicht hindern, aber doch erschweren konnte. Ein Lärm übrigens, der eine demokratische Willenskundgebung mit den Steuergeldern dieser selben Demokraten unterbinden sollte.

Ein bestürzender Vergleich drängt sich auf: Hatte die geistlose Gewalt der Mächtigen in den Ostertagen von Golgatha nicht versucht, unter den Hammerschlägen der Kriegsknechte die Stimme der Menschenliebe und des Völkerfriedens zu ersticken?

..... gegen Argumente

Wenn man von der allgemeinen Erkenntnis absieht, daß aus Gewalt immer noch Unglück, aus Krieg neuer Krieg hervorgingen, so gibt es gegen die Atomrüstung und die daraus folgende Bereitschaft zum Atomkrieg ganz spezielle Argumente. Tausendmal wurden sie schon verkündet, von Wissenschaftlern und Gelehrten, von Philosophen und auch von Politikern, und wenn man eine Wahrheit auch tausendmal verneint, bekämpft und unterdrückt — sie wird deshalb nicht unwahr. „Die Wahrheit geht im Wasser nicht unter und im Feuer verbrennt sie nicht", sagt ein altes russisches Sprichwort. Und wenn Männer wie Albert Schweitzer oder Bertrand Russell, Max Born oder Martin Niemöller im Chor von vielen vielen anderen die Mächtigen der Erde aufrufen, dem Wettlauf in die Vernichtung Einhalt zu tun, wenn sie — um auf unsere besondere deutsche Situation zu sprechen zu kommen — davor warnen, den Rest unseres zerrissenen, durch einen grauenhaften Krieg verspielten Vaterlandes in den Wahnsinn der Atomrüstung einzubeziehen, dann werden sie (auf offiziellen Plakaten der Bundesregierung, die wiederum mit unseren Steuergeldern bezahlt werden) als „falsche Propheten" bezeichnet. Es ist schon mehr als gewissenlos, einen Menschen wie Albert Schweitzer, der ein Leben lang praktische Humanität, verwirklichtes Christentum vorgelebt hat, mit einer demagogischen Vordergründigkeit, die einen schaudern machen sollte, in die Rubrik „falsche Propheten" einzureihen.

Und den 18 Göttinger Professoren — darunter Nobelpreisträgern und international anerkannten Wissenschaftlern — wurde gesagt, sie redeten von einer Sache, von der sie nichts verstünden. „Man muß Kenntnisse haben, die diese Herren nicht besitzen. Denn sie sind nicht zu mir gekommen!" (Bundeskanzler Adenauer). Man erinnert sich an die Anfänge der Physik, wo man Naturforscher bannte und verbrannte, weil sie Dinge sagten, die den Herrschenden nicht ins Konzept paßten: Die Wahrheit finde man nicht durch die Beobachtung der Natur, sondern durch die Bibel, wurde Galilei oder Kepler entgegengehalten, und Giordano Bruno wurde auf den Scheiterhaufen geschleppt. Dabei war es damals für die übrige Menschheit noch völlig ungefährlich, den Naturforschern zu glauben oder nicht zu glauben — aber heute ist es eine Entscheidung zwischen Leben und Tod! Wenn erwiesen ist, daß bereits die Versuche mit Atombomben Schädigungen ausgelöst haben, die kommende Generationen zu ertragen

haben werden, wenn die Lager von Atombomben genügen, die Menschheit vielfach zu vernichten, wenn ein Zufall oder eine Schockhandlung das Inferno des Massenmordes auslösen können — dann ist es nicht nur allerhöchste Zeit, auf die beschwörenden Stimmen der Wissenschaftler, die um die lauernden Kräfte der Zerstörung wissen, zu hören, sondern auch die oberste Pflicht aller Verantwortlichen.

Zu gerne wird den Warnern vorgeworfen, sie machten Panik (noch einmal: „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht"!). Hier muß man denn doch mit dem Blick in unsere jüngste deutsche Geschichte fragen: Haben die Menschen Panik gemacht, die in wissender Sorge vor Hitlers Krieg und den Vorbereitungen dazu warnten — oder ist die Panik nicht von ganz anderer Seite gekommen, als die Luftschutzsirenen heulten, als die Menschen in den Kellern saßen, von deren Wänden der Mörtel bröckelte, wenn die Bomben barsten, als Frauen und Kinder in brennenden Häusern verkohlten und die Schreie der Erstickenden unter Trümmern erstarben?

Immer hat man uns mit Erbfeindtheorien zur letzten Vernichtung eigenen und fremden Lebens bereit gemacht: einmal waren es die Türken (mit denen wir heute koexistieren), ein andermal die Katholiken oder Protestanten (die heute in einer gemeinsamen Partei koexistieren), ein drittesmal die Franzosen (mit denen wir heute sogar im Waffenbündnis koexistieren). Heute sind es also die Russen, und die terribles simplificateurs haben ein ebenso primitives wie gefährliches Schlagwort und Schlachtwort erfunden: „Lieber tot als rot!" Abgesehen von der ungeheuren Phantasielosigkeit einer Politik, die anscheinend einen Gegner nur vernichten, aber nicht mit ihm leben kann, muß einen das Grauen vor solchen Menschen packen, die so frevelhaft leichtfertig mit ihrem und dem Leben anderer umgehen, die angeblich bereit sind, es wie einen billigen Markenartikel einzutauschen. Wer weiß, was sterben heißt, wer weiß (und bedenkt), was für ein Geschenk das Leben ist, die Gesundheit, wie schön es ist, einen Tag vor sich zu haben, mit Menschen in Kontakt zu sein, sich an der Erde und ihren Gaben zu freuen, wie schön es ist, Hilfe zu geben oder in eigener Not Hilfe empfangen zu können, der wird ehrfürchtiger und dankbarer für jede Stunde Leben sein und sich nicht mit einer üblen Parole daran versündigen. Möge uns das Grauen eines europäischen Hiroshima erspart bleiben, aber wenn es käme, sündhaft beschworen käme: die verbrennenden Opfer fänden wohl kaum Trost in dem Wort „Lieber tot als rot!" und würden, wenn sie sich schreiend und vergeblich an das so teuflisch zerstörte Leben klammerten, empfinden, was wirklich Panik heißt!

Vom speziell Politischen war dabei noch gar keine Rede — wieder mit dem Blick auf unsere deutsche Situation. Wie eine Annäherung, geschweige denn eine Zusammenführung der Bruchstücke unseres deutschen Vaterlandes möglich sein soll, wenn die militärischen Fronten sich von Jahr zu Jahr versteifen, ist nicht abzusehen. Dabei hätten doch gerade wir Deutsche allen Grund, einen moralpolitischen ebenso wie einen real-politischen, nicht schon wieder im hektischen Rennen nach den Waffen völlig außer jeden Atem zu kommen und — wie Stefan Andres in seiner Miltenberger Osterrede so treffend sagte — „alle Zähne zu zeigen, die wir haben — und sogar solche, die wir Gott sei Dank noch nicht haben"! Die Großmächte haben alle Möglichkeiten, einander und uns zu vernichten — müssen wir unbedingt mit von der Partie sein — und sei es auch nur in der Bereitschaft dazu?

Dabei haben wir uns noch gar nicht gefragt — und anscheinend bewegt diese Frage überhaupt nicht viele —, daß es nicht nur darauf ankommt, was wir unter Umständen erleiden müssen, sondern, soweit wir ein Gefühl für das Ethische haben, was wir anderen an unübersehbarem Leid zuzufügen uns bereit machen!

Materiell und geistig! Können sich unsere Väter und Mütter, die Kinder aufgezogen haben, mit dem Gedanken abfinden, daß ihr Sohn dafür ausersehen sein soll, eines Tages auf den berühmten Knopf zu drücken und damit hunderttausend Menschen zu vernichten? Haben unsere Mütter und Väter dafür einem Menschen das Leben geschenkt, damit er es auf fremden Befehl hunderttausendfach verbrennt, verstümmelt und zerfetzt? Und da lassen wir unsere verantwortlichen Politiker und Militärs nach Mitteln schreien, mit denen man Menschen wie Ungeziefer auslöscht, mit denen man nur zerstören, aber nichts verteidigen kann, weil es im Falle ihrer Anwendung nichts mehr zu verteidigen gibt!

Ergebnis

Während die Menschen — mit Recht — die Ruhe ihrer Osterfeiertage genossen, sind also viele Zehntausende über die Straßen und durch die Städte Europas marschiert, um gegen die Vorbereitung des Massenmords, um für die Erhaltung des Lebens, für eine Zukunft ohne Schrecken zu protestieren. Hat es Sinn gehabt?

Das Gute, das Rechte, das vom humanen Gewissen Geforderte zu tun, hat immer Sinn. Es macht den Menschen zum moralischen Wesen. So haben auch die Ostermärsche denen, die daran teilnahmen, das Bewußtsein gegeben, einer Pflicht genügt zu haben, haben ihnen darüber hinaus auch das gewiß ermutigende Erlebnis vermittelt, sich mit Gleichgesinnten einig zu finden. Aber dies allein genügt nicht, der weitere Vorstoß in den Raum politischer Wirkung ist nötig. Die Mächtigen betrachten die Atomwaffengegner bestenfalls als Sekte — und wenn sie zu laut werden sollten, würde man trotz Demokratie gleich wieder vom „Druck der Straße" sprechen. Aber wer ist denn diese „Straße"? Das sind wir, das Volk, das leben will! Und darum muß dieses Volk seinen Willen kundtun, muß den Mächtigen sagen und immer wieder sagen, was es will, was es fordert und fordern muß! Das Leben fordert es, den Frieden, die Zukunft ohne Bombe!

Mehr als bisher — oder überhaupt (denn vielfach haben sie es noch versäumt) müßten deshalb alle großen Vereinigungen, in denen Menschen dieses Volkes zusammengeschlossen sind, ihre Stimme für diese Forderung erheben: die christlichen Kirchen, auf deren Fahnen und Kreuzen Völkerfriede, Nächstenliebe, Feindesliebe, das ewig große Gesetz der Bergpredigt stehen; die Parteien und Gewerkschaften, die das Gesetz des Sozialismus und der Solidarität aller Werktätigen auf dieser Erde zu ihrem Programm gemacht haben;die Jugendverbände aller Richtungen, die doch trotz aller weltanschaulicher Verschiedenheiten die eine große Gemeinsamkeit verbindet: der Glaube an die Zukunft der ihnen anvertrauten jungen Menschen, ein Glaube, der doch Hoffnung auf Leben und Liebe zum Leben in sich schließt! Alle diese Menschen müssen sich begegnen, müssen zusammenkommen, müssen ihre Gebete und Bitten, ihre Warnungen und Einsichten vereinigen zu der einen großen Beschwörung, die einmal nicht mehr überhört werden kann: Rettet das Leben dieser Erde!

Riesige Aufgaben warten auf uns, Aufgaben der Wohlfahrt und Gesundheit, der Erziehung und Kultur — Aufgaben des Friedens. Um sie lösen zu können, brauchen wir als Vorbedingung ein Erstes und Wichtigstes:

Koexistenz vor der Katastrophe — nicht nachher!

Propst D. Dr. Heinrich Grüber

Zum Fall Eichmann

Wenn ich einer Bitte entspreche, in diesen „Blättern" zu dem Fall Eichmann Stellung zu nehmen, so kann es sich nicht darum handeln, die Sensation um diesen Namen durch etliche neue Tatsachen zu bereichern. Vor Beginn des Prozesses hatte ich in einem Artikel in der „Stimme der Gemeinde" davor gewarnt, über dieses Verfahren, das eines der dunkelsten Kapitel in der ganzen Menschheitsgeschichte behandelt, in einer Form zu berichten, die das Sensationsbedürfnis der breiten Masse befriedigt, ohne jedoch das Gewissen des Einzelnen zu wecken und zu schärfen. Eine verantwortungsbewußte Presse sollte es sich angelegen sein lassen, einen Bezug herzustellen zwischen den Geschehnissen von damals und dem Leser von heute. Das gilt nicht nur für die deutsche Presse. Das Ausland hat damals auch versagt und hat sich heute ebenso als mitschuldig zu bekennen. Keines der Länder und Völker, die damals in der Verantwortung standen, hat ein Recht, dieses „mitschuldig" zu überhören oder zu leugnen. Wenn in den verschiedenen Ländern nur ein Bruchteil des Verantwortungsbewußtseins lebendig gewesen wäre, wie man es heute gegenüber Unterdrückten, Flüchtlingen und Verfolgten an den Tag legt, dann hätten sicher Hunderttausende, vielleicht auch Millionen gerettet werden können, die später ein Opfer der sogenannten Eichmannschen „Endlösung" wurden. Aber je länger man die Berichterstattung über den Eichmann-Prozeß verfolgt, um so mehr wird klar, daß diese Aufgabe nicht verstanden worden ist. Die Selbstverständlichkeit, mit der man heute diese Dinge abtut, kann nur tief erschrecken. Noch mehr Besorgnis erregt jedoch die der eigenen Schuldfrage ausweichende Stellungnahme der Menschen, die sich damals aus der Gefahrenzone begaben, sich jetzt jedoch zum Wort melden. Diejenigen, die einst ihre Türe vor den Verfolgten verschlossen, sollten besser still schweigen und nicht so tun, als ob mit ihnen eine neue Zeit anbreche und als ob gerade sie die Garanten eines anderen und besseren Deutschland seien. Daß Eichmann seine grausigen Pläne tatsächlich fast bis zur „Endlösung" durchführen konnte, ist ja nur dadurch möglich gewesen, daß die einen „Heil" heulten und die anderen ebenso tapfer schwiegen. Wer hat im November 1938 in aller Öffentlichkeit — nicht in seinen vier Wänden — protestiert? Wer hat sich distanziert von dieser Bekundung des „spontanen Willens des deutschen Volkes", wie Goebbels die Novembergreuel nannte?

Hier liegt auch die Schuld, die große Schuld der Kirche, über die nicht so einfach hinweggegangen werden kann. Daß alle diese Unmenschlichkeiten geschehen konnten, ist eine einzige Anklage, der sich keiner von uns, die wir uns Christen nennen, entziehen kann. Weil wir die Barmherzigkeit Gottes nicht so existentiell bezeugt haben, wie es nötig gewesen wäre, weil christliche Persönlichkeiten und Gemeinden — besonders in den Anfängen des Regimes — weithin in den Sog des Nationalsozialismus geraten waren, darum feierten menschliche Unbarmherzigkeit und Grausamkeit ihre Orgien. Eichmann konnte seine „Endlösung" so ungestört vorbereiten und durchführen, weil die beiden ersten Versuche, die er machte, keinen Widerspruch ausgelöst hatten.

In den kalten Wintertagen des Februar 1940 wurde erstmalig ein Abtransport von Juden versucht. Der Reichsführer SS und der Gauleiter Schwede-Coburg hatten einen Handel abgeschlossen. Danach verpflichtete sich die Reichsführung SS, vertreten durch den Beauftragten Eichmann, alle Juden aus Pommern abzutransportieren. Sie wurden zum Güterbahnhof nach Stettin gebracht

und von dort in Güterwagen nach Polen verschickt. Der Kommandierende General von Stettin schickte mir nach einigen Tagen seinen Adjutanten mit der Bitte, ich möchte gegen diese grausamen Maßnahmen bei Regierungs- und Parteistellen intervenieren (was schon lange und ohne Erfolg geschehen war). Ich konnte dem Adjutanten nur sagen: wenn ich Kommandierender General von Stettin gewesen wäre, dann hätte kein Zug mit Juden den Bahnhof verlassen.

Der zweite Versuch war der Abtransport der Juden aus Baden, der Pfalz und dem Saargebiet nach Frankreich. Sie wurden alle in Waggons verladen, als elsaß-lothringische Juden deklariert und den Franzosen übergeben. Im Camp de Gurs, am Abhang der Pyrenäen, wurden diese unglücklichen Menschen in Baracken, die aller sanitären und hygienischen Maßnahmen spotteten, untergebracht und zudem noch von den französischen Wachmannschaften genau so schikaniert wie vorher von den deutschen. Auch dies war allgemein bekannt. Der französische General bei der Waffenstillstandskommission hat auf unsere Veranlassung dagegen protestiert. Aber sonst blieb es still. Die Abwehr — vor allen Dingen Oberst O s t e r — war uns behilflich, Medikamente, Geld und andere Sachen auf Umwegen ins Camp de Gurs zu leiten. Auch sonst schwieg wieder alles. Mir selbst wurde durch meine Verhaftung und Verbringung ins Konzentrationslager jeder weitere Einsatz für die Verfolgten unmöglich gemacht. Der Weg war frei für die nun folgenden Großaktionen brutalster und grausamster Art.

Wenn der politisch Halbgebildete — und wir leben ja heute unter der Herrschaft der politisch Halbgebildeten — jetzt so im Brustton der Überzeugung seinen Unwillen über vergangene Schändlichkeiten kundtut, dann ist das für uns eine sehr bedenkliche Sache. Man macht heute natürlich nicht mehr in aller Öffentlichkeit in A n t i s e m i t i s m u s. Die paar gelegentlichen Schmierer und Schreier bedeuten ja nichts; was an a n t i s e m i t i s c h e n Restbeständen noch da ist, wird eben in A n t i k o m m u n i s m u s pervertiert. Der ist zeitgemäß und gehört zum guten Ton.

Die Mehrzahl der Mitläufer und der tapferen Schweiger versucht heute, den Fall Eichmann schwarz in schwarz zu malen, um auf diesem schwarzen Hintergrund mit ihren eigenen dunklen Flecken etwas heller zu erscheinen. Andere möchten Leid und Schuld kompensieren. Das ist ja die große Sünde heute, daß man eigenes Leid gegen die Schuld der Vergangenheit aufzurechnen versucht. Schuld muß für mich als Christen von Gott vergeben werden, Leid soll uns aber auch zu Gottes Thron bringen. Niemals jedoch können wir selbst eigene Schuld gegen eigenes Leid kompensieren.

„Es muß Klarheit geschaffen werden, aber wir Deutsche sollten das Urteil der Welt nicht fürchten", so hieß es kürzlich in einer Rundfunkansprache. Dieses Wort ist mißverständlich. Ich habe angeführt, aus welchen Gründen kein Staat und kein Volk das Recht hat, uns Deutschen besondere Vorwürfe zu machen, vor allem nicht den Menschen, die in Deutschland widerstanden und widersprochen haben. Es darf auch betont werden, daß es etwas anderes bedeutete, als Deutscher in der Widerstandsbewegung seines eigenen Vaterlandes zu stehen oder als Glied eines Volkes, das von Hitler überfallen und dessen Land besetzt wurde. Alle Männer und Frauen, die in den besetzten Ländern gegen Hitler arbeiteten, taten dies für ihr Vaterland und ihre Regierung. Wer sich in Deutschland zum Kampf gegen Hitler entschlossen hatte, arbeitete notgedrungen gegen sein Volk, half mit an dessen Niederlage und gefährdete vielleicht dadurch das Leben seiner eigenen Angehörigen. Das sollten alle die bedenken, die heute wieder anfangen, Kollektivurteile über die Deutschen abzugeben.

Diese Erkenntnis soll uns aber nicht hindern, als Deutsche vor Gott, wenn wir ihn als den Herrn der Geschichte anerkennen, oder, wenn wir das nicht wollen, vor der Geschichte unser Versagen und Versäumen einzugestehen. Je intensiver unser Einsatz war, umso klarer haben wir erkannt, wo wir versagt und was wir versäumt haben. Darum sollten wir alle, die wir in den letzten 30 Jahren in der Verantwortung gestanden haben, in dem Urteil, das über Eichmann gesprochen wird, ein „mitschuldig" hören. Keiner von uns hat ein Recht, wie P i l a t u s dazustehen und zu sprechen: Ich wasche meine Hände in Unschuld.

Ich meine, wir Alten und Älteren, die wir dieses „mitschuldig" irgendwie nicht nur erkennen, sondern auch bekennen, haben vor allen Dingen eine Verpflichtung der kommenden Generation gegenüber. Die Jugend von heute kann das Erbe der Väter nicht einfach vom Tisch wischen und sagen, wir haben damit nichts zu tun. Nur dann wird die Gegenwart klar sein, nur dann werden wir die Zukunft sicher gestalten, wenn wir mit der Vergangenheit fertig geworden sind, ganz gleich, ob wir sie selbst verantwortlich mitgestaltet haben oder nicht. Eine Jugend, die sich um diese Fragestellung herumdrückt, ist nicht die Jugend, die in der Zukunft einmal die Garantie für ein anderes Deutschland gibt. Wir selbst, die wir das Grauen eines Krieges und die Grausamkeiten menschlicher Bestien erlebt haben, möchten die kommende Generation davor behütet wissen, daß sie einen gleichen Weg geführt wird, wie wir ihn geführt worden sind. Aber das setzt dann auch voraus, daß man sich scharf von dem Ungeist distanziert und die Gefahrenquellen neuer Dämonien sieht. Dazu sollen auch „Blätter" wie diese dienen, die diese Verantwortung erkennen und bejahen.

Dipl.-Volkswirt A l f o n s V o g e l :

Am Kongo tanzen die Marionetten

Seelenruhig, mit dem Stöckchen unter dem Arm, sitzen sie wieder auf den Boulevard-Terrassen von Elisabethville — die belgischen Offiziere. Genau so wie einst.

Ist diese Szene aus einem Situationsbericht der „Welt" über den Kongo heute nicht ein ermutigendes Bild saturierten Friedens? Und dies nach rund zehn Monaten chaotischer Wirren, blutiger Schrecken, die seit der Proklamation der unabhängigen Republik Kongo die Welt beunruhigten und ihren Frieden bedrohten. — Jeder aufmerksame Leser der Tagespresse — so mager oder frisiert der Tatsachengehalt ihrer Meldungen und Berichte auch immer sein mag — weiß es besser: Das Bild auf den Terrassen von Elisabethville ist trügerisch. Nirgendwo im Kongo ist Frieden, nirgendwo ist die Ruhe echt. In den Provinzen der jungen Republik herrschen in Wahrheit Verwirrung, Unsicherheit, Mißtrauen, Angst nach wie vor. Der Hunger geht um in den Dörfern, denen der Krieg die Felder zerstört und die Hütten verbrannt hat. Man liest von Flüchtlingselend und Seuchengefahr und von der Machtlosigkeit der wenigen, die alles tun, um zu helfen. Man liest auch dies (wenn auch oft nur zwischen den Zeilen): Überall nistet die politische Intrige, lauern Verrat und Mord. Es dominieren der Terror und die offene Diktatur. Nichts mehr von jener Freiheit und

nationalen Souveränität, denen das kongolesische Volk am Tage seiner Unabhängigkeitserklärung entgegenjubelte, nichts mehr als Schlagworte im wechselvollen Kampf um die Machtpositionen.

Und in der Hauptstadt des Katanga flanieren wieder die Offiziere der verflossenen Kolonialmacht wie vordem. Auch das Stöckchen fehlt nicht, elegant unter den Arm geklemmt, den Eingeborenen vieler Kolonien wohlbekanntes und unvergeßliches Symbol lässig demonstrierten weißen Herrentums. Aber diese Militärs tragen andere Uniformen als vor ihrer hastigen Flucht aus dem Kongo vor kaum einem Jahr. Es ist die Khaki-Uniform der Katanga-Armee. Man spricht auch nicht mehr von „Kolonialismus". Das Wort ist bei denen, die heute im Kongo den Ton angeben, aus der Mode. Man geht mit der Zeit: die Tage frischfröhlicher Kolonialherrschaft sind vorbei. Die Völker in den klassischen Kolonialgebieten, in Afrika wie in Asien, sind wach und selbstbewußt geworden. Sie sind nicht mehr bereit, sich dem weißen Mann widerspruchslos zu unterwerfen, Rechtlosigkeit und Unterdrückung zu dulden, sich selbst und die Schätze ihres eigenen Bodens von fremden Machthabern ausbeuten zu lassen. Selbstbestimmung fordern sie, unabhängig und frei wollen sie leben. Nahezu eineinhalb Milliarden Menschen haben sich in den letzten 15 Jahren von der Herrschaft des Kolonialismus freigemacht und bilden heute unabhängige Staaten. Nach dem Stand vom 1. Dezember 1960 haben in Afrika 17 Staaten den Status nationaler Freiheit erworben. Zwar leben in diesem Erdteil immer noch rund 65 Millionen Eingeborene in kolonialer Abhängigkeit. Aber es gibt keinen Zweifel mehr, die Befreiungsbewegung der farbigen Welt ist aufgebrochen und unaufhaltsam auf dem Marsch.

Niemand vielleicht ist sich heutzutage über diese Situation klarer als die Kreise des Kolonialismus selbst, die diesen Namen zwar nicht mehr hören wollen, aber offenschtlich noch weit davon entfernt sind, auch diesen Geist aufzugeben. Im Gegenteil, sie kämpfen, verbissen um jede ihrer letzten Positionen, mit der gewohnten kolonialen Härte, jedoch, wo es die veränderten Bedingungen erfordern, mit neuer, ungleich feiner gewebter Taktik. Stil und Methoden dieses Neokolonialismus (im Vokabular der westlichen Welt ebenso verpönt wie das Wort „Neofaschismus") sind durchaus nicht nur auf den Kongo beschränkt. Aber sie lassen sich kaum irgendwo so deutlich wie hier an den jedermann zugänglichen Fakten des Schicksals dieser kaum einjährigen Republik des schwarzen Erdteils ablesen.

Gefährlicher Reichtum

Das Gebiet des Kongo, etwa 80mal so groß wie das ehemalige „Mutterland" Belgien, und zehnmal so groß wie die Bundesrepublik, wird gewiß nicht nur im geographischen Sinne das Herz Afrikas genannt. Der Boden dieses Landes bietet der modernen Industrie eine enorme Fülle und Vielfalt unentbehrlicher und teilweise kostbarer Rohstoffe und Energiequellen: Da sind die Vorkommen an Eisen, Kupfer, Zinn, Mangan, Kobalt und Bauxit. Teilweise weitaus an der Spitze des Weltaufkommens liegt die Ausbeute der Funde an Silber, Gold, Uran und Diamanten. Aus bedeutenden Erdölfeldern fördern die Pumpen das flüssige Gold unaufhörlich in die Rohre der Pipelines. Ungenutzt dagegen blieben unter der bisherigen Kolonialordnung riesige hydroenergetische Ressourcen am Flußlauf des Kongo. Ihre potentielle Kapazität kommt dem Volumen der gegenwärtigen Kraftstromerzeugung in allen Ländern Europas nahe. Allein das im Planungsstadium steckengebliebene Projekt des Inga-Stauwerks am Kongo-Unterlauf würde bei einem mittleren Durchlauf von 40 000 Kubikmeter pro Sekunde eine

Jahresleistung von 170 bis 200 Milliarden Kilowatt garantieren. (Vergleichsweise produziert die Schweiz jährlich insgesamt 16 Milliarden KW.)

Die volle Kraftentfaltung dieser heute noch brachliegenden Energien würde die Möglichkeiten zur systematischen Erschließung der riesigen Bodenschätze vervielfachen. Diese Kräfte könnten dazu eingespannt werden, das ganze Wirtschaftsgefüge der Länder Zentralafrikas im Sinne optimaler Produktionsbedingungen umzugestalten. Auf diesem Wege wäre es möglich, den Lebensstandard der eingeborenen Bevölkerung um vieles zu heben. Jedenfalls ist sicher, daß keiner der 13 Millionen Menschen im Kongo mehr zu hungern brauchte.

Entwicklungshilfe, richtig verstanden und verbunden mit planmäßiger und rationeller Ausnutzung dieser vielfältigen Bodenschätze des Kongo — anstelle kolonialistischen Raubbaus um nichts als Profit und Dividende — könnte also hier Gewaltiges leisten. Nach einer Schätzung in der „Welt" würden 13 Milliarden D-Mark ausreichen, um eine kongolesische „Ruhr" aufzubauen. Wie reich könnte dieses Land sein, und wie arm ist heute noch sein Volk!

Als sich anfangs dieses Jahres die belgische Bevölkerung gegen die radikalen Sparmaßnahmen des sogenannten „Einheitsgesetzes" empörte und eine Streikwelle im ganzen Lande beinahe das Kabinett weggefegt hätte, verteidigte der bedrängte Regierungschef Gaston Eyskens seine Gesetzesvorlage nicht zuletzt mit dem Hinweis auf den schweren finanziellen Ausfall im Staatshaushalt durch den Verlust des Kongo. Dieses Argument — wenngleich es sich in dieser Verwendung freilich als nichtiger Vorwand erwies — bediente sich wohlberechnet der immerhin unbestreitbaren Tatsache, daß der nationale Wohlstand des Landes in den goldenen Zeiten der Kolonialherrschaft begründet wurde. „Der Reichtum Belgiens, der sich beispielsweise in der Brüsseler City in dem wohl klotzigsten Bankenviertel manifestiert, das in Europa anzutreffen ist, beruht . . . mit auf dem bisherigen Besitz dieser Kolonien", so notierte der Brüsseler Sonderkorrespondent der „Welt" zu Beginn der Kongokrise am Rande einer wirtschaftspolitischen Betrachtung unter dem Titel: „Belgien ist und bleibt ein reiches Land." Diese Überschrift wäre der Sache wesentlich näher gekommen, wenn er statt des globalen Begriffs „Belgien", konkreter formuliert, „Hochfinanz" geschrieben hätte, denn sie ist es doch, die in dem „klotzigsten Bankenviertel Europas" zu Hause ist, und nicht schlechthin der belgische Bürger. Im übrigen offenbart — woran der Verfasser selbst gewiß völlig unschuldig ist — die zitierte kurze Bemerkung zum belgischen Wohlstandsproblem die schlichte Tatsache, wohin der Goldstrom aus den Kolonien geflossen ist: In die Kassen der Wirtschafts- und Finanzwelt. Daß es sich dabei nicht nur um die belgischen Magnaten dieser Branche handelt, ist ein anderes Faktum, über das hier noch an anderer Stelle zu sprechen sein wird (soweit es sich nicht aus der Kenntnis der inter- und supranationalen Verflechtungen innerhalb dieser Welt der Wirtschaft und Finanzen schon von selbst erklärt).

Bedrohte Profite

In der Vergangenheit der belgischen Kolonialgeschichte, die sich in der Brüsseler City so monumental verewigt hat, liegt der Schlüssel zu manchem Rätsel, das das ganze Debakel am Kongo seit dessen offizieller Entkolonialisierung aufgegeben hat. Wer sich nicht mehr auskennt in dem oft sinnverwirrenden und widersprüchlich scheinenden Verlauf der Fronten zwischen den streitenden Parteien, in dem plötzlichen Positionswechsel der Gegner — heute Schwarz gegen Weiß, morgen UNO mit Zentralregierung gegen Tschombé, Katanga; Lumumba für UNO gegen Belgier; UNO mit Kasavubu gegen Lumumbisten, Belgier mit Katangaseparatisten gegen UNO, gegen Gizengas Streitkräfte

usw. —, wer angesichts dieses makabren Schauspiels den Faden verliert, sollte sich fragen: Wer hat im Kongo etwas zu verlieren, wenn aus der proklamierten Unabhängigkeit dieses Landes schließlich politische und wirtschaftliche Wirklichkeit unter einer effektiv souveränen Zentralgewalt an der Spitze der ursprünglich erstrebten nationalen Einheit geworden ist? Welche Mächte sind es, die in diesem Falle endgültig abtreten müßten? Wer diesen Fragen nachgeht, wird bald klarer sehen.

Eine Orientierung bietet die Definition, die kürzlich die „Süddeutsche Zeitung" über die Machtverteilung im ehemaligen kongolesischen Kolonialgebiet gab. Danach ruhte die Macht in der Kolonie vor der Unabhängigkeitserklärung des Kongo auf drei Säulen: Auf der belgischen Regierung, auf dem Großkapital und auf der katholischen Kirche. Es liegt nahe, die katholische Kirche aus diesen Überlegungen auszuklammern, — wenn man davon absieht, daß sie immerhin tatsächlich als der größte Grundbesitzer im Kongo gilt. Sie wird ohne weiteres darauf verweisen können, daß sie hier ausschließlich missionarische Aufgaben erfüllt und keinerlei profane Interessen außerhalb ihrer bescheidenen Lebensbedürfnisse verfolgt. Was auch, bei der anerkannt meisterhaften Diplomatie des Vatikans, selbst von Seiten ihrer erklärten Gegner schwerlich beweiskräftig zu widerlegen sein wird. Für das unveränderte oder auch rasch wiedererwachte Machtinteresse der belgischen Regierung im Kongo liegen freilich — trotz Unterschrift unter dem Unabhängigkeitsdokument der Kongo-Republik und trotz regierungsamtlicher Dementis — recht massive Indizien vor, die sich allein schon aus den internationalen Auseinandersetzungen auf UNO-Ebene über Aufenthalt und wirkliche Zweckbestimmung der belgischen Truppen im Kongo, insbesondere in Katanga, ergeben.

Da Politik und Geschäft in aller Welt bekanntlich von Natur aus recht kollegiale Beziehungen zueinander unterhalten, wird das Verhalten der belgischen Regierung beziehungsweise ihrer Militärs im Kongo in einem wesentlichen Teil erst durchschaubar, wenn man einen Blick hinter die dekorative Fassade „kolonialer Aufbauleistungen" des Großkapitals wirft. Es wird sich zeigen, ob es Kulturpioniere oder Manager des Big Business sind, wenn man an einigen Beispielen den örtlichen Engagements der anonymen Finanz- und Wirtschaftsleute auf den ökonomischen Grund geht.

Drei mächtige Finanzgruppen der belgischen Wirtschaft haben in der Kolonialzeit die unbestrittenen Spitzenpositionen der wirtschaftlichen Macht am Kongo beherrscht und logischerweise auch den Löwenanteil der finanziellen Ausbeute beansprucht: Die Société Générale de Belgique, die Banque de Bruxelles und die „Kreditbank". Jede dieser Monopolgesellschaften kontrolliert ihrerseits — unmittelbar oder auch mittelbar, über ein oft kompliziertes Netz von Querverbindungen — wiederum weitere namhafte und einflußreiche Konzerne, Gesellschaften und Mammutfirmen. So steht unter der Kontrolle der Société Générale unter anderen der bekannte Konzern Cockerill-Ougrée, der seinerseits über die Union Minière du Haut Katanga drei Viertel des Wirtschaftslebens der Kongo-Kolonie beherrschte. Einige wenige Zahlen mögen eine annähernde Vorstellung geben von den astronomischen Gewinnen allein dieser Gesellschaft: 90% des Radiums, 60% des Urans und 50% des Kobalts des westlichen Wirtschaftsraumes stammen aus dem Kongo. Mit 9% ist die „Union" an der Weltkupferproduktion beteiligt. Auch an der Gewinnung und Aufbereitung wichtiger Nichteisenmetalle, wie Kupfer, Zink und Zinn, hat die „Union" einen Spitzenplatz unter den ersten der westlichen Welt. Die Forminière, eine weitere Tochtergesellschaft der Société Générale, fördert 75% aller Industriediamanten und

15% der Schmuckdiamanten der Welt. Ebenfalls in diese Interessengruppe gehören die belgische Erdölgesellschaft Petrofina, die über eine gemeinsame Beteiligung an zwei Raffinerieunternehmen in Westdeutschland (in Mülheim und Duisburg) eine direkte Verbindung zu Bayer-Leverkusen unterhält und mit IG-Farben auf internationaler Ebene auch noch anderweitig zusammenarbeitet, sowie die belgische Luftfahrtgesellschaft SABENA. Über durchaus gleichrangige Interessen- und Kapitalverbindungen verfügen auch die beiden anderen Spitzenmonopole der belgischen Hochfinanz. In diesem Zusammenhang wirft übrigens die Tatsache, daß der noch bis vor kurzem amtierende belgische Ministerpräsident Eyskens jahrelang zu den führenden Männern der „Kreditbank" gehörte und als Vertrauensmann des belgischen Finanzkapitals Kontakt mit amerikanischen Bankkreisen unterhielt, ein interessantes Licht auf die Frage: Kann die Regierung Belgiens unter solchen Bedingungen überhaupt noch unbefangen urteilen und entscheiden in jenen Fällen, wo im Kongo möglicherweise die politische Vernunft oder Disziplin mit den Interessen solcher verbindungsreichen und einflußmächtigen Finanzmonopole kollidieren?

Wenn es um die Gewinne aus dem Kongo geht, sprechen neben den eingesessenen belgischen Monopolen auch die dort engagierten Banken und Großkonzerne anderer Länder des Westens ein Wort mit. Da ist die amerikanische Rockefeller-Gruppe mit ihren Beteiligungen am Erdöl- und Treibstoffgeschäft im Kongo und ferner — über eine britische Gesellschaft — an der Union Minière, die ihrerseits Katanga beherrscht. Der britisch-holländische Unilever-Konzern bezieht den größten Teil seiner Rohstoffe aus dem Kongo und besitzt dort Ölmühlen und großen Grundbesitz. Schließlich darf man nicht übersehen, daß seit Bestehen des Gemeinsamen Marktes (EWG) vor allem amerikanisches und deutsches Kapital nach Belgien eingeströmt ist. Man beziffert die amerikanischen Investitionen in Belgien auf rund 300 Niederlassungen, die nachweisbaren amerikanischen Kapitaleinlagen auf über 200 Millionen Dollar. Von Konzernunternehmen der Bundesrepublik, die sich in Belgien betätigen, sind u. a. nennenswert: Siemens & Halske AG., Flick, Krupp, Klöckner, Stinnes, Heinkel, Osram, AEG, Bayer (IG-Farben), Messerschmitt. So ließen sich noch viele bekannte Namen der internationalen Wirtschaft und Finanz aufzählen, die durch irgendwelche Fäden mit diesem hochkomplizierten Netzwerk horizontaler, vertikaler oder diagonaler Liierungen verknüpft sind. Aber auf die Anhäufung weiterer Beispiele darf wohl im begrenzten Rahmen dieser Ausführungen verzichtet werden, da schon die wenigen hier ins Licht gerückten Wechselbeziehungen in den höheren Regionen der Welt des Geldes etwas Prinzipielles zu den Problemen im Kongo aussagen: Mögen sich die Kapitalmächte — wo sonst auch immer auf den Märkten der Welt ihre Interessen miteinander in Konflikt geraten — nötigenfalls bis aufs Messer bekämpfen, hier, auf dem Territorium der neugebackenen Republik, funktioniert in beispielhafter Weise die kapitalistische Solidarität. Denn es geht hier um eine gemeinsame Sache: Um den Fortbestand oder Verlust der dominierenden Machtpositionen des Kapitalismus.

Die Frage ist also: wird sich die Kongo-Republik zukünftig in ihrer politischen und wirtschaftlichen Form zu einem Staat westlicher Prägung entwickeln? Das hieße, der Einfluß und damit die Gewinne würden dem westlichen Kapital weiterhin sicher sein. Oder wird das neue Staatswesen von seiner Souveränität einen anderen Gebrauch machen, indem es sich für konsequente Selbständigkeit, für politische Neutralität und wirtschaftliche Unabhängigkeit entscheidet? Das wäre das schlichte Ende der kapitalistischen Herrlichkeit im Kongo. In der letzteren Möglichkeit liegt zudem die ernstzunehmende Gefahr

für den Kapitalismus, daß dieses Vorbild in den noch verbliebenen Kolonialgebieten, deren Völker den Verlauf der Ereignisse im Kongo mit begreiflicher Aufmerksamkeit und Anteilnahme verfolgen, Schule machen könnte. Angesichts solcher Eventualitäten hat also das Kapital auf der ganzen internationalen Linie Stellung bezogen. Die Front richtete sich eindeutig gegen alle politischen Kräfte im Kongo, die sich nach der Befreiung aus der Kolonialherrschaft für die absolute Unabhängigkeit und Freiheit dieses Staates erklären und eine selbstbewußte nationale Einheit anstreben.

Der Ablauf der Geschehnisse am Kongo, seit am 30. Juni 1960 die junge Republik unter dem einmütigen Jubel des kongolesischen Volkes aus der Taufe gehoben wurde, bis zum heutigen Tage, hat der Weltöffentlichkeit brutal die Augen darüber geöffnet, auf welcher Seite der Fronten am Kongo die Feinde des Friedens und der Freiheit stehen. Was wollte Patrice Lumumba, der legitime Ministerpräsident des ersten Kabinetts der Zentralregierung der Republik Kongo? Folgende Sätze, die einer Rede Lumumbas anläßlich seines Besuches im August vorigen Jahres beim tunesischen Präsidenten Bourgiba entnommen sind, enthalten die wesentlichen Kernpunkte seines politischen Programms, für das er kämpfte und für das er bald sterben mußte: „Die künstlichen Grenzen, die der Kolonialismus in Afrika zog, existieren nicht mehr. Es gibt nur ein einziges Afrika. Dank der Hilfe und Unterstützung unserer afrikanischen Brüder werden wir unsere Schwierigkeiten bald überwunden haben. Wir werden alle unsere Kräfte aufbieten, um eine blühende nationale Wirtschaft zu erlangen. Die Befreiung des Kongo bedeutet einen entscheidenden Schritt in der Befreiung des ganzen schwarzen Afrika, und wir möchten, daß auch Mozambique, Angola, Kenya, Südafrika und Nigeria unverzüglich frei werden.

Afrika ist weder kommunistisch, noch amerikanisch, noch französisch; Afrika ist Afrika. Wir wollen uns nicht einmischen in das Spiel des Kalten Krieges zwischen den Blöcken. Wir wollen keinen Block. Wir wollen, daß Afrika afrikanisch bleibt und eine Politik der positiven Neutralität verfolgt."

Dieses klare Programm der Befreiung ganz Afrikas vom Kolonialismus, die Zielsetzung einer afrikanischen Einheit, die kategorische Ablehnung des Kalten Krieges und jeder Blockpolitik, sein Kurs der positiven Neutralität hat Patrice Lumumba zunächst politisch zum Tode verurteilt. Ohne die zur Genüge bekannten Einzelheiten seines allzu kurzen politischen Schicksalsweges zu wiederholen, muß an einige markante Tatsachen erinnert werden: Schon Monate vor der Unabhängigkeit prophezeiten Blätter der kapitalistischen Kreise den weißen Siedlern zu erwartende Massaker und Vergewaltigungen nach Abzug der belgischen Truppen aus dem Kongo. Anfang Juli aber las man in der „Welt", daß „entgegen vielen Voraussagen während der Unabhängigkeitsfeiern nicht ein weißer Mann getötet, nicht eine weiße Frau auch nur belästigt wurde". Der erste Versuch, künstlich Panik zu schaffen und damit Anlaß zum „Eingreifen" im Kongo war zunächst fehl geschlagen. Aber die Drahtzieher dieser Politik, die offensichtlich ihren Sitz in Brüssel hatten, fanden bessere Methoden. Wenige Tage später brachen die bekannten Juli-Unruhen in der Force Publique aus, die nach einem Bericht der Gräfin Dönhoff in der „Zeit" teilweise durch „belgische Hitzköpfe provoziert" und gleichzeitig — wie Lumumba zu diesen Vorgängen erklärte — durch Helfershelfer der gegen ihn operierenden Oppositionsführer systematisch geschürt waren. Das war der gegebene (und gewollte) Anlaß, mit belgischen Truppen die „Ruhe und Ordnung im Kongo zu sichern".

Dank dieser „Ordnung" war Lumumba politisch bald ausmanövriert, das Parlament lahmgelegt. Weder Lumumba noch sein Parlament entsprachen offen-

bar dem Bild, das sich die kapitalistischen „Ordnungshüter" von „idealen" Kongopolitikern gemacht hatten. Denn ein paar Monate vor der kongolesischen Unabhängigkeit hieß es in belgischen Industriekreisen, wie Gräfin Dönhoff im März 1960 in der „Zeit" mitteilte: „Was soll schon groß passieren, die Kongolesen werden in Politik machen, also Reden halten, und im übrigen werden sie froh sein, wenn wir die Arbeit tun. Außerdem können weder der gemeinsame Markt noch Amerika zulassen, daß dieses Land dem Chaos verfällt." Es scheint also, daß die Rede Lumumbas bei seinem Besuch in Tunis (vgl. Zitat) nicht diese Art von Reden war, die kongolesische Politiker nach Meinung der belgischen Industrie halten sollten. Und vielleicht wollte das kongolesische Parlament die Arbeit lieber selber tun. Darum mußten neue Leute nach vorn. Gefügigere und Zuverlässigere, die im Interesse des Gemeinsamen Marktes und Amerikas nicht zulassen werden, „daß dieses Land dem Chaos verfällt", — nämlich der von Lumumba verfochtenen nationalen Einheit und Unabhängigkeit und positiven Neutralität!

Die schwarzen Separatisten

Josef Kasavubu, für die Aufrechterhaltung der alten kongolesischen Stammesgrenzen eintretend und schärfster Gegner der von Lumumba vertretenen und geführten national-kongolesischen Einheitsbestrebungen, war der passende Mann und erfreut sich noch heute des besten Ansehens bei den Offizieren der westlichen Politik. Josef Ileo nahm ohne jede demokratische Legitimation den Platz des ausgeschalteten und verhafteten Lumumba ein. Auch Oberst Mobutu steht als Chef der Force Publique sicher zur Verfügung, wenn es die Interessen dem Gemeinsamen Marktes und Amerikas erfordern.

Und welche Qualitäten prädestinierten Moise Tschombé zu dem bislang erfolgreichsten Politiker im Kongo, zum „Präsidenten" des Katanga (ohne Wahl, ohne Mandat!)? Wer gab ihm das Recht und die Macht zu dem rein separatistischen Handstreich, Juli 1960 die Unabhängigkeit des „Staates" Katanga auszurufen? Herkunft und Entwicklung des „starken Mannes" in Elisabethville geben die Antwort: Als Sohn einer begüterten Familie, die zu dem privilegierten Kreis der eingesessenen Bourgeoisie gehörte, konnte er die Hochschule besuchen. Auf Empfehlung der Union Minière wurde Tschombé später zum Präsidenten der afrikanischen Handelskammer in Elisabethville bestellt. Außerdem wurde er von der Union, deren Vertrauen er genoß, zum Mitaktionär gemacht. Dieselbe Gesellschaft stellte Tschombé eine Menge Ratgeber zur Verfügung. Dann wundert an sich allerdings nichts mehr: Tschombé als Gast auf der belgischen Königshochzeit, Tschombé auf „Studienreisen" nach Westdeutschland, nach Frankreich und nach den Vereinigten Staaten, Tschombés „Überzeugung", daß sich „die politischen Ziele des Landes nur durch eine vernünftige Eingliederung in die Weltwirtschaft durchsetzen lassen", eine Stellungnahme des Diktators von Katanga, die man im August vergangenen Jahres im „Westdeutschen Tageblatt" las. Also, was Moise Tschombé angeht, so brauchen sich weder der Gemeinsame Markt noch Amerika Sorgen zu machen; ihre Interessen sind — nach solchen Worten — mindestens im Diktaturbereich des Usurpators von Katanga in vertrauenswürdigsten Händen. Es sind — auch das gehört hierher — dieselben Hände, an denen wenigstens moralisch, das Blut des gemeuchelten Patrice Lumumba und seiner beiden Mitarbeiter klebt. Die „Tat" forderte in einem Kommentar zu den Kongo-Ereignissen von den Westmächten die Initiative „zu einem kraftvollen Vorgehen gegen die eigentlichen Anstifter des Mordes an Lumumba, nämlich gegen die Tschombé-Leute". Von einem „kraft-

vollen Vorgehen" der Westmächte gegen Tschombé und seine Leute hat man freilich bis heute nichts gehört. Die „Tat" hatte wohl selbst nichts anderes erwartet, denn sie schrieb in der gleichen Zeile weiter: „Dagegen wird sich die Hochfinanz und die Großindustrie Westeuropas, soweit sie hinter Tschombé steht (und sie steht hinter ihm) verzweifelt zur Wehr setzen." Und das hat sie mit Erfolg getan. Bei der am Kongo besonders mustergültig funktionierenden Interessengemeinschaft zwischen Politik und Wirtschaft war daran von vornherein nicht zu zweifeln.

Die Union Minière ist optimistisch

Nachdem Lumumba aus dem Wege geräumt war, machte der Prozeß der Auflösung des Kongo in Splittermächte zusehends Fortschritte. Alte Stammesfehden wurden neu geschürt. Konflikte, Zusammenstöße und Kämpfe begleiteten diese Entwicklung. Immer wieder standen sich irgendwo bewaffnete Streitkräfte gegenüber, angeführt von Mobutu, von Tschombés hochbezahlten belgischen Offizieren, von General Lundula, dem Oberbefehlshaber der Armee des Lumumba-Anhängers Gizenga in Stanleyville, von Kalonji (einem Häuptling der Balubas, der inzwischen in Bakwanga, im südwestlichen Kongo, auf eigene Faust den sogenannten „Minenstaat" ausgerufen hat). Dazwischen hatten die Blauhelme der UNO eine längst sinnlos gewordene Position. Von ihren Regierungen gemäß dem unmißverständlichen Beschluß des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen entsandt, um in der ganzen Kongo-Republik — dazu zählt nach wie vor auch die Provinz Katanga! — für Ruhe und Ordnung zu sorgen und über die Einheit des Landes zu wachen. Aber dieser Auftrag ist nie erfüllt worden. Die Verantwortung des UNO-Generalsekretärs Dag Hammarskjöld ist nicht mehr zu übersehen. Er hat es geduldet, daß Lumumba, der in seiner Eigenschaft als rechtmäßiger Ministerpräsident der kongolesischen Zentralregierung zur Wiederherstellung der Ordnung im Lande die Unterstützung durch UNO-Truppen anforderte, entmachtet und von seinen politischen Gegnern seiner Freiheit beraubt wurde. Unter den Augen der UNO wurde Lumumba nach Katanga geschleppt, um dort von Tschombés Leuten ermordet zu werden. Hammarskjöld hat in letzter Minute Weisung erteilt, von der Entsendung von UNO-Streitkräften nach Katanga abzusehen. So hatte der Separatist Tschombé Zeit gewonnen, seine Position auszubauen. „In der Hauptverwaltung der ‚Union Minière du Haut Katanga' ... Zentrale eines der größten Bergwerkskonzerne der Welt, sieht man einigermaßen optimistisch in die Zukunft" meldete die „Welt" im März dieses Jahres. Warum sollte die Gesellschaft auch nicht optimistisch sein — im Lande ihres Mitaktionärs Tschombé!

Aber die Direktoren der „Union Minière" können noch aus einem anderen Grunde ruhig schlafen. Von allen Seiten kommt aus der westlichen Welt kräftige Hilfe für das abgefallene Katanga: Von Brüssel eilte Graf d'Aspremont Lynden, der Minister für afrikanische Angelegenheiten, nach Elisabethville und steht seitdem mit erfahrenem Kolonialistenrat Tschombé zur Verfügung. Im Verlaufe einer Kongodebatte in der belgischen Kammer war die Regierung Eyskens scharfer Kritik der Opposition u. a. wegen eines Kreditbegehrens für Geheimfonds in Höhe von 30 Millionen belgischen Franken ausgesetzt. Es ist unschwer zu erraten, welche Möglichkeiten diese Geheimfonds dem Grafen d'Aspremont bieten, in Katanga nicht nur mit Rat, sondern auch mit „Tat" zu helfen. Allein 3000 bis 4000 Weiße, überwiegend Südafrikaner und Rhodesier, sollen auf Seiten der separatistischen Katanga-Armee kämpfen, so berichtete Anfang April die „New York Times". Man bedenke, daß ausgerechnet die Regie-

rung, die das Prinzip der absoluten Rassentrennung fanatisch vertritt, dem farbigen Diktator in Katanga Truppen zu Hilfe schickt: Sicher nicht, um dem schwarzen Politiker gegen weiße Gegner Schützenhilfe zu leisten! Also kämpfen Südafrikas weiße Soldaten im Kongo unter dem Oberbefehl des Separatisten schwarzer Hautfarbe, damit er die nationale Einigung seines Volkes unter allen Umständen verhindere. Zu dem gleichen Zweck sind auch die Führungsposten in der Katanga-Armee mit ca. 400 belgischen Offizieren besetzt — mit stillschweigendem Einverständnis der belgischen Regierung. Der belgische Oberst Guy W e b e r macht als persönlicher Militärberater Dienst beim Katanga-Präsidenten. Außer diesem stellte sich aus Frankreich der Fallschirmjäger-Oberst T r i n q u i e r mit Wissen der Pariser Regierung zur Verfügung. Offenbar hat sich auch die Bundesregierung nicht lumpen lassen. Von UNO-Truppen wurde kürzlich ein westdeutsches Transportflugzeug mit einem Flugpersonal in Stärke von 6 Mann beim Versuch, Waffen nach Katanga einzufliegen, aufgebracht und beschlagnahmt. Die Mannschaft wurde festgenommen. Bonn war natürlich „ahnungslos". Aber das ändert nichts an der seltsamen Tatsache, daß Mannschaft wie Flugzeug bundesdeutscher Nationalität waren.

Inzwischen haben sich im März dieses Jahres in Tananarive zum erstenmal jene Kongopolitiker am Konferenztisch zusammengefunden, die das Werk der Zersplitterung des kongolesischen Volkes durch den forcierten Abschluß einer „Kongo-Föderation" beschleunigt zum Abschluß bringen wollen. Am runden Tisch trafen sich die drei „Regierungschefs" Ileo, Tschombé und Kalonji (die übrigens vorher bereits ein Militärbündnis miteinander abgeschlossen hatten). Außerdem waren zu dieser Konferenz Gizenga, als Chef der Lumumba-treuen Regierung in der Ostprovinz, sowie der Führer der Kivu-Provinz, Kaschamura, und der Oberbefehlshaber der Pro-Lumumba-Streitkräfte, General Lundula, eingeladen. Gizenga hat es selbstverständlich abgelehnt, sich mit den Separatisten an einen Tisch zu setzen. Wie Gizenga über diese Politik denkt, hat er in einer Presse-Erklärung ausgesprochen, in der er unmittelbar Belgien dafür verantwortlich machte, „mit Hilfe der Westmächte den Kongo in kleine, wirtschaftlich nicht lebensfähige Staaten aufzusplittern, um sie leichter kontrollieren zu können". Also, die alte Kolonialpolitik des „Teile und herrsche"! Es scheint, daß sie jetzt zur Devise des Neokolonialismus erhoben worden ist.

Während diese Methode des „divide et impera", wie das Beispiel Kongo zeigt, je nach Lage mit raffinierter Schläue oder mit brutaler Gewalt gegen Völker praktiziert wird, die nichts als ihr eigenes Leben leben wollen, spricht man ihnen von „Freiheit" und „Ordnung" und „Frieden". Aber wo der Neokolonialismus ein Land betritt, da ist es aus mit der Freiheit; da herrscht statt Frieden Unterdrückung, da fließt Blut und droht das Chaos.

Noch ist diese Politik in unserer Zeit — in der aus einem lokalen Krieg unversehens ein interkontinentaler Atomkrieg entstehen kann — eine latente Bedrohung des Weltfriedens. Aber sie hat für die Zukunft keine Chance mehr.

Die erwachten Völker in Afrika, Asien und auch in Lateinamerika wissen heute sehr wohl zwischen falschen Worten und aufrichtiger politischer Gesinnung zu unterscheiden. Ein afrikanisches Sprichwort heißt: „Die Völker betrügen, das ist so, als ob man versucht, Feuer in Papier einzuwickeln." Die Neokolonialisten hätten allen Grund, über den Sinn dieser Weisheit aus dem schwarzen Erdteil nachzudenken.

Das gilt ganz besonders für Brüssel, wo nach wie vor die wichtigsten Fäden der internationalen kapitalistischen Kongo-Politik zusammenlaufen, und ganz akut in diesem Augenblick: Soeben hat das Votum der belgischen Wählen, die am Kongo kein „zweites Algerien" erleben wollen, der Regierung Eyskens, nicht zu-

letzt wegen ihrer unbestreitbaren Verantwortung für diese latente Bedrohung des Weltfriedens, ein Ende bereitet. Nun wäre es an den neuen Männern in der Rue de la Loi, in Sachen „Kongo" einen neuen Anfang zu machen mit dem aufrichtigen Ziel, der papierenen Proklamation der Unabhängigkeit nun endlich auch die Tat der wirklichen Befreiung dieser ehemaligen Kolonie von allen fremden Wirtschafts- und Machteinflüssen folgen zu lassen.

An der Spitze der „schwarz-roten" Koalition aus den beiden großen belgischen Parteien, die jetzt das Ruder der Politik ihres Landes in die Hand genommen haben, steht neben dem neuen Premier, Theo Lefèvre, dem Mann der Christlich-Sozialen, der „starke Mann" der Sozialisten, Paul Henri Spaak, mit seinen 62 Jahren der Senior des Kabinetts. Als neuer belgischer Außenminister hat er nun, wie die „Welt" hierzu kommentiert „eine Bewährungsprobe zu bestehen, bei der das ganze Land und weite Teile der Welt ihm gespannt zusehen werden: Er ist ausdrücklich auch für afrikanische Angelegenheiten verantwortlich und muß nun den Blankoscheck seiner eigenen Wahlkampfreden einlösen, wonach er am Kongo alles besser gemacht hätte." Unter den Augen der großen Mehrheit seiner Landsleute, die kein zweites Algerien wünschen, und der gesamten schwarzen Welt, die die Freiheit will, wird seine zukünftige Außenpolitik im Kongo die Probe darauf sein, wer in Wirklichkeit diese Politik macht: Spaak, der in Machtblöcken und westlichen Wirtschaftsinteressen denkende ehemalige NATO-Politiker, der vielleicht versucht sein könnte, auch weiterhin neokolonialistisches Feuer in kongolesisches Papier einzuwickeln —, oder Spaak, der reine Sozialist seiner Wahlkampfreden, Kämpfer gegen jede Unterdrückung und für die Freiheit, der jetzt endlich am Kongo alles besser machen wird.

General a. D. Dr. Franz Beyer

Friedensdienst und Friedenskorps

Der sehr vitale amerikanische Präsident Kennedy hat mit seiner personellen Erweiterung und Ergänzung der bislang nur materiellen Entwicklungshilfe durch den Plan und die Organisation eines Friedenshilfsdienstes und (durch Erlaß vom 1. März 1961) eines Friedenskorps eine neue geschichtliche Ertwicklung eingeleitet.

Dabei sind der Gedanke an sich und das dafür gewählte Leitbild keineswegs neu. Schon im Dezember 1958 legte in den „Frankfurter Heften" der bekannte Publizist Fritz Vilmar die Grundidee und die Organisationsgedanken eines „Weltfriedensdienstes" dar. Damals wurden bei uns in Westdeutschland seine Ideen als utopisch und unreif abgetan, obgleich er in mehreren evangelischen Akademien den Gedanken eines christlichen Friedensdienstes nachdrücklich propagierte, im Anschluß an die Lehren des bedeutenden, aus Deutschland stammenden, jetzt in den USA lebenden Soziologen Prof. Eugen Rosenstock-

Huessy. Und da ja in Deutschland nichts wert ist, was nicht „weit her" ist, und da wir Deutsche offenbar nur durch ausländische Initiativen zu positiven Konzeptionen gebracht werden können, hörte die deutsche Öffentlichkeit, vor allem die offizielle und offiziöse Meinung, auf Vilmar garnicht, auf Rosenstock kaum, — und erst auf Kennedy als den Repräsentanten des mächtigen Landes, dem man in allem nacheiferte und nachäffte. Und man besann sich bei uns — und auch bei anderen — darauf, daß die angebliche, rücksichtslose Wirtschaftsexpansion der Sowjets, in die diese vor dem heißen und kalten militärischen Kriege ausgewichen waren, auf den meisten Gebieten auch eine Entwicklungshilfe war, sogar eine auf personellem Gebiet, wie etwa die Entsendung von Ingenieuren und Technikern an den Assuan-Damm, nach Afrika und nach Asien beweist. Schließlich hat der bekannte Schweizer Nationalrat G. Duttweiler 1960 anläßlich eines Vortrages vor Studenten der Harvard-Universität in Boston seine Gedanken über die Gründung eines Friedenskorps eingehend dargelegt und dabei einen gerade heute und für das Friedenskorps besonders wesentlichen Punkt hervorgehoben: „Genauso wie gemeinsamer Schulbesuch zu dauernden Schulfreundschaften führt, so schafft gemeinsame Zusammenarbeit auf gleicher Stufe wirkliche Arbeitsfreude. Es ist dies der einzige Weg, um den Abgrund zwischen einem Überlegenheitskomplex auf der einen Seite und einem Minderwertigkeitskomplex auf der anderen Seite, besonders in Entwicklungsländern, zu überbrükken. Die Stellung sollte nicht die eines Vorgesetzten in leitender Position sein, sondern die eines Mitarbeiters bei gleichem Lohn und gleichen Lebensbedingungen . . ."

Zunächst soll uns hier die Konzeption Kennedys interessieren, schon weil sie durch die Persönlichkeit ihres Initiators und die ihr zur Verfügung stehenden Mittel die meiste Aussicht auf praktischen Erfolg besitzt.

Wir beschränken uns hier auf eine kritische Stellnahme, die sich aber nicht mit bloßer Aufzählung der Vor- und Nachteile begnügen, sondern sie gegeneinander abwägen soll, wobei sich zeigen wird, daß eine solche Wertzumessung fast alle Begriffe moderner Außenpolitik mitberücksichtigen muß — wie etwa Kolonialismus, Neutralismus, Militarismus, Abschreckung u. a. m.

Zunächst sollen die Führung und „Truppe" des sogen. Friedenskorps untersucht werden.

Kennedy hat zum obersten Leiter der neuen Friedensorganisation seinen Schwager R. S. Shriver, seit 1953 Mann seiner Schwester Eunice, ernannt, der mit außerordentlichem Elan die Organisation seines Friedenskorps bereits begann, als der Kongreß die Pläne dazu noch garnicht bewilligt hatte. Shriver war im Zweiten Weltkrieg selbst Fliegeroffizier gewesen und als solcher über dem Kanal abgeschossen worden, so daß man ihm soldatische Erfahrung, auch im Kampf, nicht absprechen kann. Er entstammte einer der alten, vermögenden amerikanischen Familien, die auch im heutigen Amerika noch eine anerkannte Elite bilden. Einer seiner Vorfahren gehörte zu den Unterzeichnern der „Bill of Rights". Nach Abschluß des Studiums an der Yale-Universität „cum laude" ergriff der junge Shriver den Beruf eines Wirtschaftsjournalisten und war als solcher an der Zeitschrift „Newsweek" tätig. Er bezeichnet sich selbst als „Geschäftsmann mit Idealen", ein Urteil, das von Kennern voll geteilt wird. Er ist selbst viel in der Welt herumgereist und fordert das Gleiche von der jungen Intelligenz seines Landes.

Zusammengefaßt kann man Shriver wohl als sehr gut begabten, impulsiven und welterfahrenen Mann von heute 45 Jahren skizzieren. Das aber scheinen uns gerade diejenigen Eigenschaften zu sein, die für den Schöpfer und ersten Organisator einer neuen, umwälzenden Organisation wesentlich und unentbehr-

lich sind und sie am besten vor dem Absinken in erstarrten Bürokratismus bewahren.

In der Kritik hat man nun gesagt, daß doch für einen derartigen Posten in der Regel ein gebildeter Soldat, am besten ein erfahrener General, die nach Auswahl und Ausbildung geeignetste Persönlichkeit sei, weil er sein ganzes Leben lang organisiert habe, darin geübt sei, auch unter Zeitdruck die Lage schnell und richtig zu beurteilen, daraus klare und eindeutige Entschlüsse zu ziehen und diese durch eigenes Handeln oder unmißverständliche Befehle energisch in die Tat umzusetzen.

Aber das in allen Ländern, die die beiden Weltkriege mitkämpften und mitlitten, noch immer vorhandene Mißtrauen gegen den Berufssoldaten, wird auch dem beliebtesten und „zivilisiertesten" alten General immer wieder zutrauen, daß er in sein altes métier zurückgleiten und das Friedenskorps gern nach den Methoden und Tendenzen eines Armeekorps gestalten möchte. Sicherlich wäre auch für den argwöhnischsten Antimilitaristen das Friedenskorps mit seinen Wirtschaftlern und Werkmeistern, seinen Ingenieuren und Ärzten, seinen Lehrern und Missionaren keine Kampftruppe, aber in genügend verdrehten Gehirnen könnte sich doch der utopische Verdacht einnisten, daß all' diese Intelligenzen z. B. als Aufklärung und Vorbereitung für solch' finstere, militärische Zwecke mißbraucht werden könnten.

Was nun die Mitglieder des Friedenskorps, d. h. die eigentlichen Dienstwilligen und Dienstverpflichteten des Friedensdienstes anbelangt, so hat es fachmännische Berater und Helfer der Kolonisatoren auch in den alten Kolonien schon immer gegeben; keine europäische oder amerikanische Industriefirma nahm das Risiko auf sich, ihre wertvollen Maschinen und Apparate den kolonialen Eingeborenen ohne gründliche Anleitung und Ausbildung in die Hand zu geben. Dagegen sprach nicht nur das materielle Eigeninteresse der Lieferfirma, sondern in weiterem Sinne sogar das Prestige des weißen Mannes überhaupt.

Nach dem jetzigen Plane Kennedys, dem sich gerade in dieser Hinsicht die deutsche Bundesrepublik vollinhaltlich anschließen sollte, soll nun aber die Beratung und Hilfe des modernen Friedensdienstes nicht mehr ein Mittel des Eigengewinnes und des eigenen Vorteils des Geberstaates oder der Geberorganisation sein, sondern zu einem Werk der praktischen Menschlichkeit, ja zu einer Funktion christlicher Nächstenliebe werden, wie das Martin Niemöller in seinem hervorragenden Artikel „Wege zur Abrüstung" in der April-Nr. 1961 von „Konkret" u. a. andeutet.

Sicherlich weiß auch Kennedy, daß Politik und Moral sich nur selten decken. Er weiß aber ebenso, daß noch immer und von jeher die beste Politik die war, die die Forderungen der Moral zu realisieren versteht.

Zwei seiner Forderungen zum Friedensdienst sind deshalb besonders bemerkenswert und sollten immer wieder betont werden: 1. Daß nicht ein Privatmann oder eine private Organisation, die naturgemäß nur Privatinteressen vertreten kann, zum Unternehmer des Friedensdienstes wird, sondern der Staat, also die anerkannte Vertretung der Gesamtinteressen eines Volkes, der die Berücksichtigung seiner Einzelinteressen nach Dringlichkeit und Wertigkeit abwägt. 2. Daß es beim Friedensdienst nichts zu „verdienen" gibt, — Shriver hat sich beispielsweise als Anerkennungsgehalt je Jahr nur einen Dollar bewilligt —, sondern daß wieder der gute, alte preußische und soldatische Begriff des „Dienens" in Kraft treten soll.

Selbstverständlich darf das nicht soweit gehen, daß — wie es anscheinend fehlerhaft zunächst in den USA gemacht wurde — beispielsweise ein Lehrer beim

Übertritt ins Friedenskorps nicht nur sein bisheriges Gehalt einbüßt, sondern auch noch seine soziale Sicherung (Pension) verliert. Aber unmäßig überhöhte Zahlungen, wie sie im Kolonialzeitalter Beamte und Offiziere bei Kommandos in die Kolonien geradezu als Sanierungsmöglichkeit für zerrüttete Finanzen ansahen, müßten hier ausgeschlossen bleiben.

Genau so wie der Dienst in einer Ständigen Internationalen Polizeitruppe, auf die wir in einem späteren Artikel noch zu sprechen kommen werden, müßte auch der Friedensdienst auf die gesetzliche Wehrpflicht angerechnet werden, und zwar in vollem Umfang. Dazu ist aber wiederum erforderlich, daß die anerkannten, insbesondere charakterlichen Erziehungswerte der allgemeinen Wehrpflicht — wie etwa Pünktlichkeit, Ordnungsliebe, Sauberkeit, freiwilliger und im Notfalle auch automatischer Gehorsam, Abhärtung u. a. m. — auch den dem Friedensdienst Verpflichteten ebenso gut vermittelt werden.

Und daß diese ideellen Werte auch in unserer angeblich so müden und dekadenten Jugend willig, ja geradezu begeistert aufgenommen werden, das beweist der Zustrom zum amerikanischen Friedenskorps aus allen, aber auch allen Kreisen der Jugend, der allein in der „Dekadenzhöhle" New York in den ersten drei Tagen nach dem Aufruf über dreitausend Freiwillige betrug.

Und das gleiche Deutschland, das einst am 11. 11. 1914 die Kriegsfreiwilligen von Langemarck hervorbrachte, sollte jetzt mit den Friedensdienstwilligen wiederum an der Spitze stehen.

Wenn wir nun einen Blick werfen wollen auf die Auswahl und Ausbildung der Dienstwilligen des Friedenskorps, so weist schon die kurze Dauer seines Bestehens darauf hin, daß es sich bis jetzt nur um allererste Improvisationen handeln kann.

Kann man sich bei der körperlichen Auswahl wahrscheinlich noch eng an vorhandene Sanitätsvorschriften für den Tropendienst anlehnen, so ist schon eine die Spreu vom Weizen siebende geistige Aufnahmeprüfung der Bewerber zur Zeit noch recht schwer, da die geistigen Berufsanforderungen durch Erfahrungen noch nicht bekannt, wohl aber vergleichsweise vorausahnbar sind. Und noch schwieriger scheint es mir zu Anfang mit der Auslese charakterlicher Berufseigenschaften zu sein, da eben der bloße Draufgänger und Raufbold ebenso wenig genügt wie der Stubengelehrte oder zartbesaitete Ästhet. Aber die Erfahrungen mehren sich von Tag zu Tag, — und damit auch geeignete Prüf-Tests.

Was nun die Ausbildung des Friedenskorps angeht, so wird sich unseres Erachtens die Ausbildung des ersten, des diesjährigen Jahrgangs auf eine Einweisung der Führer und noch vielleicht der Unterführer beschränken müssen. Die Männer selbst werden ihre Ausbildung im Einsatz selbst erwerben, — und damit zugleich die besten Lehrpläne für eine spätere, planmäßige, theoretische Bildung in besonderen Lehrinstituten mitbringen. Für diese späteren Lehrstätten sollte man in erster Linie solche Lehrkräfte heranziehen, die selbst bereits erfolgreich im Friedens-Außendienst eingesetzt waren. Neben der praktischen Handhabung des Dienstes — jedes Friedensdienst-Mitglied sollte auch ein Handwerk erlernen — sollte der Lehrplan Sprachen, praktische Geographie — und Psychologie der in Frage kommenden Eingeborenen enthalten. Denn wie manche, an sich gute koloniale Pläne sind in der Praxis daran gescheitert, daß man von der abstrakten Gleichung „Mensch = Mensch" ausging.

Zur Ausbildung des „Friedensdienstlers" gehören noch eine ganze Reihe weiterer Lehrfächer wie Kartenkunde, Wirtschaftslehre einschl. Wirtschaftsgeographie, Meteorologie, Transport- und Nachschubfragen (es darf z. B. kein Nachschubhafen ungesichert bleiben wie jetzt im Kongo) u. a. m. Aber diese Dinge, ent-

sprechend zugeschnitten und spezialisiert für die Bedürfnisse gerade dieses Dienstes, werden, wie überall, in den Dienststäben geplant und in der Praxis ausprobiert und verbessert werden.

Wir sind der festen Überzeugung, daß die Idee des Friedensdienstes und die Planung des Friedenskorps gut sind. Und wir haben auch keinen Zweifel, daß der mit der Durchführung betraute Personenkreis, zumal die so zahlreich zuströmende Jugend, sichere Gewähr dafür bietet, daß das neue Werk n i c h t im Gestrüpp von Bürokratismus, Militarismus oder gar im Kampf gegen den Neutralismus hängen bleibt.

Auf keinen Fall freilich darf das Friedenskorps zum Instrument neuer kolonialistischer und imperialistischer Tendenzen werden, was z. B. die gegenwärtige Afrikaner-Konferenz in Kairo von vornherein zu befürchten scheint. Bei der Realisierung des Friedensdienstes muß man also ein solches Mißtrauen in Rechnung stellen und die wirklichen Bedürfnisse der unterentwickelten Völker berücksichtigen. Weiterhin darf man nicht glauben, durch den Friedensdienst die dringend notwendige Liquidation jeder Art von Kolonialismus und eine selbständige und planmäßige Abrüstungs- und Entspannungspolitik ersetzen zu können. Aber sie zweckmäßig zu ergänzen — das wäre die eigentliche Aufgabe von Friedenshilfsdienst und Friedenskorps.

Kriegsdienstverweigerer fordern „Friedensdienst"

Auf die Gründung eines internationalen „Friedensdienstes", bei dem die Kriegsdienstverweigerer neben anderen Freiwilligen ihren Wehrersatzdienst ableisten könnten, hat der Bundeskongreß des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer am Wochenende in einer Kundgebung in Offenbach gedrängt.

Vor etwa 450 Delegierten und Gästen sagte Oberkirchenrat Kloppenburg, der Vorsitzende der Rechtsschutzstelle für Kriegsdienstverweigerer, dieser Friedendienst solle aus Gruppen junger Menschen bestehen, die in den Entwicklungsländern Seite an Seite mit den Angehörigen der afrikanischen und asiatischen Völker arbeiten wollten.

Bisher hat das Bundesarbeitsministerium, das für den Einsatz der Ersatzdienstpflichtigen zuständig ist, eine freiwillige Hilfstätigkeit im Ausland nicht als Ersatzdienst anerkannt.

Die Welt v. 1./2. 5. 61

Dr. A c h i m v o n B o r r i e s

Die Kuba-Lektion

Kennedy am Scheideweg

Eine Darstellung des Kuba-Problems zwei Wochen nach dem Zusammenbruch des von den USA, genauer gesagt: vom amerikanischen Geheimdienst (CIA) organisierten Invasions-Versuches kann sich nicht auf einen Rückblick beschränken. [1]) Mit dem Scheitern der ersten offenen Aggression — die nicht unvermittelt und nicht einmal überraschend gekommen war — ist die der nationalen Un-

[1]) Vgl. zum Thema Kuba auch die in den letzten Monaten in dieser Zeitschrift erschienenen Beiträge von Prof. Dr. L. L. M a t t h i a s [Heft 9/60], R. S c h e e r / M. Z e i t l i n [Heft 1/61] und Heinz A b o s c h [Heft 3/61], Buchbesprechungen).

abhängigkeit und der sozialen Emanzipation des kubanischen Volkes, weil darüber hinaus aber auch dem Wetlfrieden drohende Gefahr noch keineswegs gebannt. Wir stehen vielmehr noch mitten in dem Drama der amerikanisch-kubanischen Auseinandersetzung, am Ende seines ersten Aktes und im Übergang zum zweiten.

Die ersten amerikanischen Reaktionen auf das Kuba-Debakel verheißen wenig Gutes. Eine Stimmung des trotzigen „Jetzt-erst-recht" ist offenbar weit mächtiger als das Verlangen nach rückhaltloser politisch-moralischer Selbstbesinnung. Man vernimmt Bedauern über den Mißerfolg des, wie es nun heißt, „mangelhaft vorbereiteten" Unternehmens; das Scheitern der Invasion wird zu einer Art militärtechnischem Betriebsunfall erklärt, während doch gleichzeitig die amerikanische Öffentlichkeit sich darüber im klaren ist, in welchem Maße die USA und nicht zuletzt die neue Administration durch dieses Unternehmen an Prestige verloren haben. Und zwar nicht erst durch den Zusammenbruch des Invasionsversuches, sondern durch dessen Lancierung selbst. Nur selten stößt man auf die Frage nach seiner politischen Zweckmäßigkeit, und noch weniger wird offenbar die politische Konzeption einer grundsätzlichen Überprüfung unterzogen, die zu diesem Unternehmen und auch zu seinem Scheitern führen mußte. Und nicht nur das, dieses Scheitern wird jetzt in den USA und teilweise auch in der übrigen westlichen Welt vor allem auf Faktoren zurückgeführt, deren beflissene Erwähnung offenbar das fatale Projekt post festum und womöglich seine Erneuerung ante festum rechtfertigen soll: Die „Ost-Block-Waffen" und den „Terror" Fidel C a s t r o s !

Die jüngsten Äußerungen des amerikanischen Präsidenten lassen den Schluß nicht zu, er selbst sei nun, nach diesem ersten folgenschweren außenpolitischen „Sündenfall" seiner Administration, zu einer wirklichen Revision der bisherigen amerikanischen Politik gegenüber dem Castro-Regimes bereit. Vielmehr scheint auch K e n n e d y vorerst vor allem von dem Bestreben geleitet, die Scharte auswetzen zu wollen, die er selbst jetzt erlitten hat. In seiner Rede auf der Jahresversammlung der amerikanischen Chefredakteure am 20. April hat er zum erstenmal von der Möglichkeit einer direkten amerikanischen Intervention in Kuba gesprochen. Beunruhigen mußte aber darüber hinaus die Tatsache, daß der Präsident in dieser Rede ausdrücklich das erneuerte, was man die Interventions-Ideologie nennen könnte. Er sprach abermals von dem „Verrat der Revolution" durch Castro, er nannte Kuba einen „Stützpunkt für die Subversion gegen andere freie Nationen in ganz Latein-Amerika." Und er qualifizierte das heutige Kuba wiederum als „Polizeistaat" mit „Massenterror". Der Präsident forderte die Nation auf, „nützliche Lehren" aus dieser ernsten Episode zu ziehen. Die Lehren, die zu ziehen er selbst sie anwies, werden freilich der Situation bestürzend wenig gerecht. Denn Kennedy reduzierte in dieser wegweisenden Rede das Kuba-Problem abermals auf einen Unterfall des Problems „Freie Welt" — „Kommunismus"! Was er praktisch anzubieten und zu fordern wußte, entsprach dieser schematisierenden Betrachtungsweise. Er rief die Amerikaner auf, den Kommunisten in Kuba und überall in der Welt nicht mehr allein mit den traditionellen militärischen Machtmitteln entgegenzutreten, sondern Subversion gegen Subversion, Guerilla-Krieg gegen Guerilla-Krieg zu setzen! Kein Wort mehr von der Politik großzügiger, wirklich grundlegendere Reformen in Latein-Amerika. Stattdessen eine neue Kampfansage an das Kuba Fidel Castro's und gleichzeitig die demonstrative Aufforderung an General Maxwell T a y l o r , die bisherigen amerikanischen Vorbereitungen für einen Guerilla-Krieg zu überprüfen.

Nicht genug damit, wenige Tage später lehnte das amerikanische Außenministerium ein Angebot der kubanischen Regierung, über alle offenen Fragen zu verhandeln, brüsk mit der Feststellung ab, über das Thema „Kommunismus in der

westlichen Hemisphäre" gebe es nichts zu verhandeln! Der Präsident aber verlangte gleichzeitig von der amerikanischen Presse, sie solle sich in Zukunft mehr als bisher zurückhalten bei der Erörterung der Absichten und Pläne der Regierung...

All das läßt nur den Schluß zu, daß die Regierung Kennedy zu einer Fortsetzung der bisherigen Politik mit anderen Mitteln entschlossen ist. Sie zeigte sich dem heutigen Kuba gegenüber unversöhnlich. Die Anti-Castro-Propaganda läuft bereits wieder auf Hochtouren. Dient sie nun der intensiven psychologischen Vorbereitung eines neuen, weit schlimmeren Abenteuers? Jedenfalls steht Präsident Kennedy heute in der Kuba-Frage am Scheideweg. Eine mittlere Lösung gibt es nicht mehr. Einflußreiche Kreise in den USA haben zweifellos mehr denn je die Absicht, dem Castro-Regime mit Gewalt ein für allemal den Garaus zu machen, so oder so — unter dem alten Vorwand, es bedrohe als eine „Agentur des Weltkommunismus" die Sicherheit der USA. Nachdem die indirekte Intervention gescheitert ist, bleibt nun nur die Alternative: entweder grundsätzliche Änderung der amerikanischen Politik gegenüber Castro oder weitere Verschärfung des kalten Krieges gegen ihn, mit der Bereitschaft zur direkten Intervention, das heißt zum heißen Krieg in Latein-Amerika mit allen seinen weltpolitischen Konsequenzen. Es ist zu befürchten, daß starke Kräfte in den USA Kennedy nun auf einen solchen Kurs festzulegen und ihm damit eine allerdings höchst fatale „nationalpolitische Wiedergutmachung" seiner Kuba-Niederlage zu oktroyieren versuchen. Es wird viel vom Verhalten der öffentlichen Meinung, nicht nur der USA, abhängen, ob der Präsident diesem Druck nachgeben, der gefährlichen Versuchung zur Flucht nach vorn erliegen oder aber doch noch eine entschiedene Wendung in der amerikanischen Kuba-Politik einleiten wird.

Die „Guatemala-Lösung"

Die Invasion des April 1961 war von langer Hand geplant. Es ist kein Zufall, daß gerade Kuba zum Ort der ersten schweren Niederlage der Kennedy-Administration wurde. Seit Jahr und Tag steuerte die Politik der USA dem Castro-Regime gegenüber auf ein solches Abenteuer, auf eine als „Befreiung" deklarierte Aggression hin. Die USA hatten Kuba in dem Augenblick den kalten Krieg erklärt, in dem offenbar wurde, daß die Revolutionsbewegung Fidel Castros anderes im Sinne hatte als eine der üblichen latein-amerikanischen Palast-Revolutionen. Castro stürzte nicht nur den Diktator Battista, um sich selbst an dessen Stelle zu setzen, ohne daß sich an der gesellschaftlichen Struktur des Landes und seiner wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit von den USA etwas wesentliches geändert hätte. Gerade diese gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse von Grund auf geändert zu haben ist die ungeheure geschichtliche Bedeutung Fidel Castros und seiner Bewegung (inwieweit eine solche gesellschaftliche Revolution von ihr von vornherein beabsichtigt war und inwieweit erst die konkreten Erfahrungen nach der Befreiung Kubas von Batista Castro auf diesen Weg geführt haben, diese außerordentlich wichtige Frage, können wir hier auf sich beruhen lassen) — weit über Kuba hinaus. Denn mit dieser Umwälzung auf Kuba ist eine neue Epoche in der Geschichte ganz Latein-Amerikas angebrochen. Die nationale und soziale Emanzipation der latein-amerikanischen Völker (beide untrennbar voneinander) von den Vereinigten Staaten hat begonnen. Die USA reagierten darauf völlig verständnislos, offenbar allein von dem Interesse bestimmt, ihre traditionelle wirtschaftliche und politische Vormachtstellung in Latein-Amerika um jeden Preis zu behaupten. Das Kuba Fidel Castro's sollte „mürbe gemacht" werden. Dem dienten der wirtschaftliche

Boykott, die (versuchte) politische Isolierung und die systematische propagandistische Verunglimpfung des neuen kubanischen Systems. Vermutlich hoffte man in den USA, dieser anhaltende wirtschaftliche und politische Druck auf Kuba werde die kubanische Bevölkerung gegen Castro aufbringen.

Die wirtschaftlichen Sanktionen und die zunehmenden Drohungen der USA hatten zur Folge, daß sich Castro bereit fand, wirtschaftliche, politische und auch militärische Hilfe von der Seite anzunehmen, die sie ihm bereitwillig anbot: vom Ostblock. So ketzerisch es zumal in der Bundesrepublik klingen mag, ohne diese Unterstützung hätte sich das Castro-Regime gegenüber dem übermächtigen aggressiven Nachbarn im Norden kaum allzulange behaupten können. Die amerikanische Propaganda wiederum erklärte nun, Kuba sei zu einem „Militärstützpunkt des Ostblocks" geworden, und bedrohe als ein solcher die Sicherheit der USA. Diese Behauptung sollte die seit Ende 1959 geplante Intervention zur Wiederherstellung des unbeschränkten amerikanischen Einflusses auf der Insel rechtfertigen. Sie ist unsinnig, wenn auch gesagt werden muß, daß gerade die amerikanische Politik, die den nichtkommunistischen Castro als Kommunisten deklarierte und behandelte, ihn gezwungen hat, sich um der Selbstbehauptung seines Regimes willen dem Ostblock außenpolitisch weit mehr zu nähern, als er, der unabhängige kubanische Patriot und Sozialrevolutionär, ursprünglich beabsichtigt haben mag. Das heißt: Indem die USA in den letzten Jahren jede Koexistenz, jeden Kompromiß mit der nationalen Sozialrevolution auf Kuba ablehnten, provozierten sie den Übergang dieses neuen Kuba in das Lager der inter-nationalen Sozialrevolution unter kommunistischen Vorzeichen!

Es hat nicht an Warnungen vor einer solchen Entwicklung gefehlt. Auch kluge Amerikaner haben wiederholt auf die gefährlichen Konsequenzen der absoluten Intransigenz der USA gegenüber Castro hingewiesen. Sie erkannten vor allem, daß dieser Versuch, das Rad der Geschichte in Latein-Amerika gewaltsam zurückzudrehen, nur zu einer Beschleunigung und Radikalisierung der durch das Beispiel Castro's ermutigten Emanzipations-Bewegungen in allen anderen Ländern Mittel- und Süd-Amerika führen mußte.

Nichts-desto-trotz entschied man sich in Washington für eine Wiederholung der berüchtigten „Guatemala-Lösung". Der amerikanische Geheimdienst hatte 1954 das sozial-revolutionäre Regime Arbenz in Guatemala mit Hilfe gedungener Guatamalteken gestürzt und damit die wirtschaftliche Omnipotenz der USA in Guatemala wiederhergestellt. Nun bedienten sich die USA dieses wieder botmäßigen Guatemala bei der Vorbereitung einer entsprechenden „Befreiung" Kubas. Sie erfreute sich einer erstaunlichen Publizität. Am 19. Oktober 1960 übergab die Regierung Castro den Vereinten Nationen ein Memorandum, in dem sie, nicht zum ersten Mal, die USA der Aggressions-Absicht anklagte. Natürlich erklärte Washington diese Anschuldigungen und Warnungen prompt für Propaganda und verschärfte noch seine anti-kubanische Kampagne. Am 5. Januar 1961 brachen die USA die diplomatischen Beziehungen zu Havanna ab. Es muß erwähnt werden, daß der heutige Präsident Kennedy im Wahlkampf ausdrücklich eine Verstärkung des amerikanischen Druckes auf Kuba gefordert hat. Kennedy sanktionierte denn auch ausdrücklich nach seinem Amtsantritt die Invasionsvorbereitungen, offenbar gegen den Rat von Bowles und Stevenson.

Am 10. Januar 1961 veröffentlichte die New York Times Enthüllungen ihres Korrespondenten Paul P. Kennedy über die Ausbildung kubanischer Emigranten durch amerikanische Militärs auf dem Boden Guatemalas. Diese Schilderungen waren allzu detailliert und paßten auch allzu gut in den Rahmen der amerikanischen Anti-Castro-Politik, als daß die guatemaltekischen Beteuerungen überzeugend gewirkt hätten, es handele sich nur um „Defensiv-Maßnahmen ... Im

Januar, Februar und März häuften sich denn auch Berichte der internationalen Presse über diese Vorbereitungen einer indirekten Intervention. Man erfuhr, daß Exil-Kubaner nicht nur in Guatemale, sondern auch in Florida und Louisiana für eine Invasion ausgebildet würden. Die Würfel waren offensichtlich gefallen. Einen direkten Angriff auf Kuba, mit amerikanischen Truppen, konnte Washington sich aus politischen und psychologischen Gründen nicht leisten; nicht nur, daß Chrustschow dem kubanischen Premierminister für den Fall einer Aggression militärische Unterstützung versprochen hatte — die psychologischen Auswirkungen eines solchen offenen Angriffs wären vor allem in Süd- und Mittel-Amerika verheerend gewesen. So mußten die Exilkubaner die Kastanien aus dem Feuer holen! Am 3. April behauptete das State Departement in einer Erklärung pathetisch, Fidel Castro habe die ursprünglich „Ideale" und die „demokratischen Prinzipien" seiner Revolution verraten" und diese dem „internationalen Kommunismus" ausgeliefert... Am 8. April rief der „Kubanische Revolutions-Rat" in New York das kubanische Volk zum Aufstand gegen Castro auf; er übernahm die These vom „Verrat der Revolution". Daß die Weichen gestellt waren, ließ Präsident Kennedys Erklärung vom 12. April erkennen, in der es hieß: „Die Beziehungen Latein-Amerikas zu den USA befinden sich meiner Meinung nach z. Z. in einer äußerst kritischen Periode. Wenn wir daher jetzt nicht handeln, könnte Castro eine noch größere Gefahr werden, als er jetzt schon ist." Eine direkte Intervention amerikanischer Truppen in Kuba lehnte Kennedy ab, betonte aber um so nachdrücklicher die Sympathien seiner Regierung für die Anti-Castro-Bewegung. Am 15. April wurden drei kubanische Militärstützpunkte von Flugzeugen bombardiert, die angeblich der kubanischen Luftwaffe angehört hatten und deren Piloten desertiert seien. Der sehr ehrenwerte Mr. Adlai Stevenson hatte die undankbare Aufgabe, diese nur allzu bekannte „Haltet-den-Dieb"-These Washingtons in den UN zu vertreten — zwei Wochen später konnte man in der amerikanischen Presse selbst lesen, daß es sich anders verhalten hatte! Diese lancierten Bombenangriffe waren der Auftakt zu der vom CIA organisierten Invasion von Anti-Castro-Rebellen, die (von Nicaragua und Florida aus) am 17. April begann. Drei Tage später bereits war der amerikanische Traum von der „Befreiung" Kubas ausgeträumt, nicht ohne daß die in den Kampf gehetzten Emigranten schwerste Blutopfer hatten bringen müssen — wie es der amerikanische Geheimdienst befahl...

Die Fehlkalkulation

Die Einzelheiten der Vorbereitung des Angriffes und seines Scheiterns sind heute mehr oder minder bekannt. Die amerikanische Presse hat es inzwischen an entsprechenden „Enthüllungen" nicht fehlen lassen. So fragwürdig das Unternehmen selbst war, so schäbig, um nicht zu sagen schmutzig, sind diese Interna. Sie machen, soweit es dessen noch bedurfte, deutlich wes Geistes Kind die Initianten und Organisatoren dieser neuen mißlungenen „Guatemala-Lösung" sind! Die kubanischen Emigranten wurden von der CIA nicht anders den als Marionetten behandelt. Aufschlußreich ist ferner, daß der amerikanische Geheimdienst sich ausdrücklich auf den rechten Flügel der Exil-Kubaner stützte und mit ihm gegen die Mitte und den linken Flügel der Emigranten zusammenarbeitete. Der Exponent dieser ausgesprochen konservativen Elemente, Dr. Varona, erklärte ganz offen, es gehe um die Wiederherstellung des Privateigentums in Kuba, was nur heißen konnte, um eine Wiederherstellung der wirtschaftlichen Vormachtstellung der amerikanischen Gesellschaften; eine Bodenreform (die wichtigste sozialrevolutionäre Maßnahme Castros!) sei unnötig... So sahen also die „Be-

freier" Kubas aus! Gleichzeitig desavouierte die CIA in den Tagen der Invasion in der unglaublichsten Weise den nominellen Führer der kubanischen Nationalbewegung in den USA, Dr. José Miro Cordona. Wir verzichten auf eine eingehende Wiedergabe dieser skandalösen Einzelheiten, die ein Licht werfen auf den Geist, in dem das ganze Unternehmen geplant und durchgeführt wurde! Kein Wunder, daß die Emigranten, die ihre Haut zu Markte tragen sollten, nach dem Zusammenbruch der Invasion den amerikanischen Geheimdienst mit bitteren Vorwürfen überhäuften, der sie ins Feuer geschickt hatte!

Das Ziel der USA war nichts anderes gewesen als die Wiederherstellung des amerikanischen Einflusses auf Kuba, getarnt als „Befreiung Kubas durch die Kubaner". Die CIA hatte behauptet, alle Anzeichen sprächen dafür, daß im Augenblick einer Landung auf Kuba ein Aufstand der Bevölkerung gegen das „verhaßte Terror-Regime" Fidel Castros losbrechen werde. Diese Annahme war der Ausgangspunkt des ganzen Unternehmens. Aber gerade ein solcher Aufstand blieb aus! Und nicht nur das, das bewaffnet Volk, die Milizen Castros kämpften mit Fanatismus gegen die Eindringlinge; sie vernichteten die Invasionstruppen in kürzester Zeit.

Der Ausgang des amerikanischen Kuba-Abenteuers von Mitte April 1961 hat gezeigt, daß die große Mehrheit des kubanischen Volkes hinter Castro steht und keinen Wert darauf legt, von den USA „befreit" zu werden. Dieser leidenschaftliche Widerstand der Milizen gegen die Invasionstruppen ist der entscheidende Grund für den Zusammenbruch der Invasion gewesen. Und er macht das Fiasko der USA in dieser Sache so groß. Denn die Vereinigten Staaten haben hier eine schwere politische und moralische Niederlage erlitten. Nicht das gewiß nicht unbedeutende militär-technische Potential und vollends nicht der „Terror" des Castro-Regimes haben diesem den Sieg über die Gegenrevolutionäre verbürgt — diesen Sieg verbürgte die Bereitschaft des kubanischen Volkes, vor allem der von Castro befreiten Bauern, das System gegen diesen Anschlag zu verteidigen. Selbst die amerikanische und auch die westdeutsche Presse müssen das heute zugeben, wie sehr sie es auch zu verklausulieren versuchen! Castro hat das kubanische Volk zum erstenmal in seiner Geschichte zum selbstbewußten Subjekt dieser Geschichte gemacht — und dieses selbstbewußt gewordene kubanische Volk trat den USA und ihren Hilfstruppen entgegen! Das ist das entscheidende politisch-moralische Faktum dieser letzten Wochen.

Offensichtlich waren die Befürworter und Organisatoren der Invasion ein Opfer ihrer eigenen Propaganda geworden. Hatten sie doch immer wieder Castro als einen „Diktator" kommunistischer Observanz denunziert, vor dessen „Terror" das kubanische Volk zittere. Ein großer Teil der amerikanischen Öffentlichkeit stand und steht noch immer im Banne dieser negativen Castro-Legende. Sie schmeichelt den Wunschvorstellungen vieler Amerikaner, ihrem allzu schematischen und allzusehr von Selbstgerechtigkeit bestimmten politischen Weltbild. Aber man würde die Dinge allzusehr vereinfachen, wollte man nur sagen, daß die ganze amerikanische Kuba-Politik der letzten Jahre auf einem einzigen riesengroßen kollektiven Mißverständnis beruhe. Übrigens wäre das schon beunruhigend genug. Aber man könnte dann auch die Hoffnung hegen, der neue Präsident mit seiner unanzweifelbaren hohen Intelligenz werde nun aus dem Debakel die richtigen Konsequenzen ziehen. Der negative Ausgang der Invasion könnte als der Anfang einer neuen einsichtsvollen amerikanischen Kuba-Politik verstanden werden.

Aber weder die Vorgeschichte der Invasion noch die Reaktionen auf ihr Scheitern erlauben eine solche rein psychologische Interpretation. Zweifellos hatte und hat der größte Teil des amerikanischen Volkes keinen klaren Begriff

von der geschichtlichen Notwendigkeit und Rechtmäßigkeit der kubanischen Revolution und von der Struktur der neuen gesellschaftlichen und politischen Ordnung auf Kuba. Abgesehen von einigen mutigen Rufern in der Wüste — unter ihnen der bekannte Soziologe Wright Mills — glaubt sie zweifellos, Castro sei im Grunde wirklich nichts anderes als der „Agent des Weltkommunismus" in Latein-Amerika. Daraus folgt die Auffassung, die USA seien von Kuba unmittelbar bedroht und sie handelten in Notwehr, wenn sie, mit welchen Mitteln auch immer, Castro zu stürzen versuchen, von dem es ohnehin hieß, er sei in Kuba selbst höchst unpopulär.

Diese Vorstellungen sind nun aber doch nicht nur spontan entstanden. Sie beruhen nicht zuletzt auf einer ungeheuer intensiven Propaganda-Kampagne. Man kann also sagen, es handele sich hier um ein organisiertes Mißverständnis, um eine manipulierte Fehleinschätzung der kubanischen Revolution durch die amerikanische Bevölkerung und die öffentliche Meinung der USA. Die Manipulatoren aber kennen vermutlich den wirklichen Charakter des Castro-Regimes ziemlich gut. Es sind unmittelbare wirtschaftliche und politische Interessen, die sie veranlassen, unermüdlich auf den Sturz Castros zu sinnen. Sie versuchen sich der rückhaltlosen Unterstützung der öffentlichen Meinung der USA und der ganzen westlichen Welt zu versichern, indem sie den kubanischen Ministerpräsidenten als „kommunistischen Agenten" deklarieren. Anders gesagt: Die anti-kommunistischen Affekte des amerikanischen Volkes werden systematisch gegen den unbequemen Repräsentanten eines unabhängigen und sozial-revolutioären Kuba mobilisiert. Das, was wir oben als Interventions-Ideologie bezeichnet haben, sollte den lange geplanten Handstreich gegen das neue Kuba, den Anschlag auf die Selbstbestimmung des kubanischen Volkes decken. Der geschichtliche Konflikt zwischen den USA und diesem neuen Kuba wurde und wird von dieser Propaganda ganz bewußt umgefälscht in einen Konflikt zwischen „freiheitlichen" Anti-Kommunismus und „Kommunismus!"

Man würde es sich wiederum zu leicht machen, wenn man, indem man diese Verfälschung der Probleme aufdeckt und zurückweist, den amerikanisch-kubanischen Konflikt selbst einfach für ein Mißverständnis erklären würde. Erst eine eingehendere Darstellung des neuen Kuba, der umwälzenden Boden- und Erziehungsreform mit allen ihren Folgen und der Ausstrahlungskraft der Emanzipation des kubanischen Volkes wird den wirklichen Charakter dieses geschichtlichen Konfliktes erhellen können. (Eine solche Darstellung ist für eines der nächsten Hefte vorgesehen.) Die heutige offizielle Interpretation dieses Problems in den USA, die derjenigen des überwiegenden Teiles der öffentlichen Meinung entspricht, vermag dieser Wirklichkeit jedenfalls nicht gerecht zu werden. Sie bedeutet nichts anderes als eine fadenscheinige Maskierung der Bestrebungen bestimmter amerikanischer Interessenten, die Fortdauer des amerikanischen Patronats über Latein- und Süd-Amerika zu sichern.

Die Emanzipation dieser Völker vom amerikanischen Wirtschaftsimperialismus läßt sich nicht mehr aufhalten. Ihr Vorkämpfer ist Fidel Castro wie auch bereits ihr Symbol. Aber so vergeblich der amerikanische Widerstand gegen diese Selbstbefreiung der latein-amerikanischen Völker ist, so hartnäckig und gefährlich ist er auch.

In diesem Zusammenhang erscheint es besonders beunruhigend, daß auch der Sonderberater des Präsidenten Kennedy in latein-amerikanischen und südamerikanischen Fragen, der als Liberaler geltende Adolph Berle jr., zu den Befürwortern der mißglückten Kuba-Invasion gehörte. Erst vor wenigen Wochen hatte der neue Präsident ein umfassendes Hilfsprogramm für Mittel- und Süd-Amerika

bekanntgegeben; freilich zeigten sich nicht alle südamerikanischen Regierungen befriedigt über dieses Programm. Kritisch wurde es vor allem von dem neuen, außerordentlich dynamischen, mit Fidel Castro sympathisierenden Präsidenten Brasiliens, Janos Quadros beurteilt. Man kann fragen, ob es nicht bereits zu spät sei für die längst fällige grundlegende Revision der amerikanischen Politik gegenüber den übrigen Ländern der westlichen Hemisphäre! Das wiederum würde die Gefahr neuer Abenteuer à la Kuba-Invasion heraufbeschwören.

Die massive Anti-Castro-Propaganda und der wirtschaftliche Druck der USA auf das neue Kuba haben dort zweifellos die anti-amerikanischen Effekte wesentlich potenziert. Man vergesse nicht die psychologische Vorbelastung des amerikanisch-kubanischen Verhältnisses: jahrzehntelang wurde Kuba von den USA nicht anders denn als eine Kolonie angesehen. Die amerikanische Politik gegenüber Castro läuft auf nichts anderes heraus als auf eine Wiederherstellung dieses Kolonialstatus. Kein Wunder, daß das selbstbewußt gewordene kubanische Volk darauf heftig reagiert. Es bedarf nicht erst der Propaganda des Regimes, um solche Reaktionen zu erwecken, vielmehr muß sich umgekehrt diese Propaganda den von den Amerikanern selbst provozierten Gefühlen der Kubaner irgendwie anpassen. Es sei hier darauf hingewiesen, daß Castro selbst und seine Regierung zwar immer wieder mit Entschiedenheit für die Verteidigung der Unabhängigkeit Kubas und der Revolution gegen die amerikanischen Kuba-Interessenten eingetreten sind, niemals aber einen grundsätzlichen Anti-Amerikanismus um jeden Preis propagiert haben. Castro ist so wenig extrem anti-amerikanisch wie es extrem pro-östlich ist! Die amerikanische Kuba-Politik verengt aber seinen Spielraum immer mehr und drängt ihn, bewußt oder unbewußt, immer mehr in eine radikal anti-amerikanische Position mit allen ihren weltpolitischen Konsequenzen. Und diese Entwicklung macht eine friedliche Lösung des geschichtlichen Konfliktes zwischen USA und Kuba immer schwerer, beschwört immer mehr die Gefahr einer gewaltsamen Auseinandersetzung herauf. Darüber hinaus aber dürfte sich sehr bald anderswo in Mittel- und Süd-Amerika wiederholen, was die USA mit Castro erlebt haben, sofern sich nicht die amerikanische Politik diesen Ländern gegenüber von Grund auf ändert.

Das „Algerien" der USA

Man hat die fehlgeschlagene Invasion als das „Suez" der USA bezeichnet. Dem Kuba-Problem wird man indes weit eher gerecht, wenn man es als das „Algerien der USA" versteht. Erst später wird sich zeigen lassen, wie weit diese Analogie geht. Hier wie dort handelt es sich um den Versuch der Behauptung einer überseeischen kolonialen Position von außerordentlicher wirtschaftlicher Bedeutung für die Kolonialmacht. Wie Frankreich so stehen auch die USA einem um seine nationale Unabhängigkeit und gleichzeitig seine soziale Emanzipation kämpfenden Volke gegenüber. Frankreich ist nach jahrelangen blutigen Kämpfen endlich bereit, mit der algerischen Nationalbewegung zu verhandeln. Die USA hingegen haben den Versuch unternommen, das unter Castro unabhängig gewordene Kuba noch einmal zu unterwerfen.

Das Wort vom „Algerien der USA" gilt aber auch hinsichtlich der außerordentlichen Rückwirkungen der Emanzipation des ehemaligen Kolonialgebietes auf die wirtschaftliche und politische Struktur des Kolonialstaates selbst. Gerade darum bedeuten die Emanzipation Algeriens für Frankreich und Kuba für die USA so außerordentlich viel, weil beide Großmächte selbst von ihr strukturell berührt werden. Letzten Endes muß diese Emanzipation auf lange Sicht die heutige gesell-

schaftliche Ordnung Frankreichs wie der USA mittelbar in Frage stellen. Auch darüber wird demnächst ausführlicher zu sprechen sein.

Schließlich scheiden sich heute schon in den USA an der Kuba-Frage die Geister ähnlich wie in Frankreich am Algerien-Problem. Hier wie dort ist es zu einer Art Aufstand des „Wissens und Gewissens" gegen die so unmoralische wie verhängnisvolle offizielle Politik gekommen. Seit langem ist in den USA das u. a. an allen Universitäten des Landes vertretene „Fair-play-for-Cuba-Committee" bemüht, die amerikanische Öffentlichkeit über den Charakter des Castro-Regimes und die Notwendigkeit einer Verständigung der USA mit ihm aufzuklären. Nach Beginn der Intervention kam es in New York und in verschiedenen anderen Städten sowie an mehreren Universitäten zu Demonstrationen gegen die amerikanische Kuba-Politik. (An der Universität von Californien in Berkeley sprach u. a. der Mitverfasser des Kuba-Aufsatzes im Januarheft der „Blätter", Maurice Zeitlin!) In der folgenden Dokumentation drucken wir eine besonders eindrucksvolle öffentliche Erklärung namhafter amerikanischer Persönlichkeiten gegen die widerrechtliche Aggression ab. Aus ihr spricht, wie aus manchen anderen bewegenden Zeugnissen, die Stimme jenes „anderen Amerika", das erwacht ist! Gewiß ist es auch dort nur eine Minderheit, die den Mut hat, dem monomanen und fadenscheinigen Anti-Kommunismus, der Hetzpropaganda gegen Castro und gleichzeitig auch der amerikanischen Atomwaffen-Hysterie öffentlich entgegenzutreten (nicht ohne, wie auch wir es gewöhnt sind, als „kommunistisch" geschmäht zu werden!). Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang auch die verantwortungsbewußte amerikanische Presse, vor allem die „New York Times", die in vorsichtiger, aber doch entschiedener Form eine neue, besonnene amerikanische Kuba-Politik fordert. Dieses Erwachen eines „anderen Amerika", so wenig man es überschätzen sollte, gehört doch zu den ermutigenden Ereignissen dieser spannungsreichen Wochen.

Die Initiative bei der Vorbereitung und Durchführung der mißglückten Invasion lag in den Händen des berühmt berüchtigten amerikanischen Geheimdienstes. Die Kuba-Affäre hat auch dies enthüllt: Welch außerordentliche, ja beinahe unbeschränkte politische Vollmachten diese Organisation hat, in welchem Maße die amerikanische Außenpolitik von ihr bestimmt wird! Besonders bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang das Zusammenfallen der fatalen Kuba-Invasion mit dem Generals-Putsch in Algerien. Nach Berichten durchaus seriöser Zeitungen sollen auch bei diesem gescheiterten Umsturzversuch (der offensichtlich eine militär-faschistische Diktatur in Frankreich zum Ziele hatte!) Agenten der CIA ihre Hand im Spiele gehabt haben. Auch hier war von der „Rettung Frankreichs und Algeriens vor dem Kommunismus" die Rede — und in Wirklichkeit ging es auch hier um ganz etwas anderes.

Der Putsch in Algier ist an der Entschlossenheit und Geschlossenheit des französischen Volkes gescheitert, wie der Anschlag auf die Freiheit Kubas am Widerstand des kubanischen Volkes. Fidel Castro freilich brauchte sich nicht erst pathetisch an sein Volk zu wenden: „Helft mir, Kubaner"! Das französische und das kubanische Volk haben ihren Feinden eine Lektion erteilt. Sie haben beide eine Schlacht gewonnen, aber, wir kommen auf den Anfang zurück, die Gefahr ist noch nicht gebannt. Es wird auch in Zukunft der Entschlossenheit und des zielbewußten politischen Willens dieser Völker bedürfen, weitere Anschläge auf ihre Freiheit zurückzuschlagen und den Frieden zu sichern. Dieser Friede ist nicht nur in Algier und Kuba bedroht. Die potentiellen bundesdeutschen Verbündeten des CIA und der Putschgenerale von Algier heißen — Schröder, Strauß und Jaeger! Sie sind in der Bundesrepublik die Repräsentanten des radikalen radikalen militärischen Anti-Kommunismus-um-jeden-Preis, der doch nur

als Vorwand für eigene Machtansprüche dient. Herr Strauß i s t der Mann des deutschen Bürgerkrieges im Namen dieses blindwütigen Anti-Kommunismus, wenn er nicht gar der Mann des „großen" Krieges ist. Die Ereignisse in Kuba und in Algier warnen uns. Denn die machtbesessenen und verschwörerischen Amokläufer sind auch unter u n s. An uns selbst ist es, den Wegbereitern eines NATO-F a s c h i s m u s Einhalt zu gebieten, der, mit atomaren Vernichtungswaffen versehen, eine furchtbare Gefahr für Frieden und Freiheit bedeuten würde!

(Ein weiterer Artikel zum Kuba-Problem folgt.)

Die Angriffs-Absichten der USA

Am 19. Oktober 1960 übergab der Vertreter Kubas bei den UN diesen ein Memorandum seiner Regierung, in dem es u. a. heißt:

„Ungeachtet der wiederholten Warnungen und Beschwerden der Revolutionären Regierung von Kuba hat die Regierung der USA — in flagranter Verletzung der Regeln des internationalen Rechts und der Prinzipien der Vereinten Nationen — ihre Pläne betreffend eine Aggression und Intervention in die inneren Angelegenheiten Kubas intensiviert, unter Benutzung des Territoriums der USA und anderer Länder der westlichen Hemisphäre als Operationsbasis von Kriegsverbrechern und Konterrevolutionären, die in ihrem Dienste stehen."

Warnung vor den Konsequenzen

Die gegenwärtige Politik der USA gegenüber Kuba ist Kalter Krieg; die Alternative, die von führenden Sprechern der USA angeboten wird, ist: Intensivierung des Kalten Krieges (Nixons Guatemala-Vorschlag und Kennedys Vorschlag betreffend eine Unterstützung der Emigranten und Konterrevolutionäre in Kuba) oder Krieg selbst — unmittelbare militärische Intervention der USA —, vorgeschlagen von so namhaften Persönlichkeiten wie Admiral Radford, Senator Smathers und Adolph A. Berle jr. Ein Kalter Krieg aber kann die kubanische Revolution nicht niederwerfen, sogar wenn er auf der von Kennedy und Nixon vorgeschlagenen Linie intensiviert wird. Kuba hat von Guatemala gelernt; eine mit modernen tschechischen Waffen bewaffnete Miliz ist eine Million Mann stark und würde in der Lage sein, jede Invasion von Exil-Kubanern oder Söldnern zurückzuschlagen, sogar wenn diese durch die USA aus der Luft unterstützt würde. Unter diesen Umständen gibt es nur zwei realistische Möglichkeiten. Entweder Anerkennung der Regierung und Ausgleich mit der Revolution — oder Krieg, und damit die Gefahr eines dritten Weltkrieges.

Studies on the Left, Nr. 3/1960 (USA)

Washingtons Kalter Krieg gegen Kuba

Castros Revolutionsregierung weiß, daß Washington Kuba einen unversöhnlichen Wirtschaftskrieg erklärt hat und daß sein Ziel die Überwältigung Fidel Castros um jeden Preis ist...

Unser Kalter Krieg gegen Castro läßt uns den Kampf um alle neutralen und unabhängigen neuen Staaten in der Welt verlieren. Kuba mag tatsächlich unsere letzte Chance sein zu beweisen, daß wir etwas Besseres im Sinn haben als ein Ungarn, ein Zypern, ein Algerien; Kuba könnte unsere letzte Chance sein, unser Gesicht und auch unser Prestige gegenüber der Bevölkerung von Lateinamerika zu retten. Unseligerweise spricht alles dafür, daß wir bestrebt sind, auf unserem gegenwärtigen törichten Weg fortzuschreiten.

Wir werden in Kuba scheitern, sogar, wenn wir versuchen, eine konterrevolutionäre Regierung zu errichten... Wenn wir wirklich gegen die Diktatur sind, warum hacken wir ausschließlich auf Kuba herum? Was ist mit Trujillo? Was ist mit Franco? Warum hacken wir auf einer Regierung herum, die, zum ersten Male in der Kubanischen Geschichte, verspricht, eine anständige Lebensweise für ihr Volk möglich zu machen?

The Nation v. 12. 11. 60 (USA)

Die Verantwortung der USA

Es gab und es gibt große Hoffnung in Kuba — Hoffnung auf seiten der Millionen kubanischer Bauern auf einen Übergang von der bloßen Existenz zu wirklichem Leben. Zu einem großen Teile dank der Unfähigkeit der amerikanischen Regierung und des amerikanischen Volkes, diese Hoffnung zu verstehen, ist sie nun vergiftet durch Haß, doch nicht durch Verzweiflung. Fidel träumt noch immer seinen Traum, und das Volk fährt fort, an den Wert und die Macht dieses Traumes zu glauben. Für uns ist es nicht genug, zu spotten, zu analysieren, zu verzweifeln, oder große Geduld zu zeigen. Wenn die USA wirklich um die Demokratie besorgt sind, dann sollten sie mit der revolutionären Regierung zusammenarbeiten, versuchen, alle demokratischen Tendenzen zu ermutigen, versuchen, Demokratie im Rahmen der sozialen Revolution möglich zu machen. Die Kubaner glauben, daß sie etwas Neues, Bedeutendes, Menschliches und Wesentliches tun. Vielleicht werden sie scheitern. Vielleicht ist die kubanische Revolution schon gescheitert. Wenn es so ist, dann gehören wir zu den Hauptschuldigen, und wir alle sind die Verlierer.

Dissent, Winter 1961 Heft 1, Jahrgang 8 (USA)

Invasions-Vorbereitungen in Guatemala

Zur gleichen Zeit, da die amerikanische Flotte in den karibischen Gewässern Manöver veranstaltet und die amerikanische Basis Guantanamo (auf Kuba) von Einheiten dieser am Manöver teilnehmenden Seestreitkräfte besucht wird, wird bekannt, daß die kubanischen Refugees offenbar dabei sind, einen baldigen Schlag vorzubereiten. Die stärkste Gefahr scheint Castro dabei aber nicht von den auf dem amerikanischen Festland befindlichen Exilierten zu drohen, sondern von Guatemala her.

Der Redakteur für Flugwesen des „Los Angeles Mirror" ist den Gerüchten nachgegangen, nach denen ein für rein guatemaltekische Zwecke überflüssiger Flugplatz — das Flugfeld von Guatemala City genügt für den üblichen Touristenverkehr — in dem Tropendickicht der Küsten-Dschungel des Pazifik bei Retalhuleu gebaut wird. Dieser Flugplatz, der sich lediglich 815 Meilen von Havanna entfernt befindet (also von dort für einen Durchschnitts-Jet höchstens anderthalb Stunden entfernt), war bis zu der Entdeckung durch amerikanische Journalisten ein völliges Geheimnis. Wann immer jemand guatemaltekische Minister fragte, etwa den Außenminister Jesus Unda Murillo, so erhielt er die Antwort: „Das ist alles kubanische Propaganda." Nach dem „Los Angeles Mirror" interessierten sich dafür auch die Zeitschrift „The Nation" und das Magazin „Time", und am Dienstag dieser Woche veröffentlichte die „New York Times" einen großen Artikel ihres Berichterstatters Paul P. Kennedy unter der Überschrift „Die Vereinigten Staaten helfen beim Training von Anti-Castro-Truppen auf einer geheimen guatemaltekischen Flugbasis."

Schon in den letzten Tagen hatte die Regierung von Guatemala sich angesichts der verstärkt an sie gelangenden Anfragen nicht mehr einer bejahenden Antwort entziehen können. Präsident Miguel Ydigoras Fuentes betonte, daß alle im Lande gemachten militärischen Anstrengungen lediglich Defensiv-Charakter hätten, zumal man einen Angriff von Kuba aus befürchte. Das Flugfeld selbst hat es schon mehrere Jahre gegeben, aber es wurde jetzt, beginnend im Sommer vorigen Jahres, völlig neu ausgebaut, und zwar von der New Yorker Firma Thompson-Cornwall, die vierhundertfünfzig Arbeiter in Drei-Stunden-Schichten zur Umgestaltung des Flugplatzes ansetzte. Die Firma hat bereits mehrere Millionen-Geschäfte mit Guatemala gemacht. Nach Meldungen des „Time"-Magazins befinden sich dort acht B-26-Bomber, mehrere Transportflugzeuge und vier Curtiss-Kommandos, die aus Überschußbeständen von den USA nach Guatemala geliefert worden waren. Schon vor einiger Zeit hatte der Direktor des Instituts für spanisch-amerikanische Studien an der Stanford-Universität, Dr. Ronald Hilton, nach der Rückkehr von einer Reise nach Guatemala berichtet, daß dieses Land von Anti-Castro-Flüchtlingen wimmle, die angeblich von dort aus eine Invasion der Isle of Pines, die Kuba im Westen eng vorgelagert ist, beabsichtigen. Ergänzend dazu haben kubanische Exilkreise mitgeteilt, daß sie hofften, in Guatemala eine Formosa-Typ-Regierung aufzubauen, die dann die Invasion Kubas unternehmen könne, wobei neben dem Flugfeld von Retalhuleu der Hafen Guatemalas an der Karibischen Seeküste, Puerto Barrios, Abfahrtsort für das Gros der Invasions-Streitkräfte sein solle.

Es ist nicht möglich, hinter die Kulissen aller dieser Meldungen zu sehen. Immerhin sind die Beziehungen zwischen bestimmten Stellen in Washington und Guatemala seit langem enge gewesen. Nirgends wird es heute mehr geleugnet, daß der Sturz der linken guatemaltekischen Regierung Arbenz (1954) ... seinerzeit durch den Oberst Armas in Zusammenarbeit mit der Central Intelligence Agency (amerikanischer Geheimdienst) erfolgt war. Auf Armas ist dann in Guatemala Ydigoras gefolgt. Guatemala ist heute fast bankrott. Es ist bisher unbekannt, von wem Thompson & Cornwall bezahlt worden sind.

Im guatemaltekischen Parlament ist es bereits im Oktober vorigen Jahres zu Anklagen von Opponenten des Präsidenten Ydigoras gekommen, der es dulde, daß Hunderte von Kubanern Kommando-Training erhielten, und zwar sowohl auf der Flugbasis wie auch auf einer riesigen Kaffee-Farn der betreffenden Gegend. Wie „Time"-Magazin hinzufügt, gehört diese Farm einem engen Freund von Ydigoras. Die „New York Times" erweitert die Nachricht, indem sie als Besitzer dieser Farm „Helvetia", die dreitausend Morgen groß ist, Roberto Alejo Arzu nennt, der der Präsident des „Nationalverbandes der Kaffeepflanzer" und wahrscheinlich der bedeutendste unabhängige Kaffeehändler des Landes ist. Ydigoras verbringt oft sein Wochenende auf dieser Farm.

Wer alle diese Truppen ausbildet, Kommandos wie Flieger, darüber liegen keine endgültigen Mitteilungen vor. Castros Außenminister Roas behauptete, daß es „amerikanische Spezialisten" seien. In der „New York Times" heißt es, daß das Guerilla-Training von Guatemalteken durchgeführt werde, die in Amerika Unterricht genommen hätten und so weiter. Alles ist sehr verschwommen. Aber es sieht so aus, als ob sich tatsächlich ein für Castro sehr gefährlicher Ring um ihn schließe.

Stuttgarter Zeitung v. 18. 1. 61. Bericht aus New York (Manfred George)

Washington zu voller Unterstützung bereit

Es wird nun weithin angenommen, daß die Regierung Kennedy die Entscheidung getroffen hat, einer gewaltsamen Aktion der Anti-Castro-Organisation — die Dr. Josè Miro Cardona als ihren Führer und als vorgesehenen Leiter einer neuen kubanischen Regierung bezeichnet hat — volle Unterstützung zuteil werden zu lassen. Man folgert das aus dem publizierten Besuch Dr. Miro Cardonas im State Departement in dieser Woche.

Pressemeldungen, die durch diplomatische Kreise in Havanna bestätigt werden, deuten an, daß man für die allernächste Zeit mit einer großen Offensive der Streitkräfte Dr. Miro Cardonas auf der Insel und mit ihrer Unterstützung durch Guerillakämpfer rechnet, die in den USA und in Zentralamerika ausgebildet worden sind.

New York Times v. 9. 4. 61. Bericht aus Rio de Janeiro.

USA unterstürzten Umstürzler

Die Vereinigten Staaten unterstützen stillschweigend, aber aktiv ein großangelegtes Unternehmen von Exil-Kubanern zum Sturze des Ministerpräsidenten Fidel Castro. Eine Armee von 6000 Flüchtlingen ... steht bereit zu einer Invasion. Sie wird vorbereitet in zwei großen Basen in Guatemala und in Louisiana in der Nähe von New Orleans. Amerikanische Fachleute haben Infanterie- und Artillerie-Einheiten auf den Basen in Guatemala ausgebildet. In Louisiana wurden Fallschirmjäger trainiert, Marineeinheiten bewegen sich ungehindert durch die amerikanische Küstenwache in Florida. Die Regierung gab faktisch dem Invasionsunternehmen ihren offiziellen Segen in einer amtlichen Erklärung, die jeder künftigen demokratischen Regierung in Kuba volle Unterstützung versprach.

Daily Mail v. 10. 4. 61

Bereit zum Angriff

In einer grundsätzlichen strategischen Entscheidung sollen sich, wie heute nacht berichtet wird, die kubanischen Anti-Castro-Rebellen in den letzten Tagen darauf geeinigt haben, sich auf mehrere Guerilla-Landungen auf Kuba zu konzentrieren, statt eine einzige großangelegte Invasion zu versuchen...

Diese Enthüllung kam gerade einen Tag nachdem der Chef der Anti-Castro-Kräfte in den USA alle Kubaner zum gewaltsamen Sturze des Regimes Dr. Castros aufgerufen hatte.

Der Aufruf war Teil einer vom Kubanischen nationalen Revolutions-Rat verfaßten und in New York von seinem Präsidenten Dr. Cardona — dem ersten Premierminister Dr. Castros — herausgegebenen Erklärung.

New York Times v. 10. 4. 61. Bericht aus Miami/Florida.

Castro beschuldigt den amerikanischen Geheimdienst

An einer Kundgebung des kubanischen Gewerkschaftsbundes erklärte Fidel Castro, es werde zu einer Invasion Kubas kommen, weil die militärischen Vorbereitungen der kubanischen Emigranten so weit vorangetrieben worden seien, ‚daß den Konterrevolutionären gar nichts anderes übrig bleibt, als nach Kuba zu kommen, auch wenn sie das ohne Begeisterung tun dürften'. Nicht umsonst habe man in Guatemala und anderen Ländern ‚Ausbildungszentren für Söldlinge' geschaffen. Der amerikanische Geheimdienst sei der Anstifter dieser Invasionsvorbereitungen. Die Konterrevolutionäre seien aber naiv, weil sie in Kuba bewaffnete Arbeiter vorfinden würden.

Neue Zürcher Zeitung v. 11. 4. 61

Anti-Castro-Kubaner in Bewegung

Der Transport von Kubanern, die die Anti-Castro-Revolutions-Gruppe unterstützen, von den USA nach geheimen Bestimmungsorten ‚irgendwo in Zentralamerika' hat zugenommen seit der Veröffentlichung des Appells des Kubanischen Nationalen Revolutions-Rates über das Wochenende. Heute verließ eine Anzahl junger Kubaner New York in Richtung von Ausbildungslagern offenbar außerhalb der Vereinigten Staaten; und es wird berichtet, daß zahlreiche weitere, einschließlich einige Spezialisten, wie Piloten, Radio-Fachleute und Saboteure, von ihren ursprünglichen Lagern in Miami aufgebrochen sind.

Times v. 11. 4. 61 (Bericht aus New York)

Die Angriffsvorbereitungen in den USA

Seit das Staatsdepartement vor einer Woche das von Prof. Arthur Schlesinger jr. im Auftrag Kennedys verfaßte „Weißbuch" über Kuba veröffentlicht hat, in welchem Fidel Castro zum Bruch mit dem Kommunismus aufgerufen und einem befreiten Kuba die Unterstützung der Vereinigten Staaten zugesichert wurde, entfalten die verschiedenen kubanischen Exilgruppen in den Vereinigten Staaten eine sich täglich steigernde Aktivität. Unter dem ersten Ministerpräsidenten Castros, Dr. José Miró Cardona, der längst vom ‚Fidelismo' abgefallen ist, bildete sich in New York ein Revolutionärer Rat, und zwar, wie es bei dem politischen Temperament der kubanischen Politiker wohl unvermeidlich ist, nicht von inneren Spannungen frei ist, sich aber nun als eine Art provisorische Regierung konstituiert hat. Sie ist von Washington zwar als solche nicht formell anerkannt worden, aber Dr. Cardona wurde vor kurzem vom Koordinator für Lateinamerika im Staatsdepardement, Adolf Berle, und dem früheren Botschafter in Havana, Philip Bonsal, empfangen. Kurz danach rief er die Kubaner auf, die Waffen gegen Castro zu ergreifen.

Die Anhänger des Revolutionären Rates im Innern Kubas, die seit Monaten in der Guerillataktik und in der Durchführung systematischer Sabotage ausgebildet worden sind, können auf die Unterstützung von fünf- bis sechstausend Mann rechnen, die als die ‚Militärmacht' des Revolutionären Rates zu betrachten sind und nach gründlicher Ausbildung in Florida, wo sie auch ausgerüstet wurden, nun, wie es heißt, Stützpunkte in Guatemala und Louisiana bezogen haben, von denen aus sie zu gegebener Zeit die Invasion Kubas unternehmen sollen... Ihre Führer machen aus ihren strategischen Plänen kein Hehl. Man liest jeden Tag in der „New York Times", welche Operationen sie vorhaben, so zum Beispiel heute, daß sie eine Reihe von Landungen auf Kuba planen, um möglichst viele Brückenköpfe zu bilden, von denen aus die Verteidigung Castros bedrängt werden soll... Nach einer heute veröffentlichten Meldung aus Miami haben 35 kubanische Anti-Castro-Piloten diese Stadt verlassen, um sich in ein geheimes Ausbildungslager in Zentralamerika zu begeben. Sie werden von dort aus am „zweiten Befreiungskrieg Kubas" teilnehmen, der nach der heutigen Intensität des Nervenkrieges zu schätzen möglicherweise bald beginnen wird.

Die Anti-Castro-Kräfte erfreuen sich der „aktiven Toleranz" der Vereinigten Staaten und sind darauf aus, „Castros Verrat an der Revolution", von dem in dem amerikanischen Weißbuch die Rede ist, zu sühnen, das heißt dem kommunistischen Einfluß auf Kuba ein Ende zu setzen...

Neue Zürcher Zeitung v. 12. 4. 61

Kennedys Ansehen steht auf dem Spiel

Präsident Kennedy hat begonnen der Welt zu zeigen, daß die Ideale der amerikanischen Revolution noch lebendig und nicht weniger wichtig sind als sie es 1776 waren — und daß sie der Menschheit mehr Hoffnung bieten als die Ideale des Kommunismus. Aber wenn die jüngsten Berichte über eine geplante Invasion Kubas, ausgehend von amerikanischem Boden und durchgeführt mit stillschweigender Duldung durch den amerikanischen Geheimdienst, sich bewahrheiten, dann wird vieles von Präsident Kennedys Arbeit umsonst gewesen sein.

Eine amerikanische Intervention gegen Kuba würde so unrechtmäßig sein — moralisch und politisch — wie Großbritanniens Intervention gegen Ägypten 1956...

Präsident Kennedy hat zweifellos nicht die Absicht, amerikanische Truppen gegen Dr. Castro einzusetzen. Aber wenn eine Invasion Kubas von amerikanischem Boden ausgeht — oder sogar vom Boden Guatemalas — wird sie allgemein auf ein amerikanisches Komplott zurückgeführt werden. Niemand wird glauben, daß eine Gruppe von Exil-Kubanern in der Lage wäre, eine Streitmacht von genügendem Umfang und mit genügender Ausrüstung aufzustellen ohne daß sie die Unterstützung der amerikanischen Regierung hätte. In der Tat, letzte Berichte melden, daß die Anti-Castro-Kubaner sogar ein Lager irgendwo in Louisiana haben. Dr. Cardona, der Führer der Anti-Castro-Kubaner, hat abgestritten, daß der amerikanische Geheimdienst in seine Pläne verstrickt ist. Das mag wahr sein; aber Berichte aus autoritativen amerikanischen Quellen besagen, daß es nicht wahr ist.

Manchester Guardian Weekly v. 13. 4. 61

Botschaft Castros an Präsident Quadros

Der Direktor der kubanischen Zeitung ‚Revolucion', Carlos Mesa, der am Montagabend in Brasilia eingetroffen ist, wurde sofort von Präsident Quadros empfangen, nachdem er dem Protokollchef erklärt hatte, er habe eine ‚sehr wichtige Botschaft Fidel Castros an den brasilianischen Präsidenten'. Über die Besprechungen zwischen den beiden Männern, die länger als vierzig Minuten dauerte, wurde strengstes Stillschweigen gewahrt. Aus der Umgebung des brasilianischen Staatschefs verlautet, Quadros, der den ganzen Tag ‚gut gelaunt gewesen' sei, habe sich nach der Abreise des Zeitungsdirektors ‚besorgt und nervös' gezeigt.

Neue Zürcher Zeitung v. 13. 4. 61

Brasilien gegen Aggression

Der brasilianische Präsident Quadros hat eine Botschaft des kubanischen Präsidenten Dorticós beantwortet, die ihm am Montag von einem Sondergesandten der Regierung Castro übergeben worden war. Quadros führt darin unter anderm aus: „Brasilien wird nicht zulassen, daß Kuba einer Aggression zum Opfer fällt. Es wird die geheiligten Rechte des kubanischen Volkes auf Selbstbestimmung mit allen Mitteln verteidigen.

Neue Zürcher Zeitung v. 13. 4. 61

Das Spanien dieser Generation!

In Guatemala bilden amerikanische Offiziere eine große Zahl von Anti-Castro-Rebellen für einen Angriff auf Kuba aus. In Florida und Louisiana werden weitere Tausende mit vollem Wissen und wahrscheinlich mit Unterstützung der amerikanischen Regierung mobilisiert und bewaffnet. Eine kubanische Gegenregierung — mit einem Programm auf der Grundlage der Rückgabe enteigneten kubanischen Eigentums an seine früheren Besitzer (darunter viele große amerikanische Gesellschaften) — ist auf amerikanischem Boden gebildet worden, wo sie täglich Bulletins mit Ankündigungen ihrer Invasionspläne herausgibt. Mittel des amerikanischen Geheimdienstes, so wird glaubwürdig berichtet, fließen der Vorbereitung eines organisierten Versuchs, die Regierung eines Nachbarlandes mit Gewalt zu stürzen, zu.

Ich gestehe, erstaunt zu sein, daß es so wenige Proteste gibt, nicht einmal in der liberalen Presse, gegen diese schwerwiegenden Verletzungen des Prinzips der Nichteinmischung... Wir alle setzen große Hoffnungen auf die Kennedy-Regierung. Aber wie können wir das, was er über die Notwendigkeit eines neuen besseren Stils in der Diplomatie des Kalten Krieges sagt, in Übereinstimmung bringen mit diesen unverhohlenen Vorbereitungen für eine bewaffnete Aggression auf ein Nachbarland? Es ist jetzt der Augenblick zu protestieren, bevor die Invasion und (oder) der Bürgerkrieg begonnen haben. Anderenfalls könnte Kuba leicht das Spanien dieser Generation werden.

New Statesman (London) v. 14. 4. 61 (Leserbrief von Kenneth Tynan)

Kennedys „Nein — aber..."

Präsident Kennedy erklärte auf seiner heutigen Pressekonferenz, daß er sich unter allen Umständen einer bewaffneten amerikanischen Intervention in Kuba widersetzen werde. Er werde auch nie eine „Invasion" Kubas von den Vereinigten Staaten aus dulden... Seine gestrige Äußerung in einem Fernsehinterview, daß die Vereinigten Staaten in der kubanischen Frage nun schnell handeln müßten, weil es sonst zu spät sein könnte, wollte Kennedy als Hinweis auf sein allgemeines Lateinamerikaprogramm verstanden wissen. Kennedy verhehlte aber in keiner Weise seine Sympathien für die Bemühungen der kubanischen Emigranten auf amerikanischem Boden, die den Sturz Castros durch die Entsendung von Infiltrationskommandos und Sabotagegruppen herbeiführen wollen.

Neue Zürcher Zeitung v. 14. 4. 61

Stillschweigende US-Unterstützung

Der Ausbruch eines offenen Bürgerkrieges in Kuba und die Invasion durch militärisch ausgebildete Castro-Gegner wird in informierten Kreisen der amerikanischen Hauptstadt für die nahe Zukunft vorausgesagt. Anti-Castro-Kubaner sind auf Besitzungen in Florida und in größerem Maßstab in der Abgeschlossenheit einer Gebirgsranch in Guatemala für einen Guerillakrieg ausgebildet worden...

Natürlich wäre all dies ohne die stillschweigende, aber durchaus positive Unterstützung der US-Regierung unmöglich. Tatsächlich hat der höchste mit Lateinamerika befaßte US-Beamte, Adolf Berle, zusammen mit dem früheren US-Botschafter in Havana, Bonsels, vor einigen Tagen den Revolutionsführer Cardona empfangen, was als Geste der Zustimmung und darüber hinaus der Bereitschaft zu deuten ist, eine Anti-Castro-Regierung anzuerkennen, sobald sie auf kubanischem Boden proklamiert werden kann. Das würde den Weg offener Unterstützung mit Waffen und Flugzeugen und zu anderen Lieferungen eröffnen. Die Entsendung von US-Truppen ist dagegen nicht geplant.

Kölnische Rundschau v. 14. 4. 61

Castro klagt die USA an

Anläßlich der Beisetzung der Opfer der Luftangriffe vom 15. 4. 61 sagte Ministerpräsident Castro u. a.:

„Die Angriffe gegen die kubanischen Flugplätze hatten ausgesprochen militärischen Charakter. Nie ist ein Land von den Vereinigten Staaten so fortgesetzt belästigt worden wie Kuba. In den letzten Monaten mußte Kuba mitten im 20. Jahrhundert, wie im 17. Jahrhundert, unter der Drohung von Piratenüberfällen leben. Die Angriffe vom Samstag erfolgten wie die Überfälle der nazistischen und faschistischen Regierungen des zweiten Weltkrieges auf die europäischen Länder, ohne Kriegserklärung.

Das Luftbombardement vom Samstag ist mit den Angriffen Hitlers auf Polen, Belgien und die Tschechoslowakei und der Japaner auf Pearl Harbour zu vergleichen. Der Unterschied zwischen Pearl Harbour und dem Angriff vom Samstag besteht darin, daß es sich nicht um einen Kampf zwischen zwei Imperialisten handelt, sondern um einen solchen zwischen einer imperialistischen Regierung und einer Regierung, die der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende machen will. Der Angriff vom Samstag war tausendmal feiger als der japanische Angriff auf Pearl Harbour; Japan hat wenigstens vor der Geschichte die Verantwortung für seine Tat übernommen, während Präsident Kennedy den Stein geworfen, aber seine Hand versteckt hat...

Jedermann weiß, daß diese Angriffe mit der Hilfe der Lakaienregierungen Mittelamerikas und insbesondere Guatemalas vorbereitet wurden.

Ich werde von Präsident Kennedy verlangen, daß er die Piloten, die in Florida gelandet sind, den Vereinigten Nationen vorführt. Wenn Kennedy das nicht kann, so habe ich das Recht. den Präsidenten der Vereinigten Staaten einen Lügner zu nennen.

Die kubanische Revolution ist sozialistisch. Sie können es uns nicht verzeihen, daß wir vor der Nase der Vereinigten Staaten eine sozialistische Revolution gemacht haben. Aber diese sozialistische Revolution werden wir mit den Waffen verteidigen. Der Angriff der Söldner steht unmittelbar bevor und alle Bataillone der kubanischen Miliz haben ihre Stellungen bezogen.

Nach AFP v. 16. 4. 61

Offene Ermutigung der Rebellen

Adlai Stevenson, der amerikanische Chefdelegierte bei der UNO, mag die Wahrheit gesagt haben, wenn er abstritt, daß die Angriffe (die Luftangriffe vom 15. April) von den USA organisiert und finanziert waren — aber es ist anzunehmen, daß es doch so war. Es weiß niemand und wird wahrscheinlich niemals jemand wissen. Was jeder jedoch weiß, ist, daß die Vereinigten Staaten jene kubanischen Flüchtlinge offen ermutigt haben, die Castro mit Gewalt stürzen wollen, und daß die Regierung der USA, wenn die Anti-Castro-Kubaner eine bewaffnete Intervention in Kuba beginnen, zumindest teilweise daran Schuld ist... Es ist genau das gleiche Manöver, das Hitler in Österreich und Stalin in der Tschechoslowakei angewandt hat.

Manchester Guardin v. 17. 4. 61

Haus- und Grundbesitzer in Wartestellung ...

Nicht ohne Bitterkeit hat man in Havanna die Nachricht vernommen, daß sich in Miami ein Interessenverband kubanischer Haus- und Grundbesitzer gebildet habe. Tarara, die Luxussiedlung vor Havannas Toren, liegt heute wie ein mondänes Pompeji da; doch die wenigen Zurückgebliebenen oder die ausländischen Diplomaten, die in die verlassenen Häuser eingezogen sind, erhalten noch immer Anrufe der geflüchteten Besitzer aus Florida, in denen nach dem Zustand des Rasens, des swimming pools, des Cadillac gefragt wird und auch danach, wie lange sich die Regierung noch halten werde und wann wohl mit der Rückkehr zu rechnen sei...

Die Zeit für Aktionen drängt. Die kubanischen Exilpiloten sind Castro nur solange überlegen, bis dessen Piloten, die gegenwärtig in der Tschechoslowakei ausgebildet werden, nach Kuba zurückgekehrt sind. Auch ist nicht mit Sicherheit zu sagen, wieviel russische Jagdflugzeuge Castro zur Verfügung hat oder noch bekommen wird. Und aus einem zweiten Grund drängt der Revolutionsrat auf Eile. Erst wenn ein Landekopf geschaffen ist, der den Exilpolitikern das Betreten kubanischen Bodens und die Ausrufung einer Gegenregierung ermöglicht, kann auf diplomatische Anerkennung der einen oder anderen Regierung und damit auf materielle Unterstützung gerechnet werden. Die Anti-Castro-Kräfte im Ausland können erst nach der Etablierung einer Gegenregierung im Lande selbst von stillschweigend wohlwollender Duldung zu offener und legaler Unterstützung übergehen.

Frankfurter Allgemeine v. 17. 4. 61

Offene Unterstützung

Es ist auch kein Geheimnis, daß die amerikanische Regierung den Exil-Kubanern viele Monate lang schon mit Waffen, Ausbildung und Einrichtungen auf amerikanischem Boden und in Guatemala geholfen hat. Das ist allzu gut publiziert worden, um heute ignoriert zu werden. Gleichzeitig ist letzte Woche von Präsident Kennedy klar gemacht worden, und wurde wiederholt durch Mr. Rusk gestern, daß keine amerikanischen Truppen an einer Invasion teilnehmen oder teilnehmen werden. Wir haben den Exil-Kubanern geholfen und voraussichtlich werden wir ihnen weiter halfen, wenn es nötig ist, aber dies ist ein Konflikt, der von Kubanern auf kubanischem Boden ausgefochten werden muß.

New York Times (International Edition) v. 18. 4. 61

Ermunterung aus Washington

Präsident Kennedy konnte über die Pläne der Emigrantengruppen nicht im Unklaren sein, nachdem er vor seiner Amtsübernahme erklärt hatte, die amerikanische Regierung sollte sie unterstützen. Die Opposition konnte ihre Aktionen beginnen, nachdem sie von Washington amtlich dazu ermuntert wurde.

Le Monde v. 19. 4. 61

Besorgnis in London

Zwischen London und Washington sollen seit dem Beginn der sogenannten Invasion von Kuba zahlreiche Botschaften hin und her gegangen sein. Präsident Kennedys Haltung — Nichtintervention in Kuba unter beinahe offenkundiger Gewährung von Hilfe an die Insurgenten — soll einer Londoner Abendzeitung nach Macmillan stark beunruhigen. Es werde danach schwieriger und schwieriger werden, die Sowjets davon abzuhalten, weitere Lieferungen an die Pathet-Lao zu schicken, wenn Kennedy in Kuba ähnliches tut. Die Warnung Chrustschows an Kennedy, die einer eigentlichen Drohung gleichkommt, hat offensichtlich in London viel Eindruck gemacht.

Basler Nachrichten v. 19. 4. 61

Brasilien ist beunruhigt

Die Landung der Anti-Castro-Rebellen hat in Brasilien starke Unruhe ausgelöst. Nach den bisherigen hiesigen Informationen handelt es sich nur in zweiter Linie um eine von den Kubanern ausgehende, in erster Linie aber von den USA organisierte Aktion. Die Landungen haben das schlummernde antiamerikanische Ressentiment erweckt. Politische Kreise in Brasilien fürchten ein Aufflammen dieses Ressentiments in ganz Lateinamerika.

Der brasilianische Präsident Quadros hat offiziell seine Beunruhigung ausgedrückt. Er hat jede auswärtige Einmischung in die kubanische Souveränität mißbilligt.

Während einer Demonstration von 2000 Menschen vor dem amerikanischen Konsulat in Recife, der größten Stadt Nordbrasiliens, wurde Präsident Kennedy als „Imperialist" beschimpft. In Rio de Janeiro organisierten Studenten eine große Protestdemonstration vor der amerikanischen Botschaft.

Zu einer Hilfsaktion für Castro hat der Führer der linksradikalen Bauernbewegung in Brasilien, Juliao, aufgerufen. Angeblich sollen schon Tausende von Freiwilligen dem Aufruf gefolgt sein.

Die Welt v. 19. 4. 61

Die Verstrickung der USA

Aus dem Morast der Konfusion, die die Invasion Kubas und ihre internationalen Auswirkungen umgibt, ragen drei Felsen mit einiger Sicherheit heraus. Der erste ist, daß die Vereinigten Staaten, ob schuldig an der Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes oder nicht, es sich selbst gestattet haben, als schuldig angesehen zu werden. Die gegenwärtige Regierung hat kein Geheimnis aus ihrem Abscheu gegenüber Dr. Castro, ihrer Hoffnung auf seinen Sturz und ihrer Bereitschaft gemacht, diejenigen, die darauf bedacht waren, ihn zu stürzen, zu unterstützen, notfalls mit Waffengewalt. Niemand weiß, in welchem Maße die Vereinigten Staaten hinter der gegenwärtigen Invasion stecken. Aber es erscheint absolut klar, daß einigen Anti-Castro-Truppen (wenn auch nicht notwendigerweise jenen, die jetzt in die Kämpfe verwickelt sind) Kanonen und Übungsmöglichkeiten auf amerikanischem Boden gegeben wurden, und daß die Central Intelligence Agency in ihre Aktivität tief verstrickt ist.

Die Durchschnittsantwort des Amerikaners auf solche Vorwürfe ist, daß Dr. Castro ein kommunistisches Werkzeug geworden sei, und daß unter seiner Herrschaft Kuba ein Brückenkopf einer „der westlichen Hemisphäre fremden" Ideologie geworden sei. Dazu müssen zwei Dinge gesagt werden. Erstens, daß die Veröffentlichungen des State Department über Kuba, obgleich in einer fließenden und melodiösen Prosa geschrieben, die Skeptiker nicht allzusehr überzeugen. Die Behauptung, daß Dr. Castro ein kommunistischer Strohmann geworden sei, beruht vor allem auf der Aussage von Exilkubanern — deren beste Methode, in den USA Unterstützung zu finden, es ist, zu behaupten, daß das Regime, das sie schlecht behandelt habe, kommunistisch sei. Der zweite Einwand ist, daß

selbst, wenn Castro ein kommunistischer Strohmann geworden wäre, dies noch keine Rechtfertigung für den Versuch ist, ihn mit Gewalt zu beseitigen. Das Gerede von einer Ideologie „fremd der westlichen Hemisphäre" wird kein Eis in Asien oder Afrika und selbst nicht in Europa brechen. Niemand außerhalb der USA sieht in der Monroe-Doktrin etwas Sakrosanktes, so wenig wie die meisten Amerikaner etwas von Großbritanniens Ansprüchen auf einen Sonderstatus im Mittleren Osten für sakrosankt hielten.

Das zweite, was ziemlich gewiß ist, folgt aus dem ersten. Es ist das, daß die Invasion Kubas, zu Recht oder Unrecht, dem guten Namen der USA großen Schaden zugefügt hat; und daß, nachdem Präsident Kennedy es dummerweise erlaubt hat, schuldig zu erscheinen, er nun in entgegengesetzter Richtung wirken sollte, um zu beweisen, daß er es nicht ist. Er kann noch immer den Schaden an seiner eigenen Reputation und den an der seiner Nation reparieren, wenn er den Vereinten Nationen die volle Möglichkeit einer Untersuchung auf amerikanischem Boden zur Prüfung von Dr. Castros Beschuldigungen bietet, die gegenwärtige Invasion sei von den USA gestützt worden. Wenn er ein solches Angebot nicht macht, dann wird die Welt daraus unweigerlich schließen, daß er etwas schamvoll zu verbergen hat. Es ist aber möglich, daß innenpolitische Rücksichten ein derartiges Angebot unmöglich machen. In diesem Falle sollte die britische Regierung nicht zögern, ihm eine solche Untersuchung aufzudrängen, und den UN Möglichkeiten für Beobachter auf ihren eigenen Nachbar-Territorien anbieten. Zur Zeit der Suez-Krise haben die Vereinigten Staaten richtigerweise ihre Verpflichtung, Weltfrieden und internationale Gesetzlichkeit zu erhalten, über die unmittelbaren Interessen ihrer Alliierten gestellt. Wenn Großbritannien heute so handelt wie die USA damals, dann wird es den wirklichen Interessen der Allianz einen großen Dienst tun.

Schließlich ist drittens gewiß, daß ein Bürgerkrieg in Kuba sich leicht ausdehnen könnte, mit Mr. Chrustschows Worten „in eine Feuersbrunst, mit der man sich unmöglich messen könnte". Natürlich stimmt es, daß Mr. Chrustschow in der öffentlichen Erklärung, er beabsichtige Dr. Castro Hilfe zu schicken, eine allgemeine Feuersbrunst noch wahrscheinlicher gemacht hat. Aber wenn Dr. Castro um Hilfe bittet, dann kann er diese der allgemein als rechtmäßig anerkannten Regierung Kubas kaum abschlagen. Die Sowjetregierung muß sich über die damit verbundenen Risiken im klaren sein; aber Mr. Chrustschow hat erst vor so kurzer Zeit versprochen, die kubanische Revolution vor amerikanischer Intervention zu schützen, daß er kaum einen Rückzieher machen könnte, ohne in schwerwiegender Weise das Gesicht zu verlieren. Dies ist der gefährlichste Aspekt der Lage. Ein Bürgerkrieg in Kuba, mit zwei rivalisierenden Armeen, jede gestützt von einer der beiden Großmächte, könnte für die 60er Jahre werden, was der spanische Bürgerkrieg für die 30er Jahre war. Das muß unter allen Umständen verhindert werden. Kuba muß irgendwie gegen Intervention von außen abgeriegelt werden, wenn möglich durch ein Nichteinmischungs-Komitee der Vereinten Nationen. Dahin sollten die Bemühungen Großbritanniens gehen.

Manchester Guardin Weekly v. 20. 4. 61

Nehru zur Invasion Kubas

Der indische Premierminister Nehru äußerte sich am Donnerstag vor dem Oberhaus zur Invasion Kubas und bemerkte, er zweifle daran, daß sie ohne die Ermunterung und die Hilfe „öffentlicher und privater" Behörden in den Vereinigten Staaten hätte durchgeführt werden können. Man stehe vor einem „Fall von Einmischung". Er begrüße die Erklärung Präsident Kennedys, wonach die Vereinigten Staaten auf Kuba keine bewaffnete Intervention planten; doch finde er es „etwas schwierig", einen Unterschied zwischen einer solchen Einmischung und der Lieferung von Waffen an die Exilkubaner zu machen, die gleichzeitig ermuntert worden seien, Kuba anzugreifen.

Nehru fuhr fort, das Kubaproblem habe durch die neue Entwicklung weltweite Bedeutung erlangt. Die Entwicklung auf Kuba habe die Lage in Laos weiter erschwert, und zwar zu einem Zeitpunkt, da eine Lösung der loatischen Krise in Sicht gewesen sei. Kuba sei ein gefährlicher Präzedenzfall geworden, der den internationalen Beziehungen großen Schaden zugefügt habe. Die Lage sei besonders ernst geworden, als die beiden Großmächte Erklärungen abgaben, die Drohungen enthielten. Es sei unvermeidlich geworden, daß das Prestige dieser Mächte auf dem Spiel stehe.

Neue Zürcher Zeitung v. 22. 4. 61

Das amerikanische Fiasko

Kuba hat man weithin mit Suez verglichen. Dieser Vergleich mag einige von Mr. Kennedys Beratern nicht erschrecken, die Suez damals und seither unterstützt haben; er würde sicherlich vom Präsidenten selbst zurückgewiesen werden. Er ist überzeugt (wie beinahe alle Amerikaner), daß Castro jetzt die Puppe einer skrupellosen kommunistischen Minderheit ist, die fest gewillt ist, Kuba im Herzen der amerikanischen Hemisphäre zu einem russischen Satelliten zu machen. Auch er glaubt, daß die Rebellen, die gegen Castro gekämpft haben, durch und durch Demokraten sind, die die Unterstützung der Vereinigten Staaten verdienen.

Es ist daher ein Teil von Präsident Kennedys Idealismus, wie seine Reden zeigen, daß er sich selbst als Führer der Freiheitskräfte überall in der Welt betrachtet. Für ihn sind die Amerikaner noch die Vorkämpfer der Freiheit, die es „den Kommunisten erlaubt haben, uns von unserem rechtmäßigen Platz an der Spitze dieser weltweiten Revolution zu verdrängen."

Die Schwierigkeit mit diesem Bild ist, daß es außerhalb der Vereinigten Staaten kaum von jemandem anerkannt werden kann. Für die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sind die USA keine revolutionäre Macht, sondern — obgleich die Amerikaner das niemals glauben können — die größte und mächtigste Vervollständigung des westlichen Imperialismus. Für sie ist Castro kein kommunistischer Diktator, sondern der heldenhafte Führer eines unterdrückten Volkes oder (schlimmstenfalls) ein ziemlich bedrängter Mann, der wegen der amerikanischen Feindseligkeit gezwungen ist, sich auf russische Hilfe zu verlassen. In ihren Augen mag Kuba ein russischer Alliierter sein, aber es ist sicherlich kein russischer Satellit oder eine militärische Gefahr für die Vereinigten Staaten.

Die lateinamerikanischen Völker im besonderen müssen die ganze Angelegenheit als eine typische Einmischung der USA in ihre inneren Angelegenheiten ansehen. Präsident Kennedy begann in bewundernswerter Weise mit seiner Politik der wirtschaftlichen Hilfe an Lateinamerika, aber wenn er ernsthaft glaubt, daß er schon in ein paar Wochen die traurigen Erinnerungen eines halben Jahrhunderts zerstreut habe, dann muß e schlecht beraten gewesen sein. Er hat sich selbst einfach nicht genügend Zeit gelassen, um die Unterstützung und das Verständnis der Lateinamerikaner zu gewinnen, deren erwachendes Vertrauen nun durch diesen neuerlichen Beweis des „Yanqui-Imperialismus" erschüttert worden ist.

Aber selbst wenn Präsident Kennedys Lagebeurteilung richtig wäre oder als richtig angesehen würde, es wäre noch immer zweifelhaft, ob seine Taktik richtig war. Zugegeben, es ist für den Westen ein außerordentlich schwieriges Problem, den kommunistischen Methoden der Infiltration und indirekten Aggression ohne Krieg zu begegnen. Man mag argumentieren, und vielleicht argumentieren einige von Präsident Kennedys Beratern so, daß die USA völlig berechtigt sind, Moskaus offizielle Interpretation der friedlichen Koexistenz zu übernehmen und auf dieselbe Art auszuspielen. Wenn Rußland „Befreiungskriege" unterstützen kann, warum dann nicht die USA? Wenn Rußland die Kommunisten in Laos durch die Vietminh versorgen kann, warum sollten dann die USA nicht die Demokraten Kubas durch Guatemala unterstützen lassen?

Doch diese gefährlichen Taktiken ignorieren die langfristigen diplomatischen Interessen des Westens, den internationalen Aufbau von Gesetz und Ordnung. Das Ziel sollte nicht sein, Mr. Chrustschows Spiel zu spielen, sondern ihn zu zwingen, die neuen Regeln anzuerkennen. Wie kann der Westen je die Welt mit einem Protest gegen russische Militärhilfe für die Kommunisten in Laos, oder vielleicht demnächst in Iran, überzeugen, wenn die USA offen die Invasoren von Kuba ausrüsten? Es ist auch geographisch kurzsichtig, weil Amerika ein Inselkontinent mit sehr wenigen Kubas in der Nähe ist, während Rußland und China beide eine Menge von Nachbarn haben, die einer Infiltration dieser Art nur allzu offen stehen.

Laos, der Kongo und auch Kuba lassen erkennen, was durch seine letzte herausfordernde Rede unterstrichen wird — daß Präsident Kennedy noch eine ganze Menge lernen muß über die Grenzen, die amerikanischer Macht in der Welt von heute gesetzt sind. Jene Kraft ist noch ungeheuer groß, wenn sie durch die Vereinten Nationen mit der Unterstützung der Neutralen ausgeübt wird; aber sie kann nicht gebracht werden, um anderen Nationen einen amerikanischen Antikommunismus aufzudrücken.

Mr. Allen Dulles' Central Intelligence Agency ist nicht und kann auch nicht ein Rivale der Komintern sein. Wenn Präsident Kennedy die Unterstützung der neutralen Nationen von Asien, Afrika und Lateinamerika gewinnen will, dann muß er diesen erst beweisen, daß die USA ihren Wunsch, ihre eigenen Angelegenheiten auf eigene Weise zu behandeln, aufrichtiger anerkennt als dies die Sowjetunion tut.

Observer v. 23. 4. 61

Die Kuba-Hysterie in Washington

Was das ein Durcheinander am Wochenende! Präsident Kennedy suchte gestern General Eisenhower zu einer Schau nationaler Einigkeit nach der Kuba-Affäre auf. Mr. Chrustschow schickte eine weitere Warnung; der Nationale Sicherheitsrat hat getagt; und Vorbereitung für einen drei-dimensionalen Krieg gegen den Kommunismus werden getroffen. Die „Washington Post" sagt eine Zeit der Gewalt voraus. Dr. Castro, der kubanische Premierminister, ist als die ernsthafteste Bedrohung der Sicherheit der Vereinigten Staaten seit dem sowjetisch-deutschen Pakt bezeichnet worden . . .

Das Weiße Haus sandte einige hundert Telegramme heraus und Briefe von patriotischen Bürgern gingen ein, die sich freiwillig zur Marine meldeten für den Fall, daß diese gegen die „Dagos" losschlage. Es herrschte dort eine Atmosphäre der Spannung und der Zweckveranstaltungen. Man muß sich ständig daran erinnern, daß nicht etwa die Truppen der USA eine Niederlage erlitten haben oder die Nation bedroht ist, sondern daß lediglich die Regierung bei der nicht allzu diskreten Unterstützung eines erfolglosen Versuches erwischt wurde, die Regierung eines Nachbarlandes zu stürzen . . .

Es gab auch warnende Worte gegen überstürzte Aktionen. Eine Meinungsumfrage unter den Mitgliedern der amerikanischen Gesellschaft der Zeitungsredakteure zeigte, daß diese einflußreichen Männer jetzt mit zwei zu eins gegen eine Intervention in Kuba sind. Aber es ist klar, daß Präsident Kennedy sich den Sturz Dr. Castro's ebenso vorgenommen hat, wie damals Sir Anthony Eden die Entmachtung Oberst Nasser's.

Dieser Vorsatz scheint die Unterstützung des Landes gewonnen zu haben, was seinem liberalen Gesetzgebungsprogramm auffälligerweise nicht gelang. Einige hundert unerschrockene Leute demonstrierten gestern vor dem Weißen Haus gegen eine Einmischung auf Kuba, doch darf der Präsident jetzt das Gefühl haben, daß sich das Land hinter ihm vereinigt hat. Dies ist das Geringste, was die „Fummelei" der Central Intelligence Agency erreicht hat.

Die C.I.A. soll garnicht dementsprechend belohnt werden. Ihre Dummheiten werden jetzt bekanntgegeben und ihre Agenten erwiesen sich als nicht so allwissend wie Fernsehprogramme, die ihre Tätigkeit dramatisieren, glauben machen möchten. Neben ihrer traurigen Fehleinschätzung der Lage in Kuba scheinen sie sich gespalten und die aufrührerische Bewegung durch Bevorzugung der konservativen Elemente geschwächt zu haben.

Die Agency soll überprüft und zweifellos reorganisiert werden, aber nicht mit der Absicht, ihre Dolch-unter-dem-Mantel-Leute auszuscheiden. Stattdessen wurde General Maxwell Taylor vom Lincoln-Institut für bildende Künste, dessen Präsident er ist, beurlaubt, um die para-militärische, Guerilla- und sonstige un-konventionelle Kriegsführung zu überprüfen . . .

Mr. Pierre Salinger, der Pressesekretär des Weißen Hauses, sagte, General Taylor habe absolute Vollmacht, alle Institutionen zu untersuchen, die sich mit un-konventionellen und Guerilla-Aktivitäten befassen. Der Präsident sei der Auffassung, eine derartige Überprüfung sei zum jetzigen Zeitpunkt notwendig, sagte Mr. Salinger, und erinnerte an Kennedy's Rede vom vergangenen Donnerstag vor der Amerikanischen Gesellschaft der Chefredakteure. Präsident Kennedy sagte in dieser Rede, man habe sich zu sehr nur mit den tradionellen militärischen Notwendigkeiten beschäftigt. Er beabsichtige, die Truppen aller Waffengattungen zu überprüfen und umzuorganisieren und „unsere Anstrengungen zu verstärken für einen Kampf, der in vieler Hinsicht schwieriger ist als Krieg". Auf seiner Presse-Konferenz am Freitag sagte er, daß neue Mittel und Wege gefunden werden müßten, um der kommunistischen Infiltration und Subversion zu begegnen.

Bei der Armee bestünden schon Pläne für die Gründung einer Schule in der Panama-Kanal-Zone, wo Latein-Amerikaner in Guerilla- und Anti-Guerilla-Taktik, in Spionage

und Gegenspionage sowie in psychologischer Kriegsführung geschult werden sollen. Besondere Operationseinheiten sind in Okinawa und West-Deutschland stationiert. Andere werden noch ausgebildet.

Wenn der nukleare und der konventionelle Krieg zwei verschiedene Dimensionen des Krieges sind, dann ist eine dritte Dimension, der un-konventionelle Krieg, jetzt geschaffen worden. Die Intelligenz der neuen Männer im Weißen Haus ist nicht nur dem Sturz Dr. Castro's mit ‚fairen' schlechten Mitteln gewidmet, sondern auch künftigen Gefechten mit dem Pathet Lao, mit den nordvietnamesischen Kadern in Laos und Süd-Vietnam und wahrscheinlich überall da, wo man entscheidet, daß Subversion und Guerilla-Kriegführung nutzbringend gegen den Kommunismus eingesetzt werden können.

Es gab keine Konsultationen mit den Alliierten; tatsächlich haben Berichte des britischen Geheimdienstes darauf hingewiesen, daß die Landungen in Kuba keineswegs zu einer Revolte führen würden. Sie wurden ungelesen von Präsident Kennedy verworfen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist Präsident Kennedy weder bereit, Vorschläge anzuhören, die die Vereinigten Staaten in anderen Gebieten einen Gegenputsch machen sowjetischen Premierministers wurde in der letzten Nacht vom State Departement als polemisch und eine Verzerrung der Grundkonzepte der Menschenrechte verworfen.

Dieser Brief war bemerkenswert frei von Drohungen, obwohl Mr. Chrustschows Vorlesung über internationale Ethik verbittern mußte. Indem er die bewaffnete Intervention in Kuba für verwerflich erklärt, sagte er, daß die Sowjetunion keine Basen in Kuba gesucht habe, und wies darauf hin, wie sehr die Sowjetunion von amerikanischen Stützpunkten eingeschlossen sei. Wenn die USA sich zu einer Aktion gegen Kuba berechtigt glaubten, dann müsse Präsident Kennedy zugeben, daß andere Länder auch so handeln könnten, im Hinblick auf Staaten, auf deren Territorium Vorbereitungen getroffen würden, die die Sicherheit der Sowjetunion bedrohten.

Times v. 24. 4. 61

„Diese Handlung können wir nicht verzeihen!"

Vor einigen Monaten wurde Premierminister Fidel Castro lächerlich gemacht, weil er mit Nachdruck behauptete, Kuba werde von einer militärischen Invasion unmittelbar bedroht. In dieser Woche kam es zu dieser Invasion. Die Insel, mit ihren sechseinhalb Millionen Einwohnern, wurde zum Schauplatz eines blutigen Kampfes.

Offiziell bestreiten unsere Regierungssprecher jede Beteiligung an der Invasion. Keine amerikanischen Truppen seien in sie verwickelt noch seien die Eindringlinge direkt von amerikanischem Boden gestartet, sagen sie. Inoffiziell ist weitherum berichtet worden, die Invasionstruppen seien in den USA und anderswo beherbergt, ermutigt, trainiert, finanziert und bewaffnet worden. Wenn dem nicht so ist, dann ist unsere verantwortliche Presse eine Maschinerie von Falschmeldungen.

Amerikaner haben zu Recht die Sowjetunion wegen ihrer aggressiven Einmischung in die Angelegenheiten Ungarns verurteilt. Wie können wir die gegen ihre eigenen Gesetze und Vertragsverpflichtungen verstoßende Teilnahme der Vereinigten Staaten an der vorsätzlichen Subversion gegen die kubanische Regierung verzeihen?

Die Vereinigten Staaten haben die Castro-Regierung beschuldigt, sie habe Kuba zu einem Vorposten des Kommunismus in der karibischen See gemacht. Aber wer kann heute sagen, in welchem Ausmaß Handlungen der wirtschaftlichen Feindseligkeit und der politischen Vergeltung die Castro-Regierung veranlaßt haben, sich an die Kommunisten um Hilfe zu wenden?

Was auch immer man jetzt über Fidel Castro und sein Regime denken mag, teilen Sie nicht mit uns das tiefe Gefühl der Scham über eine solche Politik, wie sie unsere Regierung ausgeführt hat und noch ausführt?

Wir können sie nicht verzeihen.

Sie hat bereits zum Tod von Kubanern auf beiden Seiten geführt. Sie kostet uns viel Prestige in der ganzen Welt. Sie erzeugt Bitterkeit in den lateinamerikanischen Ländern, die uns auf Jahre hinaus belasten wird. Sie könnte zu einem grausamen und verzweifelten Bürgerkrieg führen, der sogar der Anfang eines dritten Weltkrieges sein könnte.

Wir fordern unsere Regierung zu einer unverzüglichen Umkehrung ihrer Politik auf. Wir ersuchen sie damit, eine Politik aufzugeben, die noch unpolitisch und unmoralisch wäre, auch wenn ihr der Schein der Legalität gegeben werden könnte. Wir bitten, daß die

Beamten unserer Regierung energisch unsere eigenen Gesetze durchsetzen, die zu erhalten sie geschworen haben, gegen die organisierte Subversion, und daß sie die heilenden Kräfte der Vermittlung und der Versöhnung erwecken und ihnen folgen.

Wenn die Menschen überleben und glücklich sein sollen, dann muß der tödliche Kreislauf von Gewalt und Gegengewalt irgendwie gestoppt werden. Diesen Kreis zu durchbrechen gibt es keinen besseren Platz, keine günstigere Gelegenheit als hier und jetzt in Kuba.

Wir rufen Sie auf, dieses Ersuchen zu unterstützen.

The Fellowship of Reconciliation (Versöhnungs-Bund)

Diesem Aufruf, der am 25. April in der „New York Times" erschien, haben sich zahlreiche bekannte Persönlichkeiten des amerikanischen öffentlichen Lebens angeschlossen, unter anderem:
Erich Fromm, C. Wright Mills, I. F. Stone, Norman Thomas.

Kennedys nächster Schritt schicksalhaft

Zum ersten Male in seinem Leben hat John F. Kennedy eine öffentliche Niederlage hinnehmen müssen. Er hat sich in seinen 43 Jahren Krankheit und sogar Tod gegenüber gesehen, eine Niederlage aber ist für ihn etwas Neues. Und Kuba war eine plumpe und demütigende Niederlage, was die Sache nur schlimmer macht.

Wie er darauf reagiert, mag sehr wohl entscheidender sein, als wie er in sie hineingeraten ist. Denn das wird ein kritischer Test des Charakters und der Perspektive des neuen Präsidenten und der glänzenden jungen Männer sein, die er zum Gipfel amerikanischer politischer Macht gebracht hat.

Die Versuchung zurückzuschlagen und mit Kuba „ins Reine" zu kommen, ist sehr groß. Die natürliche Reaktion eines Politikers auf eine dramatische Niederlage ist der Versuch, sobald wie möglich wieder einen dramatischen Sieg zu erringen. Der Präsident hat die Macht dazu. Kein Zweifel, das stolze Bewußtsein des Landes würde bei einer Landung der „Marines" (Marine-Infanterie) auf Kuba hinter ihm stehen. Es kann auch keinen Zweifel darüber geben, daß der frühere Präsident Eisenhower, der die Qual, unter verzweifelt-verwegenen Maßnahmen zu wählen, kennt, ihn unterstützen würde.

Der frühere Vizepräsident Richard M. Nixon soll öffentlich gesagt haben, er würde dem zustimmen, selbst wenn es bedeuten würde, amerikanische Streitkräfte an die Küsten Kubas zu bringen. Einige der nächsten Berater des Präsidenten, die tief verwickelt sind in die Niederlage, sind eifrig darauf bedacht, die Verluste der vergangenen Tage wettzumachen.

Dies ist, nichtsdestoweniger, kein Augenblick für vorschnelles Handeln, sondern für sorgfältigere Überlegungen und Planungen, als sie auf die ursprüngliche Entscheidung verwandt worden sind, den kubanischen Flüchtlingen zu erlauben, das Prestige der Vereinigten Staaten zu gefährden.

Kuba ist im Augenblick keine Gefahr für die Vereinigten Staaten. Selbst wenn es die 150 kommunistischen MIG-Jagdflugzeuge und die kubanischen Piloten, die jetzt in der Tschechoslowakei ausgebildet werden, bekommt — die Furcht davor spielte eine wichtige Rolle bei der Entscheidung, das Abenteuer dieser Woche beginnen — so ist das keine ernsthafte Bedrohung für die Sicherheit der Republik ...

Schließlich stellt allein das Vorhandensein einer militärischen Macht in einem schwachen Land nicht notwendigerweise eine Bedrohung für ein starkes Land dar. Die Türkei zum Beispiel hat von den USA bei weitem stärkere militärische Machtmittel erhalten als Castro sich jemals erträumte, von den Russen zu erhalten. Diese amerikanische Militärhilfe, die sogar Raketenwaffen mit nuklearen Sprengköpfen einschließt, befindet sich schon seit langem in der Türkei; wenn die Russen dadurch auch beunruhigt worden sind, so fühlten sie sich doch nicht genötigt, ihre Macht zu einer Invasion der Türkei einzusetzen.

Alles hängt davon ab, wie Präsident Kennedy die Dinge sieht. Er kann sie unter persönlichen und politischen Gesichtspunkten betrachten und sich darauf konzentrieren, die Fehlschläge der letzten Wochen durch Landung von zwei oder drei Divisionen auf Kuba wettzumachen. Mit anderen Worten: er kann die unmittelbare Situation allen anderen

weltweiten sozialen und wirtschaftlichen Programmen voranstellen, die in den Vordergrund zu rücken er gerade so eifrig bemüht war.

Auf der anderen Seite kann er die Weltlage unter weiteren Gesichtspunkten betrachten, die Weltlage, die jetzt durch die Ereignisse in Laos und die plötzliche Rebellion der französischen Armee in Algerien so sehr verdüstert ist.

Er kann versuchen, den sozialen und wirtschaftlichen Problemen auf Kuba mit militärischen Mitteln zu begegnen und damit das ganze inter-amerikanische System der Vereinten Nationen aufs Spiel setzen.

Aber es hängt schließlich alles an seiner persönlichen Entscheidung.

Er hat die Macht, unter historischen und weltweiten Gesichtspunkten zu handeln oder unter Gesichtspunkten der unmittelbaren begrenzten Probleme der kubanischen Krise. Beide Entscheidungen sind voller Risiken ...

Kurz gesagt, Mr. Kennedy steht jetzt nicht nur Castro und Chrustschow gegenüber, sondern im Angesicht der Entwicklung und Bedeutung der amerikanischen Geschichte; wie er in dieser Lage handelt, wird viel über die Art von Führerschaft aussagen, die er für die Vereinigten Staaten und die freie Welt im Sinne hat.

James Reston in der „New York Times" v. 25. 4. 61

Bauern im Schachspiel ...

Der Führer der kubanischen Flüchtlinge, Josè Miro Cardona, erfuhr von den Landungen erst durch den Rundfunk, und während die Zeitungen über seine Rolle als geistiger Leiter des Aufstandes berichteten, ja in seinem Namen Aufrufe, die er nie gesehen hatte, in die Welt aussandten, befanden Cordona und seine näheren Mitarbeiter sich in einem Zimmer in Miami (Florida) unter strenger Bewachung durch Beamte des Geheimdienstes. Erst auf ihre Beschwerde hin wurden sie nach Washington bestellt.

Was Kennedy dort mit ihnen besprach, war nicht etwa ein Plan der künftigen Beziehungen zwischen Amerika und Kuba und auch kein Aktionsprogramm der Aufständischen, sondern eine protokollarische Entschuldigung für das Verhalten der amerikanischen Polizei und der höchsten Ratgeber Kennedys in lateinamerikanischen Angelegenheiten. Die Freiheitskämpfer, die der Öffentlichkeit als leuchtende Vorbilder republikanischen Geistes hingestellt wurden, und mit deren heiliger Sache Stevenson sich im Namen des amerikanischen Volkes identifizierte, wurden in Washington als Bauern im Schachspiel behandelt.

Deutsche Zeitung v. 27. 4. 61

Washington diskutiert totales Embargo gegen Kuba

Der Pressesekretär des Weißen Hauses, Pierre Salinger, gab heute bekannt, daß Präsident Kennedy die Verhängung eines totalen Embargos gegen Kuba erwäge. Er bespreche die Nützlichkeit eines solchen Schrittes schon seit einiger Zeit mit seinen Beratern, doch sei ein Beschluß noch nicht gefaßt worden.

Ein wirtschaftliches Embargo gegen Kuba würde allerdings nicht mehr viel an der gegenwärtigen Sachlage ändern. Bereits im letzten Herbst sind alle amerikanischen Exporte nach Kuba eingestellt worden.

Die Tat v. 27. 4. 61

Kubas Präsident wünscht Verhandlungen mit Washington

Wie Radio Havanna mitteilte, hat Staatspräsident Dorticos in einer Erklärung die Bereitschaft Kubas zum Ausdruck gebracht, zur Überwindung der Spannungen zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten Verhandlungen irgendwelcher Art aufzunehmen. Der Präsident betonte jedoch, daß das kubanische Volk im Falle eines amerikanischen Angriffes bereit sei, „bis zum letzten Blutstropfen" zu kämpfen. Dorticos überreichte die Erklärung den in Havanna akkreditierten Diplomaten und ersuchte sie, den Inhalt ihren Regierungen zur Kenntnis zu bringen.

Basler Nachrichten v. 28. 4. 61

USA-Absage an Kuba

Da USA-Außenministerium hat am Freitag zu dem Verhandlungsangebot des kubanischen Staatspräsidenten Dorticos erklärt, Kommunismus in der westlichen Hemisphäre

sei kein Verhandlungsthema. Dorticos hatte vor Diplomaten in Havanna auf die kubanische Bereitschaft hingewiesen, mit den USA auf diplomatischem Wege über eine friedliche Lösung der Differenzen zu verhandeln. Vielleicht sei es möglich, dann auch die gegenseitigen diplomatischen Beziehungen wieder aufzunehmen. Gleichzeitig beschuldigte der Präsident jedoch — wie übrigens am selben Tage auch Moskau — die USA, einen neuen direkten Angriff auf Kuba zu planen. Diese Anschuldigung wies der Sprecher des State Department als „billige Propaganda" zurück. Die im Karibischen Meer operierenden USA-Kriegsschiffe seien an Routinemanövern beteiligt.

Rheinische Post v. 29. 4. 61

Die Amerikaner auf Kuba

Am Sonntag wurde in Washington offiziell bekanntgegeben, die amerikanische Regierung habe allen Amerikanern auf Kuba geraten, die Insel zu verlassen. Ein Sprecher des Staatsdepartements teilte in diesem Zusammenhang mit, die schweizerische Botschaft in Havanna, die seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Regierung Fidel Castros die amerikanischen Interessen in Kuba vertritt, habe an alle in Kuba wohnenden amerikanischen Staatsangehörigen einen persönlichen Brief gesandt, in welchem ihnen nahegelegt werde, sie sollten die Insel verlassen, und ihnen die zu diesem Zwecke nötigen Erleichterungen zugesichert werden.

Neue Zürcher Zeitung v. 2. 5. 61

Dokumente zum Zeitgeschehen

Chrustschow über die Deutschland-Frage

Vorbemerkung: Der bekannte amerikanische Publizist Walter Lippmann berichtete in der „New York Herald Tribune" über das Interview, das Ministerpräsident Chrustschow ihm kürzlich in seinem Urlaubsort Sotschi gab. Wir drucken im folgenden die Ausführungen Lippmanns über die Deutschland-Frage ab. D. Red.

Es war für mich am Ende des langen Gespräches klar, daß für Chrustschow Deutschland eine Schlüsselfrage bedeutet. Ich versuchte zunächst herauszubekommen, warum nach seiner Meinung das deutsche Problem so dringend ist. Deshalb fragte ich ihn, ob ein stillschweigendes Stillhalte-Abkommen für fünf oder zehn Jahre nicht wünschenswert wäre, wenn ein Übereinkommen schon nicht zu erzielen wäre. Er sagte, daß dies unmöglich wäre. Warum? Nach Chrustschows Meinung muß eine deutsche Lösung gefunden werden, bevor „die Hitler-Generale mit ihren 12 NATO-Divisionen" Atomwaffen von Frankreich und den Vereinigten Staaten erhalten. Bevor dies geschehe, müßte ein Friedensvertrag geschlossen werden, der die Grenzen mit Polen und der Tschechoslowakei festlegt und die Existenz des ostdeutschen Staates stabilisiert. Andernfalls würde Westdeutschland die NATO in einen Krieg um der Wiedervereinigung Deutschlands und der Wiederherstellung der alten Ostgrenzen willen hineinziehen.

Die Atombewaffnung

Chrustschows Gefühl von der Dringlichkeit der Probleme entspringt zwei Gedankengängen: Erstens der Notwendigkeit, das kommunistische Ostdeutschland zu festigen, und zweitens, dies zu tun, bevor Westdeutschland wiederbewaffnet ist. Verschiedene Male sagte er, daß er die deutsche Frage sehr rasch zur Entscheidung bringen möchte . . .

Drei Phasen

Mein Haupteindruck war, daß Chrustschow fest entschlossen ist, die deutsche Frage nicht aus dem Gespräch kommen zu lassen. Aber es war gleichzeitig offensichtlich, daß er neue Spannungen fürchtet — er bezog sich mehrere Male darauf, daß er ständig Verhandlungen vorgeschlagen habe, die einen Aufschub und eine Beilegung der Streitigkeiten ausarbeiten sollten. Aus unseren Gesprächen ließ sich heraushören, daß er sich eine Lösung des Problems in drei Phasen vorstellt.

Erstens hält er eine reale Lösung für möglich. Er hat jedoch nicht die Hoffnung, daß sie der Westen im Augenblick akzeptieren wird. Seine These ist also folgende: Die beiden Teile Deutschlands können nicht wiedervereinigt werden. Der Westen würde kein wiedervereinigtes kommunistisches Deutschland zulassen und die Sowjetunion würde nicht zustimmen, daß die sogenannte Deutsche Demokratische Republik von Westdeutschland aufgesaugt und aufgelöst würde. Es gibt in der Tat zwei deutsche Staaten. Um die deutsche Lösung voranzutreiben, muß man daher den Status quo kodifizieren in der Form eines Friedensvertrages mit — wie Chrustschow es nennt — den drei deutschen Bestandteilen. Diese drei Bestandteile sind Westdeutschland, Ostdeutschland und Westberlin.

Diese Kodifizierung würde die De-facto-, jedoch nicht die diplomatische Anerkennung der DDR voraussetzen. Sie würde durch einen internationalen Status der Stellung Westberlins als eine „Freie Stadt" fixiert werden, deren Rechte des unbehinderten Zugangs und ihrer inneren Freiheit durch die Anwesenheit eines „symbolischen Kontingents" von französischen, amerikanischen und russischen sowie durch neutrale Truppen unter dem Schutz der UNO und die Unterschriften beider Staaten garantiert würden.

Noch keine Lösung

Wie ich bereits sagte, erwartet Chrustschow heute noch keine Lösung. Er hat daher eine zweite Position bezogen, die er eine „zurückgezogene Position" nennt. Dieser Standpunkt wurde von den Sowjets auch auf der letzten Konferenz der Außenminister vertreten. Man könnte ihn ein vorübergehendes Abkommen nennen. In russischer Sicht (jedoch nicht nach unserer Ansicht) würde dieses vorübergehende Abkommen über einen kurzen vorher festgelegten Zeitraum von zwei oder drei Jahren dauern.

Während dieser Zeit würden die beiden deutschen Staaten aufgefordert werden, über eine Möglichkeit der Wiedervereinigung zu verhandeln; vielleicht verbleibt es — wie er in diesem Gespräch nicht so genau festlegte — bei einer Art von loser Konföderation. Am Ende dieses festgelegten Zeitraumes schließlich würde dieses Übereinkommen in einen Vertrag umgewandelt werden, wenn eine neue Übereinkunft über Westberlin erreicht worden wäre. Wenn kein solches Übereinkommen erreicht werden könnte, würden die Besatzungsrechte erlöschen.

Diese Lösung der deutschen Frage wurde, wie wir wissen, vom Westen nicht akzeptiert; aber wenn es zu einer neuen Verhandlungsrunde kommen sollte, könnten Varianten davon Grundlagen zu neuen Verhandlungen sein.

Eine neue Berlin-Blockade?

Wenn auch diese zu keinem Ziele führen würden, will Chrustschow eine dritte Position beziehen, in der er einen separaten Friedensvertrag mit Ostdeutschland unterzeichnet. Dann würde die DDR nach sowjetischer Auffassung souverän sein und die Rechte über einen Zugang nach Westberlin besitzen. Wenn westliche Streitkräfte sich weigern würden, mit der DDR zu verhandeln, und Gewalt anwenden würden, um nach Westberlin zu kommen, dann würde Moskau mit der Roten Armee eine neue Berlin-Blockade aufrichten.

Obgleich es verwegen sein würde, diese Feststellungen zu unterschätzen, ist diese Drohung nicht so gefährlich, wie sie klingt. Ganz gewiß wünscht er keine militärischen Auseinandersetzungen, und mit der DDR „verhandeln", ist ein dehnbarer und kein starrer Begriff.

Ich habe mich darauf beschränkt, genau das zu berichten, wie ich die sowjetische Politik verstanden habe. Wenn ich daraus einige Schlüsse ziehe, würde ich folgendes feststellen:

- Chrustschow will keine Krise heraufbeschwören, ehe er nicht die Gelegenheit hat, sich mit Präsident Kennedy persönlich zu treffen.

- Er wird sicherlich einen separaten Friedensvertrag unterzeichnen, wenn er keinen vorübergehenden Vergleich in Verhandlungen herbeiführen kann, wie es unter der „zweiten Position" beschrieben wurde.
- Die kritischen Punkte, die darüber entscheiden, ob die deutsche Frage durch Verhandlungen zu lösen ist oder zu einer Auseinandersetzung drängt, sind, ob die Aussicht auf eine deutsche Atombewaffnung wächst oder ob sie sich verringert und ob die Freiheit Westberlins, für die wir uns verbürgt haben, erhalten bleiben kann durch Verhandlungsverzicht in der Zukunft.

Nüchterner Eindruck

Ich bin verschiedentlich nach meiner Rückkehr aus der Sowjetunion gefragt worden, ob ich das ganze Interview ermutigend oder deprimierend fand. Ich fand es eher nüchtern. Einerseits war der Augenschein überzeugend, daß die Sowjetunion nicht einen Krieg als der Weisheit letzten Schluß ansieht und darauf bedacht ist, jegliche Krisen zu vermeiden, sei es in Laos, Kuba oder Deutschland. Andererseits gibt es keinen Zweifel, daß die Sowjetregierung unnachgiebig die revolutionären Bewegungen in den unterentwickelten Ländern fördert. Diese unnachgiebige Entschlossenheit entspringt dem Glauben an die Bejahung des Kommunismus in den unterentwickelten Ländern. Die sowjetische Regierung hat ein großes Selbstvertrauen in ihre eigene militärische Stärke. Aber sie betrachtet sie nicht als ein Instrument der Welteroberung, sondern als einen Wächter in ihrem Konflikt mit den Amerikanern.

Nach: Kölnische Rundschau v. 20. 4. 61

Gefährlicher Berlin-Status

Die logische Folgerung aus Adenauers Ablehnung jeder Form von „Disengagement" besteht darin, daß der gegenwärtige Status von Berlin ein Ende haben muß. Der gegenwärtige Status von Berlin hat nur dann einen Sinn, wenn man annimmt, daß Berlin eines Tages wieder die Hauptstadt eines vereinigten Deutschland sein wird. Aber wenn jedes „Disengagement" ausgeschlossen wird, wird es niemals ein wiedervereinigtes Deutschland geben. In diesem Fall ist der heutige Status von Berlin sinnlos und in zunehmendem Maße eine gefährliche Bedrohung des Friedens.

The Guardian v. 14. 4. 61

Für Überprüfung der amerikanischen Deutschland-Politik

In Anwesenheit des NATO-Beraters Präsident Kennedys, Dean Acheson, forderte der Leiter des Studienzentrums für amerikanische Außen- und Militärpolitik an der Universität Chikago am Wochenende in Bologna vor einem internationalen Publikum die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Der Gelehrte Hans J. Morgenthau sagte, die Bundesrepublik Deutschland habe wieder wirtschaftlich und politisch den Rang einer Großmacht erlangt. Damit sei aber auch — als Auswirkung der Furcht — die Reibung mit Osteuropa gewachsen. Dadurch werde die Wiedervereinigung Deutschlands erschwert. Es sei daher notwendig, den gebietsmäßigen Status durch Anerkennung der Rechtmäßigkeit der Oder-Neiße-Grenze zu konsolidieren. Dementsprechend sollte auch die Anwesenheit der Alliierten in Berlin aufhören, ein Symbol des „Irredentismus und Revisionismus" zu sein und stattdessen ein Symbol der kulturellen Einheit ganz Europas werden.

In seinem Vortrag über „Die neuen atlantischen Gemeinschaften" im Rahmen einer Diskussionstagung über „Die internationale Politik der USA und die europäische Verantwortung" stellte Morgenthau fest, die Außenpolitik der Sowjetunion habe einen grundlegenden Wandel durchgemacht. An die Stelle der Stalinschen Politik der direkten Aggression und der militärischen Drohung sei die Politik Chrustschows getreten, die nicht-kommunistische Welt durch den psychologischen Druck, den die technischen und wirtschaftlichen Errungenschaften der UdSSR ausübten, aus den Angeln zu heben. Gegenüber der kommunistischen „Neuen Ordnung" sei statt einer negativen Polemik eine positive Alternative notwendig. Sie müsse „unmißverständlich antikolonialistisch" sein und nicht nur ein reiner und einfacher Appell zum Antikommunismus.

Manche Verbündete der USA seien nur noch „tote Gewichte", die der amerikanischen Politik schwerwiegende Beschränkungen auferlegten, erklärte Morgenthau. Daraus ergebe sich auch die Notwendigkeit für eine Überprüfung der amerikanischen Beziehungen zu den Verbündeten innerhalb der atlantischen Gemeinschaft.

Stuttgarter Zeitung v. 24. 4. 61

Times kritisiert Heusinger

Wenn Soldaten der Bundeswehr an der Grenze patrouillieren würden, dann könnte jeder kleine Zwischenfall sofort ein NATO-Problem werden, das 15 Nationen angeht. So wie die Dinge stehen, war die Grenzpolizei in der Lage, mit vielen kleinen Grenzzwischenfällen fertig zu werden, ohne große Aufregung zu verursachen. Der Bundesgrenzschutz ist ein entscheidender Stoßdämpfer zwischen den Streitkräften von Ost und West in einem Gebiet, das praktisch eine Zone der freiwilligen Rüstungsbegrenzung ist. Es stimmt deshalb bedenklich, wenn man im Bulletin der Bundesregierung neben einem Artikel, der die Arbeit des Bundesgrenzschutzes lobt, einen Beitrag von General Heusinger findet, in dem er mit Atomwaffen ausgerüstete Schildstreitkräfte am Eisernen Vorhang empfiehlt. Atomwaffen so weit vorn einzusetzen, hieße jede Hoffnung vernichten, einen Einfall aus dem Osten mit herkömmlichen Waffen abwehren zu können. Es ist ein höchst gefährlicher Vorschlag.

Times v. 27. 3. 61

Senator Morse protestiert

Der demokratische amerikanische Senator Wayne Morse hat am Mittwoch vor dem amerikanischen Senat scharf gegen die Berufung General Heusingers auf den Posten des Vorsitzenden des ständigen NATO-Militärausschusses protestiert. Morse verlas einen Brief, den er an Außenminister Dean Rusk gesandt hatte und in dem er ausführte, er könne den Standpunkt der Regierung nicht teilen, daß General Heusinger aus den Nürnberger Prozessen unbelastet hervorgegangen sei. Die Ernennung Heusingers sei angesichts der „Tausende von Amerikanern, die ihr Leben im Kampf gegen die Nazi-Tyrannei gelassen haben", ein großer Fehler. Heusinger habe eine sehr bedeutende Rolle bei der Ausarbeitung der Nazi-Militärpolitik und ihrer Ausführung gespielt. Er sei mitverantwortlich für den Tod Tausender junger amerikanischer Soldaten. Morse erklärte: „Ich kaufe niemandem die These ab, daß es wegen des Aufbaues der militärischen Schlagkraft Westdeutschlands notwendig ist, einen Nazigeneral auf den höchsten Posten zu berufen." Es sei Sache der Bundesrepublik, zu beweisen, daß es in Deutschland keine Nazi-Psychologie mehr gebe. Morse betonte, er werde auch weiterhin die Wiedererstarkung eines freien Deutschland unterstützen. Es sei aber notwendig, in der Bundesrepublik „eine freie demokratische Regierung" aufzubauen.

Stuttgarter Zeitung v. 21. 4. 61

Neuer Kurs in der Koreafrage

Der politische Ausschuß der UNO-Vollversammlung nahm mit 59 gegen 14 Stimmen bei 22 Enthaltungen einen Zusatzantrag der Vereinigten Staaten zu dem indonesischen Vorschlag an, Nordkorea zusammen mit Südkorea zur Korea-Debatte einzuladen.

Die Einladung wird von der Anerkennung der Zuständigkeit der Vereinten Nationen für das Korea-Problem abhängig gemacht. Der indonesische Vorschlag sah eine bedingungslose Einladung Nordkoreas vor.

Die Tat v. 14. 4. 61

DDR intensiviert Auslands-Kontakte

In Pankow hat man mit Genugtuung die Gründung eines britischen Konsortiums registriert, dem Abgeordnete der Konservativen und der Labourpartei angehören, und das sich erklärtermaßen die Förderung des Handels und der Kontakte mit der DDR zum Ziel setzt. Zu den führenden Mitgliedern der Vereinigung gehört Lord Boothby, der während der Leipziger Messe zusammen mit konservativen Unterhausmitgliedern von Ulbricht empfangen wurde und nach der Rückkehr in einer englischen Zeitung einen anklägerischen Artikel gegen die Regierung in London schrieb, weil diese angeblich den Handel

mit der DDR behindere. Teile des Aufsatzes sind von der gesamten SED-Presse in großer Aufmachung veröffentlicht worden. Als Sekretär des Konsortiums fungiert der konservative Abgeordnete Drayson, der regelmäßig in der DDR erscheint, mit der er seit Jahren einen schwungvollen Pottaschehandel betreibt. Fast alle parlamentarischen Mitglieder des Konsortiums sind persönlich am Osthandel interessiert. Die Gruppe, die nach Berichten westdeutscher Zeitungen aus London ihre Interessenpolitik als organisierte Lobby im Parlament betreibt, wird am 25. April eine Debatte über die Verbesserung des Ost-West-Handels im Unterhaus herbeiführen ...

Systematisch wird die Zusammenarbeit mit der großen japanischen SOHYO-Gewerkschaft ausgebaut. Vor einigen Tagen führte eine Abordnung der Bergarbeitergewerkschaft Tanro unter Leitung des Sekretärs der SOHYO-Gewerkschaft, Wakamatsu, Gespräche mit den Funktionären des FDGB. Offenbar sollen auch die Verbindungen mit japanischen Wirtschaftskreisen verstärkt werden. Die Ostpresse berichtet heute, daß die japanische Stahlgießereigesellschaft „Jawata Seitetsu" mit den Außenhandelsorganen der DDR einen Vertrag über die Lieferung japanischen Stahls im Austausch gegen Roheisen abgeschlossen und Exportaufträge von Bulgarien, Rumänien und anderen Ostblockstaaten erhalten habe.

Neue Zürcher Zeitung v. 13. 4. 61

Britischer Osthandel aktiver

In letzter Zeit bemüht sich Großbritannien offensichtlich wieder stärker um den Osthandel. Anläßlich der Leipziger Messe waren eine ganze Reihe von Unterhausabgeordneten, vor allem konservative, in die Ostzone gereist und haben dort Kontakte mit führenden Persönlichkeiten, unter anderem auch Ulbricht, aufgenommen. Am 24. April fand im Unterhaus eine Debatte über Osthandelsfragen statt, in der der konservative Abgeordnete Currie die Regierung aufforderte, am Osthandel interessierten Firmen mehr Unterstützung zu gewähren. Currie erklärte unter anderem, daß 1960 der Westen Waren für 792,2 Mill. £ nach dem Sowjetblock exportiert habe, wovon auf Großbritannien nur 107,8 Mill. £ entfielen, während die Bundesrepublik 272,2 Mill. £ Exporte aufwies, also mehr als ein Drittel der gesamten westlichen Ausfuhr dorthin.

Currie bezog sich bei seinen Ausführungen besonders auf den Handel mit der Sowjetzone und beklagt,e ebenso wie andere Abgeordnete, daß diesem Handel unnötige Fesseln angelegt würden. Es sei verwunderlich, so wurde ausgeführt, daß die Bundesrepublik in der Vergangenheit stets versucht habe, England vom Ostzonengeschäft fernzuhalten, obwohl sie selbst in Leipzig ausstelle und gute Geschäfte mache.

Osthandel wird gefördert

Andere Redner wiesen darauf hin, daß England seinen Warenverkehr mit der Sowjetunion verstärken könnte, wenn nicht das Warenangebot des Ostens hauptsächlich aus Agrarerzeugnissen bestünde. Der Staatsminister im Board of Trade, Erroll, antwortete für die Regierung, und sagte die Förderung des Osthandels zu. Die Regierungspolitik sei auf diesem Gebiet durchaus erfolgreich gewesen, und die britischen Exporte und Re-Exporte nach dem Osten hätten sich zwischen 1958 und 1960 von 103 Mill. auf 120 Mill. £ erhöht, während gleichzeitig die britischen Bezüge von 121 auf 164 Mill. £ gestiegen seien.

Besonders gut entwickelte sich das China-Geschäft. Die britische Ausfuhr dorthin hat sich von 24,4 Mill. £ 1959 auf 31,4 Mill. £ 1960 erhöht, die Einfuhr von 19,7 auf 24,9 Mill. £. Die bestehenden Embargobestimmungen seien noch notwendig, behinderten den Warenverkehr aber nicht bedeutsam. England könnte mehr nach Rußland liefern, wenn es von dorther Öl abnähme, doch müsse Großbritannien in diesem Punkte Rücksicht auf andere Länder nehmen.

Anerkennung der Zone?

In der Unterhausdebatte sind neue Momente nicht zutage getreten. Sie ist aber deswegen bedeutsam, weil sie vielleicht der Beginn eines verstärkten parlamentarischen Druckes auf die Regierung ist, die Sowjetzone auch politisch anzuerkennen. Nach dem Besuch der Leipziger Messe hat sich eine Reihe von Abgeordneten der Linken und der Rechten zu einer Gruppe zusammengeschlossen, die sich offensichtlich zum Ziel gesetzt hat, die Anerkennung der Ostzone durchzusetzen.

Kölnische Rundschau v. 27. 4. 61

Gorbach bekennt sich zur Neutralität

Der neue österreichische Bundeskanzler Alfons Gorbach legte am Mittwoch in seiner ersten Regierungserklärung vor dem Parlament ein Gelöbnis zur Erhaltung der Neutralität Österreichs ab. Unter dem lauten Beifall der Abgeordneten erklärte der neue Bundeskanzler: „Wir werden die Freiheit und Souveränität dieses Landes und unsere aus freien Stücken erklärte Neutralität zu wahren und — wenn es not tut — zu schützen wissen."

„Die Neutralität ist und bleibt die Grundlage unserer Außenpolitik", sagte der Bundeskanzler und betonte, daß er in der Neutralität keine Gefahr einer Isolation sehe. „Eine solche Gefahr wird durch die Mitgliedschaft Österreichs in der Weltorganisation der Vereinten Nationen gebannt, wo die österreichische Delegation sich durch ihr Mitwirken bei einer Reihe wesentlicher Initiativen Achtung erworben hat."

Kölnische Rundschau v. 20. 4. 61

Bilanz des Krieges in Polen

Nach einer von der polnischen Westagentur jetzt herausgegebenen Studie über die Verluste Polens im zweiten Weltkrieg hat das Land 6,02 Millionen Menschen verloren. Das sind 22,2 Prozent der Bevölkerung polnischer und jüdischer Nationalität, die am 1. September 1939 innerhalb der damaligen Grenzen Polens lebte. Davon sind 644 000 Menschen durch unmittelbare Kriegshandlungen umgekommen, 3 577 000 in Vernichtungslagern, bei „Befriedungsaktionen", Hinrichtungen und Liquidierungen der Ghettos, 1 286 000 in Gefängnissen und Lagern infolge von Epidemien, Erschöpfung, schlechter Behandlung und dergleichen, 521 000 außerhalb der Lager infolge Erschöpfung, Verwundung, Überarbeitung. Mit 22 Prozent Menschenverlusten steht Polen an der Spitze aller kriegführenden Länder, gefolgt von Jugoslawien mit 10,8 Prozent, Griechenland mit fünf Prozent und der Sowjetunion mit vier Prozent. Die materiellen Verluste Polens werden in den Studien mit 16,8 Milliarden Dollar beziffert (wobei ein Dollar nach Vorkriegskurs mit 5,26 Zloty berechnet ist). Die Summe entspricht 75 Prozent des gesamten Nationaleinkommens von Großbritannien im Jahre 1939. Von 22 000 Industriebetrieben in den Vorkriegsgebieten des heutigen Polen wurden während des Krieges 14 000 zerstört.

FAZ v. 30. 3. 61

Gomulka über die Oder-Neiße-Grenze

Am Dienstag wurden in Polen Erklärungen bekannt, die Gomulka am letzten Sonntag auf einer Bauernversammlung in Posen zu internationalen Problemen, vor allem zum deutsch-polnischen Verhältnis, improvisiert hatte.

Bedeutungsvoll ist vor allem der Passus mit den Antworten Gomulkas, in welchen er die Mitteilung machte, hohe amerikanische Persönlichkeiten hätten während der UN-Generalversammlung im September 1960 versichert, daß Kennedy nach einem Wahlsieg die Oder-Neiße-Grenze de facto anerkennen werde, wie das General de Gaulle bereits getan habe. Gomulka sagte nicht, um welche amerikanischen Politiker es sich damals handelte, und auch die polnische Presse darf keine Kombinationen darüber anstellen. Dennoch ist es nicht schwer zu erraten, daß es sich nur um Averell Harriman handeln kann. Gomulka hat in New York lediglich mit dem damaligen Staatssekretär Herter und mit Harriman längere Unterhaltungen geführt. Da er von einem Exponenten der Demokraten sprach, der jetzt amtliche Funktionen unter Kennedy bekleide, scheidet Herter automatisch aus den Spekulationen aus.

Neue Zürcher Zeitung v. 13. 4. 61.

„Der Kalte Krieg kostet stündlich 56 Millionen DM"

„Jede Stunde gibt die Welt 56 Mill. Mark für den Kalten Krieg aus", sagte in Los Angeles der Unterstaatssekretär der US-Armee, Stephen Ailes.

Nach Angaben Ailes' wird der größte Betrag davon für die Herstellung von Waffen aufgewendet.

Die Welt v. 18. 4. 61

Anti-Atomwaffen-Partei in Norwegen

Die von den linksradikalen und pazifistischen Kreisen Norwegens seit Anfang dieses Jahres geführte Anti-Atomkampagne hat jetzt zur Gründung einer neuen politischen Partei

geführt, die nicht nur die Stationierung von Nuklearwaffen auf norwegischem Boden ablehnt, sondern auch für eine „aktive Friedenspolitik in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Vereinten Nationen" kämpfen will, womit der Austritt Norwegens aus der NATO gemeint ist. Das neue Gebilde hat sich den Namen Sozialistische Volkspartei zugelegt, nach dem Muster der gleichnamigen Partei des Ex-Kommunisten Aksel Larsen in Dänemark, die bei den letzten Parlamentswahlen auf Anhieb elf Mandate eroberte.

Süddeutsche Zeitung v. 21. 4. 61

450 Deutsche beim Ostermarsch in London

Etwa 450 Deutsche aus der Bundesrepublik bilden das stärkste ausländische Kontingent des diesjährigen Oster-Protestmarsches gegen die Atomwaffen in London.

Der von der „Kampagne für nukleare Abrüstung" organisierte Protestmarsch, der seit 1958 zum englischen Osterfest gehört wie anderswo die Osterfeier, begann am Freitag in Aldermaston bei London, wo sich ein Werk für Atomwaffen befindet. Die deutschen Teilnehmer, die am Freitagabend in Dover eintrafen, werden sich am Sonnabend dem Protestmarsch anschließen. Er endet am Ostermontag mit einer Kundgebung auf dem Trafalgar Square.

Seit dem ersten Marsch im Jahre 1958 hat die Teilnehmerzahl ständig zugenommen

Die Welt v. 1. 4. 61

Wieder ein Richthofen-Geschwader

Als erster Verband der Bundeswehr wird das Jagdgeschwader 71 in Ahlhorn eine militärische Tradition übernehmen. Am 21. April, dem Todestage Manfred Freiherr von Richthofens, wird der Generalinspekteur der Bundeswehr, Generalleutnant Foertsch, dem Kommodore des Jagdgeschwaders 71, Oberstleutnant Hartmann, ein Ärmelband „Jagdgeschwader Richthofen" übergeben, das von allen Soldaten des Geschwaders getragen werden wird.

FAZ v. 14. 4. 61

Der „Endkämpfer" Strauß

Unter politisch denkenden Menschen gibt es keine Diskussion mehr darüber, daß der nächste Krieg am wahrscheinlichsten aus Angst vor einem Präventiv-Schlag des Gegners ausbrechen würde, als ein Präventiv-Präventiv-Krieg; daß es somit keine dringlichere Aufgabe gibt, als die, das Mißtrauen stückchenweise abzubauen und stückchenweise durch konkrete Sicherungen zu ersetzen.

Weiter ist unter politisch Gebildeten nicht strittig, daß die Fähigkeit, den totalen Atomkrieg auszulösen, nicht jenen Ländern zugestanden werden darf, die Grenz- und Territorial-Konflikte und die Ansprüche an ihre Nachbarn haben. Nicht also China, um ein großes, nicht der Bundesrepublik, um ein mittleres, und nicht Israel, um ein kleines Land zu nennen.

Trotz dieser weltweiten Strömung der Vernunft ist in der Bundesrepublik ein Mann groß geworden, der das Mißtrauen zwischen den Großstaaten unablässig genährt und der für die Bundesrepublik Waffen gefordert hat, die den „Selbstmord" eines sowjetischen Angreifers und damit den Selbstmord der Menschheit auslösen könnte. Als einziger Prätendent auf den Sessel des Bundeskanzlers kann dieser Mann sich auf eine Hausmacht stützen, ja gleich auf eine doppelte Hausmacht: Auf die Bundeswehr, die er zu einem Instrument seiner Karriere gestempelt, und auf die bayerische CSU, die ihn vor drei Wochen einmütig zu ihrem Vorsitzenden, will sagen zu ihrem „Chef" gewählt hat. ...

Ohne die Zustimmung der CSU, ohne die Zustimmung dieser permanenten „Pressure group", ohne Zustimmung der von Guttenberg, Jaeger, Manteuffel-Szoege, Zimmermann, Kapfinger kann nach den im Bundestag herrschenden Mehrheitsverhältnissen kein Regierungschef mehr bestellt werden. ...

Wenn sich die Bevölkerung der Bundesrepublik, wenn sich die Mehrheit des Bundestages für Strauß entscheidet, votiert sie für die „Endkampfpsychose". Die Frage ist nicht, ob Strauß den Atomkrieg will, natürlich will er ihn nicht, er will ihn so wenig wie Chrustschow, aber er unterstellt dem Feind, daß er auf den Endkampf hinarbeitet, und aus solchem Denken muß der Krieg entstehen.

Der Einwand, der Deutsche Strauß entscheide nicht über Krieg und Frieden, sticht nicht. Des Minsters Forderungen auf eine lückenlose atomare Abwehrfront vom Nordkap bis zum Kaukasus laufen darauf hinaus, daß sehr wohl die Deutschen als stärkste Militärmacht Europas den Krieg auslösen können, daß entweder der deutsche Bundeskanzler oder der deutsche Verteidigungsminister ihn auslösen kann. Ob die Amerikaner dann eingreifen würden oder nicht, die Katastrophe wäre da. ... So wenig Strauß den Atomkrieg will, so wenig will er vermutlich die parlamentarische Demokratie zum Erlöschen bringen. Aber die Mittel und Methoden, mit denen Strauß ganz selbstverständlich und fast naiv hantiert, können vom Nachfolgestaat des Hitler-Reichs nicht verkraftet werden. Parlamente sterben heutzutage, ohne daß sie es merken. Radio und Fernsehen sind auf Grund des Proporzes zwischen den Parteien neutralisiert, von den großen überregionalen Zeitungen in der Bundesrepublik sind die zum Springer-Konzern gehörigen in Wiedervereinigungs-Phantasien befangen, ist die Süddeutsche Zeitung seit Friedmanns Fall gegen Strauß nicht mehr aktionsfähig, ist die Frankfurter Allgemeine ihrer Natur nach nicht imstande, irgendeine Katastrophe zeitig zu erkennen. ...

Die heutige SPD verkauft ihre Seele, um regierungsfähig zu werden. Der frühere „Parteifeind Nr. 1" (so der stellvertretende SPD-Vorsitzende von Knoeringen), das frühere „Symbol deutsch-nationalen Größenwahns" (SPD-Pressedienst, 3. April 1958) wird nicht mehr attackiert, weil das die überparteiliche Brandt-Linie stören könnte. Carlo Schmid, der vor jedem Barock-Schnörkel in die Knie geht, hält die Erwägung, ob Strauß eine Gefahr für die deutsche Demokratie darstellen könne für „laues Gerede". Man kann heute nicht mehr sicher sein, daß die SPD eine Koalition mit Strauß als Kanzler oder Vizekanzler strikt ablehnen würde. ...

Der Spiegel, 5. April 1961

Skandal um rechtsradikalen US-General

Die amerikanischen Stationierungsstreitkräfte in der Bundesrepublik haben ihre politische Affäre: Der Kommandierende General der im Bereich von Augsburg stationierten 24. Infanteriedivision, Generalmajor Edwin Walker, wurde unter Umständen nach Texas zurückversetzt, die praktisch einer Strafmaßnahme gleichkommen dürften.

Dem General wird politischer Mißbrauch seiner Kommandostellung im Sinne der ultrakonservativen und äußerst rechts stehenden „John-Birch"-Gesellschaft vorgeworfen, die in den USA jetzt unter Führung des US-Justizministers Robert Kennedy auf das heftigste bekämpft wird, weil sie die Präsidenten Roosevelt, Truman, Eisenhower und Kennedy sowie die Außenminister Acheson und Dulles offen der Unterstützung des Kommunismus oder der kommunistischen Infiltration bezichtigt hat. General Walker soll versucht haben, die Soldaten seiner Division in dieser Richtung zu beeinflussen. Als Gehilfe Walkers wird der austro-amerikanische Propagandist William S. Schlamm genannt.

Die Vorwürfe gegen Generalmajor Walker wurden von der in Frankfurt/Main erscheinenden und privat finanzierten US-Soldatenzeitung „Overseas Weekly" erhoben, die betonte, daß Walker seinen 13 000 Soldaten und ihren 10 000 Familienangehörigen in einer Sonderaktion durch das „Special-Warfare"-Amt seiner Division vor allem über die Divisionszeitung „Tare Leaf" die Programmsätze und Parolen der „John-Birch"-Gesellschaft zugänglich gemacht habe. Vorträge im Sinne der „John-Birch"-Gesellschaft seien vor allem durch den Austro-Amerikaner Schlamm gehalten worden, der stellv. Herausgeber des Monatsmagazins „American Opinion" der „John-Birch"- Gesellschaft ist.

Die ultrakonservative und extrem antikommunistische „John-Birch"-Gesellschaft wurde 1958 von dem früheren Vizepräsidenten der „National Association of Manufacturers", Robert H. W. W. Welch jr., gegründet. Diese Gesellschaft soll jetzt rd. 100 000 Mitglieder haben, darunter zahlreiche höhere Ex-Offiziere der US-Streitkräfte und US-Parlamentarier.

Ihre Angriffe wegen angeblich kommunistischer Infiltration richtete die Gesellschaft u. a. gegen Ex-Präsident Eisenhower als „bewußten Agenten der Kommunisten", gegen dessen Bruder Dr. Milton Eisenhower als „Ikes obersten Boß in der kommunistischen Partei", gegen Dulles als einen „kommunistischen Agenten", gegen dessen Bruder, den Geheimdienstchef Allan Dulles, als „den meist geschützten Unterstützer des Kommunismus nach Eisenhower", gegen Truman, der für die US-Präsidentschaft durch kommunistische Freunde ausgesucht worden sei, gegen Roosevelt, dessen zwei Spitzenberater in Fernostfragen Kommunisten gewesen seien, gegen Acheson, der sich in seinem Amt mit

Kommunisten umgeben habe, und gegen den „amoralischen Mann" Kennedy, der genau wisse, wie „stark die kommunistische Unterstützung sei, die er bekommen werde". Die Demokratie wurde in einer Publikation der „John-Birch"-Gesellschaft als „Waffe der Demagogie und des ewigen Betrugs" bezeichnet.

Westfälische Rundschau v. 17. 4. 61

Klage gegen General Walker

Die amerikanische Zeitschrift Overseas Weekly will den Kommandeur der in Augsburg stationierten 24. US-Infanteriedivision, Generalmajor Edwin Walker, wegen Beleidigung vor dem Frankfurter Landgericht verklagen. Walker hatte die Zeitschrift in einem Atemzug mit den Kommunisten genannt, nachdem er von ihr beschuldigt worden war, in den Unterkünften seiner Division Schriften der ultrakonservativen amerikanischen „John Birch Society" ausgelegt zu haben. Walker ist wegen dieser Vorwürfe vorläufig vom Dienst suspendiert worden.

Deutsche Zeitung v. 21. 4. 61

Eichmann belastet Oberländer

Von höchstem aktuellen Interesse ist die Darstellung, die Eichmann über die Vernichtung von Juden durch die SS in Lemberg (Lwow) gibt, da sie im Gegensatz zum Verteidigungsargument Oberländers steht, daß die dortigen Morde das Werk der abziehenden Sowjetarmee gewesen seien.

Neue Zürcher Zeitung v. 21. 4. 61

Oberländer und kein Ende

Die Delegiertenversammlung des Landesverbandes Oder/Neiße der CDU/CSU wählte am Sonntag in Köln Bundesminister a. D. Prof. Dr. Oberländer erneut zum ersten Vorsitzenden.

Kölnische Rundschau v. 24. 4. 61

Jaeger ruft nach Notstandsgesetz

Auf ein Notstandsgesetz für die Bundesrepublik drängte am Samstag Bundestagsvizepräsident Dr. Jaeger (CSU) vor der Landesversammlung der Jungen Union Bayern in Kempten. Es wäre gefährlich, sagte Jaeger, etwa wie im Fall Frenzel erst einen Präzedenzfall abzuwarten, bis es dann passiere, daß die Sowjetzonenarmee eine Grenzstadt der Bundesrepublik bedrohe oder irgendwo innere Unruhen ausbrechen. Die rechtsradikalen Kreise seien heute in der Bundesrepublik ohnmächtig. „Der Feind steht links", rief Dr. Jaeger aus.

Es wäre ein Armutszeugnis für den Staat, meinte Dr. Jaeger, wenn es die CDU/CSU nach den Bundestagswahlen nicht allein oder zusammen mit anderen Parteien durch Zweidrittelmehrheit fertigbrächte, die Verfassungsänderung für eine Notstandsgesetzgebung zu erreichen. Entweder gehe dann dieser Staat zugrunde oder die Regierung wäre gezwungen, außerhalb der Verfassung oder sogar gegen sie tätig zu werden. „Das aber wäre eine äußerst heikle Angelegenheit, von der man wünschen sollte, daß sie nie eintritt", erklärte Jaeger. „Vielleicht aber", meinte er, „wäre die SPD nach den Wahlen leichter bereit, in dieser Frage mit sich reden zu lassen."

Man könne den freiheitlichen Rechtsstaat auf die Dauer nur schützen, wenn man „in gewissen Situationen zeitweilig die Rechte, die der Staat gewährt, suspendiert, um den Staat als Ganzes und damit die Freiheit und Existenz des Volkes zu retten", sagte Dr. Jaeger.

Frankfurter Rundschau v. 17. 4. 61

„Aufstieg" mit Jaeger, Strauß, Schröder ...

Der Landesvorsitzende der CDU in Hessen, Dr. Wilhelm Fay, stellte sich hinter den Bundestagsvizepräsidenten Jaeger. Er erklärte am Sonntag in Hanau, wo die mittelhessische Junge Union tagte, die CDU/CSU werde den „erfolgreich beschrittenen Weg des Aufstiegs Deutschlands mit Jaeger, Strauß und Schröder konsequent fortsetzen".

Frankfurter Rundschau v. 24. 4. 61

Krone kritisiert Bundesverfassungsgericht

Seine Sorge, nach dem Karlsruher Fernsehurteil könnte die im Grundgesetz ohnehin schon schwach gehaltene Position des Bundes — im Verhältnis zu den Ländern — noch schwächer werden, hat am Mittwoch der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Krone, geäußert. In der „Politisch-Sozialen Korrespondenz" meinte er, das Bundesverfassungsgericht habe sich beim Fernsehurteil „für die denkbar engste Auslegung des Grundgesetzes entschieden und die Befugnisse des Bundes eingeengt".

Obschon die Bundesrepublik heute wegen der Bedrohung aus dem Osten einer permanenten Gefahr ausgesetzt sei, habe jedoch Karlsruhe unsere Verfassung nicht den praktischen Notwendigkeiten entsprechend interpretiert. Elemente zu einer solchen Fortentwicklung seien durchaus im Grundgesetz vorhanden.

Daß das Bundesverfassungsgericht diese Chance nicht ergriffen habe, sei zu bedauern. Das Fernsehurteil werde „den politischen Erfordernissen der Bundesrepublik nicht gerecht". Das erwecke auch deshalb Besorgnis, weil die Entscheidungsgründe für weitere mögliche Urteile des Gerichts bedeutsam seien. Unbestritten sei wohl, daß später, wenn sich der jetzt beschrittene Weg als schwer gangbar erweisen sollte, „ein neuer Weg gesucht und gefunden werden muß".

Die Erwartung, daß dieses Grundgesetz nur für einen kurzen Zeitraum — bis zur baldigen Wiedervereinigung — gelten würde, habe leider getrogen. Man müsse jetzt das Beste aus ihm machen. Dabei müsse man immer davon ausgehen, daß die Bundesrepublik ein gefährdeter Staat sei, sowohl innen- als auch außenpolitisch.

FAZ v. 30. 3. 61

Bayerns neuer Fernseh-Chef

Der Rundfunkrat hat auf seiner letzten nichtöffentlichen Sitzung am vergangenen Montag — wie berichtet — mit großer Mehrheit der Berufung Dr. Benno Hubensteiners zum Direktor des zweiten Fernsehprogramms, die von Intendant Wallenreiter vorgeschlagen worden war, zugestimmt. Am Dienstag erging daraufhin der Ruf Wallenreiters an Hubensteiner. Dieser erklärte sich bereit, das Amt zu übernehmen.

Der 1924 in Gosseltshausen (Landkreis Pfaffenhofen) geborene Benno Hubensteiner studierte Geschichte und Kunstgeschichte an der Universität München. Bereits mit 26 Jahren veröffentlichte er — wie seinerzeit verbreitet wurde, mit finanzieller Unterstützung der Bayernpartei — sein erstes Werk, eine katholisch und altbayerisch akzentuierte Bayerische Geschichte, die gegenwärtig in dritter Auflage vorliegt und durch ihre Verbindung von Wissenschaftlichkeit mit leichter Lesbarkeit zu einem weitverbreiteten Handbuch geworden ist. Es fällt auf, daß die Darstellung der bayerischen Geschichte mit dem Thronverlust des bayerischen Königshauses abschließt.

Süddeutsche Zeitung v. 19. 4. 61

SPD — glatt überfahren

Viele Leute in unserem Lande wundern sich darüber, mit welcher gefährlichen Stille und wie widerspruchslos die seltsame Besetzung der Direktion des zweiten Fernsehprogramms hingenommen worden ist. Sie wundern sich nicht nur, daß dieser Posten hinter den Kulissen ausgehandelt wurde und die Öffentlichkeit so gut wie nichts erfuhr, sie wundern sich auch über die verblüffende Einseitigkeit, die hier zum Zuge kam und anstandslos über die Bühne ging. Ein klarer Sieg des katholischen rechten Flügels der Regierungspartei — und die sozialdemokratische Opposition sagte nicht piep und nicht papp, sie ließ sich glatt überfahren.

Bei dieser Entscheidung des Rundfunkrates — und das ist nicht nur meine persönliche Meinung, sondern die Meinung weiter Bevölkerungskreise — wurden die Grundregeln des demokratischen Zusammenlebens einfach außer acht gelassen.

Das Fernsehen ist für alle da, für Katholiken und Protestanten, für Sozialisten und Christ-soziale, für Liberale, Gewerkschaftler und Antigewerkschaftler, für Regierungsanhänger und Regierungsgegner. Es bot sich also von selbst an, einen Mann zu erwählen, der auf Grund seiner Herkunft eine unabhängige Linie des Programms hätte garantieren können. Aber nein — man suchte d e n Kandidaten heraus, der völlig einseitig festgelegt ist, man ließ andere Kandidaten überhaupt nicht zu...

Wo bleibt bei dieser Entwicklung die im Rundfunkgesetz garantierte und auch durch das Karlsruher Urteil neu bestätigte Unabhängigkeit der Rundfunkstationen? In Bayern jedenfalls scheint sie nicht mehr gesichert zu sein. Hier deuten sich Abhängigkeiten von Regierung und Kirche an, zumindest von einem Teil der Regierung und einem Teil des Klerus, die unzumutbar sind in einem parlamentarisch regierten Staatswesen.

Und schließlich eine Frage an die bayerischen Sozialdemokraten, an die Opposition also, die doch kontrollierend wirken soll: Wo blieb ihr Alarm und wo bleibt ihre Stellungnahme zu diesen Vorgängen? Oder ist die SPD einverstanden mit dem, was sich in diesen Wochen beim Funk und beim Fernsehen abspielt?

Voluntas in „Abendzeitung" (München) v. 22./23. 4. 61

Schröder spricht von einem „übergesetzlichen Notstandsrecht"

Bundesinnenminister Gerhard Schröder, der am Nachmittag das Thema „innere Sicherheit" behandelte, sagte, die Sozialdemokratie müsse die Veranwortung dafür tragen, daß die Bundesrepublik bisher kein funktionsfähiges Notstandsgesetz habe: „Die Bundesregierung wird sich im Ernstfalle, so bedauerlich das sein mag, auf den Notstandsvorbehalt der alliierten Streitkräfte einerseits und auf das übergesetzliche Notstandsrecht andererseits stützen müssen."

Die Tat v. 27. 4. 61

„Es ist so schön, Soldat zu sein ..."

Unbeirrt von aller Politik geht Präsident Tschombé von Katanga daran, sein Söldnerheer zu verdoppeln. Er soll Gehälter von 1500 DM monatlich versprochen haben. Die vierhundert Mann, die zur Zeit in Tschombés Diensten stehen, sind nach Berichten von Reportern in der Mehrzahl Soldaten des Weltkrieges, die den Anschluß ans zivile Leben verpaßt haben.

Die Zeit v. 14. 4. 61

Abkommen Katanga—Südafrika

Präsident Tschombé hat mit der „Allgemeinen Bergbau- und Finanzgesellschaft" in Johannesburg (Südafrika) ein Abkommen geschlossen, das dieser Gesellschaft Forschungsarbeiten und Schürfrechte im Bergbaugebiet von Südkatanga garantiert.

Kölnische Rundschau v. 24. 4. 61

Erklärungen eines britischen Weltraumforschers zum Weltraumflug Major Gagarins

Der Direktor des Observatoriums von Jodrell Bank, Sir Bernard Lovell, erklärte in einem Kommentar, er bewundere die Sowjetrussen äußerst „für die Art, in der sie ihren Erfolg errangen". Lovell fügte bei, vermutlich würden die Sowjetrussen als nächste Leistung einen Menschen für einen oder zwei Tage in den Weltraum senden. Später würden sie voraussichtlich einen Menschen rund um den Mond kreisen und ihn sogar gegebenenfalls auf dem Mond landen lassen. Es sei anzunehmen, daß das von den Sowjetrussen angekündigte siebenjährige Programm seine Früchte trägt und daß ein Mensch 1967 auf den Mond abgeschossen werden könne.

Sir Bernard hob hervor, die sowjetische Leistung sei nur dank einer Eintracht der Meinungen und materieller Opfer möglich gewesen, die im Westen unbekannt seien. „Wenn die westliche Zivilisation fortfährt, diesem Beispiel und den großen Ergebnissen, die Investitionen für Wissenschaften, Erziehung und Forschung ermöglichen, nicht Rechnung zu tragen, so wird sie es auf eigene Gefahr hin tun müssen."

Neue Zürcher Zeitung v. 14. 4. 61

weltweiten sozialen und wirtschaftlichen Programmen voranstellen, die in den Vordergrund zu rücken er gerade so eifrig bemüht war.

Auf der anderen Seite kann er die Weltlage unter weiteren Gesichtspunkten betrachten, die Weltlage, die jetzt durch die Ereignisse in Laos und die plötzliche Rebellion der französischen Armee in Algerien so sehr verdüstert ist.

Er kann versuchen, den sozialen und wirtschaftlichen Problemen auf Kuba mit militärischen Mitteln zu begegnen und damit das ganze inter-amerikanische System der Vereinten Nationen aufs Spiel setzen.

Aber es hängt schließlich alles an seiner persönlichen Entscheidung.

Er hat die Macht, unter historischen und weltweiten Gesichtspunkten zu handeln oder unter Gesichtspunkten der unmittelbaren begrenzten Probleme der kubanischen Krise. Beide Entscheidungen sind voller Risiken ...

Kurz gesagt, Mr. Kennedy steht jetzt nicht nur Castro und Chrustschow gegenüber, sondern im Angesicht der Entwicklung und Bedeutung der amerikanischen Geschichte; wie er in dieser Lage handelt, wird viel über die Art von Führerschaft aussagen, die er für die Vereinigten Staaten und die freie Welt im Sinne hat.

James Reston in der „New York Times" v. 25. 4. 61

Bauern im Schachspiel ...

Der Führer der kubanischen Flüchtlinge, Josè Miro Cardona, erfuhr von den Landungen erst durch den Rundfunk, und während die Zeitungen über seine Rolle als geistiger Leiter des Aufstandes berichteten, ja in seinem Namen Aufrufe, die er nie gesehen hatte, in die Welt aussandten, befanden Cordona und seine näheren Mitarbeiter sich in einem Zimmer in Miami (Florida) unter strenger Bewachung durch Beamte des Geheimdienstes. Erst auf ihre Beschwerde hin wurden sie nach Washington bestellt.

Was Kennedy dort mit ihnen besprach, war nicht etwa ein Plan der künftigen Beziehungen zwischen Amerika und Kuba und auch kein Aktionsprogramm der Aufständischen, sondern eine protokollarische Entschuldigung für das Verhalten der amerikanischen Polizei und der höchsten Ratgeber Kennedys in lateinamerikanischen Angelegenheiten. Die Freiheitskämpfer, die der Öffentlichkeit als leuchtende Vorbilder republikanischen Geistes hingestellt wurden, und mit deren heiliger Sache Stevenson sich im Namen des amerikanischen Volkes identifizierte, wurden in Washington als Bauern im Schachspiel behandelt.

Deutsche Zeitung v. 27. 4. 61

Washington diskutiert totales Embargo gegen Kuba

Der Pressesekretär des Weißen Hauses, Pierre Salinger, gab heute bekannt, daß Präsident Kennedy die Verhängung eines totalen Embargos gegen Kuba erwäge. Er bespreche die Nützlichkeit eines solchen Schrittes schon seit einiger Zeit mit seinen Beratern, doch sei ein Beschluß noch nicht gefaßt worden.

Ein wirtschaftliches Embargo gegen Kuba würde allerdings nicht mehr viel an der gegenwärtigen Sachlage ändern. Bereits im letzten Herbst sind alle amerikanischen Exporte nach Kuba eingestellt worden.

Die Tat v. 27. 4. 61

Kubas Präsident wünscht Verhandlungen mit Washington

Wie Radio Havanna mitteilte, hat Staatspräsident Dorticos in einer Erklärung die Bereitschaft Kubas zum Ausdruck gebracht, zur Überwindung der Spannungen zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten Verhandlungen irgendwelcher Art aufzunehmen. Der Präsident betonte jedoch, daß das kubanische Volk im Falle eines amerikanischen Angriffes bereit sei, „bis zum letzten Blutstropfen" zu kämpfen. Dorticos überreichte die Erklärung den in Havanna akkreditierten Diplomaten und ersuchte sie, den Inhalt ihren Regierungen zur Kenntnis zu bringen.

Basler Nachrichten v. 28. 4. 61

USA-Absage an Kuba

Da USA-Außenministerium hat am Freitag zu dem Verhandlungsangebot des kubanischen Staatspräsidenten Dorticos erklärt, Kommunismus in der westlichen Hemisphäre

sei kein Verhandlungsthema. Dorticos hatte vor Diplomaten in Havanna auf die kubanische Bereitschaft hingewiesen, mit den USA auf diplomatischem Wege über eine friedliche Lösung der Differenzen zu verhandeln. Vielleicht sei es möglich, dann auch die gegenseitigen diplomatischen Beziehungen wieder aufzunehmen. Gleichzeitig beschuldigte der Präsident jedoch — wie übrigens am selben Tage auch Moskau — die USA, einen neuen direkten Angriff auf Kuba zu planen. Diese Anschuldigung wies der Sprecher des State Department als „billige Propaganda" zurück. Die im Karibischen Meer operierenden USA-Kriegsschiffe seien an Routinemanövern beteiligt.

Rheinische Post v. 29. 4. 61

Die Amerikaner auf Kuba

Am Sonntag wurde in Washington offiziell bekanntgegeben, die amerikanische Regierung habe allen Amerikanern auf Kuba geraten, die Insel zu verlassen. Ein Sprecher des Staatsdepartements teilte in diesem Zusammenhang mit, die schweizerische Botschaft in Havanna, die seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Regierung Fidel Castros die amerikanischen Interessen in Kuba vertritt, habe an alle in Kuba wohnenden amerikanischen Staatsangehörigen einen persönlichen Brief gesandt, in welchem ihnen nahegelegt werde, sie sollten die Insel verlassen, und ihnen die zu diesem Zwecke nötigen Erleichterungen zugesichert werden.

Neue Zürcher Zeitung v. 2. 5. 61

Dokumente zum Zeitgeschehen

Chrustschow über die Deutschland-Frage

Vorbemerkung: Der bekannte amerikanische Publizist Walter Lippmann berichtete in der „New York Herald Tribune" über das Interview, das Ministerpräsident Chrustschow ihm kürzlich in seinem Urlaubsort Sotschi gab. Wir drucken im folgenden die Ausführungen Lippmanns über die Deutschland-Frage ab. D. Red.

Es war für mich am Ende des langen Gespräches klar, daß für Chrustschow Deutschland eine Schlüsselfrage bedeutet. Ich versuchte zunächst herauszubekommen, warum nach seiner Meinung das deutsche Problem so dringend ist. Deshalb fragte ich ihn, ob ein stillschweigendes Stillhalte-Abkommen für fünf oder zehn Jahre nicht wünschenswert wäre, wenn ein Übereinkommen schon nicht zu erzielen wäre. Er sagte, daß dies unmöglich wäre. Warum? Nach Chrustschows Meinung muß eine deutsche Lösung gefunden werden, bevor „die Hitler-Generale mit ihren 12 NATO-Divisionen" Atomwaffen von Frankreich und den Vereinigten Staaten erhalten. Bevor dies geschehe, müßte ein Friedensvertrag geschlossen werden, der die Grenzen mit Polen und der Tschechoslowakei festlegt und die Existenz des ostdeutschen Staates stabilisiert. Andernfalls würde Westdeutschland die NATO in einen Krieg um der Wiedervereinigung Deutschlands und der Wiederherstellung der alten Ostgrenzen willen hineinziehen.

Die Atombewaffnung

Chrustschows Gefühl von der Dringlichkeit der Probleme entspringt zwei Gedankengängen: Erstens der Notwendigkeit, das kommunistische Ostdeutschland zu festigen, und zweitens, dies zu tun, bevor Westdeutschland wiederbewaffnet ist. Verschiedene Male sagte er, daß er die deutsche Frage sehr rasch zur Entscheidung bringen möchte . . .

Drei Phasen

Mein Haupteindruck war, daß Chrustschow fest entschlossen ist, die deutsche Frage nicht aus dem Gespräch kommen zu lassen. Aber es war gleichzeitig offensichtlich, daß er neue Spannungen fürchtet — er bezog sich mehrere Male darauf, daß er ständig Verhandlungen vorgeschlagen habe, die einen Aufschub und eine Beilegung der Streitigkeiten ausarbeiten sollten. Aus unseren Gesprächen ließ sich heraushören, daß er sich eine Lösung des Problems in drei Phasen vorstellt.

Erstens hält er eine reale Lösung für möglich. Er hat jedoch nicht die Hoffnung, daß sie der Westen im Augenblick akzeptieren wird. Seine These ist also folgende: Die beiden Teile Deutschlands können nicht wiedervereinigt werden. Der Westen würde kein wiedervereinigtes kommunistisches Deutschland zulassen und die Sowjetunion würde nicht zustimmen, daß die sogenannte Deutsche Demokratische Republik von Westdeutschland aufgesaugt und aufgelöst würde. Es gibt in der Tat zwei deutsche Staaten. Um die deutsche Lösung voranzutreiben, muß man daher den Status quo kodifizieren in der Form eines Friedensvertrages mit — wie Chrustschow es nennt — den drei deutschen Bestandteilen. Diese drei Bestandteile sind Westdeutschland, Ostdeutschland und Westberlin.

Diese Kodifizierung würde die De-facto-, jedoch nicht die diplomatische Anerkennung der DDR voraussetzen. Sie würde durch einen internationalen Status der Stellung Westberlins als eine „Freie Stadt" fixiert werden, deren Rechte des unbehinderten Zugangs und ihrer inneren Freiheit durch die Anwesenheit eines „symbolischen Kontingents" von französischen, amerikanischen und russischen sowie durch neutrale Truppen unter dem Schutz der UNO und die Unterschriften beider Staaten garantiert würden.

Noch keine Lösung

Wie ich bereits sagte, erwartet Chrustschow heute noch keine Lösung. Er hat daher eine zweite Position bezogen, die er eine „zurückgezogene Position" nennt. Dieser Standpunkt wurde von den Sowjets auch auf der letzten Konferenz der Außenminister vertreten. Man könnte ihn ein vorübergehendes Abkommen nennen. In russischer Sicht (jedoch nicht nach unserer Ansicht) würde dieses vorübergehende Abkommen über einen kurzen vorher festgelegten Zeitraum von zwei oder drei Jahren dauern.

Während dieser Zeit würden die beiden deutschen Staaten aufgefordert werden, über eine Möglichkeit der Wiedervereinigung zu verhandeln; vielleicht verbleibt es — wie er in diesem Gespräch nicht so genau festlegte — bei einer Art von loser Konföderation. Am Ende dieses festgelegten Zeitraumes schließlich würde dieses Übereinkommen in einen Vertrag umgewandelt werden, wenn eine neue Übereinkunft über Westberlin erreicht worden wäre. Wenn kein solches Übereinkommen erreicht werden könnte, würden die Besatzungsrechte erlöschen.

Diese Lösung der deutschen Frage wurde, wie wir wissen, vom Westen nicht akzeptiert; aber wenn es zu einer neuen Verhandlungsrunde kommen sollte, könnten Varianten davon Grundlagen zu neuen Verhandlungen sein.

Eine neue Berlin-Blockade?

Wenn auch diese zu keinem Ziele führen würden, will Chrustschow eine dritte Position beziehen, in der er einen separaten Friedensvertrag mit Ostdeutschland unterzeichnet. Dann würde die DDR nach sowjetischer Auffassung souverän sein und die Rechte über einen Zugang nach Westberlin besitzen. Wenn westliche Streitkräfte sich weigern würden, mit der DDR zu verhandeln, und Gewalt anwenden würden, um nach Westberlin zu kommen, dann würde Moskau mit der Roten Armee eine neue Berlin-Blockade aufrichten.

Obgleich es verwegen sein würde, diese Feststellungen zu unterschätzen, ist diese Drohung nicht so gefährlich, wie sie klingt. Ganz gewiß wünscht er keine militärischen Auseinandersetzungen, und mit der DDR „verhandeln", ist ein dehnbarer und kein starrer Begriff.

Ich habe mich darauf beschränkt, genau das zu berichten, wie ich die sowjetische Politik verstanden habe. Wenn ich daraus einige Schlüsse ziehe, würde ich folgendes feststellen:

- Chrustschow will keine Krise heraufbeschwören, ehe er nicht die Gelegenheit hat, sich mit Präsident Kennedy persönlich zu treffen.

- Er wird sicherlich einen separaten Friedensvertrag unterzeichnen, wenn er keinen vorübergehenden Vergleich in Verhandlungen herbeiführen kann, wie es unter der „zweiten Position" beschrieben wurde.
- Die kritischen Punkte, die darüber entscheiden, ob die deutsche Frage durch Verhandlungen zu lösen ist oder zu einer Auseinandersetzung drängt, sind, ob die Aussicht auf eine deutsche Atombewaffnung wächst oder ob sie sich verringert und ob die Freiheit Westberlins, für die wir uns verbürgt haben, erhalten bleiben kann durch Verhandlungsverzicht in der Zukunft.

Nüchterner Eindruck

Ich bin verschiedentlich nach meiner Rückkehr aus der Sowjetunion gefragt worden, ob ich das ganze Interview ermutigend oder deprimierend fand. Ich fand es eher nüchtern. Einerseits war der Augenschein überzeugend, daß die Sowjetunion nicht einen Krieg als der Weisheit letzten Schluß ansieht und darauf bedacht ist, jegliche Krisen zu vermeiden, sei es in Laos, Kuba oder Deutschland. Andererseits gibt es keinen Zweifel, daß die Sowjetregierung unnachgiebig die revolutionären Bewegungen in den unterentwickelten Ländern fördert. Diese unnachgiebige Entschlossenheit entspringt dem Glauben an die Bejahung des Kommunismus in den unterentwickelten Ländern. Die sowjetische Regierung hat ein großes Selbstvertrauen in ihre eigene militärische Stärke. Aber sie betrachtet sie nicht als ein Instrument der Welteroberung, sondern als einen Wächter in ihrem Konflikt mit den Amerikanern.

Nach: Kölnische Rundschau v. 20. 4. 61

Gefährlicher Berlin-Status

Die logische Folgerung aus Adenauers Ablehnung jeder Form von „Disengagement" besteht darin, daß der gegenwärtige Status von Berlin ein Ende haben muß. Der gegenwärtige Status von Berlin hat nur dann einen Sinn, wenn man annimmt, daß Berlin eines Tages wieder die Hauptstadt eines vereinigten Deutschland sein wird. Aber wenn jedes „Disengagement" ausgeschlossen wird, wird es niemals ein wiedervereinigtes Deutschland geben. In diesem Fall ist der heutige Status von Berlin sinnlos und in zunehmendem Maße eine gefährliche Bedrohung des Friedens.

The Guardian v. 14. 4. 61

Für Überprüfung der amerikanischen Deutschland-Politik

In Anwesenheit des NATO-Beraters Präsident Kennedys, Dean Acheson, forderte der Leiter des Studienzentrums für amerikanische Außen- und Militärpolitik an der Universität Chikago am Wochenende in Bologna vor einem internationalen Publikum die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Der Gelehrte Hans J. Morgenthau sagte, die Bundesrepublik Deutschland habe wieder wirtschaftlich und politisch den Rang einer Großmacht erlangt. Damit sei aber auch — als Auswirkung der Furcht — die Reibung mit Osteuropa gewachsen. Dadurch werde die Wiedervereinigung Deutschlands erschwert. Es sei daher notwendig, den gebietsmäßigen Status durch Anerkennung der Rechtmäßigkeit der Oder-Neiße-Grenze zu konsolidieren. Dementsprechend sollte auch die Anwesenheit der Alliierten in Berlin aufhören, ein Symbol des „Irredentismus und Revisionismus" zu sein und stattdessen ein Symbol der kulturellen Einheit ganz Europas werden.

In seinem Vortrag über „Die neuen atlantischen Gemeinschaften" im Rahmen einer Diskussionstagung über „Die internationale Politik der USA und die europäische Verantwortung" stellte Morgenthau fest, die Außenpolitik der Sowjetunion habe einen grundlegenden Wandel durchgemacht. An die Stelle der Stalinschen Politik der direkten Aggression und der militärischen Drohung sei die Politik Chrustschows getreten, die nicht-kommunistische Welt durch den psychologischen Druck, den die technischen und wirtschaftlichen Errungenschaften der UdSSR ausübten, aus den Angeln zu heben. Gegenüber der kommunistischen „Neuen Ordnung" sei statt einer negativen Polemik eine positive Alternative notwendig. Sie müsse „unmißverständlich antikolonialistisch" sein und nicht nur ein reiner und einfacher Appell zum Antikommunismus.

Manche Verbündete der USA seien nur noch „tote Gewichte", die der amerikanischen Politik schwerwiegende Beschränkungen auferlegten, erklärte Morgenthau. Daraus ergebe sich auch die Notwendigkeit für eine Überprüfung der amerikanischen Beziehungen zu den Verbündeten innerhalb der atlantischen Gemeinschaft.

Stuttgarter Zeitung v. 24. 4. 61

Times kritisiert Heusinger

Wenn Soldaten der Bundeswehr an der Grenze patrouillieren würden, dann könnte jeder kleine Zwischenfall sofort ein NATO-Problem werden, das 15 Nationen angeht. So wie die Dinge stehen, war die Grenzpolizei in der Lage, mit vielen kleinen Grenzzwischenfällen fertig zu werden, ohne große Aufregung zu verursachen. Der Bundesgrenzschutz ist ein entscheidender Stoßdämpfer zwischen den Streitkräften von Ost und West in einem Gebiet, das praktisch eine Zone der freiwilligen Rüstungsbegrenzung ist. Es stimmt deshalb bedenklich, wenn man im Bulletin der Bundesregierung neben einem Artikel, der die Arbeit des Bundesgrenzschutzes lobt, einen Beitrag von General Heusinger findet, in dem er mit Atomwaffen ausgerüstete Schildstreitkräfte am Eisernen Vorhang empfiehlt. Atomwaffen so weit vorn einzusetzen, hieße jede Hoffnung vernichten, einen Einfall aus dem Osten mit herkömmlichen Waffen abwehren zu können. Es ist ein höchst gefährlicher Vorschlag.

Times v. 27. 3. 61

Senator Morse protestiert

Der demokratische amerikanische Senator Wayne Morse hat am Mittwoch vor dem amerikanischen Senat scharf gegen die Berufung General Heusingers auf den Posten des Vorsitzenden des ständigen NATO-Militärausschusses protestiert. Morse verlas einen Brief, den er an Außenminister Dean Rusk gesandt hatte und in dem er ausführte, er könne den Standpunkt der Regierung nicht teilen, daß General Heusinger aus den Nürnberger Prozessen unbelastet hervorgegangen sei. Die Ernennung Heusingers sei angesichts der „Tausende von Amerikanern, die ihr Leben im Kampf gegen die Nazi-Tyrannei gelassen haben", ein großer Fehler. Heusinger habe eine sehr bedeutende Rolle bei der Ausarbeitung der Nazi-Militärpolitik und ihrer Ausführung gespielt. Er sei mitverantwortlich für den Tod Tausender junger amerikanischer Soldaten. Morse erklärte: „Ich kaufe niemandem die These ab, daß es wegen des Aufbaues der militärischen Schlagkraft Westdeutschlands notwendig ist, einen Nazigeneral auf den höchsten Posten zu berufen." Es sei Sache der Bundesrepublik, zu beweisen, daß es in Deutschland keine Nazi-Psychologie mehr gebe. Morse betonte, er werde auch weiterhin die Wiedererstarkung eines freien Deutschland unterstützen. Es sei aber notwendig, in der Bundesrepublik „eine freie demokratische Regierung" aufzubauen.

Stuttgarter Zeitung v. 21. 4. 61

Neuer Kurs in der Koreafrage

Der politische Ausschuß der UNO-Vollversammlung nahm mit 59 gegen 14 Stimmen bei 22 Enthaltungen einen Zusatzantrag der Vereinigten Staaten zu dem indonesischen Vorschlag an, Nordkorea zusammen mit Südkorea zur Korea-Debatte einzuladen.

Die Einladung wird von der Anerkennung der Zuständigkeit der Vereinten Nationen für das Korea-Problem abhängig gemacht. Der indonesische Vorschlag sah eine bedingungslose Einladung Nordkoreas vor.

Die Tat v. 14. 4. 61

DDR intensiviert Auslands-Kontakte

In Pankow hat man mit Genugtuung die Gründung eines britischen Konsortiums registriert, dem Abgeordnete der Konservativen und der Labourpartei angehören, und das sich erklärtermaßen die Förderung des Handels und der Kontakte mit der DDR zum Ziel setzt. Zu den führenden Mitgliedern der Vereinigung gehört Lord Boothby, der während der Leipziger Messe zusammen mit konservativen Unterhausmitgliedern von Ulbricht empfangen wurde und nach der Rückkehr in einer englischen Zeitung einen anklägerischen Artikel gegen die Regierung in London schrieb, weil diese angeblich den Handel

mit der DDR behindere. Teile des Aufsatzes sind von der gesamten SED-Presse in großer Aufmachung veröffentlicht worden. Als Sekretär des Konsortiums fungiert der konservative Abgeordnete Drayson, der regelmäßig in der DDR erscheint, mit der er seit Jahren einen schwungvollen Pottaschehandel betreibt. Fast alle parlamentarischen Mitglieder des Konsortiums sind persönlich am Osthandel interessiert. Die Gruppe, die nach Berichten westdeutscher Zeitungen aus London ihre Interessenpolitik als organisierte Lobby im Parlament betreibt, wird am 25. April eine Debatte über die Verbesserung des Ost-West-Handels im Unterhaus herbeiführen ...

Systematisch wird die Zusammenarbeit mit der großen japanischen SOHYO-Gewerkschaft ausgebaut. Vor einigen Tagen führte eine Abordnung der Bergarbeitergewerkschaft Tanro unter Leitung des Sekretärs der SOHYO-Gewerkschaft, Wakamatsu, Gespräche mit den Funktionären des FDGB. Offenbar sollen auch die Verbindungen mit japanischen Wirtschaftskreisen verstärkt werden. Die Ostpresse berichtet heute, daß die japanische Stahlgießereigesellschaft „Jawata Seitetsu" mit den Außenhandelsorganen der DDR einen Vertrag über die Lieferung japanischen Stahls im Austausch gegen Roheisen abgeschlossen und Exportaufträge von Bulgarien, Rumänien und anderen Ostblockstaaten erhalten habe.

Neue Zürcher Zeitung v. 13. 4. 61

Britischer Osthandel aktiver

In letzter Zeit bemüht sich Großbritannien offensichtlich wieder stärker um den Osthandel. Anläßlich der Leipziger Messe waren eine ganze Reihe von Unterhausabgeordneten, vor allem konservative, in die Ostzone gereist und haben dort Kontakte mit führenden Persönlichkeiten, unter anderem auch Ulbricht, aufgenommen. Am 24. April fand im Unterhaus eine Debatte über Osthandelsfragen statt, in der der konservative Abgeordnete Currie die Regierung aufforderte, am Osthandel interessierten Firmen mehr Unterstützung zu gewähren. Currie erklärte unter anderem, daß 1960 der Westen Waren für 792,2 Mill. £ nach dem Sowjetblock exportiert habe, wovon auf Großbritannien nur 107,8 Mill. £ entfielen, während die Bundesrepublik 272,2 Mill. £ Exporte aufwies, also mehr als ein Drittel der gesamten westlichen Ausfuhr dorthin.

Currie bezog sich bei seinen Ausführungen besonders auf den Handel mit der Sowjetzone und beklagt,e ebenso wie andere Abgeordnete, daß diesem Handel unnötige Fesseln angelegt würden. Es sei verwunderlich, so wurde ausgeführt, daß die Bundesrepublik in der Vergangenheit stets versucht habe, England vom Ostzonengeschäft fernzuhalten, obwohl sie selbst in Leipzig ausstelle und gute Geschäfte mache.

Osthandel wird gefördert

Andere Redner wiesen darauf hin, daß England seinen Warenverkehr mit der Sowjetunion verstärken könnte, wenn nicht das Warenangebot des Ostens hauptsächlich aus Agrarerzeugnissen bestünde. Der Staatsminister im Board of Trade, Erroll, antwortete für die Regierung, und sagte die Förderung des Osthandels zu. Die Regierungspolitik sei auf diesem Gebiet durchaus erfolgreich gewesen, und die britischen Exporte und Re-Exporte nach dem Osten hätten sich zwischen 1958 und 1960 von 103 Mill. auf 120 Mill. £ erhöht, während gleichzeitig die britischen Bezüge von 121 auf 164 Mill. £ gestiegen seien.

Besonders gut entwickelte sich das China-Geschäft. Die britische Ausfuhr dorthin hat sich von 24,4 Mill. £ 1959 auf 31,4 Mill. £ 1960 erhöht, die Einfuhr von 19,7 auf 24,9 Mill. £. Die bestehenden Embargobestimmungen seien noch notwendig, behinderten den Warenverkehr aber nicht bedeutsam. England könnte mehr nach Rußland liefern, wenn es von dorther Öl abnähme, doch müsse Großbritannien in diesem Punkte Rücksicht auf andere Länder nehmen.

Anerkennung der Zone?

In der Unterhausdebatte sind neue Momente nicht zutage getreten. Sie ist aber deswegen bedeutsam, weil sie vielleicht der Beginn eines verstärkten parlamentarischen Druckes auf die Regierung ist, die Sowjetzone auch politisch anzuerkennen. Nach dem Besuch der Leipziger Messe hat sich eine Reihe von Abgeordneten der Linken und der Rechten zu einer Gruppe zusammengeschlossen, die sich offensichtlich zum Ziel gesetzt hat, die Anerkennung der Ostzone durchzusetzen.

Kölnische Rundschau v. 27. 4. 61

Gorbach bekennt sich zur Neutralität

Der neue österreichische Bundeskanzler Alfons Gorbach legte am Mittwoch in seiner ersten Regierungserklärung vor dem Parlament ein Gelöbnis zur Erhaltung der Neutralität Österreichs ab. Unter dem lauten Beifall der Abgeordneten erklärte der neue Bundeskanzler: „Wir werden die Freiheit und Souveränität dieses Landes und unsere aus freien Stücken erklärte Neutralität zu wahren und — wenn es not tut — zu schützen wissen."

„Die Neutralität ist und bleibt die Grundlage unserer Außenpolitik", sagte der Bundeskanzler und betonte, daß er in der Neutralität keine Gefahr einer Isolation sehe. „Eine solche Gefahr wird durch die Mitgliedschaft Österreichs in der Weltorganisation der Vereinten Nationen gebannt, wo die österreichische Delegation sich durch ihr Mitwirken bei einer Reihe wesentlicher Initiativen Achtung erworben hat."

Kölnische Rundschau v. 20. 4. 61

Bilanz des Krieges in Polen

Nach einer von der polnischen Westagentur jetzt herausgegebenen Studie über die Verluste Polens im zweiten Weltkrieg hat das Land 6,02 Millionen Menschen verloren. Das sind 22,2 Prozent der Bevölkerung polnischer und jüdischer Nationalität, die am 1. September 1939 innerhalb der damaligen Grenzen Polens lebte. Davon sind 644 000 Menschen durch unmittelbare Kriegshandlungen umgekommen, 3 577 000 in Vernichtungslagern, bei „Befriedungsaktionen", Hinrichtungen und Liquidierungen der Ghettos, 1 286 000 in Gefängnissen und Lagern infolge von Epidemien, Erschöpfung, schlechter Behandlung und dergleichen, 521 000 außerhalb der Lager infolge Erschöpfung, Verwundung, Überarbeitung. Mit 22 Prozent Menschenverlusten steht Polen an der Spitze aller kriegführenden Länder, gefolgt von Jugoslawien mit 10,8 Prozent, Griechenland mit fünf Prozent und der Sowjetunion mit vier Prozent. Die materiellen Verluste Polens werden in den Studien mit 16,8 Milliarden Dollar beziffert (wobei ein Dollar nach Vorkriegskurs mit 5,26 Zloty berechnet ist). Die Summe entspricht 75 Prozent des gesamten Nationaleinkommens von Großbritannien im Jahre 1939. Von 22 000 Industriebetrieben in den Vorkriegsgebieten des heutigen Polen wurden während des Krieges 14 000 zerstört.

FAZ v. 30. 3. 61

Gomulka über die Oder-Neiße-Grenze

Am Dienstag wurden in Polen Erklärungen bekannt, die Gomulka am letzten Sonntag auf einer Bauernversammlung in Posen zu internationalen Problemen, vor allem zum deutsch-polnischen Verhältnis, improvisiert hatte.

Bedeutungsvoll ist vor allem der Passus mit den Antworten Gomulkas, in welchen er die Mitteilung machte, hohe amerikanische Persönlichkeiten hätten während der UN-Generalversammlung im September 1960 versichert, daß Kennedy nach einem Wahlsieg die Oder-Neiße-Grenze de facto anerkennen werde, wie das General de Gaulle bereits getan habe. Gomulka sagte nicht, um welche amerikanischen Politiker es sich damals handelte, und auch die polnische Presse darf keine Kombinationen darüber anstellen. Dennoch ist es nicht schwer zu erraten, daß es sich nur um Averell Harriman handeln kann. Gomulka hat in New York lediglich mit dem damaligen Staatssekretär Herter und mit Harriman längere Unterhaltungen geführt. Da er von einem Exponenten der Demokraten sprach, der jetzt amtliche Funktionen unter Kennedy bekleide, scheidet Herter automatisch aus den Spekulationen aus.

Neue Zürcher Zeitung v. 13. 4. 61.

„Der Kalte Krieg kostet stündlich 56 Millionen DM"

„Jede Stunde gibt die Welt 56 Mill. Mark für den Kalten Krieg aus", sagte in Los Angeles der Unterstaatssekretär der US-Armee, Stephen Ailes.

Nach Angaben Ailes' wird der größte Betrag davon für die Herstellung von Waffen aufgewendet.

Die Welt v. 18. 4. 61

Anti-Atomwaffen-Partei in Norwegen

Die von den linksradikalen und pazifistischen Kreisen Norwegens seit Anfang dieses Jahres geführte Anti-Atomkampagne hat jetzt zur Gründung einer neuen politischen Partei

geführt, die nicht nur die Stationierung von Nuklearwaffen auf norwegischem Boden ablehnt, sondern auch für eine „aktive Friedenspolitik in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Vereinten Nationen" kämpfen will, womit der Austritt Norwegens aus der NATO gemeint ist. Das neue Gebilde hat sich den Namen Sozialistische Volkspartei zugelegt, nach dem Muster der gleichnamigen Partei des Ex-Kommunisten Aksel Larsen in Dänemark, die bei den letzten Parlamentswahlen auf Anhieb elf Mandate eroberte.

Süddeutsche Zeitung v. 21. 4. 61

450 Deutsche beim Ostermarsch in London

Etwa 450 Deutsche aus der Bundesrepublik bilden das stärkste ausländische Kontingent des diesjährigen Oster-Protestmarsches gegen die Atomwaffen in London.

Der von der „Kampagne für nukleare Abrüstung" organisierte Protestmarsch, der seit 1958 zum englischen Osterfest gehört wie anderswo die Osterfeier, begann am Freitag in Aldermaston bei London, wo sich ein Werk für Atomwaffen befindet. Die deutschen Teilnehmer, die am Freitagabend in Dover eintrafen, werden sich am Sonnabend dem Protestmarsch anschließen. Er endet am Ostermontag mit einer Kundgebung auf dem Trafalgar Square.

Seit dem ersten Marsch im Jahre 1958 hat die Teilnehmerzahl ständig zugenommen

Die Welt v. 1. 4. 61

Wieder ein Richthofen-Geschwader

Als erster Verband der Bundeswehr wird das Jagdgeschwader 71 in Ahlhorn eine militärische Tradition übernehmen. Am 21. April, dem Todestage Manfred Freiherr von Richthofens, wird der Generalinspekteur der Bundeswehr, Generalleutnant Foertsch, dem Kommodore des Jagdgeschwaders 71, Oberstleutnant Hartmann, ein Ärmelband „Jagdgeschwader Richthofen" übergeben, das von allen Soldaten des Geschwaders getragen werden wird.

FAZ v. 14. 4. 61

Der „Endkämpfer" Strauß

Unter politisch denkenden Menschen gibt es keine Diskussion mehr darüber, daß der nächste Krieg am wahrscheinlichsten aus Angst vor einem Präventiv-Schlag des Gegners ausbrechen würde, als ein Präventiv-Präventiv-Krieg; daß es somit keine dringlichere Aufgabe gibt, als die, das Mißtrauen stückchenweise abzubauen und stückchenweise durch konkrete Sicherungen zu ersetzen.

Weiter ist unter politisch Gebildeten nicht strittig, daß die Fähigkeit, den totalen Atomkrieg auszulösen, nicht jenen Ländern zugestanden werden darf, die Grenz- und Territorial-Konflikte und die Ansprüche an ihre Nachbarn haben. Nicht also China, um ein großes, nicht der Bundesrepublik, um ein mittleres, und nicht Israel, um ein kleines Land zu nennen.

Trotz dieser weltweiten Strömung der Vernunft ist in der Bundesrepublik ein Mann groß geworden, der das Mißtrauen zwischen den Großstaaten unablässig genährt und der für die Bundesrepublik Waffen gefordert hat, die den „Selbstmord" eines sowjetischen Angreifers und damit den Selbstmord der Menschheit auslösen könnte. Als einziger Prätendent auf den Sessel des Bundeskanzlers kann dieser Mann sich auf eine Hausmacht stützen, ja gleich auf eine doppelte Hausmacht: Auf die Bundeswehr, die er zu einem Instrument seiner Karriere gestempelt, und auf die bayerische CSU, die ihn vor drei Wochen einmütig zu ihrem Vorsitzenden, will sagen zu ihrem „Chef" gewählt hat. ...

Ohne die Zustimmung der CSU, ohne die Zustimmung dieser permanenten „Pressure group", ohne Zustimmung der von Guttenberg, Jaeger, Manteuffel-Szoege, Zimmermann, Kapfinger kann nach den im Bundestag herrschenden Mehrheitsverhältnissen kein Regierungschef mehr bestellt werden. ...

Wenn sich die Bevölkerung der Bundesrepublik, wenn sich die Mehrheit des Bundestages für Strauß entscheidet, votiert sie für die „Endkampfpsychose". Die Frage ist nicht, ob Strauß den Atomkrieg will, natürlich will er ihn nicht, er will ihn so wenig wie Chrustschow, aber er unterstellt dem Feind, daß er auf den Endkampf hinarbeitet, und aus solchem Denken muß der Krieg entstehen.

Es schrieben bisher u. a.:

Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB
Arno Behrisch, MdB
Schalom Ben-Chorin
General a. D. Dr. Franz Beyer
Lucie Beyer, MdB
Dr. Wilhelm R. Beyer
Dr. Achim v. Borries
Lord Boyd Orr
Staatssekretär a. D.
Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Dr. Gerhard Caemmerer
Harold Davies, M. P.
Volkskammerpräsident
Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Wolf Donner
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D.
Dr. Fritz Eberhard
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Otto Eisenmann, MdB
Dr. Hans Magnus
Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D.
Dr. Gustav Feick
RA Erwin Fischer
Prof. Friedrich Wilhelm
Foerster, PH, D., D. D.
Gertrud von le Fort
Prof. Dr. Ernst Fraenkel
(Frankfurt)
Major a. D. Hans Moritz v.
Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i.R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. D. Emil Fuchs
Dr. Werner Gerth
Albrecht Goes
Prof. Gerhard Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Prof. Dr. Walter Hagemann
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Joh. Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Esther Sophia Hayfron
Dr. Friedrich Heer
Minister a. D.
Dr. Arno Hennig
Dr. Elsa Hennings
Dr. Hans Henrich
Botschafter a. D. Dr. Werner
Otto von Hentig
Dr. Walther Herbst
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Irene Hilgers-Hesse
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromádka
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Dr. Viktor Kadalie
Alexander Karev
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Wilhelm von Kleist
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Dr. Eugen Koller
Prof. J. Korowin
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Dr. Bodo Manstein
Wladimir Massitsch
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr. Ing. e. h.,
Dr. phil. h. c. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Botschafter a. D. Prof. Dr.
Ernst Wilhelm Meyer, MdB
Herbert Mochalski
Dr. Girya K. Mookerjee
Prof. Dr. Wilhelm Müller
Hans Nätscher
Peter Nellen, MdB
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz
Prof. Hermann Oberth
Prof. Dr. László
Mârton von Pâkozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Earl Bertrand Russell,
O. M., F. R. S.
E. S. Sachs
Paul Schallück
Adolf Schmidt
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
Rolf von Schoen
Oberbürgermeister i. R.
Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr.
Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk
Graf von Stauffenberg
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Stephen Swingler, M. P.
Dr. Ruth Tangemann
Dr. Hans-Joachim Tepe
Reinhard Tietz
P. A. Timberlake
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Hellmut Traub
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Philipp Wehr, MdB †
Johannes Weidenheim
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka